

Stenographisches Protokoll

71. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 9. April 1981

Tagesordnung

1. Bericht 1980 der Bundesregierung gemäß Forschungsförderungsgesetz
2. Bericht über den Antrag (60/A) betreffend Änderung des Bangseuchengesetzes

Dr. Frischenschlager (348/M); Dr. Ludwig Steiner

Dr. Frischenschlager (349/M); DDr. Hesele, Dr. Ettmayer

Peter (350/M); Dr. Hilde Hawlicek, Dkfm. Gorton, Dr. Frischenschlager

DDr. Maderner (352/M); Dr. Ermacora

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 7045)

Entschuldigungen (S. 7045)

Geschäftsbehandlung

Antrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen gemäß § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung, die dem Untersuchungsausschuß im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien gesetzte Frist bis 31. Dezember 1981 zu verlängern (S. 7057)

Antrag des Abgeordneten Dr. Steger gemäß § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung, die dem Untersuchungsausschuß im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien gesetzte Frist bis 15. Mai 1981 zu verlängern (S. 7057)

Durchführung einer Debatte über diese Anträge gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung (S. 7057)

Redner:

Dr. Kohlmaier (S. 7057),

Dr. Fischer (S. 7059),

Dr. Steger (S. 7059) und

Dr. Feurstein (S. 7061)

Ablehnung des Antrages der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen (S. 7142)

Annahme des Antrages des Abgeordneten Dr. Steger (S. 7142)

Tatsächliche Berichterstattung

Dr. Wiesinger (S. 7125)

Fragestunde (49.)

Auswärtige Angelegenheiten (S. 7045)

Dr. Ettmayer (344/M); Dipl.-Vw. Josseck, Kittl

Dr. Marga Hubinek (345/M)

Dr. Ettmayer (346/M); Dr. Frischenschlager, Hochmair, Dr. Ermacora

Dr. Stix (347/M); Dr. Reinhart, Dr. Ermacora, Dr. Frischenschlager

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 7056)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Steinbauer, Dr. Wiesinger, Dr. Marga Hubinek, Dr. Neisser und Genossen an den Herrn Bundeskanzler betreffend fällige Konsequenzen aus dem AKH-Skandal (1134/J) (S. 7099)

Begründung: Steinbauer (S. 7100)

Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 7108)

Debatte:

Dr. Wiesinger (S. 7110),
Ing. Hobl (S. 7114 und S. 7135),

Dkfm. Bauer (S. 7117),

Dr. Neisser (S. 7120),

Bundesminister Dr. Steyrer (S. 7124 und S. 7125),

Dr. Wiesinger (S. 7125) (tatsächliche Berichterstattung),

Schemer (S. 7125),

Dr. Jörg Haider (S. 7128),

Dr. Marga Hubinek (S. 7131) und

Steinbauer (S. 7135)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen betreffend Vorlage eines AKH-Finanzierungsgesetzes (S. 7112) — Ablehnung (S. 7135)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Festlegung eines Kostenlimits für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien (S. 7129) — Ablehnung (S. 7135)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über den Bericht 1980 der Bundesregierung (III-49) gemäß Forschungsförderungsgesetz (569 d. B.)

Berichterstatte: Dr. Stippel (S. 7063)

Redner:

Dr. Neisser (S. 7063),

Wille (S. 7068),

Dr. Ettmayer (S. 7071),

Dr. Frischenschlager (S. 7076),
Bundesminister Dr. Hertha Firnberg
(S. 7079),
Dr. Blenk (S. 7085),
Dr. Nowotny (S. 7090),
Dr. Steidl (S. 7093) und
DDr. Maderner (S. 7096)

Kenntnisnahme (S. 7098)

- (2) Bericht des Ausschusses für Gesundheit und
Umweltschutz über den Antrag (60/A) der
Abgeordneten Helga Wieser und Genossen
betreffend Änderung des Bangseuchengeset-
zes (655 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Hafner (S. 7136)

Redner:

Ing. Murer (S. 7136),
Helga Wieser (S. 7139),
Koller (S. 7140) und
Franz Brunner (S. 7141)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 7142)

Eingebracht wurden

Antrag der Abgeordneten

Helga Wieser, Josef Steiner,
Deutschmann, Franz Brunner und
Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit
dem das Bangseuchengesetz geändert wird
(108/A)

Anfragen der Abgeordneten

Steinbauer, Dr. Wiesinger, Dr. Marga
Hubinek, Dr. Neisser und Genossen an
den Herrn Bundeskanzler betreffend fällige
Konsequenzen aus dem AKH-Skandal (1134/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den
Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Abschaffung der Matura (1135/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Höchtel und
Genossen an den Bundesminister für Unter-
richt und Kunst betreffend „Lehrplanreform“
(1136/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Höchtel und
Genossen an den Bundesminister für Unter-
richt und Kunst betreffend die beabsichtigte
Verlegung der höheren Abteilung für Flugtech-
nik von Wien nach Eisenstadt (1137/J)

Dr. Höchtel und Genossen an den Bundesmi-
nister für Bauten und Technik betreffend
Lärm- und Abgasschutz an der Westautobahn
im Ortsgebiet Preßbaum (1138/J)

Dr. Höchtel und Genossen an den Bundesmi-
nister für Verkehr betreffend das Postamt Pur-
kersdorf (1139/J)

Helga Wieser, Josef Steiner, Dr.
Steidl und Genossen an den Bundesminister
für Justiz betreffend das Verbot der Ankündi-
gung zur Herbeiführung unzüchtigen Verkehrs
(1140/J)

Dr. Steidl, Helga Wieser, Ingrid
Tichy-Schreder, Landgraf und
Genossen an den Bundesminister für Handel,
Gewerbe und Industrie betreffend Förderung
von Klein- und Mittelbetrieben (1141/J)

Dr. Steidl, Helga Wieser, Westrei-
cher, Landgraf und Genossen an den
Bundesminister für Handel, Gewerbe und
Industrie betreffend die Prämienaktion „Kom-
fortzimmer und Sanitärräume“ in Gastgewer-
betrieben (1142/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Feurstein,
Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst und Genos-
sen an den Bundesminister für Unterricht und
Kunst betreffend Maßnahmen für behinderte
Kinder im Bereich der Schulpolitik (1143/J)

Zurückgezogen wurde die Anfrage der Abgeordne- ten

Deutschmann und Genossen an den Bun-
desminister für Finanzen betreffend Bundesge-
setz vom 3. Juni 1980 über die Gewährung eines
Bundeszuschusses an das Land Kärnten aus
Anlaß der 60. Wiederkehr des Jahrestages der
Volksabstimmung (1114/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 05 Minuten

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Glaser, Kammerhofer, Manndorff, Ing. Schmitzer, Ing. Krenn, Josef Schlager, Modl, Rechberger.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Keimel, Gföllner, Dr. Schüssel, Vetter, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Dkfm. DDr. König, Dr. Sinowatz, Dr. Schnell, Lona Murowatz, Babanitz, Kriz, Tonn, Fauland, Dr. Tull, Sandmeier.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Präsident: Wir gelangen zur 1. Anfrage, die des Herrn Abgeordneten Dr. Ettmayer (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten.

344/M

Wann werden die im Außenpolitischen Bericht des Jahres 1977 in Aussicht gestellten Zusicherungen der Europäischen Gemeinschaften, den Ausbau der Pyhrn-Autobahn zu unterstützen, eingelöst?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter, ich habe versucht, den Außenpolitischen Bericht 1977 aufmerksam zu lesen, habe darin aber keine Zusicherung der Europäischen Gemeinschaften für den Ausbau der Pyhrn-Autobahn gefunden.

Ich habe nur zwei Hinweise auf diese Frage gefunden, und zwar auf der Seite 81 wird im Zusammenhang mit dem Besuch des Vizepräsidenten der Europäischen Gemeinschaft, Haferkamp, in Wien folgendes gesagt:

Hiebei konnten österreichischerseits in eindringlicher Form auch die hauptsächlichen Anliegen an die Adresse der EG, nämlich Verringerung des überaus großen Handelsdefizits, Erleichterungen hinsichtlich der sensiblen Produkte, Verbesserungen für den Absatz österreichischer Agrarerzeugnisse,

Lösung anhängiger Verkehrsprobleme und dergleichen dargelegt und gewisse Zusicherungen bezüglich der Unterstützung dieser Anliegen durch die EG erhalten werden.

Auf der Seite 84 wird dann spezifiziert, worum es sich handelt. Hier heißt es: „In concreto ist im Jahre 1977 insbesondere die Frage des Transitverkehrs auf der Nordwest-Südost-Transitachse, sogenannte Gastarbeiterroute, an die EG herangetragen worden. Österreichischerseits wurde hiebei die Frage einer Beteiligung der Gemeinschaft an den Kosten eines beschleunigten Ausbaus dieser Verkehrsverbindung aufgeworfen und die immer unhaltbarer werdende Situation auf dieser Strecke entsprechend dargelegt.“

Und jetzt: Die Reaktion der EG-Kommission lag darin, vorerst eine unabhängige Firma mit der Erstellung einer Studie über die relevanten Aspekte des Ausbaus der europäischen Nordwest-Südost-Achse zu beauftragen. Das Ergebnis dieser Studie wird allerdings erst im Laufe des Jahres 1978 vorliegen.

Ich kann daher in Beantwortung Ihrer Frage nur sagen, daß diese Studie, die damals von der EG in Aussicht gestellt wurde, vorliegt — es ist die sogenannte Blankostudie. Sie ist tatsächlich nicht 1978, sondern erst 1979 fertiggestellt worden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Ettmayer:** Herr Bundesminister, es ist richtig. Ich habe meine Anfrage genau auf die Passagen abgestellt, die Sie auch zitiert haben, wobei ich vor allem deshalb gefragt habe, weil es hier im Bericht auf der Seite 81 eben heißt, daß gewisse Zusicherungen bezüglich der Unterstützung dieser Anliegen eben erhalten werden konnten.

Ich stelle fest, daß es immer wieder, gerade bei Staatsbesuchen, Erfolgsberichte gibt, die sich dann doch nicht als so erfolgreich erweisen, wie sie ursprünglich dargestellt werden. Ich möchte Sie, Herr Bundesminister, daher ganz konkret fragen: In welcher Höhe erwarten Sie sich für die Pyhrn-Autobahn Mittel seitens der EWG?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Pahr:** Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen die österreichische Forderung sagen. Die hat eine Größenordnung von rund 4,2 Milliarden Schilling betragen. Der-

7046

Nationalrat XV. GP — 71. Sitzung — 9. April 1981

Bundesminister Dr. Pahr

zeit liegt seitens der Europäischen Gemeinschaft nicht einmal ein Verhandlungsmandat vor. Es erscheint mir daher verfrüht, irgendwelche Aussagen über mögliche Zusicherungen und mögliche Erfolge zu machen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Ettmayer: Herr Bundesminister! Könnten Sie sich für den Fall, daß die Verhandlungen, wie Sie auch gesagt haben, auch in den nächsten Jahren weiter verschleppt werden, vorstellen, daß seitens Österreichs doch gewisse Gegenmaßnahmen ergriffen werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Ich könnte mir sehr wohl so etwas vorstellen. Allerdings wird es Angelegenheit der für das Verkehrswesen zuständigen Minister sein, hier genau zu prüfen, welche Maßnahmen österreichischerseits unter Beachtung unserer Gesetzeslage und auch unter Beachtung unserer internationalen Verpflichtungen möglich sind.

Präsident: Anfrage: Herr Abgeordneter Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ): Herr Bundesminister, die Diskussion um die Mitfinanzierung der Pyhrn-Autobahn läuft ja schon seit langem, und es wäre nicht uninteressant, unter anderem einmal auch zu erfragen, wie lange die Geduld der Österreicher in dieser Frage geht.

Aber meine konkrete Frage lautet anders. Es gibt viele Institutionen, die sich um Kontakte mit der EG in Brüssel zum Ausbau des Transitweges durch Österreich bemühen. Ich möchte von Ihnen wissen, Herr Bundesminister, ob es Absprachen gibt zwischen Ihnen und dem steirischen Botschafter Höss hier in Wien, der meiner Information nach in Brüssel war und dort Gespräche geführt hat, damit das aber auch parallel läuft: Ihre Meinung und die des steirischen Botschafters in Wien.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter, der Vertreter der steiermärkischen Landesregierung in Wien, Gesandter Höss, hat mir für morgen einen Besuch in Aussicht gestellt, um mich über die Gespräche zu informieren, die Landeshauptmann Krainer und er, wie ich glaube, als Vertreter der Arge Alp geführt hat.

Es hat seitens der Arge Alp und seitens der beiden genannten Herren keine Versuche gegeben, mit dem Bund diese Initiativen zu koordinieren.

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Kittl.

Abgeordneter Kittl (SPÖ): Herr Bundesminister, der Antrag auf Finanzierung der Pyhrn-Autobahn liegt ja schon weit zurück, und ebenso dauern auch die Verhandlungen schon sehr, sehr lange. Darf ich Sie fragen: Was kann die Bundesregierung unternehmen, um zu einer Beschleunigung des Entscheidungsprozesses beizutragen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter, ich glaube, die Bundesregierung hat schon in der Vergangenheit und vor allem auch immer wieder in letzter Zeit alles getan, was möglich ist, um auf die Europäische Gemeinschaft beziehungsweise auf die Kommission einen Druck auszuüben, endlich den Entwurf eines Verhandlungsmandates auszuarbeiten, der dann im Sommer von der EG-Verkehrsministerkonferenz beschlossen werden könnte.

Wir haben von unserer Seite — und ich persönlich habe das immer wieder getan, auch in den bilateralen Gesprächen mit Außenministern und anderen Vertretern der EG-Staaten — gesagt, daß die Geduld Österreichs langsam einem Ende entgegengeht und wir eben dann andere Maßnahmen werden treffen müssen, um das enorme Transitverkehrsaufkommen, durch das Österreich und die österreichische Bevölkerung belastet ist, unter Kontrolle zu bekommen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 10: Frau Abgeordnete Hubinek (ÖVP) an den Herrn Minister.

345/M

Wann werden Sie dem Nationalrat das Durchführungsgesetz zum Washingtoner Artenschutzabkommen 1973 als Regierungsvorlage vorlegen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Frau Abgeordnete, für das Durchführungsgesetz zum Washingtoner Artenschutzabkommen 1973 ist das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zuständig. Es wäre daher eigentlich richtig gewesen, diese Frage an das Handelsministerium beziehungsweise an den Handelsminister zu richten.

Ich darf Ihnen jedoch sagen, daß der Ministerrat in seiner Sitzung vom 25. März 1981 den gegenständlichen Gesetzentwurf als Regierungsvorlage beschlossen hat.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek: Herr Minister, wir haben diese Fragen schon mehrfach sowohl an den Handelsminister als auch nunmehr an den Außenminister gerichtet, weil immer einer den anderen für zuständig erklärt. Ich habe das Gefühl, daß da eine gewisse Hinhaltetaktik ist. Die erste Begutachtung war im Oktober 1979 beendet. Warum haben Sie ein zweitesmal ein Begutachtungsverfahren eingeleitet, das ja die Unterzeichnung hinauszögert?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Frau Abgeordnete, man muß zwei Dinge unterscheiden. Es gibt ein Durchführungsgesetz, das in die Zuständigkeit des Handelsministers fällt und über das ein Begutachtungsverfahren durchgeführt werden mußte. Und es gibt das Artenschutzabkommen selbst, dessen Ratifikation zur Diskussion steht und über das ebenfalls ein Begutachtungsverfahren durchgeführt werden mußte.

Es gab daher, da es zwei verschiedene Akte gibt, zwei verschiedene Begutachtungsverfahren.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek: Wir alle wissen, daß die Naturfreunde, die Tierschützer interessiert sind, daß Österreich nicht zum Transitland für gefährdete Tiere wird. Mehr als 60 Länder haben das Abkommen unterzeichnet.

Ich frage Sie daher, Herr Minister: Wann werden Sie nun endgültig eine Regierungsvorlage einbringen, damit Österreich wie 62 andere Länder auch dieses Artenschutzabkommen endlich unterzeichnen kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Frau Abgeordnete, Österreich und ich persönlich hätten es sehr gewünscht, daß das Artenschutzabkommen beziehungsweise die Regierungsvorlage betreffend das Artenschutzabkommen gleichzeitig mit der Regierungsvorlage betreffend das Durchführungsgesetz dazu dem Hohen Haus zur Genehmigung vorgelegt wird.

Tatsächlich war das nicht möglich, weil entgegen der Stellungnahme im Begutachtungsverfahren nunmehr die Bundeskammer mit Schreiben vom 18. März 1981 verlangt hat, daß ein Vorbehalt hinsichtlich von sechs Tier-

arten zu diesem Abkommen erklärt wurde. Ein so weitgehender Vorbehalt, der viel weiter geht als irgendein Vorbehalt eines anderen Landes, konnte und kann von mir nicht akzeptiert werden. Ich mußte daher neuerlich mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft in Verhandlungen eintreten. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unsere Bemühungen, die Bemühungen der Bundesregierung und des Außenministeriums, bei der Bundeskammer entsprechend unterstützen würden.

Präsident: Ich komme zur Anfrage 11: Herr Abgeordneter Ettmayer (ÖVP) an den Herrn Minister.

346/M

Welche Ergebnisse sind bei der Madrider Nachfolgekonzferenz der Europäischen Sicherheitskonferenz zu erwarten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter, es ist auch im gegenwärtigen, weit fortgeschrittenen Konferenzstadium schwer möglich, eine verlässliche Vorhersage über die möglichen Ergebnisse der Madrider KSZE-Folgekonzferenz zu machen.

Es wird schon seit geraumer Zeit über den Wortlaut eines Schlußdokumentes verhandelt, doch ist es bisher noch zu keiner grundsätzlichen Einigung darüber gekommen. Es haben nunmehr die neutralen und blockfreien Staaten, zu denen auch Österreich gehört, einen Entwurf eines solchen Dokumentes zur Diskussion gestellt, und wir hoffen, damit einen Beitrag zu einem positiven Ergebnis, zu einem möglichen positiven Ergebnis dieser Konferenz geleistet zu haben.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Ettmayer: Herr Bundesminister, Sie haben bei der Eröffnung der Madrider Folgekonzferenz am 15. November 1980 meines Erachtens richtig erklärt, daß das Vertrauen der Staaten und Völker in die Entspannung erschüttert ist, und Sie haben dann noch hinzugefügt: Neue Impulse für den Entspannungsprozeß sind unerlässlich, um den Glauben an den guten Willen aller wiederherzustellen.

Herr Bundesminister, ich möchte Sie fragen, ob Sie den Eindruck haben, daß diese neuen Impulse nun gesetzt werden.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter, der Entwurf eines Schlußdokumentes, den die N- und N-Staaten vorgelegt haben und der in grundsätzlicher Hinsicht nicht negativ aufgenommen wurde, ist von diesem Gedanken getragen und enthält positive Schritte, die unserer Meinung nach geeignet wären, dem Entspannungsprozeß, der sich tatsächlich in einem sehr schweren Stadium derzeit befindet, neue Impulse zu geben.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Ettmayer: Bei derselben Gelegenheit, Herr Bundesminister, haben Sie auch ausgeführt, die Schlußakte von Helsinki, also vom 1. August 1975, haben neue Maßstäbe gesetzt, einen zwischenstaatlichen Verhaltenskodex geschaffen.

Und jetzt haben Sie folgendes noch hinzugefügt: Sie ist Richtschnur für das Handeln der 35 Teilnehmerstaaten.

Jetzt wissen wir ja, daß in den letzten Wochen ausführliche Manöver der Warschauer Paktmächte in Polen stattgefunden haben, die entgegen diesen Schlußakten von Helsinki, wo es heißt: vorherige Ankündigung von größeren militärischen Manövern, diesen Unterzeichnerstaaten nicht mitgeteilt wurden.

Ich möchte Sie, Herr Bundesminister, daher fragen, ob Sie glauben, daß diese Nichtnotifikation im Gegensatz zu den Schlußakten von Helsinki gestanden ist.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Die Schlußakte von Helsinki sind eine Richtschnur, sie sind keine verbindliche Norm. Sie sind vergleichbar einem Moralkodex. Daß die Moral, auch wenn ihre Normen und ihr Inhalt eindeutig bekannt ist, sehr oft verletzt wird, ist eine evidente Tatsache.

Was nun Ihre konkrete Frage betrifft, so wird behauptet, daß diese Manöver nicht von einer solchen Art gewesen seien, daß sie unter die Anzeigepflicht fallen. Wir hätten es für richtig und wünschenswert erachtet, wenn wirklich dem vollen Geist der Helsinki-Schlußakte entsprechend derartige militärische Operationen angekündigt worden wären.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Bundesminister! Wir hatten ja einen

hochrangigen sowjetischen Besuch hier in Österreich, und die Sowjetunion ist ja eine der Hauptkräfte, daß der KSZE-Prozeß zumindest in letzter Zeit ins Stocken gekommen ist. Wurde von Ihrer Seite anlässlich dieses Staatsbesuches der Versuch unternommen, jetzt die neue Position der neutralen und blockfreien Staaten der Sowjetunion näherzubringen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich habe diese Gelegenheit benützt, vor allem auch in sehr ausführlichen Gesprächen mit dem stellvertretenden Außenminister der Sowjetunion, mit dem ich auch das sogenannte N- und M-Papier eingehend behandelt habe.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Hochmair.

Abgeordneter Hochmair (SPÖ): Herr Bundesminister! Wovon hängen die Erfolgsaussichten des Madrider Treffens Ihrer Meinung nach ab?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich glaube, im Mittelpunkt der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Beendigung der Madrider Konferenz steht die Verwirklichung des Vorschlages einer europäischen Abrüstungskonferenz. Dieser Vorschlag wurde sowohl von den Westmächten als auch vom Ostblock und darüber hinaus auch von anderen Staaten in verschiedenen Formen unterbreitet. Es gibt aber doch gewisse gemeinsame Elemente, die die Grundlage dafür waren, daß nunmehr die Neutralen und Blockfreien den Versuch unternommen haben, ein Mandat für eine solche europäische Abrüstungskonferenz auszuarbeiten.

Wenn es gelingt, Einvernehmen über die europäische Abrüstungskonferenz zu erzielen, dann wird es zweifellos auch gelingen, konkrete Vorschläge im Bereich des Korbes 2 und auch vor allem im Bereich des Korbes 3 zu erreichen. Und dann wäre die Madrider Konferenz, wenn sie konkrete Maßnahmen in allen Bereichen vorschlägt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ermacora.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich glaube, für alle hier im Parlament vertretenen politischen Parteien gehört die Achtung der Menschenrechte als

Dr. Ermacora

ein entscheidendes Element zum Entspannungsprozeß. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß die Schwierigkeiten in der Verwirklichung der menschenrechtlichen Verwendungszusagen, die in diesen Dokumenten gegeben sind, künftighin laufend zwischen den Signatarstaaten der KSZE beraten werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich glaube, wir sollten im Rahmen des von den Helsinki-Schlußakten vorgezeichneten KSZE-Prozesses bleiben. Diese Schlußakte von Helsinki sehen ein bestimmtes Verfahren in der Form regelmäßiger Konferenzen vor, bei denen auch der Grad der Durchführung der Schlußakte behandelt werden soll. Wir glauben, daß man an diesem Verfahren festhalten soll.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 12: Herr Abgeordneter Stix (*FPO*) an den Herrn Minister.

347/M

Wie ist der jüngste Stand bezüglich der Wahrnehmung der österreichischen Schutzmachtfunktion für Südtirol?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich glaube, Sie wissen sehr genau, daß es sehr lang der Wunsch der Südtiroler Volkspartei war, die Durchführung des Paketes und jener Vereinbarungen, die im Jahr 1969 geschlossen worden waren, unbeeinflußt von Österreich selbständig durchzuführen. Meine diesbezüglichen Angebote, die Südtiroler Volkspartei in ihren Bemühungen zu unterstützen, wurden erstmals Ende 1979 angenommen.

Wir haben damals im Dezember 1979 erstmals in einer offiziellen Intervention des österreichischen Botschafters beim italienischen Ministerpräsidenten die eheste Verwirklichung und volle Durchführung des Paketes urgiert. Ähnliche Urgenzen haben wir immer im Einvernehmen mit Nord- und Südtirol im August 1980 vorgenommen. Ich habe dann weiters den Besuch des Außenministers Colombo im September 1980 in Wien zum Anlaß genommen, dieses Problem wieder zu behandeln. Anläßlich der letzten Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 1980 habe ich mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß zehn Jahre nach der Paketvereinbarung noch immer wichtigste Probleme offen sind, und ich habe

bei dieser Gelegenheit in der Weltöffentlichkeit die volle Durchführung urgiert.

Wir haben auf Grund neuerlicher Beratungen mit Nord- und Südtirol im März dieses Jahres die letzte österreichische Intervention in Rom zur Durchführung des Paketes deponiert. Wir werden die weiteren Schritte bei der für die ersten Maitage vorgesehenen Zusammenkunft mit den Landeshauptmännern Magnago und Wallnöfer beraten.

Präsident: Weitere Frage, bitte.

Abgeordneter Dr. Stix: Herr Bundesminister! Die behutsame Vorgangsweise der österreichischen Südtirolpolitik entspricht sicherlich den gegebenen Sachverhalten. Angesichts der nicht unbedingt klaren Situation, wie sie derzeit herrscht, mutet es aber aus meiner Sicht eigenartig an, daß ein Mitglied der Bundesregierung abseits der österreichischen offiziellen Südtirolpolitik mit Auftritten und Erklärungen in Erscheinung tritt, die sicherlich nicht dazu beitragen, jene behutsame Vorgangsweise der Südtirolpolitik zu unterstützen.

Ich frage Sie daher, Herr Bundesminister: Halten Sie die jüngsten Erklärungen des Herrn Bundesfinanzministers Dr. Salcher anläßlich seines Auftrittes in Südtirol für glücklich und der österreichischen Südtirolpolitik mit dem Ziel, die Südtirolprobleme konstruktiv lösen helfen zu wollen, für angemessen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich habe die Ausführungen von Bundesminister Salcher nicht im Detail gelesen. Ich möchte daher von einer Stellungnahme dazu absehen. Ich möchte jedoch folgendes grundsätzlich sagen: Ich glaube, daß man von der allzu vorsichtigen Südtirolpolitik meiner Meinung nach langsam wegkommen müßte, denn das Problem wird so brennend, letzten Endes auch deshalb so brennend, weil es kombiniert wird mit einer Tendenz zum Terror, der von Österreich immer in jeder Hinsicht verurteilt wurde, daß man jetzt dringend und dringlich auf eine Endlösung dieses Problems hinstreben soll. Dazu ist es sicherlich nützlich, wenn man alle Auffassungen, die zu dieser Frage bestehen, artikuliert und zur Diskussion stellt.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Stix: Herr Bundesminister! Ich kann Ihrer Auffassung deswegen

Dr. Stix

nicht zur Gänze folgen, weil selbst dann, wenn ich mich Ihren Gedankengängen anschließen würde, daß es nützlich ist, auch andere Auffassungen zu artikulieren, stellt sich doch sehr die Frage, ob es im Sinne einer geschlossenen österreichischen Außenpolitik liegt, wenn das neben dem ressortzuständigen Bundesminister ein anderes Mitglied der Bundesregierung ebenfalls tut.

Aber lassen Sie mich bitte noch auf eine zweite Frage, die ich Ihnen stellen möchte, kurz eingehen. Es ist so, daß bisher die Südtiroler Volkspartei Sammelpartei der Gesprächspartner war. Nun haben sich Veränderungen in der Südtiroler Parteienlandschaft ergeben; es sind andere Kräfte da, die ebenfalls in diese Gespräche generell mit einbezogen werden möchten. Diesbezügliche Wünsche wurden an uns, wurden an Sie herangetragen.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Wie stehen Sie zu der Einbeziehung der anderen auch im Südtiroler Landtag vertretenen politischen Parteien in diese gemeinsamen Gespräche mit dem Ziel einer koordinierten Südtirol-Politik?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich glaube, Sie wissen sehr genau, daß ich immer bereit war, die Auffassungen aller Gruppierungen in Südtirol zu hören. Ich habe erst vor kurzem die beiden Südtiroler Gewerkschaftsverbände zu dieser Frage gehört, ich habe auch Vertreter der „Neuen Linken“, dieser Parteiengruppierung gehört. Ich werde in wenigen Tagen wieder mit Vertretern der Südtiroler Sozialistischen Partei zusammenkommen. Aber all diese Gespräche hindern nicht und können nicht hindern, daß offizieller Gesprächspartner in dieser Frage die Südtiroler Volkspartei ist, die eben über die überwiegende Mehrheit im Südtiroler Parlament verfügt.

Präsident: Eine weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Reinhart.

Abgeordneter Dr. Reinhart (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! „Selbstverwaltung Südtirol“ ist derzeit das große Schlagwort, das im politischen Leben Südtirols Platz greift beziehungsweise herumgeistert. (Abg. Dr. Ermacora: Seit 1946!) Besonders Vertreter der Südtiroler Volkspartei bedienen sich immer wieder dieses Begriffes, ohne jedoch meines Wissens klare Vorschläge zu

machen. Darf ich Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, fragen, wie Sie sich zu diesem Thema stellen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich nehme an, Sie haben gemeint „Selbstbestimmung“. (Abg. Dr. Reinhart: Ja! — Ruf bei der ÖVP: „Selbstverwaltung“ hat er gesagt!) Herr Abgeordneter! Ich glaube, man hat aus dem weiteren Wortlaut klar erkannt, daß das ein Versprechen war, das immer wieder vorkommen kann.

Ich glaube, zur Frage Selbstverwaltung gäbe es gar nicht sehr viel zu sagen und kann es kein Problem geben, weil diese Frage heute in bezug auf Südtirol weitgehend entschieden ist. Das Problem, das zweifellos, so wie der Herr Abgeordnete sehr richtig sagt, immer wieder in jüngster Zeit auftaucht, ist eine Forderung nach Selbstbestimmung.

Selbstbestimmungsrecht der Völker ist zweifellos ein Grundrecht, das heute völkerrechtlich anerkannt ist. Allerdings ist es nicht immer klar, was unter einem solchen Selbstbestimmungsrecht zu verstehen ist. Ich glaube, in bezug auf Südtirol sollte man sich darauf konzentrieren, jene Vereinbarungen zu realisieren, die im Jahr 1969 getroffen wurden, die damals von der Mehrheit der Südtiroler Volkspartei akzeptiert wurden und die im italienischen und österreichischen Parlament genehmigt worden sind. Alles andere, glaube ich, kann im derzeitigen Stadium nur eine hypothetische Überlegung sein.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Ermacora.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Das Versprechen des Herrn Abgeordneten Dr. Reinhart war doch ein sehr substantielles, und es hat gezeigt, daß in der Antwort der Herr Minister ja durchaus auf dieses an sich versprochene Wort „Selbstverwaltung“ eingegangen ist. Aber, Herr Minister, ich wollte sagen: Sie haben in der ersten Anfragebeantwortung der Anfrage des Herrn Dr. Stix schon einige zweideutige Erklärungen abgegeben. Sie haben die Salcher-Erklärung nicht gelesen, Sie haben gesagt, Sie wollen von der vorzichtigen Politik in bezug auf Südtirol abkommen. Heißt das jetzt, massiv gegen die SVP auftreten? Und Sie haben von einer „Endlösung“ gesprochen, obwohl Sie in einem anderen Zusammenhang gesagt haben, daß Südtirol immer ein Anliegen sein wird.

Ich wollte Sie fragen: Hat der Herr Minister

Dr. Ermacora

Salcher mit Ihnen vor seiner doch sehr bemerkenswerten Erklärung nicht Kontakt gepflogen, um mit Ihnen diese Erklärung abzustimmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich glaube, die offiziellen Erklärungen Österreichs zur Südtirol-Frage gibt — das ist bei uns so üblich, in der Regierung so üblich — der Außenminister ab, darüber gibt es überhaupt keine Zweifel. Wenn ein Minister bei einer Parteiveranstaltung über diese oder jene Frage, an denen er aus persönlichen Gründen ein besonderes Interesse hat, eine Erklärung abgibt, so wird das keineswegs mit dem Ressortminister abgestimmt. Und ich habe auch mit Minister Salcher — weder ich mit ihm noch er mit mir — über diese Frage nicht besonders gesprochen. Ich war natürlich davon informiert, daß er zu diesem Thema sprechen wird.

Was nun den von Ihnen behaupteten Widerspruch betrifft, so sehe ich hier überhaupt keinen solchen. Energische Schritte zur endgültigen Durchführung des Südtirol-Pakets und Aufgabe der bisher sehr vorsichtigen Politik, selbstverständlich im Einvernehmen mit der Südtiroler Volkspartei. Das habe ich in der Vergangenheit immer so gehalten, und das werde ich auch in Zukunft so halten. Ich habe immer meine Funktion darin verstanden, ein Rechtsanwalt der Südtiroler zu sein. Und ein guter Rechtsanwalt macht zwar nicht immer alles, was der Klient will, aber er macht nichts gegen den Willen des Klienten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Bundesminister! Zu einem Problem, das sicherlich längerfristig von größter Bedeutung für die Südtiroler Volksgruppe und ihrer kulturellen Substanz ist, ist die Universitätsfrage. Es gibt hier die unterschiedlichsten Vorstellungen, es gibt widerstreitende Meinungen, das ist ja alles bekannt.

Können Sie uns informieren, was in dieser Frage der jüngste Stand der Dinge ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Sie haben völlig recht: eines der größten Probleme in Südtirol ist derzeit die Ausbildung junger Akademiker. Sie funktioniert an der Landesuniversität Innsbruck derzeit auf

Grund immer eher kurzfristiger Vereinbarungen mit der Universität Padua und praktisch nur jährlich gegebener Bewilligungen für Paduaner Professoren zum Lesen an der Universität Innsbruck. Wir sind bemüht, hierfür eine ständige Regelung herbeizuführen.

Über die Form, wie eine solche ständige Regelung herbeigeführt werden könnte, gab und gibt es noch immer Meinungsdivergenzen zwischen Italien und Österreich. Italienischerseits wird ein genereller Universitätsvertrag für die Zusammenarbeit zwischen allen italienischen Universitäten mit allen österreichischen Universitäten gewünscht.

Wir haben jetzt einen Entwurf ausgearbeitet, der bemüht ist, auf der einen Seite unseren Vorstellungen, den Vorstellungen Tirols Rechnung zu tragen und der anderen Seite auch die Wünsche Italiens zu berücksichtigen. Dieser Entwurf ist derzeit Gegenstand von Vorberatungen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 13: Herr Abgeordneter Frischenschlager (FPÖ) an den Herrn Minister.

348/M

Inwieweit hat sich Ihre im Herbst vergangenen Jahres unternommene Fernostreise auf den Beitrag Österreichs zur Lösung des in dieser Region bestehenden Flüchtlingsproblems ausgewirkt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Meine Reise in den Fernen Osten im Spätherbst des vergangenen Jahres hat sich zentral keineswegs mit Flüchtlingsproblemen befaßt, sondern diente der Stärkung, der politischen und vor allem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und den besuchten Staaten.

Natürlich kann niemand an dem Flüchtlingsproblem vorbeigehen, wenn er sich in den ASEAN-Staaten befindet. Ich habe daher meinen Besuch in Malaysia auch zum Besuch eines Flüchtlingslagers wahrgenommen, und war zu diesem Zweck in Pulan Bidong, einem der Flüchtlingslager, in dem sich „boat people“ befinden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager: Herr Bundesminister! Es ist klar, daß bei Asien-Besuchen das Flüchtlingsproblem zumindest auch im Vordergrund stehen müßte. Es ist eine derartige menschliche Katastrophe, die

7052

Nationalrat XV. GP — 71. Sitzung — 9. April 1981

Dr. Frischenschlager

sich da abspielt, an der kein Außenpolitiker vorbeigehen kann.

Sie haben im Herbst gesprächsweise angekündigt, daß Österreich spezielle, auf internationaler Ebene Initiativen setzen möchte in bezug auf das Flüchtlingswesen in Südostasien.

Meine Frage war also nicht so sehr, ob Sie sich mit dem Thema befaßt haben, sondern ob Österreich spezielle Initiativen auf internationaler Ebene setzen wird, um dieser menschlichen Katastrophe entgegenzuwirken.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Zunächst möchte ich sagen, daß Österreich ja selbst einiges getan hat. Wir haben insgesamt rund 1 500 Flüchtlinge aus Südostasien aufgenommen. Das mag nicht viel erscheinen, ist aber doch in der Gesamtrelation zu sehen. Österreich hat 1979 für die Flüchtlingsvorsorge als Ganzes gesehen rund 120 Millionen Schilling aufgewendet; im Jahre 1980 rund 178 Millionen, also schon um 50 Prozent mehr. Heuer wird es noch ein viel, viel größerer Betrag werden, weil sich die Zahl der Flüchtlinge, die nach Österreich kommen, sprunghaft weiterentwickelt.

In der Zeit zwischen 1976 und 1980 hat sich die Zahl der Flüchtlinge, die nach Österreich kommen, verfünffacht, und in den ersten beiden Monaten dieses Jahres waren es, verglichen mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres, doppelt so viele.

Ich glaube, Österreich von sich aus leistet einen sehr großen Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems.

Natürlich ist das Flüchtlingsproblem ein Weltproblem, ein Problem, das es in allen Erdteilen heute gibt. Wir haben uns, wie ich das schon voriges Jahr auf der Konferenz in Genf für Flüchtlingsfragen in Südostasien gesagt habe, mit Nachdruck vor allem dafür ausgesprochen, daß endlich die Wurzeln aller dieser Flüchtlingsbewegungen bekämpft werden mögen, und das sind in fast allen Fällen eklatante Menschenrechtsverletzungen.

Das heißt, das Flüchtlingsproblem in seiner Substanz wird man nur dann lösen, wenn man den Kampf gegen die Verletzung von Menschenrechten mit Nachdruck weiter fortsetzt.

Präsident: Eine weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager: Herr Bundesminister! Es ist völlig klar, daß Österreich, einer alten Tradition folgend, sich bei der sozialen Bewältigung der Flüchtlingsfragen immer sehr, sehr hervorgetan hat.

Aber da Österreich auf verschiedensten Ebenen politische Aktivitäten setzt, vor allem auch der Bundeskanzler in einer Menge von Fragen, die vielleicht auch relativ fern liegen, meine Frage: Ist Österreich auf politischer Ebene bereit, besondere Aktivitäten zu setzen, über die internationale Flüchtlingshilfe auf sozialer Ebene hinaus?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich glaubte, Ihre Frage damit beantwortet zu haben, daß ich auf die großen Aktivitäten Österreichs auf dem Menschenrechtsgebiet hingewiesen habe. Wenn wir in das Spezifische eingehen, möchte ich darauf hinweisen, daß etwa die Bemühungen des Bundeskanzlers um eine Bereinigung des Problems im Nahen Osten und hier zentral des Palästinenserproblems dominant auch ein Flüchtlingsproblem ist. Denn eines der größten Probleme im Nahen Osten sind die Palästinenser-Flüchtlinge.

Ich darf auf meine Bemühungen hinweisen, einen kleinen Beitrag etwa zur Lösung des Kambodschaproblems zu bringen, in dessen Mittelpunkt ebenfalls heute große Flüchtlingsprobleme sind. Ich glaube, das sind Beispiele dafür, daß wir auch in den einzelnen konkreten politischen Bereichen bemüht sind, einen Beitrag zur Lösung von Flüchtlingsproblemen zu leisten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Steiner.

Abgeordneter Dr. Ludwig Steiner (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben uns jetzt die politischen Aktivitäten oder Absichten der Bundesregierung, die Flüchtlingsprobleme weltweit in den Griff zu bekommen, erläutert. Natürlich sind Flüchtlingsprobleme immer auch materielle Angelegenheiten, weil es ja um das Überleben von Menschen geht.

Es findet gerade in Genf eine Flüchtlingskonferenz statt, und zwar handelt es sich diesmal um Afrika. Verschiedene Länder leisten hier zur Linderung des Elends der Flüchtlinge große materielle Beiträge, um nur ein extremes Beispiel zu nennen, die USA etwa 200 Millionen Dollar.

Österreichischerseits ist man ja immer sehr bereit, mit Ideen wie Marshall-Plan und ähnli-

Dr. Ludwig Steiner

chem sehr zungenfertig in aller Welt in Erscheinung zu treten. Was leisten wir nun konkret an Beiträgen bei dieser Afrika-Konferenz in Genf, die heute beginnt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Wir werden bei dieser konkreten Konferenz keinen zusätzlichen Beitrag leisten, und zwar deshalb nicht, wie ich schon sagte, weil Österreich im Vergleich zu seiner Wirtschaftskraft wohl die größten Aufwendungen für das Flüchtlingswesen erbringt, die es überhaupt in der Welt gibt.

Ich habe darauf hingewiesen, daß wir im Vorjahr 180 Millionen Schilling aufgewendet haben. Setzen Sie das in Vergleich zu unserer Wirtschaftskraft, und schauen Sie an, was die Vereinigten Staaten etwa tun im Vergleich zu ihrer Wirtschaftskraft. Heuer wird der Betrag wahrscheinlich hoch über 200 Millionen, wahrscheinlich gegen 300 Millionen Schilling, sein.

Ich glaube daher, daß wir insgesamt viel mehr erbringen als irgendein anderer vergleichbarer Staat.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 14: Herr Abgeordneter Frischenschlager (FPÖ) an den Herrn Minister.

349/M

Wurden Untersuchungen darüber angestellt, in welcher Relation sich die besoldungsrechtliche Stellung österreichischer Diplomaten zu jener von Diplomaten vergleichbarer Länder bewegt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Das Außenministerium hat Untersuchungen der von Ihnen erwähnten Art bereits in den Jahren 1971 und dann auf Grund einer entsprechenden Anregung von mir nochmals im Jahre 1978 durchgeführt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager: Herr Bundesminister! Sind Sie bereit, auch in der Öffentlichkeit beziehungsweise den Parlamentsfraktionen das Ergebnis dieser Untersuchungen bekanntzugeben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Diese Untersuchungen haben eigentlich kein brauchbares Material gebracht, denn sie

haben gezeigt, daß die Besoldungssysteme in den verschiedenen Staaten so verschieden sind, daß sie schwer miteinander verglichen werden können.

Ich darf noch etwas hinzufügen: Die Staaten sind, wenn überhaupt, dann nur bereit, auf privater Basis konkrete Zahlen über Auslandszulagen bekanntzugeben.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager: Herr Bundesminister! Es ist völlig klar, daß man jetzt nicht sozusagen eine internationale Skala aufstellen kann, dann irgendwo einen Mittelschnitt einsetzen und sagen kann: So, das ist das Ideale.

Aber es gibt vergleichbare Länder, die man heranziehen könnte, und dieser Vergleich wäre interessant; nicht irgendwelche Länder, die nicht vergleichbar sind.

Meine Frage: Die Bundesregierung hat in der Regierungserklärung versprochen, eine umfassende Besoldungsreform zu machen. Ich glaube, daß die Probleme des Außendienstes beträchtlich sind: bei den jüngeren Beamten, in den unteren Gehaltsstufen, wenn sie im Inland sind, und so weiter. Ich brauche das nicht länger auszuführen.

Meine Frage: Haben Sie vor, im Zuge der Verhandlungen um diese umfassende Besoldungsreform die speziellen Probleme des Außendienstes in Gesprächen mit dem zuständigen Staatssekretär Löschnak besonders anzugehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ihre Frage kann ich mit einem vorbehaltlosen Ja beantworten, denn die derzeitige Lage ist tatsächlich unbefriedigend, beruht doch die Auslandskomponente des Bezuges im Ausland lediglich auf der Idee einer Mehrbelastung, also auf einem Ausgleich für Mehraufwendungen, was sehr schwer ist, wenn man auch die schwierigen Lebensumstände in Betracht zieht, die zum Teil im Ausland herrschen.

Präsident: Nächste Frage. Herr Abgeordneter Hesele.

Abgeordneter DDr. Hesele (SPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben bereits erklärt, daß eine Vergleichbarkeit mit Bezügen von vergleichbaren Staaten nicht zielführend sein kann, weil das gesamte Besoldungssystem in

7054

Nationalrat XV. GP — 71. Sitzung — 9. April 1981

DDr. Hesele

den einzelnen Staaten verschieden aufgebaut ist.

Es wäre die einzige Möglichkeit, dem Parlament einen Überblick über die Globalbezüge unserer Auslandsbeamten, selbstverständlich aufgeschlüsselt nach den einzelnen Zulagen, bekanntzugeben.

Aber auch das ist vielleicht nicht opportun. Aber die wichtigste Frage ist doch das Verhältnis von In- zu Auslandsbezügen.

Meine Frage daher, Herr Bundesminister: Wie ist das Verhältnis der Auslandsbezüge zu den Inlandsbezügen in Österreich?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Es tut mir furchtbar leid, aber ich kann auch diese Frage nicht generell beantworten, denn die Auslandsbezüge sind ja, wie ich schon sagte, abgestellt auf die Mehraufwendungen, die von einem Staat zum anderen unglaublich verschieden sind. Unglaublich verschieden wegen der völlig anders gearteten Situation, aber völlig verschieden auch wegen der ständig wechselnden Umrechnungskurse und wegen der heute sehr schnell wechselnden Kaufkraft. All das führt dazu, daß es eine sehr große Spannweite in den Auslandsbezügen gibt. Die Spannweite zwischen den Auslandsbezügen ist weit mehr als 100 Prozent und das Verhältnis zu den Inlandsbezügen dann entsprechend.

Präsident: Nächste Frage, Herr Abgeordneter Ettmayer.

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Bundesminister! In einer Verordnung vom 29. Dezember 1972, Bundesgesetzblatt Nr. 496, wird festgehalten, daß verschiedene Berufsgruppen eine steuerrechtliche Begünstigung in Form eines Sonderwerbekostenpauschales erhalten. Es fallen darunter etwa Vortragskünstler, Humoristen, Komiker, Conferenciers, Chansonniers, Kunstpfeifer, Imitatoren, Sänger, Tänzer mit einfacher Ausstattung, Girls, Zauberer, Radfahrkünstler, Parterre- und Luftakrobaten und dergleichen; ich will nicht alle aufzählen.

Ich glaube nun, Herr Bundesminister, daß österreichische Diplomaten, vor allem auch im Inland, auf Grund ihrer gesellschaftlichen Verpflichtungen zumindest soviel Sonderausgaben haben wie die genannten Berufsgruppen.

Ich möchte Sie daher fragen, Herr Bundesminister, ob Sie bereit sind, sich dafür einzu-

setzen, daß auch österreichische Diplomaten im Inland so wie die genannten Berufsgruppen eine steuerrechtliche Begünstigung in Form eines Sonderwerbekostenpauschales erhalten. (*Abg. Peter: Aber Feuerschlucken brauchen sie nicht!*)

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Dieses Anliegen liegt mir selbst schon lange am Herzen, und ich habe mich auch schon diesbezüglich mit dem Finanzministerium ins Einvernehmen gesetzt. Wir haben derzeit dieses Problem zumindest bei jenen Bediensteten, die besondere Aufwendungen haben, dadurch gelöst, daß wir ihre Aufwendungen konkret, so wie das ja das Gehaltsgesetz vorsieht, entschädigen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 15: Herr Abgeordneter Peter (FPÖ) an den Herrn Minister.

350/M

Steht die Tagesordnung der nächsten Botschafterkonferenz zur Thematik der Europäischen Integration bereits in ihren Einzelheiten fest?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Die Tagesordnung für die nächste Botschafterkonferenz, die in Wien in der Woche nach Ostern stattfinden wird, ist bereits seit langer Zeit feststehend. Sie wurde den zu dieser Botschafterkonferenz eingeladenen Missionschefs bereits übermittelt, und tatsächlich liegen auch die Antworten auf diese Anfragen bereits vor.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Peter: Herr Bundesminister! Zwischen Ihnen und mir gibt es in dieser Frage immer einen Akzentunterschied. Uns Freiheitlichen läge am Herzen eine Botschafterkonferenz für den Bereich der Europäischen Gemeinschaften. Es wird aber, nehme ich an, eine solche für Westeuropa im allgemeinen sein.

Darf ich Sie daher bitten: Welcher Stellenwert und welche konkreten Maßnahmen werden im Rahmen dieser Botschafterkonferenz in Richtung der Europäischen Gemeinschaft zu setzen sein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich darf mir dann vielleicht erlauben, Ihnen den gesamten Fragenkatalog zur Verfügung zu stellen, soweit es sich um die Botschafterkonferenz über die Europäische Zusammenarbeit und Integration handelt. Sie werden daraus ersehen, daß die Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft einen sehr, sehr großen Stellenwert hat, und zwar sowohl im Zusammenhang mit den Fragen Weiterentwicklung der Europäischen Integration als auch im Bereich bilaterale Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Peter: Die Entwicklung hat eigentlich die Richtigkeit der freiheitlichen Auffassung bestätigt, daß die EFTA kein tragfähiges Floß aus der Sicht des neutralen Österreich mehr ist. Welche Haltung werden wir im Rahmen dieser Botschafterkonferenz zu diesem Thema einnehmen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich würde die Botschafterkonferenz, die ja dazu dient, Ideen zu entwickeln, präjudizieren, wenn ich jetzt das Ergebnis der Botschafterkonferenz zu dieser Frage vorwegnehmen würde.

Präsident: Weitere Anfrage, Frau Abgeordnete Hawlicek.

Abgeordnete Dr. Hilde Hawlicek (SPÖ): Herr Minister! Welche Konsequenzen haben Sie aus der im Jahr 1979 stattgefundenen Botschafterkonferenz über Fragen der Europäischen Integration gezogen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Frau Abgeordnete! Ich glaube, daß diese Botschafterkonferenz einen sehr wichtigen Impuls dafür gegeben hat, Fragen der europäischen Zusammenarbeit, auch Fragen der Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft mehr und mehr auch bilateral zu behandeln.

Es hat sich tatsächlich als richtig erwiesen, daß es nicht genügt, österreichische Anliegen in Brüssel und den Funktionären der EG gegenüber zu vertreten, sondern daß es notwendig ist, für diese Anliegen auch die zuständigen Zentralen in den Mitgliedstaaten zu erreichen. Und das war, glaube ich, abgesehen von allem anderen ein ganz besonders

wichtiges Ergebnis dieser Konferenz, nämlich die Sensibilisierung auch der bilateralen Vertretungsbehörden für das Problem Europäische Zusammenarbeit.

Präsident: Weitere Anfrage, Herr Abgeordneter Gorton.

Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich darf ja annehmen, daß bei einer solchen Botschafterkonferenz auch in den Fragen der Integration sozusagen akkordierte Aktionen unserer Botschafter in den Hauptstädten der EG-Länder vorgesehen sein werden. Wenn ich in dieser Annahme richtig gehe, darf ich Sie fragen: Was erachten Sie als das vordringlichste Anliegen unsererseits gegenüber der EG bei einer solchen akkordierten Aktion unserer Botschafter in den EG-Hauptstädten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Wieder möchte ich an sich dem Ergebnis nicht vorgreifen. Aber ich glaube doch sagen zu können, daß die Hauptanliegen gegenüber der Europäischen Gemeinschaft, abgesehen von dem generellen Bestreben, die Zusammenarbeit zu intensivieren, die Probleme der Landwirtschaft, die Probleme der sensiblen Güter hier und vor allem Stahlfragen, Papier und die Verkehrsproblematik sind.

Präsident: Weitere Anfrage, Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben jetzt in bezug auf das Verhältnis EG und EFTA eine Position diesbezüglich bezogen, daß Sie die Botschafterkonferenz nicht präjudizieren wollen, obwohl an sich das Ergebnis der Instrumentalität der EFTA ja völlig auf der Hand liegt.

Meine Frage: Werden Sie dieses Ergebnis der Entwicklung auch bei dieser Botschafterkonferenz präzisieren und klarlegen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich glaube, es ist allgemein bekannt und vor allem auch bei unseren Botschaftern sehr wohl bekannt, daß die EFTA in der Vergangenheit eine großartige Leistung erbracht hat. Sie hat einen wesentlichen Beitrag zu dem großen europäischen Freihandelsraum gebracht, den wir heute für die industriellen und gewerblichen Güter haben. Die EFTA ist

Bundesminister Dr. Pahr

vielleicht eine der ganz, ganz wenigen Organisationen, die es in der Geschichte gegeben hat, die ihre Aufgabe voll erfüllt haben.

Natürlich kann man sich fragen: Brauchen wir dann heute diese EFTA noch? Ich würde diese Frage nicht verneinen, sondern ich glaube ganz im Gegenteil, daß wir die EFTA deshalb brauchen, weil sie nach wie vor ein Instrument ist, den Freihandelsraum zu erhalten und auch Tendenzen, die es heute gibt, durch nicht-tarifarische Maßnahmen den Freihandel zu beschränken, zu bekämpfen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 16: Abgeordneter Maderner (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

352/M

Schon vor Jahren hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates eine Resolution beschlossen, die auf eine Erweiterung des Grundrechtskataloges durch wirtschaftliche und soziale Menschenrechte abzielte, und am 27. April 1978 verabschiedete dann das Ministerkomitee des Europarates eine Deklaration mit dem Auftrag, die Möglichkeit einer Ausdehnung der Liste der Menschenrechte mit Vorrang zu untersuchen, und ich frage Sie daher: Wie beurteilen Sie den derzeitigen Stand dieser Bemühungen?

Präsident: Bitte, Herr Minister. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! An der Erklärung des Ministerkomitees vom 27. April 1978, auf die Sie Bezug genommen haben, hat Österreich sehr wesentlich mitgewirkt. In dieser Erklärung haben die Minister eine Ausdehnung des Kreises der durch die Europäische Menschenrechtskonvention geschützten Rechte auf soziale und wirtschaftliche Grundrechte verlangt.

Im Sinne dieses Beschlusses haben in der Folge Beratungen in den verschiedenen zuständigen Komitees des Europarates stattgefunden, an der Spitze auch im Leitungskomitee für Menschenrechte.

Ein Ergebnis liegt leider noch immer nicht vor, und ich würde es sehr begrüßen, wenn die zuständigen Organe des Generalsekretariates des Europarates und die entsprechenden Expertengremien ihre Arbeit endlich abschließen, damit jenes Ziel verwirklicht wird, das die parlamentarische Versammlung und anschließend dann das Ministerkomitee in der erwähnten Resolution vom 27. April zum Ausdruck gebracht hat.

Präsident Mag. Minkowitsch: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter DDr. Maderner: Herr Bundesminister, Sie würden es begrüßen, wenn

man dem Ziel näher kommen könnte. Können Sie selbst als Minister für Auswärtige Angelegenheiten etwas dazu beitragen und haben Sie bestimmte Absichten und Pläne im Sinn?

Präsident Mag. Minkowitsch: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Ich habe die Absicht, die nächste Tagung des Ministerkomitees im Mai dieses Jahres zum Anlaß zu nehmen, auf dieses Problem hinzuweisen und mit Nachdruck darauf zu drängen, daß überhaupt den Menschenrechten im Bereiche der Arbeit des Europarates wieder mehr Bedeutung beigemessen wird. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die österreichischen Abgeordneten zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates ebenfalls in diesem Sinn wirken würden.

Präsident Mag. Minkowitsch: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Ermacora.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich glaube, die Schwierigkeiten liegen einmal bei diesem Expertenkomitee oder bei dem Komitee, das die Dinge vorbereitet hat. Und hier würde ich die Frage stellen, nachdem ich die Dokumentation und ihre Lücken kenne: Welche Weisungen haben Sie gegeben, damit die Arbeiten an diesem Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention schneller vorangehen als bisher?

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. Pahr: Herr Abgeordneter! Wir haben die generelle Weisung gegeben, diesen Arbeiten besonderen Nachdruck zu verleihen. Nachdem es sich hierbei jedoch um Expertengremien handelt, haben wir den Expertenstatus der einzelnen Teilnehmer an diesen Beratungen respektiert und ihnen keine inhaltlichen Weisungen gegeben.

Präsident Mag. Minkowitsch: Damit ist die Fragestunde beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident Mag. Minkowitsch: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

dem Landesverteidigungsausschuß Antrag 106/A der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Heeresgebührengesetz geändert wird (Heeresgebührengesetznovelle 1981),

Präsident Mag. Minkowitsch

dem Finanz- und Budgetausschuß: Antrag 107/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Bundesgesetz, mit dem das IAKW-Finanzierungsgesetz geändert wird (3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novellen-Konferenzentrums-Einsparungsgesetz).

Ich gebe bekannt, daß die Abgeordneten Deutschmann und Genossen die schriftliche Anfrage Nr. 1114/J an den Bundesminister für Finanzen zurückgezogen haben.

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident Mag. Minkowitsch: Es ist das von 20 Abgeordneten unterstützte Verlangen gestellt worden, die in dieser Sitzung schriftlich eingebrachte Anfrage 1134/J der Abgeordneten Steinbauer und Genossen an den Herrn Bundeskanzler betreffend fällige Konsequenzen aus dem AKH-Skandal dringlich zu behandeln.

Da dieses Verlangen darauf gerichtet ist, die dringliche Behandlung noch vor Eingang in die Tagesordnung durchzuführen, mache ich von dem Recht gemäß § 93 Abs. 4 der Geschäftsordnung Gebrauch.

Im Einvernehmen mit den parlamentarischen Klubs wird die Behandlung dieser dringlichen Anfrage jedoch ausnahmsweise nicht auf 16.00 Uhr, sondern schon auf 15.00 Uhr verlegt.

Anträge auf Fristverlängerung

Präsident Mag. Minkowitsch: Vor Eingang in die Tagesordnung teile ich mit, daß die Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Bergmann, Dr. Feurstein und Steinbauer gemäß § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung beantragt haben, die dem Untersuchungsausschuß im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien gesetzte, mit 17. April dieses Jahres ablaufende Frist bis 31. Dezember 1981 zu verlängern.

Ferner hat der Abgeordnete Dr. Steger beantragt, die dem Untersuchungsausschuß gesetzte Frist bis 15. Mai 1981 zu verlängern.

Diese Anträge sind gemäß der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in der heutigen Sitzung zur Abstimmung zu bringen.

Gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung ist ferner beantragt, über diese Anträge eine Debatte durchzuführen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die der Durchführung einer gemeinsamen Debatte über beide Anträge zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist einstimmig angenommen.

Die Redezeit in der Debatte beschränke ich gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung auf zehn Minuten.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Kohlmaier (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Diese Debatte, die Sie jetzt eröffnet haben, findet unter eher nicht günstigen Umständen statt. Bisher scheint es so, daß die Arbeit des Ausschusses in der Öffentlichkeit noch nicht jene Anerkennung gefunden hat, die wir uns wünschen würden. Wozu kommt, daß hier wieder einmal ein Urteil gesprochen wird, bevor die Arbeit beendet ist.

Aber wir haben in der schriftlichen Begründung unseres Antrages darauf hingewiesen, welche Mühe sich der Ausschuß bisher gegeben hat, daß er intensiv gearbeitet hat und daß er damit seinen Auftrag, den er vom Plenum erhalten hat, sehr ernst genommen hat.

Hohes Haus! Es gibt viel, was wir bisher durch die Tätigkeit dieses Ausschusses schon zutage gebracht haben. Aber das zu debattieren, ist nicht Aufgabe der heutigen Sitzung, das werden wir anläßlich der Berichterstattung tun.

Was ich auch heute ausdrücklich bedauern möchte, Hohes Haus, ist die Tatsache, daß die Arbeit dieses Ausschusses mehrfach abgewertet wurde, abgewertet etwa dadurch, daß der oberste Verantwortliche der Bundesregierung, die wir ja hier im Rahmen der Kontrolltätigkeit des Parlamentes zu überwachen haben, zwar vor dem Ausschuß erschienen ist, aber durch einen gemeinsamen Beschluß von SPÖ und FPÖ daran gehindert wurde, über die Frage der politischen Verantwortung als oberster Verantwortlicher überhaupt Auskunft zu geben. Ich betrachte das als eine Abwertung des Ausschusses, die leider Gottes von der Mehrheit hier erzwungen wurde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich betrachte es weiters — das muß auch mit aller Klarheit gesagt werden — als eine Abwertung des Ausschusses, wenn dieser oberste Verantwortliche der Bundesregierung, der als Zeuge hier erscheint und eine staatsbürgerliche Pflicht und seine Pflicht als Bundeskanzler erfüllt, diesen Ausschuß, anstatt sachlich korrekte Aussagen zu machen, zur Bassena degradiert, meine Damen und Herren. Das muß man auch einmal hier mit aller Klarheit feststellen! *(Beifall bei der ÖVP.)* Und dafür — das möchte ich auch mit ein wenig Bitterkeit anmerken — wurde er vom Vorsitzenden des Ausschusses

Dr. Kohlmaier

nicht einmal zur Ordnung gerufen und gemahnt. Auch das soll vermerkt werden, wenn wir die Umstände ein bißchen ausleuchten, unter denen wir hier gearbeitet haben.

Dieses Nichtzurechtweisen durch den Vorsitzenden leitet über zu einem anderen ungünstigen Umstand, unter dem wir gearbeitet haben und auch noch weiter arbeiten wollen, meine Damen und Herren. Der oberste Untersucher in diesem Ausschuß, der Vorsitzende des Ausschusses, der hier erster Repräsentant der Kontrolltätigkeit, erster Repräsentant einer oppositionellen Tätigkeit sein soll, schließt während der Durchführung dieser oppositionellen Kontrolltätigkeit einen Pakt mit der Partei, die er kontrollieren soll, einen Pakt, der einen der Männer, die hier verantwortlich vor dem Ausschuß erscheinen mußten, miteinbezieht, die bei dieser Verantwortung ins Zwielficht geraten sind.

Meine Damen und Herren! Das sind alles Umstände, die man heute registrieren muß. Ich sage heute nicht mehr als: registrieren müssen, über die man wird weiter nachdenken müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Wir haben schriftlich eingehend begründet, warum es wirklich schwerwiegende Gründe gibt, daß dieser Ausschuß noch acht Monate weiterarbeiten sollte. Ich glaube, acht Monate sind nicht eine unangemessen, eine übertrieben lange Zeit, es ist die Umwandlung einer zwölf- in eine zwanzigmonatige Frist, etwas, woran man sich eigentlich doch wirklich nicht stoßen sollte, wenn die, die in diesem Ausschuß arbeiten, zum Plenum kommen und darum ersuchen, daß eine solche Verlängerung stattfindet.

Wir haben darauf hingewiesen, daß der sogenannte ABO-Auftrag ein wesentliches Element des Untersuchungsauftrages ist und daß erst Mitte Mai das Gericht über ein Gutachten über die Preisangemessenheit dieses ABO-Auftrages verfügen wird.

Wir betrachten es als absolut unverständlich, wenn der Untersuchungsausschuß über diesen ABO-Auftrag ein Urteil abgibt, bevor das Gerichtsgutachten vorliegt. Diese paar Monate müßte man warten können, im Interesse einer besseren und einer genaueren Erfüllung des Untersuchungsauftrages, Hohes Haus! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist ferner — viel beachtet von der Öffentlichkeit, es gibt eine weite Diskussion — ein zweiter Kontrollamtsbericht vorgelegt worden, in dem unfafßbare Mißstände enthalten sind, wo wiederum die Frage, die wir als Untersuchungsauftrag haben, nämlich gesetz-

widrige finanzielle Zuwendungen durch Firmen, zumindest berührt wird. Der Ausschuß war zeitlich — das wird jeder verstehen — ganz einfach nicht in der Lage, die Konsequenzen aus diesem zweiten Kontrollamtsbericht mitzuverarbeiten.

Wir bitten um acht weitere Monate, um diesen Kontrollamtsbericht verwerten zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir würden die Verweigerung dieser Möglichkeit als Behinderung der Arbeit des Ausschusses betrachten.

Drittens: Hohes Haus! Es hat am Beginn der Ausschußarbeit einen von der SPÖ in den Raum gestellten Verdacht gegeben: eine Parteispende an die ÖVP könnte bis zum Beweis des Gegenteiles — man hat uns hier als die Beschuldigten in die Entlastungsbeweisrolle gedrängt — mit dem AKH zusammenhängen.

Wie war unsere Reaktion, meine Damen und Herren? Wir haben die SPÖ ermuntert, diese Beweisführung zu machen. Wir haben gesagt: Wir tun alles, damit dieser Verdacht aufgeklärt wird. Wir haben viele Stunden dieser Frage gewidmet, obwohl sie in keinem Zusammenhang mit dem AKH steht, und das kam auch heraus! Heute sind wir die Entlasteten in dieser Frage, glücklicherweise!

Aber im Zuge unserer Arbeit, nicht der des Gerichtes oder der Medien, sondern durch unsere eigene Untersuchungsarbeit, kam heraus, daß bei der Diskussion des AKH-Themas eine Parteienfinanzierung, nämlich die Finanzierung einer SPÖ-Werbekampagne durch einen Schweizer Geschäftsmann und offenbar Waffenhändler, zutage trat, wo es eine ganze Reihe von Bezugspunkten zum AKH und zum AKH-Milieu gibt — darüber wird Kollege Feurstein noch berichten —, und bevor das aufgeklärt wurde, soll dieser Ausschuß aufhören! Meine Damen und Herren! Das ist eine derartige Ungleichheit; ich finde sie unerträglich. Wir öffnen alle Türen und Tore zur Aufklärung eines Vorwurfs, den Sie in den Raum gestellt haben, bei der Untersuchung kommen wir zu einem manifesten Verdacht, und Sie machen die Türen zu, meine Damen und Herren! So geht es nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich würde Sie daher wirklich ersuchen, meine Damen und Herren, überlegen Sie Ihre Entscheidung!

Noch bevor wir diese letzte Entwicklung mit dem Herrn Holliger und mit den „Geschichten vom Dr. Kreisky“ wußten, hat es bereits die dezidierte Aussage des Herrn Dr. Fischer in der Öffentlichkeit gegeben: Es gibt keine Verlängerung.

Dr. Kohlmaier

Ich kann nicht annehmen, daß diese Entscheidung in Kenntnis all dieser Dinge gefällt wurde, bei sorgfältiger Prüfung der Umstände.

Herr Dr. Fischer! Müßte Ihnen nicht die Tatsache, daß vier Abgeordnete des Untersuchungsausschusses zum Plenum kommen und sagen: Gebt uns noch acht Monate Zeit, damit wir zumindest diese Waffengleichheit herbeiführen, was die Untersuchung des Verdachtes der Parteienfinanzierung betrifft, zu denken geben? Erschüttert Sie das nicht in dieser fast diktatorischen Haltung, die Sie seit Wochen in der Öffentlichkeit einnehmen: Es gibt keine Verlängerung!?

Meine Damen und Herren! Wenn Sie das erzwingen, dann ist das für mich eine Form des Schlusses der Debatte, einer Debatte, die Ihnen offenbar unangenehm ist. Ich kann das vom Parteistandpunkt aus verstehen. Dem Kontrollauftrag des Parlaments und der Wahrheitsfindung dient eine solche Haltung ganz bestimmt nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Fischer das Wort.

Abgeordneter Dr. Fischer (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der AKH-Untersuchungsausschuß ist einer, über den es gewiß viele Kontroversen und Polemiken gegeben hat und wahrscheinlich auch in Zukunft noch geben wird. Ich will daher die heutige Geschäftsordnungsdebatte nicht dazu benützen, diese Polemik fortzusetzen. Ich setze mich daher auch nicht mit dem Vorwurf eines „diktatorischen“ Verhaltens auseinander.

Ich will nur berichten, meine Damen und Herren, daß die sozialistische Fraktion über zwei Anträge beraten hat, die uns vorliegen: Ein Antrag der ÖVP, die Tätigkeit des Ausschusses bis Jahresende fortzusetzen, und ein Antrag des Ausschußobmanns Steger, die Frist für den Ausschuß um vier Wochen zu verlängern.

Wir haben dabei folgendes erwogen:

Erstens einmal, meine Damen und Herren, kann niemand bestreiten, ich glaube, es kann niemand bestreiten, daß der Untersuchungsausschuß, in bester Absicht wahrscheinlich, gelegentlich bis an den Rand und wahrscheinlich auch über den Rand des Untersuchungsauftrages gegangen ist. Das ist ja auch darin zum Ausdruck gekommen, daß verschiedene Beweisaufträge und Beweisanträge wieder zurückgenommen wurden.

Wenn nun der Untersuchungsausschuß in der vergangenen Woche sein Beweisverfahren abgeschlossen hat und ein Antrag vorliegt, die Frist um vier Wochen zu verlängern, dann ist es so, daß wir es lieber gehabt hätten, wenn innerhalb der einstimmig gesetzten Frist die Beratungen tatsächlich abgeschlossen würden, aber daß wohl Verständnis dafür bestehen muß, daß zur Abfassung eines ausführlichen Ausschußberichtes und zur Vermeidung eines Zeitdruckes diese vier Wochen noch dazugegeben werden müssen, vor allem dann, wenn das der Obmann des Ausschusses, ein Angehöriger der Opposition, verlangt.

Die Regierungspartei setzt sich damit nicht dem Vorwurf aus, einem solchen gerechtfertigten Verlangen einer Oppositionspartei auszuweichen.

Der zweite Antrag würde unserer Meinung nach dazu führen, daß entweder die Grenzen des Beweisthemas wirklich endgültig überschritten werden, was ja wieder vom rechtlichen Standpunkt keine Kleinigkeit ist bei einem Instrument wie einem Untersuchungsausschuß, gegen dessen Tätigkeiten es ja keine Rechtsmittel und keine Berufungsmöglichkeiten gibt, oder — auch das soll ja manchmal vorkommen — daß man halt gewisse propagandistische Überlegungen anstellt und sich ein Forum unbeschadet des eigentlichen Beweisauftrages erhalten möchte.

Wie immer das sei, die Öffentlichkeit kann sich vielleicht selbst ein Bild darüber machen, die einzelnen Abgeordneten dieses Hauses können sich auch ein Bild darüber machen: wir werden dem Antrag der Opposition, des Ausschußobmannes, eine Verlängerung um vier Wochen zu beschließen, zustimmen.

Weitergehenden Anträgen, die darüber hinausgehen und die wir für sachlich nicht begründet halten, wird die sozialistische Fraktion nicht zustimmen.

Ich bitte um Verständnis für diesen einhelligen Beschluß der sozialistischen Parlamentsfraktion, den ich Ihnen ohne jede Polemik vorgetragen habe, weil die sozialistische Fraktion in der Lage ist, das Stichwort „AKH“ auch ohne Polemik in den Mund zu nehmen. Ob es alle in diesem Hause zustandebringen, weiß ich nicht. Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Steger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Steger (FPÖ): Herr Präsi-

Dr. Steger

dent! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Skandal um das Allgemeine Krankenhaus in Wien sprengt alle bisher bekannten Dimensionen anderer früher untersuchter Skandale. Er sprengt alle Grenzen dessen, was wir bisher erlebt haben. Ich darf nur ein Beispiel bringen:

Allein die Protokolle des Ausschusses über die direkten Zeugeneinvernahmen umfassen fast 18 000 Seiten. Sie werden allein daran ermessen können, wie schwer die Aufarbeitung dieses Materials ist.

Wir Freiheitlichen sind daher der Auffassung, daß es, wenn man noch weitere Facetten ausleuchten will, wenn man die bereits gesprengten Grenzen dort ausloten will, wo sie allenfalls wirklich vorhanden sind, unter dieser Voraussetzung richtig ist, eine Fristverlängerung vorzunehmen. Wir Freiheitlichen werden daher dem Antrag der Österreichischen Volkspartei auf Fristverlängerung bis zum Jahresende zustimmen.

Ich sage Ihnen auch gleich: Ich bin gar nicht überzeugt, daß bis dahin die gesamte Klärung möglich ist, weil das derartige Dimensionen hat, daß ich es auch für denkbar halte, daß sogar dann noch weiteres aufsteht, was nicht geklärt werden kann.

Trotz allem, obwohl wir hier diesem Antrag zustimmen, habe ich als Vorsitzender natürlich auch zur Kenntnis zu nehmen, daß es eine andere Meinung, die der Mehrheitsfraktion, gibt, die eine Begrenzung der Thematik haben will, weil sie sagt, es soll im Sinne der Vorgangsweise einer Regierungspartei auch möglich sein, zu Schlußfolgerungen zu kommen.

Wissend, daß keine Mehrheit dem Antrag der Österreichischen Volkspartei heute zustimmen wird, habe ich persönlich mich um einen Kompromiß bemüht, um wenigstens für die Berichtsberatung einige Wochen Zeit zu gewinnen. Denn es ist allein die Aufarbeitung dieses Materials derart mühsam, daß ich allen Damen und Herren Kollegen, die nicht in diesem Ausschuß gewesen sind, nur raten kann, in ihrer eigenen Fraktion Rücksprache zu halten, was das arbeitsmäßig eigentlich bedeutet. Es scheint mir daher sinnvoll, daß wir uns allenfalls, wenn, was ich annehme, die Sozialistische Partei dem Antrag der Österreichischen Volkspartei nicht zustimmen sollte — solche Erklärungen liegen ja öffentlich vor —, anschließend vielleicht doch einstimmig wenigstens zur Berichtsfassung etwas mehr Zeit geben können, damit wir hier in Ruhe die Konsequenzen beraten.

Hohes Haus! Es sind heute hier sofort mit der Berichtsfrage einige sonstige politische Themen verbunden worden. Es war wieder einmal notwendig, den 97. Aufguß der Frage „Dr. Androsch in die CA“ hier bei einer Geschäftsordnungsdebatte über die Fristverlängerung abzuhandeln. Ich habe nicht die Absicht, das heute hier auszutragen. Wenn irgend jemand meint, daß es in Wahrheit die wirklichen wirtschaftspolitischen Probleme Österreichs löst, wenn statt eines roten ein schwarzer Generaldirektor irgendwo vorhanden ist, dann hat er die Probleme noch immer nicht begriffen. Die Österreicher wissen, daß das die Probleme nicht löst. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn Sie aber zum zweiten meinen — an Sie, Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier, gerichtet —, mit dem Vorsitzenden sehr scharf ins Gericht gehen zu müssen, dann darf ich in aller Kürze — wir haben ja die Generaldebatte zum Ausschuß noch, und ich bin von dort schon gewitzigt, daß Sie da vielleicht noch einiges ergänzen werden — zunächst eines positiv vermerken:

Im Laufe dieser doch jetzt viele Monate andauernden Untersuchungen ist für mich so etwas wie eine eigene Beziehung zu den verschiedenen Abgeordneten des Ausschusses entstanden, auch zu denen der Fraktion der ÖVP, und ich habe im Rahmen der Aufklärungsarbeit auch jene schätzen gelernt, zu denen ich vorher nicht derartige Beziehungen hatte. Ich stehe gar nicht an, das hier auch im Plenum zu sagen.

Ich bin heute jedenfalls mehr überzeugt als am Beginn dieser Tätigkeit, daß dort ganz verschiedenartige Persönlichkeiten waren, die unter politisch verschiedenartigen Voraussetzungen bemüht waren aus ihrer Sicht den Ausschuß voranzubringen. Wenn Sie es so wollen: In diesem Bereich auf Ihre Kritik das Gegenteil als Antwort, nämlich das Bekenntnis, daß ich heute mehr als am Beginn der Tätigkeit glaube, daß auch in der Österreichischen Volkspartei massiv, ich sage „auch“, massiv Aufklärung vorangetrieben wurde.

Daß es verschiedene politische Bewertungen gibt, ist selbstverständlich. Daß das in der Öffentlichkeit dargestellt wird? Es wäre ja naiv und auch politisch falsch, diese öffentliche Darstellung nicht zu versuchen.

Wenn aber jetzt sehr scharf von der Frage der Abwertung des Ausschusses gesprochen wird, dann sage ich Ihnen meine Antwort zur Frage der Abwertung des Ausschusses:

Wenn ein Ausschuß dazu vorhanden ist,

Dr. Steger

Eiterbeulen aufzusteichen und die Pest der Korruption in Österreich zu beseitigen, besteht die wichtigste Abwertung darin, daß Mitglieder des Ausschusses hinausgehen und Lügen verbreiten. Ich nenne bewußt den Begriff „Lüge“. Wir wollen Lügner aus dem Wirtschaftsbereich — und solche haben wir dort genug als Zeugen erlebt und kennen wir aus den schriftlichen Protokollen — dort aufdecken, und dann gehen Abgeordnete hinaus — und das ist kurz mit dem Protokoll nachweisbar — und behaupten dort draußen selbst über Sachverhalte, wie sie sich gerade entwickelt haben, Unwahrheiten, und zwar in einer Art und Weise, wo sie sich nicht irren können, denn innerhalb von 24 Stunden kann man nicht selbst vergessen, was man im Ausschuß gesagt hat, zum Beispiel zur Frage des Abstimmungsverhaltens der Freiheitlichen Partei bei einer Zeugenladung. Wenn es mehrfach passiert, obwohl im Ausschuß sogar zu Protokoll gegeben wird, daß die Freiheitliche Partei immer allen Zeugenladungen zugestimmt hat, und dann mehrfach plötzlich draußen behauptet wird: Mit 6:4 wurde das abgelehnt, dann bleibe ich hier dabei, daß das bereits Lügen sind, nicht Unwahrheiten, die irgendwo passieren, Worte, die man nicht halten kann, sondern Lügen und bewußte Unwahrheiten, um eine falsche politische Suppe zu kochen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da, Hohes Haus, ist dann von der Qualität her vielleicht noch ein Unterschied zu jenen Lügnern, die dort ihre Geschäfte gemacht haben, es ist von der Qualität her vielleicht noch ein Unterschied, aber bezogen auf den Abwertungseffekt besteht kein Unterschied mehr, denn die Öffentlichkeit bewertet von ihrer Einschätzung her, daß sie die Hoffnung hat, daß hier ehrlich und anständig aufgedeckt wird, allfällige Abgeordnete, die lügen, nicht anders als jene, die über Wirtschaftszusammenhänge lügen.

Ich empfehle Ihnen sehr: Schauen Sie sich das an in den Protokollen, schauen Sie sich das an in den Presseerklärungen, nehmen Sie die schriftlich eingelangten Bestätigungen, daß hier Unwahrheiten öffentlich behauptet wurden! Ich werde jetzt nicht so weit gehen und daraus eine Diskussion zwischen dem einen oder dem anderen Abgeordneten direkt machen, weil ich sogar aus der Aufklärungsarbeit den Abgeordneten, der Unwahrheiten draußen verbreitet hat, persönlich mehr schätzen gelernt habe, als dies am Beginn meiner Tätigkeit der Fall war.

Ich möchte Ihnen aber nur ins Bewußtsein bringen — für allfällige weitere Tätigkeiten, die hier auszuüben sind —, daß das die gravie-

rendste Abwertung ist, und ich darf dranhängen, daß es sicher auch keine Aufwertung gewesen ist, was die beiden Parteiobermänner der anderen Parteien nach ihrer Einvernahme in der Öffentlichkeit gesagt haben. Erklärungen dazu bitte ich den Medien zu entnehmen.

Wenn Sie zum letzten Bereich auch noch etwas hören wollen — ich muß schon zum Ende kommen —: Ich solidarisiere mich voll mit dem Kollegen Dr. Feurstein, weil ich es für unzulässig halte, daß irgendein Regierungsmitglied in einem derartigen Tonfall mit einem Abgeordneten egal welcher Fraktion redet. Ich solidarisiere mich voll mit ihm, weil gerade er jemand ist, dem ich bestätigen kann, daß auch wir starke politische Differenzen gehabt haben und wieder haben werden, Herr Kollege, aber ich konzedere, daß auch Sie einen wichtigen Anteil an der Aufklärungsarbeit gehabt haben. *(Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.)*

In diesem Sinne bitte ich Sie, bei den weiteren Überlegungen nachzudenken, ob nicht manchmal durch vorschnelle Abwertungen des anderen mehr Porzellan zerschlagen wird, als am Schluß andere wieder kitten können. Ich hoffe daher, daß wir vielleicht im Zusammenwirken erreichen können, daß zumindest für die Berichtsberatung und Berichtsverfassung doch wieder ein Klima bei den Ausschußmitgliedern gegeben ist, wo eine Gesprächsführung über alle Parteigrenzen, über alle politischen Interessen hinweg vorhanden ist, die es uns erleichtert, gemeinsam zur Schlußfolgerung, zur Ausräucherung der größten Skandalwirtschaft, die wir in einem Bereich jetzt aufgedeckt haben, zu kommen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Feurstein. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Dr. Fischer gemeint hat, daß die Geschäftsordnung verbessert werden könnte und sie besser auch den Erfordernissen eines Untersuchungsausschusses angepaßt werden könnte, so rennt er offene Türen ein. Es war der Abgeordnete Steinbauer, der erst vor kurzem darauf hingewiesen hat, daß hier Verbesserungen notwendig sind. Aber ich sehe darin keinen Ablehnungsgrund, die Frist nicht zu verlängern.

Auch die zweite Begründung, daß sich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses am Rande des Auftrages bewegt haben: Wenn er

Dr. Feurstein

diesen Vorwurf erhebt, gilt er für alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Auch das kann kein Grund sein, die Fristverlängerung abzulehnen.

Und wenn er meint, daß das Beweisverfahren abgeschlossen ist, so ist auch diese Feststellung einfach nicht richtig. Das Beweisverfahren ist nicht abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen das an einigen konkreten Beispielen erläutern.

Erstens: Der Auftrag Untersuchung der Betriebsorganisationsplanung.

Hier sind wir weitergekommen, was die Frage der Auftragserteilung betrifft, wir sind aber nicht weitergekommen und auch nicht annähernd am Ende, was die Beurteilung der Leistung dieser Betriebsorganisationsplanung betrifft. Erst vor kurzem hat ja Präsident Kandutsch sehr deutlich darauf hingewiesen, daß hier noch eindeutige und klärende Gespräche vor allem mit den Nutzern zu führen sind.

In diesem ersten Punkt ist also eine abschließende Beurteilung auch nicht annähernd möglich.

Der zweite Auftrag: Die Frage der Schmiergeldzahlungen. Meine Damen und Herren, hier ist alles völlig offen. Man kennt Millionenbeträge, Beträge, die in die Hunderte Millionen Schilling gehen, man weiß aber nicht, wer die Empfänger dieser Beträge sind. Ein Auftrag, der zu untersuchen gewesen ist und fortgeführt werden müßte. Beweisuntersuchungen sind dafür notwendig.

Doktor Fischer hat sich wahrscheinlich diesbezüglich nicht informieren lassen. Es besteht die Notwendigkeit, weiter zu untersuchen.

Und der Direktor des Kontrollamtes Wien, Dr. Delabro, hat sehr deutlich gesagt, daß es eine ganze Reihe von Themen aus dem zweiten Kontrollamtsbericht gibt, die weiter zu untersuchen sind. Der ganze EDV-Bereich, wo es um 450 Millionen Schilling geht, der Bereich von fehlenden Unterlagen, Abrechnungen und Rechnungen, die nicht vorgelegt werden können, es handelt sich um 600 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren, Dr. Fischer sagt einfach: Das Beweisverfahren ist abgeschlossen!

Der dritte Punkt: Die Parteienfinanzierung. Auch hier stecken wir mitten drinnen. Es geht um die Aufklärung der Finanzierung der

„Geschichten vom Dr. Kreisky“. Hier gibt es Anträge auf Zeugeneinvernahmen.

Dr. Damian war der Manager dieser ganzen Aktion. Sie haben es abgelehnt, daß Dr. Damian neuerlich in den Untersuchungsausschuß kommt. Sie wollen etwas wegdiskutieren; ich sage nicht, daß Sie zuschütten wollen, aber Sie verhindern die Aufklärung. Eine Frage, die unbedingt aufgeklärt werden müßte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben es auch abgelehnt, den Herrn Deimler in den Untersuchungsausschuß zu bringen, jenen Mann, der intensive Kontakte zu Herrn Holliger und zu Herrn Proksch unterhalten hat. *(Zwischenrufe der Abg. Dr. Marga Hubinek.)* Warum lehnen Sie das ab, den Herrn Deimler in den Untersuchungsausschuß zu bringen? Sie wollen irgend etwas nicht zur Untersuchung freigeben. Sie wollen etwas zudecken.

Meine Damen und Herren! Sie haben es abgelehnt, den Zentralsekretär Marsch in den Untersuchungsausschuß vorzuladen, der von Anfang an über die Finanzierung der Kreisky-Wahlwerbung informiert war. Er konnte früher, zum Zeitpunkt seiner ersten Einvernahme, zu dieser Sache nicht befragt werden. Die Angelegenheit „Geschichten vom Dr. Kreisky“ ist erst vor wenigen Wochen bekanntgeworden.

Sie haben es abgelehnt, die Herren aus der Schweiz, einen Herren Dr. Egli und andere Herren, im Untersuchungsausschuß zu befragen.

Ich will Ihnen jetzt nicht unbedingt unterstellen, daß Sie Dinge zudecken wollen, daß Sie verschleiern wollen, aber der Verdacht ist sehr nahe, daß Sie zuschütten wollen.

Meine Damen und Herren! Sie wissen genauso wie wir, daß die Österreicherinnen und Österreicher erwarten, daß der Untersuchungsausschuß zur Aufklärung des größten Skandals in Österreich beiträgt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und das verhindern Sie.

Das Vertrauen in die österreichische Politik und in die österreichischen Politiker hängt ganz entscheidend davon ab, inwieweit dieser Untersuchungsausschuß erfolgreich sein kann und erfolgreich sein wird. Zum derzeitigen Zeitpunkt können wir diesen Skandal nicht endgültig aufklären. Das Vertrauen der Österreicher und Österreicherinnen in die Politik läßt sich derzeit noch nicht verbessern.

Meine Damen und Herren! Sie verschieben die Diskussion über das AKH in Zukunft in das Plenum des Nationalrates, wenn Sie eine

Dr. Feurstein

weitere Aufklärung nicht zulassen. Damit leisten Sie der Arbeit im Nationalrat und der Arbeit im Parlament keinen guten Dienst. Sie kennen die Schwierigkeiten, die entstanden sind, weil Sie das 100-Millionen-Ding der Frau Dr. Leodolter nicht aufklären ließen. Genau das gleiche passiert jetzt mit dem AKH-Skandal: im vermehrten Maße eine Verschiebung der Untersuchungen in die Öffentlichkeit und in das Parlament, in das Plenum des Nationalrates.

Das hindert uns an den wichtigen Aufgaben, die wir hier zu erfüllen haben. Wie wichtig wäre es, über die Energiepolitik, über die soziale Sicherheit zu beraten. Wir werden uns intensiv und umfassend mit diesem Skandal weiter befassen müssen, dann eben im Plenum. Und ich glaube, daß dies nicht gut ist.

Und letzter Punkt: Sie schaden damit der Demokratie. Denn, meine Damen und Herren, Sie schließen die Minderheit der Opposition von der weiteren Kontrolle und Aufklärung dieses Skandals aus. Das ist ein Angriff auf die Demokratie im Staate!

Das demokratische Prinzip müßte eines der primären Prinzipien sein, die wir zu achten haben. Es steht in unserer Verfassung; einer der wenigen Grundsätze, die in unserer Verfassung verankert sind. Sie lehnen es ab, daß alle Parteien, alle Verantwortlichen in diesem Staate — und wir betrachten uns genauso verantwortlich wie die 95 Abgeordneten der SPÖ — hier mitwirken. Sie schalten uns aus. Das ist ein Angriff auf die Demokratie! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Doktor Steger hat von Eiterbeulen geredet, die aufzustechen sind. Ich möchte diese Formulierung jetzt gar nicht weiter erläutern, aber wenn Eiterbeulen aufzustechen sind und Dr. Steger auch zum Ausdruck gebracht hat, daß wahrscheinlich die acht Monate nicht ausreichen würden, alle Dinge aufzuklären: mag sein, daß diese Argumentation stimmt, so ist es umsomehr notwendig, unserem Antrag auf eine Fristverlängerung bis Ende des Jahres stattzugeben, um das Beweisverfahren fortführen und die Untersuchungen weiterführen zu können im Interesse der österreichischen Bevölkerung. Beachten Sie auch das Interesse, das die österreichischen Wähler an der Aufklärung dieses Skandals haben, wenn Sie dann am Nachmittag abstimmen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte über den Antrag zur Geschäftsbehandlung ist somit geschlossen.

Die Abstimmung findet am Ende der Verhandlungen statt.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über den Bericht 1980 der Bundesregierung (III-49 der Beilagen) gemäß § 24 Abs. 3 des Forschungsförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 377/1967 (569 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bericht 1980 der Bundesregierung gemäß § 24 Abs. 3 des Forschungsförderungsgesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Stippel. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Dr. Stippel: Herr Präsident! Hohes Haus! Gemäß § 24 Abs. 3 des Forschungsförderungsgesetzes 1967 hat die Bundesregierung bis zum 1. Mai eines jeden Jahres dem Nationalrat einen umfassenden Bericht über die Lage der Forschung in Österreich vorzulegen. Der vorliegende Bericht 1980 wurde am 25. April 1980 in den Nationalrat gebracht.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat den gegenständlichen Bericht am 9. Dezember 1980 in Verhandlung gezogen.

Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Neisser, Dipl.-Vw. Dr. Stix, Dr. Ermacora, Dr. Schüssel, Mag. Höchtl und Dr. Ettmayer sowie Bundesminister Dr. Hertha Firnberg beteiligten, wurde mehrstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung stellt somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle den Bericht 1980 der Bundesregierung gemäß § 24 Abs. 3 des Forschungsförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 377/1967, (III-49 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich den Herrn Präsidenten, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Neisser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Bestimmungen des Forschungsförderungsgesetzes ist der Bundesminister beziehungs-

7064

Nationalrat XV. GP — 71. Sitzung — 9. April 1981

Dr. Neisser

weise die Bundesregierung verpflichtet, dem Nationalrat jährlich einen umfassenden Bericht über die Lage der Forschung in Österreich vorzulegen. Dieser Bericht ist unter Rücksichtnahme auf Berichte der beiden Forschungsförderungsfonds zu erstellen und, so heißt es im Gesetz ausdrücklich, hat auch Maßnahmen zu enthalten, die die Bundesregierung zur Förderung der Forschung für notwendig erachtet.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Bericht für das Jahr 1980 entspricht meines Erachtens nicht diesem gesetzlichen Auftrag. Es ist kein umfassender Bericht über die Lage der Forschung, und es ist auch kein Bericht, der Maßnahmen enthält, die die Bundesregierung zur Förderung der Forschung für notwendig erachtet.

Meine Damen und Herren! Aus der Struktur und aus der Geschichte des Forschungsförderungsgesetzes ist eindeutig erkennbar, daß dieser Bericht der Bundesregierung nicht nur eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation der Forschung in Österreich sein soll, sondern darüber hinaus auch eine Informationsquelle dafür sein soll, was die Regierung in forschungspolitischer Hinsicht an Prioritäten und Schwerpunkten für die Zukunft setzt. Diese Schwerpunktsetzung und diese forschungspolitische Orientierung ist aus dem vorgelegten Bericht nicht zu erkennen. Er ist meines Erachtens eine Kompilation der verschiedenen Forschungsaktivitäten im Bereich des Wissenschaftsministeriums, aber auch der anderen Ressorts, die mit Forschungsaufgaben betraut sind. Es ist ein Bericht, der vor allem zu jenen Teilen der beiden Fondsberichte keine Aussage gibt, in denen längerfristige forschungspolitische Ansätze, Perspektiven und Vorschläge enthalten sind. Diese Passagen der Fondsberichte werden eigentlich von der Bundesregierung kommentarlos weitergegeben und vorgelegt, und ich kann aus diesem Bericht keine Stellungnahme der Regierung entnehmen, wie sie sich eigentlich zu den darin enthaltenen Vorschlägen verhält.

Ich glaube, daß dieser Bericht, wenn man ihn real wertet, sicherlich nicht das ist, was er meines Erachtens in einer Zeit sein sollte, wo Forschung und Entwicklung einen gesteigerten Stellenwert haben sollten, nämlich dieser Bericht setzt keine forschungspolitischen Signale für die Zukunft und trägt auch nicht der gesteigerten Bedeutung von Forschung und Entwicklung Rechnung.

Ich glaube — ich glaube —, daß die Frau Bundesminister für Wissenschaft und For-

schung bei der Vorlage dieses Berichtes selbst ein gewisses Unbehagen verspürt hat. Aus dem Bericht selbst ist das nicht zu entnehmen. Aber wenn ich vor einiger Zeit gelesen habe, daß anlässlich einer Veranstaltung im Zusammenhang mit der Entwicklung einer neuen Forschungskonzeption in Laxenburg die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung erklärt hat, daß trotz einer Steigerung der Mittel für Wissenschaft und Forschung im kommenden Jahrzehnt mehr Mittel erforderlich sein werden, und in diesem Zusammenhang ausdrücklich vor einer Rückreihung der gesellschaftlichen Priorität von Wissenschaft und Forschung wegen finanzieller Probleme, vor Sparmaßnahmen und Technologieskeptizismus gewarnt hat, so meine ich, daß gerade diese Aussage ein Ausdruck eines gewissen Unbehagens ist. Nur, Frau Bundesminister, der Adressat dieser Warnung, bitte, ist die Bundesregierung selbst, und der Bundesregierung muß man das vor Augen halten, daß durch ihre Forschungspolitik eine Gefahr der Rückreihung dieses Bereichs besteht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß dieser Bericht auch keine Orientierungshilfe ist für diejenigen in Österreich, die am Forschungsprozeß aktiv beteiligt sind, eine Orientierungshilfe, wie es mit der Forschung in Österreich wirklich weitergehen soll, denn dieser Bericht zeigt sehr deutlich: Es fehlt bis heute ein integriertes Konzept, ein integratives Konzept der österreichischen Forschungspolitik, das mittelfristig hier Prioritäten festsetzt und Wege aufzeigt, und daß die Forschungskonzeption des Jahres 1972 nicht überholt ist, sondern unerfüllbar ist, das werde ich im folgenden noch nachweisen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß auch aus diesem Bericht das hervorgeht, was ich in diesem Haus schon mehrfach als Kritik angemerkt habe: daß Sie, Frau Bundesminister, Ihre Koordinationspolitik im Bereich der Forschung nicht so wirksam machen konnten, daß Sie wirklich Forschung koordiniert haben.

Ich sage noch einmal: Für mich ist der Bericht eine Kompilation, aber nicht Ausdruck einer koordinierten Forschungspolitik, und ich glaube, es stellt sich jetzt mehr denn je die Frage, Frau Bundesminister, mit welcher Stärke Sie sich in Ihrer eigenen Regierung für die Forschungspolitik durchsetzen können.

Und da gibt mir eines zu denken: In einer Tageszeitung stand vor zwei Tagen ein Bericht über ein 30-Punkte-Sparprogramm des Finanzministers, mit dem der Finanzmi-

Dr. Neisser

nister in der vergangenen Woche angeblich seine Kollegen überrascht hat. In diesem Bericht ist wieder davon die Rede, daß mit dem Rotstift kräftig gekürzt werden soll, und als einer der Punkte in diesem Sparprogramm steht drinnen: Koordinierung von Forschungsaufträgen — das ist offensichtlich ein wörtliches Zitat aus einem Papier, weil es unter Anführungszeichen gesetzt ist —, damit ein und derselbe nicht von zwei Stellen kassiert.

Frau Bundesminister! Ich möchte hier an Sie die Frage richten: In welcher Weise sind Sie vom Sparprogramm des Finanzministers erfaßt? Bedeutet das eine weitere Reduktion der Ausgaben für Forschung und Entwicklung von seiten des Bundes? Und was heißt die Kritik: damit ein und derselbe nicht von zwei Stellen kassiert? Bitte, das ist keine Kritik der Opposition, sondern der Minister Ihrer eigenen Regierung, der Finanzminister hält Ihnen das vor! Ich darf Sie anlässlich der heutigen Debatte bei diesem Punkt um Aufklärung bitten.

Meine Damen und Herren! Es ist unbestritten, daß für die Forschung in Österreich die Mittel zu gering sind. Es ist unbestritten, daß zwischen dem, was vor allem die Regierung seit Jahren als Ziel formuliert hat, und dem, was sie budgetär zur Verwirklichung dieser Ziele beiträgt, eine große Kluft aufgetan ist.

Das läßt sich statistisch nachweisen. Ich darf Sie auf nur zwei Beispiele hinweisen.

Im Bericht des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft ist auf Seite 33 eine Übersicht über das tatsächliche Wachstum der Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Jahr 1979 enthalten, eine Gegenüberstellung der Ist- und Sollausgaben für den Bereich der wirtschaftsbezogenen Forschung. Hier haben Sie bei den Ist-Ausgaben im Jahr 1979 7,1 Milliarden, die Soll-Ausgaben für dieses Jahr sind 12,8 Milliarden.

Wir haben den Ist-Stand des Jahres 1979 als Soll-Stand im Jahr 1973 in etwa, weil dort 7,4 Milliarden vorgeschrieben sind. Im Klartext, bitte: Wir sind mit den finanziellen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im Bereich der wirtschaftsbezogenen Forschung sechs Jahre im Rückstand!

Ebenso deutlich wird das, wenn ich ein Papier hernehme, das Ihre Regierung selbst entwickelt hat: die von mir schon mehrfach zitierte Forschungskonzeption. Meine Damen und Herren! Diese Forschungskonzeption, die von der Intention und von der Struktur her ein — das sage ich durchaus — hoffnungsvol-

les Dokument und ein positiver Beginn für eine längerfristige Forschungsentwicklung war, diese Forschungskonzeption des Jahres 1972, bitte, ist meilen-, und ich würde fast sagen millionenweit entfernt von dem, was Sie als Ziele hier artikuliert haben.

Wenn ich nur als Beispiel hier anführen darf: In dieser Konzeption steht drinnen, daß der Bund im Jahr 1980 6,7 Milliarden als Zielvorstellung für Ausgaben von Forschung und Entwicklung hat. Bitte, wir sind genau um 2 Milliarden dahinter, und auch hier um etliche Jahre zu spät.

Ich möchte aber noch einige andere Beispiele erwähnen, aus denen zu ersehen ist, wie sehr Sie nicht in der Lage waren, Ihre eigene Konzeption zu realisieren.

Sie haben sich in dieser Forschungskonzeption Gedanken gemacht, wie man den Bereich der Forschung finanziell ausstatten könnte, haben eine Reihe von Maßnahmen genannt. Dort steht zu lesen: Die Mehranforderungen könnten aufgebracht werden durch zusätzliche allgemeine Budgetmittel — bitte, über die Steigerung des Budgets haben wir uns hier in diesem Haus mehrfach unterhalten —, durch die Umwidmung allgemeiner Budgetmittel — ich habe davon nichts gemerkt —, durch die Zweckbindung von Steuereinnahmen — auch davon habe ich nichts gemerkt —, durch die Schaffung und Zweckbindung spezifischer Abgaben für spezifische Forschungszwecke, zum Beispiel einer Nikotinsteuer für Zwecke der medizinischen Forschung — steht bis heute auf dem Papier. Und letztlich steht auch auf dem Papier die Idee, eine Forschungsanleihe durch den Bund aufzunehmen.

Ich glaube, deutlicher kann man gar nicht machen, wie sehr Sie zwar im Programm ganz pompös waren, aber in der Realisierung ganz bescheiden, wenn nicht frugal.

Noch viel deutlicher wird das — wenn ich noch ein anderes Kapitel hier kurz streifen darf, auf das ich noch zurückkommen werde —, wenn man sich vor Augen hält, was Sie von der steuerpolitischen Seite her bisher getan haben, um indirekt die Forschung in Österreich zu fördern. Diese Nichtrealisierbarkeit von der budgetären Seite her wirkt sich in einigen Bereichen schon ziemlich deutlich aus und wird auch kritisiert. Gerade dafür gibt dieser Bericht einen deutlichen Beweis.

Wenn ich daran denke, welche Zielsetzungen Sie sich vorgestellt haben bei den beiden Forschungsförderungsfonds seitens des Bundes hinsichtlich der Mittel, die der Bund

Dr. Neisser

zuwendet. Im Budget 1981 haben Sie 3 Millionen dazu gegeben, und Sie haben dadurch heute einen Bundeszuschuß für den wissenschaftlichen Forschungsförderungsfonds von 163 Millionen.

Darf ich Ihnen vorlesen, was der Bericht dieses Fonds für dasselbe Jahr als Zielgröße vorschreibt:

„Die Bundeszuwendungen an den Forschungsförderungsfonds für die wissenschaftliche Forschung für das Jahr 1981 sollten im Sinne dieser Berechnungen des Fonds wenigstens 202 Millionen Schilling betragen.“

Also, Sie sind einmal 40 Millionen schon darunter. Und dann heißt es:

„Dieser Betrag ist absolut erforderlich, sollte der Fonds im Jahr 1981 nicht gezwungen werden, unter Hinweis auf die Mittelknappheit des Bundes trotz hervorragend nachgewiesener Förderungswürdigkeit Ablehnungen der Förderungsanträge auszusprechen.“

Frau Minister! Sie haben bei der letzten Budgetdebatte erklärt: Jedes Förderungsansuchen, das sinnvoll ist, kann vom Fonds erfüllt und bewilligt werden. Mitnichten! Sie bleiben eindeutig hinter der Zielvorstellung, die der Fonds ohnehin schon realistischerweise und bescheidenenmaßen formulierte.

Ganz genau dasselbe gilt für den zweiten Fonds, für den Fonds der gewerblichen Wirtschaft, wo Sie auch auf Seite 36 — das ist die letzte Seite dieses Berichtes — nachlesen können, daß 1981 die Bundeszuwendung auf 425 Millionen zu erhöhen wäre. 425 berechnet der Fonds, und was haben Sie im Budget des Jahres 1981 stehen? 248 Millionen! Auch hier eine Erhöhung von 3 Millionen in diesem Jahr.

Ganz eindeutig, daß Ihre Rechnung und Ihre Vorstellung hinsichtlich der Fonds, was die finanzielle Planung anbelangt, nicht aufgeht. Ich halte das deshalb für bedauerlich, weil gerade mit den beiden Forschungsförderungsfonds ein System der Forschungsförderung geschaffen worden ist, das allgemein anerkannt wird und das auch international als vorbildlich angesehen wird.

Nur, Frau Bundesminister, dieses System dann im Wege der finanziellen Unterstützung zu unterlaufen und austrocknen zu lassen, das halte ich für eine ganz bedenkliche Politik, das möchte ich Ihnen hier in aller Deutlichkeit sagen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Bericht hat verschiedene Schwachstellen. Ich möchte auf

eine ganz besonders eklatante Schwachstelle noch zu sprechen kommen, das ist für mich der Bereich des technischen Versuchswesens, also aller jener Angelegenheiten der wirtschaftlichen technischen Forschung, der technischen Entwicklung sowie der Materialprüfung, für die der Bund — es ist vor allem das Ressort des Bundesministeriums für Bauten und Technik — eine Reihe von Anstalten hat, in denen ziemlich starke geistige Kapazität vorhanden ist.

Wenn ich mir den Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik in diesem Zusammenhang hernehme, so lese ich hier folgendes:

„Im gesamten technischen Versuchswesen standen für die Förderung beziehungsweise Finanzierung der privaten und staatlichen Versuchs- und Forschungseinrichtungen 1975 bis 1979 aus Gründen der allgemeinen Budgetsituation von rund 112,1 Millionen auf rund 105,1 Millionen geringer dotierte Beträge zur Verfügung. Der Voranschlag 1980, der zwar nominell eine Steigerung gegenüber 1979 erhalten hat, beträgt daher auch nur rund 78,7 Prozent der laut zwölften Bericht für dieses Jahr ermittelten Vorschlagsziffer.“

Jetzt — ich zitiere wörtlich —: „Die Diskrepanz in der Entwicklung des staatlichen Förderungswesens müßte durch zusätzliche Anstrengungen im Bereich des technischen Versuchswesens vor allem deswegen wettgemacht werden, damit die Forschungseinrichtungen auf jenen Stand gebracht werden können, der den gestellten vermehrten Anforderungen entspricht.“

Meine Damen und Herren von der Regierungspartei! Ich bewundere die Offenheit und die Selbstkritik, die in dieser Aussage liegt, denn damit haben Sie zugegeben, daß Sie alles das, was Sie sich für den Bereich des technischen Versuchswesens vorgenommen haben, nicht realisiert haben. Nur, meine ich, sollte man diesen Bericht nicht nur als Bericht dem Parlament vorlegen, sondern auch als Klage- und Bittschrift dem Finanzminister.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß eine zukünftige Orientierung der Forschungspolitik eine eindeutige Schwerpunktbildung brauchte, die in diesem Bericht hier nicht zu finden ist; eine Schwerpunktbildung, die sich auch wesentlich auf den Bereich der wirtschaftsbezogenen Forschung bezieht.

Wenn Sie daran denken — und das sind Berechnungen des Förderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft —, daß ein For-

Dr. Neisser

schungsschilling, der in einem Betrieb ausgegeben wird, in fünf bis sechs Jahren 19 zusätzliche Umsatzzschillinge einspielt, so ergibt sich daraus doch sehr deutlich, daß sich Forschungsförderung gegenüber der Wirtschaft über Umsatz und Ertragsbesteuerung praktisch von selbst finanziert.

Auch das wurde von Ihrer Seite nicht erkannt. Ihre restriktive Budgetpolitik gegenüber dem Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft bedeutet, daß dieser Fonds bis heute nicht in der Lage ist, das zu realisieren, was allgemein als Notwendigkeit anerkannt wird, nämlich daß er sich in einem verstärkten Maße um den Bereich der Fertigungsüberleitung bemüht; das heißt, ein Produkt nicht nur von der Idee her zu entwickeln, sondern auch dafür Sorge zu tragen ist, daß dieses Produkt in den Markt eintreten kann. Hier gibt es eine Reihe von konkreten Vorstellungen, nur ist der Fonds mit seinen Mitteln, die er jetzt zur Verfügung hat, kaum in der Lage, dieses Anliegen zu realisieren.

Es ist daher zu begrüßen, daß der Fonds und andere Institutionen zu einer Art von forschungspolitischen Selbsthilfe gegriffen haben. Wenn ich vor einiger Zeit gelesen habe, daß die Investkreditbank in Zusammenarbeit mit den beiden Forschungsförderungsfonds darangeht, ein Konzept der Kooperation zu schaffen, so ist das ein Anliegen, das nicht positiv genug bewertet werden kann. Es ist aber gleichzeitig auch Ausdruck der forschungspolitischen Versäumnisse Ihrer Regierungspolitik. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die beiden Forschungsförderungsfonds haben das mehrfach bewiesen, die Bundesmittel sind Ihnen seit Jahren zu wenig. Sie haben versucht, im Wege einer Rücklagenbildung, einer Vorfinanzierung, einer Vorbelastung, im Wege einer gemeinsamen Kreditfinanzierung mit Banken hier Abhilfe zu schaffen. Ich muß nur sagen, à la longue gesehen kann man Sie in ihrem Bemühen nicht allein lassen, sondern da brauchen Sie eine kräftige Unterstützung.

In diesem Zusammenhang, im Zusammenhang mit der wirtschaftsbezogenen Forschung noch eine grundsätzliche Aussage. Frau Bundesminister! Für uns ist die Frage, ob Forschungsförderung durch direkte Zuwendungen durch den Staat erfolgen soll oder indirekt durch die Zurverfügungstellung von Anreizen, eine ordnungspolitische Frage und eine Grundsatzfrage. Für uns hat die indirekte Forschungsförderung einen ganz, ganz entscheidenden Stellenwert, einen ordnungs-

politischen Stellenwert. Ich glaube, wir sollten hier aufpassen, denn Sie wissen, selbst das große deutsche Experiment, ein System der direkten Forschungsförderungsfinanzierung, hat fehlgeschlagen. Das erkennt man heute. Nur, der Minister, der das durchgezogen hat, der frühere Forschungsminister Hauff, hat in der Zwischenzeit sein Amt gewechselt.

Daher sage ich Ihnen: Gerade in einer Zeit, wo die wirtschaftliche Situation schwieriger wird, soll man durch Wirtschafts- und Steuerpolitik die Forschung in den Betrieben nicht behindern, sondern sie unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie waren ja offensichtlich auch dieser Auffassung, weil Sie in der Forschungskonzeption des Jahres 1972 17 steuerliche Maßnahmen in dieser Hinsicht vorgeschlagen haben. Sie haben von diesen 17 Maßnahmen allerdings bis zum Abgabenänderungsgesetz 1980 nur eine erfüllt, und auch in dem Abgabenänderungsgesetz 1980 sind nur ganz kleine Korrekturen vorhanden.

Sie haben in Ihrem ursprünglich zur Begutachtung versendeten Entwurf eines Forschungsorganisationsgesetzes diese Maßnahmen wieder mit hineingenommen. Sie mußten sie herausstreichen, nicht nur aus formal-legistischen Gründen, sondern weil Sie beim Finanzminister nicht durchgekommen sind.

Wir sind jetzt in einer entscheidenden Phase. Die nächste Unterausschußsitzung über das Forschungsorganisationsgesetz wird in Gegenwart des Herrn Finanzministers erfolgen, und da werden wir dann wirklich die Möglichkeit haben, zu sehen, was für Sie der Stellenwert der indirekten Forschungsförderung und was Innovation überhaupt bedeutet.

Ich möchte aber noch einen Punkt sehr kritisch anmerken.

Meine Damen und Herren! Wenn man den Bericht der Bundesregierung durchliest und sucht, was über die Hochschulforschung darin enthalten ist, so erlebt man wohl eine der größten Enttäuschungen. Denn Sie haben für den Bereich der Hochschulforschung, der vor allem im Zusammenhang mit der Grundlagenforschung eine ganz essentielle Bedeutung im Forschungssystem hat, nicht mehr Platz gefunden als eine Seite; eine Seite in einem Forschungsbericht, der 41 Textseiten hat, bezieht sich auf das Thema der Hochschulforschung.

Auch hier eine Darstellung, eine kompulatorische Darstellung von verschiedenen Aktivitäten. Es ist in diesen zwei knappen Seiten heute kein Satz drinnen, der die Frage stellt:

Dr. Neisser

Sind unsere Hochschulen heute in der Lage, ihre Forschungsaufgabe überhaupt noch wahrzunehmen? Die Klagen, daß es immer schwieriger wird, werden zahlreicher.

Sind die Hochschulen in der Lage, Grundlagenforschung zu betreiben, vor allem in den Instituten?

Haben die Institute die nötige Ausstattung und die nötige Organisation?

Ist es nicht so, daß das ordentliche Budget, die ordentliche Dotation, die die Universitäten bekommen, gerade dazu ausreichen, den Bürobetrieb aufrechtzuerhalten und die außerordentliche Dotation bekanntlich bis zum letzten Monat des Budgetjahres ungewiß und unzureichend ist?

Es gibt eine große Zahl von Problemen. Es ist das Problem der mangelnden Ausstattung mit nichtwissenschaftlichem Personal; ein ganz wesentliches Problem der Infrastruktur für die Grundlagenforschung an den Universitäten.

Ich bedaure, daß dieses essentielle Problem in diesem Bericht nicht mit einem Satz angesprochen worden ist. Ich möchte Ihnen das in Erinnerung rufen, was Professor Paschke, wohl einer der profiliertesten Persönlichkeiten in der österreichischen Forschungsszene, hier gesagt hat, daß Grundlagenforschung der Humus der Innovation ist, und man sollte diesen Dünger sehr fleißig verwenden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Bitte, weder vom „Humus“ noch vom „Dünger“ ist in diesem Bericht etwas zu lesen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man sollte im Zusammenhang aber auch mit diesem Bericht positiv die Entwicklung in den Bundesländern hervorheben. Es ist zahlenmäßig nachweisbar, daß die Bundesländer ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren beträchtlich erhöht haben, und zwar in einem Ausmaß, das größer ist als die Steigerungsrate im Bereich des Bundes.

Ich glaube, es ist auch positiv zu erwähnen, daß die Bundesländer von sich aus bemüht sind, Kooperationen mit dem Forschungsförderungsfonds herzustellen und durch verschiedene spezifische Maßnahmen selbst Innovationsaktivitäten zu setzen.

Meine Damen und Herren! Ich habe am Anfang gesagt, daß der vorliegende Forschungsbericht eine Kompilation ist, bei der jede längerfristige Vorausschau, jede forschungspolitische Orientierung für die Zukunft fehlt. Das ist bedauerlich. Es ist vor allem auch deshalb bedauerlich, weil das, was

Sie auch an anderer Stelle als programmatische Vorstellung verkünden, unklar ist, allgemein ist und zu wenig ist.

Ich meine damit konkret jenes Kapitel über Forschung und Innovation, das Sie in Ihrem Entwurf eines SPÖ-Wirtschaftsprogramms haben. Da wird zwar verbal — und das haben wir in diesem Haus immer wieder erlebt — ein großartiges Bekenntnis zur Innovation, zur Forschung und zur Entwicklung abgelegt, aber die konkreten Maßnahmen sind entweder leere Versprechungen oder, wie mir scheint, doch ein bißchen zu wenig.

Meine Damen und Herren! Wenn ich auf Seite 8 im Entwurf des Programms etwa als innovationspolitische Maßnahmen lese von der Aufstockung öffentlicher Mittel der Forschungsförderung, durch die auch eine Förderung der Fertigungsüberleitung möglich wird, deren Risiko und Finanzierung die Möglichkeit von Unternehmen oft übersteigen, so ist das das Problem der Produktionsüberleitung, das ich vorhin beim gewerblichen Forschungsförderungsfonds angesprochen habe. Bitte, genau Ihre Praxis widerspricht und widerlegt diesen Punkt des Programms.

Wenn Sie hier davon reden, daß der Informations- und Wissensfluß zwischen den Universitäten, den Unternehmungen und der Wirtschaft verstärkt werden soll — ja, bitte, die Universitäten selbst haben im Zusammenwirken mit dem Österreichischen Forschungsrat Initiativen gesetzt, haben einen Leistungskatalog präsentiert, alles Maßnahmen, die von den Betroffenen selbst gesetzt worden sind. Auch hier fehlten die forschungspolitischen Signale von Ihrer Seite.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß gerade dieses Kapitel Forschung und Innovation in Ihrem SPÖ-Wirtschaftsprogramm beweist, daß der Titel „Österreich muß vorne bleiben“ zumindest für diesen Bereich unangebracht ist. Denn für Forschung und Entwicklung gilt auf Grund Ihrer Politik wohl der Grundsatz viel besser, daß Österreich erst einmal nach vorne kommen muß.

Und das ist auch der wesentliche Grund, weshalb wir diesem Bericht unsere Zustimmung nicht geben werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wille. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte auf die etwas düsteren Darstellungen meines Kollegen Neisser

Wille

nicht allzusehr eingehen. Ich werde aber im Laufe meiner Ausführungen zeigen können, daß sich der Forschungsbericht — ich glaube, es ist der 13. — in recht großartiger Weise von den ersten Berichten unterscheidet.

Wenn Kollege Neisser meint, daß das Programm pompös war, die Erfüllung aber bescheiden ist, dann werde ich im Laufe meiner Ausführungen darauf hinweisen, daß die Forschungskonzeption Aufgaben für Forschung und Entwicklung bereits 1972 für 1980 in der Höhe von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorgesehen hat, und wir sind nun, nach nahezu zehnjähriger Entwicklung und zwei Wirtschaftskrisen bei 1,4 Prozent. Ich glaube, daß das im Grunde eine sehr schöne Sache ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Neisser! Ich hätte mit Ihnen gerne, weil Sie wissen, wie sehr ich Sie schätze, eigentlich auch über ernstere Dinge diskutiert. Zum Beispiel wie weit Forschung und Entwicklung der Aufgabe gerecht wird in einer Welt, die in so stürmischer Entwicklung ist und in der dann trotz Mikroprozessoren und trotz Industrierobotern 25 Millionen Menschen arbeitslos sind. Diese Frage ist für mich wichtiger als Nikotinforschung oder eben das technische Versuchswesen im engeren Bereich. Ich glaube, so sollen wir unsere Aufgabe sehen.

Die jährliche Diskussion des Forschungsberichtes hat vor allem einmal die Aufgabe aufzuzeigen, ob die Forschungspolitik insgesamt ihre Aufgabe erfüllt und ob die Forschung selbst das notwendige Klima und die entsprechenden Mittel und Menschen zur Verfügung hat. Und was ich noch dazu glaube, ist, daß es unsere permanente Aufgabe sein soll, mit der Diskussion des Forschungsberichtes das Forschungsbewußtsein der Österreicher und der Forschungsstellen selbst immer wieder in die richtige Bahn zu lenken.

Und nun einleitend zur wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist doch offenkundig, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Industrienationen insgesamt noch nie so stürmisch war seit der Industrialisierung wie in den letzten 35 Jahren und daß Wissenschaft und Forschung dazu eben die Voraussetzungen geliefert haben. Während aber in der ersten Phase dieser Entwicklung nach dem Krieg vor allem die materiellen Investitionen in Gebäude und Maschinen im Vordergrund standen, stand in der zweiten Phase vor allem das Problem Arbeitskraft, Arbeitskraftbeschaffung im Mittelpunkt, was sich vor allem dann in der stürmischen Entwicklung der Gastarbeiterbeschäftigung in der industrialisierten Welt gezeigt hat.

Die dritte Phase ist die anspruchsvollste, und vor der stehen wir, nämlich einfach vor der Erkenntnis, daß die Auseinandersetzung mit den Entwicklungs- und Schwellenländern von uns mehr verlangt als die weitere Produktion traditioneller Güter.

Wir brauchen vor allem Investitionen in Forschung und Wissenschaft, in Ausbildung und in Innovation und in höherwertige Güter. Nur diese höherwertigen Güter werden in der Lage sein, einen vernünftigen Ausgleich mit der Dritten Welt herzustellen, gleichzeitig aber auch in unserem Lande die Vollbeschäftigung zu sichern.

Ich glaube daher: Forschung und Entwicklung ist die Basis für Innovationen. Innovationen sind die Basis für die wirtschaftliche Entwicklung, nicht für Wachstum schlechthin, sondern für Qualitätswachstum und gleichzeitig für die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer eigenen Wirtschaft, weil nur mehr hochwertige Produkte und hohes Wissen in der Lage sind, mit der Herausforderung unserer Zeit fertig zu werden.

Dieses hohe Wissen zu sichern, weiterzugeben und zu mehren, ist die Aufgabe der Wissenschaft, wenn wir die Wissenschaft umfassend verstehen wollen. Nur die eine Hälfte davon, nämlich die Forschung und die Forschungspolitik, wollen wir heute genauer besprechen.

Im Rahmen der Wissenschaftspolitik ist Forschungspolitik heute vor allem im Wissenschaftsministerium konzentriert, und es gibt zahlreiche Ansatzpunkte und Schwerpunkte für die Arbeit in diesem Ministerium, das sich in den letzten zehn Jahren hervorragend bewährt hat.

Ich glaube aber, daß die wesentlichste Aufgabe dieses Ministeriums darin bestand, vor allem eine erste Österreichische Forschungskonzeption zu erarbeiten, die 1972 fertiggestellt wurde und mit deren Hilfe wir die Entwicklung der Finanzen und der Aufgaben verfolgen können.

Frau Bundesminister Firnberg hat damals schon die Auffassung vertreten, daß die Aufgaben der Forschungspolitik weder auf die Wirtschaft noch auf die Wissenschaft selbst beschränkt werden können, sondern daß sie insgesamt die gesellschaftlichen Anliegen zu verstehen, zu fördern und zu begründen haben. Diese Forderung, die national zumindest in hohem Maße verwirklicht werden konnte, ist international voller offener Fragen.

Zu den finanziellen Notwendigkeiten: Die

Wille

Forschungskonzeption 1972 hat Ausgaben vorgesehen, die 1980 mindestens 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen sollen; als Zielvorstellung war das angegeben. Wir liegen 1980 bei rund 1,4 Prozent, die Quote steigt leicht weiter. Aber da weise ich eben darauf hin, daß wir 1973/1975 die erste Energie- und, im Grunde genommen, Wirtschaftskrise hatten und gegenwärtig dabei sind, uns mit der zweiten auseinanderzusetzen, weil wir wieder im Gleichschritt europaweit auf ein Nullwachstum zugehen.

Wir haben bereits bei der Behandlung des Budgets darauf hingewiesen: Während so große Länder wie beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland bemüht sind, die notwendigsten Forschungsvorhaben weiter finanzieren zu können, war bei uns kein Rückgang des Anteils zu beobachten.

1,4 Prozent sind auch für uns ungenügend, auch wir wünschen uns mehr Geld, auch wir wollen mehr Geld einsetzen und auch wir wollen die steuerliche Förderung verbessern. Daß dem Grenzen gesetzt sind, sehen und erleben wir täglich. Aber wie Kollege Neisser schon festgestellt hat, werden wir in Bälde in einem Gespräch mit dem Finanzminister diese Probleme besprechen.

In unserem Entwurf „Österreich muß vorne bleiben“ sagen wir ja deutlich, was wir wollen. Es wird sich zeigen, so wie in den letzten Jahren, daß wir in der Lage sein werden, die wesentlichen Punkte zu erfüllen: Aufstockung der öffentlichen Mittel für die Förderung, Erleichterung des Zugangs zur Information und zum Dokumentationswesen, obwohl das ein Punkt ist, der schon in hohem Maße erfüllt ist, Förderung der Anwendung neuer Technologien, die Einrichtung einer Innovationsagentur. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft soll vor allem auf internationaler Ebene verstärkt werden, und zudem sollen alle inner- und außerbetrieblichen Maßnahmen in der Heranbildung der Mitarbeiter erleichtert werden. Schließlich soll der Informations- und Wissensfluß zwischen Universitäten und Wirtschaft weiter verbessert werden, ein Anliegen, das wir mit großem Ernst betreiben werden.

Zur Forschungsförderung ist noch zu sagen, daß Forschungsförderung ja nicht nur abhängig ist von den Mitteln, die dafür zur Verfügung stehen. Die Aufgabe erscheint mir deswegen so groß, weil sie sich fortsetzt bis zu den letzten Instituten, die wir haben.

Man bedenke: Abgerundet haben wir in etwa in Österreich 1 800 Forschungsstätten. Einige betrachten sich als ewige Institutio-

nen, und man wird nachdenken müssen, ob es hier nicht zu einer Reduktion kommen kann. Aber in etwa stehen uns zur Verfügung 800 Universitätsinstitute, 500 industrielle Forschungsstätten in den einzelnen Unternehmen, 200 öffentlich-rechtliche Einrichtungen wie die Forschungsanstalt Arsenal, die Geologische Bundesanstalt, die Zentralanstalt für Meteorologie, die land- und forstwirtschaftlichen Versuchsanstalten, 250 vereinsrechtlich organisierte Institute wie die Akademie der Wissenschaften oder das Ford-Institut und 50 Institute, die auf kooperativer Basis arbeiten, wie das Wirtschaftsforschungsinstitut. Ich sehe eine große Aufgabe der Wissenschaftspolitik darin, die Zusammenarbeit dieser 1 800 Forschungsstätten zu garantieren und gleichzeitig sicherzustellen, daß dieser Zusammenarbeitswille der einzelnen Institute auch gegeben ist.

Diese Forschungsstätten bedürfen aber auch der internationalen Kooperation, wie wir sie bereits in der Forschungskonzeption 1972 gefordert haben. Aber ich glaube, hier ist noch sehr viel zu tun. Deswegen finden wir diese Forderung auch in unserem Entwurf eines neuen Wirtschaftsprogramms.

Warum mir das so wichtig erscheint, möchte ich anhand von einigen Beispielen zeigen.

Erstens glaube ich, daß es mehr als bisher notwendig ist, die Wissenschaft und Technologie im Dienste der Dritten Welt zu sehen, weil die Solidarität mit jungen Völkern notwendig ist.

Ich glaube zudem aber auch, daß in weiten Bereichen die nationale Forschung sprachlos ist auf die großen Herausforderungen der Gegenwart. Unter großen Fragen würde ich die Energiesysteme verstehen, die alle die Nationen und die ökonomischen Systeme der Einzelstaaten übersteigen, die Ökosysteme, die Informationssysteme, die Regionalpolitik im umfassenden Sinn, von der Urbanisierung über die Industrialisierung bis hin zur sozialen Umwelt.

Wir haben zwar sozusagen, wie wir die Schlagworte gerne verwenden, ein Atomzeitalter, ein Computerzeitalter, ein Zeitalter der Mikroelektronik oder ein Zeitalter der Industrieroboter erfolgreich eingeleitet, diese hervorragenden Techniken entwickelt, ökonomisch zum Einsatz gebracht, aber wir haben nicht verhindert, daß es 25 Millionen Arbeitslose gibt. Und ich glaube, wenn so gravierende Unterschiede im Erfolg der technischen und ökonomischen Entwicklung sichtbar werden, dann zeigt sich, daß weder Politik noch Wis-

Wille

senschaft glaubwürdige Antworten für diese Menschen zur Verfügung haben.

Die Krise — wir reden sehr oft von Krise —, aber ich glaube, die Krise der Wissenschaft ist sichtbar, wenn eine Regierung, gleich ob es eine konservative oder eine andere ist, wie in Großbritannien darangeht, eine Wirtschaftspolitik zu verwirklichen, und 364 Professoren geradezu in einem demokratischen Willensbildungsprozeß nicht einfach mit wissenschaftlichen Argumenten gegen die Wirtschaftspolitik einer Regierung ankämpfen.

Ähnliche Vorgänge haben wir zweifellos auch in Österreich. Wenn beispielsweise in einer Diskussion der Professoren davon die Rede ist, daß sie sich frei machen sollen von der Manipulation, der sie unterliegen, unter anderem indem sie Hauswissenschaftler geworden wären für einzelne Bereiche, für einzelne Unternehmen, oder wenn sich Professoren dagegen wehren, daß sie mißbraucht werden für gewisse Aufgaben, dann wird es sehr deutlich sichtbar, beispielsweise an der Kernenergie.

Wir wissen, daß Kernenergie in erster Linie ein Problem wäre, das einer wissenschaftlichen Antwort bedarf, aber dann gibt es Interessensverbände, in denen Geologen, Biologen, Theologen, Zoologen mit Schauspielern und Schriftstellern gegen sachlich fundierte Argumente auftreten und sich mit der großen Zahl Gehör zu verschaffen trachten, was nichts anderes ist als ein weiteres Element der Unsicherheit der Wissenschaft, ein Element der Krise.

Wir sehen es an einem weiteren Beispiel, wenn unter anderem die Schweiz auch über den Entwurf eines Forschungsorganisationsgesetzes zu Feststellungen aus den Universitäten kommt, die für uns alle nahezu als fragwürdig gelten müssen.

Unter anderem wird in der Begutachtung überhaupt die Koordinationsfunktion des Staates in Frage gestellt oder die staatliche Förderung als fraglich dargestellt, weil sie nur die private Förderung zum Erlahmen bringt. Und man findet sich schließlich beruhigt, weil keine höheren finanziellen Verpflichtungen durch das Schweizerische Forschungsgesetz zu erwarten sind.

Wir sehen also, daß es mit den Glaubensgewißheiten selbst in der Wissenschaft nicht weit her ist. Daß diese Krise sicherlich nur durch weitere Diskussionen überwunden werden kann, ist offensichtlich.

Die Frau Bundesminister — ich wiederhole

das — hat aber immer wieder darauf hingewiesen, daß die Wissenschaft kein Selbstzweck ist, sondern vor allem gesellschaftliche Aufgaben und Anliegen zu lösen hat. Daß diese gesellschaftlichen Aufgaben und Anliegen nur in internationaler Kooperation bewältigt werden können, sieht man geradezu am Mangel an Instrumenten für die Vollbeschäftigungspolitik in der gegenwärtigen Entwicklung.

Ich möchte darauf zurückkommen, weil ich glaube, daß einerseits die unbestreitbaren wissenschaftlichen Voraussetzungen für die Vollbeschäftigungspolitik fehlen, und weil wir die Brücke noch nicht gefunden haben von der Wissenschaftspolitik zur tatsächlichen Wirtschaftspolitik, um mit diesen Aufgaben fertig zu werden.

Wenn ich abschließend darauf hinweise, daß wir in Österreich, glaube ich, doch guten Grundes behaupten können, daß wir hier mehr getan haben als die meisten anderen Staaten, weil die soziale Sicherheit und die Vollbeschäftigung in Österreich gewährleistet sind, dann, glaube ich, ist damit die Anerkennung der Arbeit dieses Ministeriums verbunden und ist damit auch die Anerkennung unserer Wirtschaftspolitik und der Politik insgesamt verbunden. Österreich sollte vor allem bei weiteren internationalen Kooperationen auch ein Beispiel geben, weil die großen Fragen unserer Zeit von der Wissenschaft nur durch internationale Kooperation zu bewältigen sein werden. Ich danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Etmayer. Ich erteile es ihm. *(Abg. Dr. Frischenschlager: Wieso das?)* Ich habe ja zwischen Pro- und Kontrarednern abzuwechseln. Nach meinem Croquis ist die Wortmeldung... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Frischenschlager.)* Die Eintragung lautet bei mir so, daß ich Dr. Etmayer aufzurufen habe. Darf ich bitten.

Abgeordneter Dr. Etmayer (ÖVP): Herr Präsident! Frau Bundesminister! Meine Damen und Herren! Ich stimme mit Herrn Kollegen Wille durchaus darin überein, daß eine leistungsfähige Forschung heute für die Leistungskraft unserer Wirtschaft, für die Sicherung der Arbeitsplätze, ja für die Verbesserung der Qualität unseres Lebens von allergrößter Bedeutung ist.

Wie wir in den letzten 20 Jahren unseres Jahrhunderts leben werden, das wird weitgehend davon abhängen, was wir heute für die

Dr. Ettmayer

Forschung ausgeben. Die steigenden Einkommen, eine bessere Versorgung im Alter, ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, ein wirksamer Umweltschutz, bessere Schulen, das alles hängt davon ab, wie weit unsere Wirtschaft gedeiht, und sie gedeiht eben nicht, das ist durchaus richtig, ohne Forschung.

Aber die Forschung hat nicht nur, und das möchte ich doch auch hervorheben, materielle Ziele zu verfolgen, die Forschung schafft auch die geistigen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben, für eine wirkungsvolle demokratische Ordnung, ja für eine moralische und intellektuelle Orientierung des Menschen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie bedeutend die Forschung tatsächlich vor allem in zukunftsweisenden Wirtschaftssparten ist, das sieht man ja daraus, daß etwa große internationale Elektrokonzerne heute zirka elf Prozent ihrer Mitarbeiter im Bereich der Forschung und Entwicklung beschäftigen, daß etwa in der Elektrobranche 50 Prozent des Umsatzes mit Produkten getätigt werden, die jünger als fünf Jahre sind, daß 30 Prozent der Produkte nicht älter sind als zehn Jahre und daß lediglich sieben Prozent aller Produkte in der Elektrobranche heute älter sind als 15 Jahre.

Ich möchte bei meinen Ausführungen drei Schwerpunkte setzen:

Wie schon Kollege Wille gesagt hat, besteht ja ein sehr enger Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzsicherung und Forschung. Ich möchte einmal die Frage stellen, ob die Gefährdung der Arbeitsplätze im Bereich der verstaatlichten Industrie heute nicht doch damit zusammenhängt, daß vielleicht in diesem Bereich zu wenig geforscht wurde.

Zweitens möchte ich auch die Frage stellen, inwieweit es der von der Frau Sozialminister an sich sehr unterstützten sozialwissenschaftlichen Forschung gelungen ist, zur Erhöhung der Qualität unseres Lebens beizutragen.

Ich möchte drittens auch die Frage aufwerfen, inwieweit im Bereich der Forschung von der offiziellen Forschungspolitik her nicht doch sehr oft mit Scheinaussagen, mit Scheinprogrammen gearbeitet wird.

Was die Forschung im Bereich der verstaatlichten Industrie betrifft, so ist es leider so, daß sehr, sehr viele Indizien darauf hinweisen, daß die Gefährdung der Arbeitsplätze in diesem Bereich, etwa bei den VEW, darauf zurückzuführen ist, daß in der verstaatlichten Industrie zu wenig geforscht wurde.

In dem uns heute vorliegenden Bericht geht die Frau Bundesminister an sich kurz auf die

Forschung in der verstaatlichten Industrie ein. Es heißt hier:

„Die Gesamtaufwendungen der verstaatlichten Industrie ... für Forschung und Entwicklung inklusive der Lagerstättenforschung sind 1978 ... um 7,2 Prozent gestiegen und erreichten fast 1,7 Milliarden Schilling. Die Aufwendungen für Grundlagenforschung, angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung ohne Lagerstättenforschung betrugen rund 940,3 Millionen Schilling.“

Weiter heißt es dann: „Das Forschungs- und Entwicklungs-Personal ist nach bisher jährlichen Steigerungen um zirka 1 Prozent gesunken ...“ — Soweit die trockene Darstellung im Bericht selbst.

Tatsächlich, Frau Bundesminister, verbergen sich hinter diesen Zahlen einige sehr traurige Fakten. Es heißt etwa in einem mir aus dem Bereich der verstaatlichten Industrie zur Verfügung gestellten Gutachten folgendermaßen:

„Vergleicht man die Investitionstätigkeit des letzten Jahrzehnts im Bereich der verstaatlichten Industrie mit der Entwicklung des Forschungs- und Entwicklungsaufwandes, dann zeigt sich, daß im ÖIAG-Konzern, verglichen mit der in- und ausländischen Konkurrenz, viel zu viel investiert und zu wenig in die Forschung gesteckt wird.“

Zu welchen Folgen hat das geführt? Das führte dazu, daß sich die Fertigungsstruktur der gesamten ÖIAG-Gruppe daher auch nicht geändert hat. Die Programme sind vielfach veraltet und beinhalten nur in geringfügigem Umfang zukunftsorientierte Produkte, von denen Kollege Wille mit Recht gesagt hat, daß es von ihnen abhängen wird, inwieweit wir uns bei der internationalen Konkurrenz durchsetzen. Der Wertschöpfungsgrad läßt daher auch zu wünschen übrig.

Weiter heißt es dann:

„Selbst bei den neu aufgenommenen Fertigungen waren die verstaatlichten Unternehmen regelmäßig mit großem zeitlichen Rückstand nur Nachzügler, und die von der ÖIAG initiierte Forschungsförderung, die an sich minimal ist, hat, gemessen am Notwendigen, so gut wie keinen Output gebracht.“

Abschließend wird dann noch die Frage aufgeworfen, ob es der verstaatlichten Industrie gelungen ist, nach dem zweifellos ganz hervorragenden LD-Verfahren irgendeine andere international beziehungsweise auf dem Weltmarkt anerkannte Leistung auf dem Forschungsgebiet zu erbringen.

Dr. Ettmayer

Frau Bundesminister! Auch die von Ihnen im Bericht aufgezeigten Zahlen zeigen ganz deutlich: Ohne die Lagerstättenforschung beträgt der Forschungskoeffizient der verstaatlichten Industrie, also jener Anteil, der in diesem Bereich, verglichen mit dem Umsatz, für die Forschung ausgegeben wird, lediglich 1 Prozent, während der Durchschnitt für die gesamtösterreichische Wirtschaft 2,3 Prozent und in der Bundesrepublik Deutschland 2,7 Prozent beträgt. Das heißt ganz konkret, daß die österreichische Wirtschaft heute doppelt so viel wie die verstaatlichte Industrie und die deutsche Industrie fast dreimal so viel für die Forschung ausgibt.

Besonders bedauerlich ist die Tatsache, daß im Bereich der verstaatlichten Industrie die Beträge für die Grundlagenforschung und der Forschungskoeffizient zurückgegangen sind. Für die Grundlagenforschung wurden 1977 20 Millionen Schilling ausgegeben. 1978 waren es nur mehr 19 Millionen Schilling und 1979 nur mehr 16 Millionen Schilling. Das war ein Rückgang um ganze 15 Prozent verglichen mit dem Vorjahr. Der Forschungskoeffizient, also jener Anteil am Gesamtumsatz, der für die Forschung ausgegeben wird, betrug 1977 immerhin noch 1,5 Prozent. 1979 war er nur mehr 1 Prozent.

Auch hinter den von Ihnen genannten Zahlen, Frau Bundesminister, verbirgt sich diese Tatsache. Wenn Sie im Bericht ausführen, daß ohne die Lagerstättenforschung die Ausgaben für die Forschung im Bereich der verstaatlichten Industrie mit 940 Millionen Schilling gleichgeblieben sind, dann heißt das faktisch, daß ein realer Rückgang eingetreten ist, da man ja die Inflation berücksichtigen muß. Aber nicht nur die Ausgaben für die Forschung im Bereich der verstaatlichten Industrie sind zurückgegangen, sondern auch die Anzahl der dort beschäftigten Personen ist zurückgegangen.

Ich habe mir sagen lassen, daß das Booz-Allen-Gutachten, das eingeholt wurde, um die künftige Entwicklung bei den VEW zu beurteilen, verschiedentlich darauf hinweist, daß die schwierige Situation vor allem im Bereich der Vereinigten Edelstahlwerke darauf zurückzuführen ist, daß gerade in diesem Unternehmen etwa für den Finalbereich, für die Forschung viel zu wenig ausgegeben wurde und daß auch andere Bereiche, wie der Maschinenbau oder die Elektrotechnik, zu wenig Forschungsmittel bekommen haben.

Wenn heute der Bundeskanzler, ich möchte jetzt wirklich sagen, in demagogischer Weise immer wieder darauf hinweist, daß die

Schwierigkeiten der verstaatlichten Industrie darauf zurückzuführen sind, daß sich vor 15 oder gar 20 Jahren einmal jemand von der ÖVP gegen den Finalbereich ausgesprochen hätte, was durchaus nicht den Tatsachen entspricht, so glaube ich, kann man doch sagen, daß es viel, viel aktueller und viel, viel kausaler ist, heute festzustellen, daß im verstaatlichten Bereich zu wenig geforscht wurde. Während der Forschungsaufwand in der österreichischen Wirtschaft von 1976 bis 1979 stark angestiegen ist — ich werde dann noch einige Zahlen nennen —, ist er im selben Zeitraum im Bereich der ÖIAG zurückgegangen.

Konkret darf ich dazu folgende Zahlen nennen: Der Forschungs- und Personaleinsatz hat sich in der österreichischen Wirtschaft von 1975 bis 1978 um 21 Prozent, also um mehr als ein Fünftel erhöht, im ÖIAG-Konzern ist er gleichgeblieben. Während in der österreichischen Wirtschaft der Forschungskoeffizient 1969 1,1 Prozent betragen hat und jetzt bis auf 2 Prozent angestiegen ist, ist er im Bereich des ÖIAG-Konzerns regelmäßig zurückgegangen, und zwar von 1,3 Prozent im Jahre 1969 auf 1 Prozent im Jahre 1979. Während im Bereich der österreichischen Wirtschaft von 1969 an der Personalfaktor sehr, sehr stark angestiegen ist — das heißt also, daß heute fast doppelt so viele Leute in der österreichischen Wirtschaft im Bereich der Forschung beschäftigt sind als vor zehn Jahren —, ist diese Zahl im Bereich der verstaatlichten Industrie gleichgeblieben.

Frau Bundesminister! Meine Damen und Herren! Was mir besonders bedenklich erscheint, ist der Rückgang des prozentuellen Anteils des Forschungs- und Entwicklungsaufwandes des ÖIAG-Konzerns gemessen am gesamten österreichischen Forschungsaufwand. 1969, also noch zu Zeiten der ÖVP-Regierung, betrug der Forschungs- und Entwicklungsaufwand der verstaatlichten Industrie gemessen am Forschungsaufwand der gesamten Wirtschaft 37,3 Prozent. 1972 war dieser Anteil dann nur mehr 34 Prozent, und 1979 hat die verstaatlichte Industrie nur mehr 26,7 Prozent dessen für die Forschung ausgegeben, was die österreichische Wirtschaft insgesamt dafür aufgewendet hat. Ich glaube, es ist doch eine äußerst bedenkliche Entwicklung, wenn man feststellen muß, daß die verstaatlichte Industrie in diesem Bereich, in dem sie einmal einen ganz, ganz entscheidenden Beitrag geleistet hat, nämlich 37 Prozent vor zehn Jahren, heute nur mehr 26,7 Prozent aufbringt.

Der Gesamtkonzern der verstaatlichten Industrie reagierte so — und das wird auch immer wieder bedauert —, daß gerade dort

Dr. Etmayer

eingespart wurde, wo Geldmittel eingesetzt hätten werden sollen, nämlich bei der längerfristigen Forschung, bei längerfristigen Forschungsprojekten. Diese Vernachlässigung könnte — ich will gar nicht sagen „wird“, aber ich befürchte es — dazu führen, daß wir in Hinkunft neue Strukturprobleme haben werden, daß in Hinkunft in der verstaatlichten Industrie mit einer weiteren Gefährdung von Arbeitsplätzen zu rechnen ist.

Wenn der Kollege Wille erst gesagt hat, in der verstaatlichten Industrie sei die Vollbeschäftigung garantiert beziehungsweise gewährleistet, dann, glaube ich, muß man das doch relativieren. Man muß sagen: In den letzten Jahren konnten kurzfristig Schwierigkeiten dadurch überwunden werden, daß man für den Augenblick Geldmittel zur Verfügung gestellt hat, man hat aber verabsäumt, langfristig, selbst mittelfristig etwas dafür zu tun, daß die Strukturprobleme bewältigt werden, daß eben eine echte Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen im Bereich der Verstaatlichten Platz greift. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Ich möchte aber diese Tatsache gar nicht so exklusiv auf den Bereich der verstaatlichten Industrie beschränken. Vor kurzem ist in den Laxenburg-Papers eine Broschüre herausgekommen über Österreichs technologische Abhängigkeit: Basisdaten und gegenwärtige Trends. In dieser Broschüre scheint eine sehr interessante Statistik auf, aus der ersichtlich ist, daß Österreich zwar immer ein gewisses Defizit der Patentbilanz hatte, daß dieses Defizit aber 1969 mit 488 Millionen Schilling noch halbwegs erträglich war, während es im Jahr 1979 bereits 1,2 Milliarden Schilling betragen hat. Ich glaube, daß auch diese Zahl zeigt, daß wir hier leider mit einer sehr, sehr ernsten Entwicklung konfrontiert sind.

Deshalb hat die Österreichische Volkspartei schon vor Jahren anlässlich unserer Parlamentsenquete über die Situation in der verstaatlichten Industrie vorgeschlagen, daß wir auch in der verstaatlichten Industrie eine aktive Forschungspolitik zur Sicherung unserer Arbeitsplätze in diesem Bereich betreiben müssen. Wir haben damals gesagt, daß mittelfristig des Tempo der Anwendung und Ausbreitung neuer Produkte davon abhängig sein wird, wie stark in Linz, in Donawitz in den Vereinigten Edelstahlwerken geforscht wird. Wir haben auch gemeint, daß es möglich sein müßte, die Forschungsergebnisse der Universitäten verstärkt für die Industrie, für die Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Wir haben damals gesagt, daß eine umfassende

Technologiepolitik gerade im Bereich der verstaatlichten Industrie notwendig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Ich möchte zweitens darauf eingehen, inwieweit die sozialwissenschaftliche Forschung in Österreich einen Beitrag zur Verbesserung der Qualität unseres Lebens geleistet hat. Vor kurzem ist eine sehr interessante Studie im Ford-Institut herausgekommen. Sie heißt: Sozialwissenschaftliche Forschung in Österreich, Produktionsbedingungen und Verwertungszusammenhänge.

Ich muß sagen, daß Sie, Frau Bundesminister, darin ein äußerst erfrischend-kritisches Vorwort geschrieben haben. Sie haben festgestellt, daß im Bereich der sozialwissenschaftlichen Forschung in Österreich viele Scheinleistungen erbracht wurden und daß es den Forschern sehr oft an sozialer und politischer Phantasie mangelt. Sie haben ganz offen gesagt, daß eine Soziologie ohne Gesellschaft auch keine Interpretation der aktuellen Fragen ermöglicht. Sie haben dann selbst einige Stilblüten von Arbeiten zitiert, die Ihnen vorgelegt wurden, etwa daß „stabile Studierende“ weniger an Prüfungsangst leiden als andere, was immer „stabile Studierende“ sind, und daß „überichstarke“ Studierende fleißiger sind als „ichschwache“. Sie haben dann auch selbst das Ergebnis einer Studie kritisiert, die festgestellt hat, daß jene, die in Physik in der Mittelschule nicht besonders gut sind, bessere Chancen haben, an der Universität Physik zu studieren.

Im Bericht selbst erfahren wir dann, daß etwa 43 Prozent der Auftraggeber glauben, daß sozialwissenschaftliche Arbeiten nichts Neues erbracht haben, und daß 51 Prozent glauben, daß die Ergebnisse nicht konkret genug waren. Ich möchte aber jetzt die Frage aufwerfen, Frau Bundesminister: Kann man wirklich nur der Soziologie die Schuld geben, wenn nach zehn Jahren sozialwissenschaftlicher Forschung in Österreich unter Ihrer Ägide jetzt kaum Ergebnisse vorliegen? Kann man wirklich nur der Forschung die Schuld geben, wenn Sie, Frau Bundesminister, sehr wesentlich an der Auftragsforschung in diesem Bereich beteiligt waren, ja wenn Sie selbst weitgehend diese Forschung gelenkt und beeinflußt haben? *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir von der Österreichischen Volkspartei und auch die österreichische Öffentlichkeit haben jahrelang kritisiert, daß im Bereich der sozialwissenschaftlichen Forschung für Scheingutachten, für Gutachten, von denen kaum Ergebnisse zu erwarten sind, Gelder in

Dr. Ettmayer

Millionenhöhe hinausgeworfen werden. Ich darf einen Artikel zitieren, der in der „Wochenpresse“ im Oktober 1979 unter dem Titel „Mäzene auf der Regierungsbank“ erschienen ist: Knapp eine halbe Milliarde Steuerschilling buttern Österreichs Minister 1978 in die Forschung, die wissenschaftlichen Ergebnisse bleiben aber zum Großteil ungenutzt. Konkret heißt es dann weiter: Die meisten Projekte fanden ihre finanziellen Lebensquellen in Hertha Firnbergs Reich. Österreichs Wissenschaftsmutter ließ sich gezählte 333 Arbeiten rund 122 Millionen Schilling kosten. Dann wird noch eine Arbeit angeführt über den Gleitvorgang beim Schi, für die Sie, Frau Bundesminister, 192 000 S bezahlt haben. Wenn ich Sie dafür verantwortlich mache, dann deshalb, weil aus dieser Studie, die ich zitiert habe, immer wieder hervorgeht, daß die Auftraggeber die Ergebnisse der Studien nicht nur sehr wesentlich beeinflussen können, sondern tatsächlich sehr wesentlich beeinflussen, ja oft — das wird zumindest sehr stark angedeutet — sogar die Ergebnisse vorgeben.

Professor Topitsch ist einmal in einem Interview gefragt worden: Meinen Sie, Herr Professor, wer die Forschung bezahlt, schafft auch an, was und in welcher Richtung geforscht wird? Die Antwort lautet klipp und klar: Das ist zweifellos der Fall.

Meine Damen und Herren! Es ist leider so, daß heute im Bereich der sozialwissenschaftlichen Forschung die Auftraggeber einen ganz entscheidenden Einfluß darauf haben, wie diese Forschung tatsächlich gestaltet wird. Es hat auch diesbezüglich eine Umfrage gegeben, und 70 Prozent der Sozialwissenschaftler glauben, daß der Auftraggeber sehr starkes Interesse an den jeweiligen Aufträgen mit einbringt. Wenn Sie, Frau Bundesminister, in dem Buch „Sozialwissenschaftliche Forschung in Österreich“ auf Seite 20 schreiben, die Soziologie sei bis heute nicht das geworden, was sie seinerzeit versprochen hat, dann sage ich: Das liegt nicht an der Soziologie, sondern das liegt weitgehend an der Art der Auftragsforschung in Österreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Auftragsforschung hat gerade im Bereich der Sozialwissenschaften, verglichen mit der Grundlagenforschung, einfach einen zu hohen Stellenwert. Es gibt eben zu wenig Projekte, bei denen eine echte Verbindung von Theorie und tiefgreifender Analyse möglich wäre. Es werden viel zu viele Aufträge vergeben — Sie zitieren ja selbst eine ganze Reihe —, etwa für Ihre Hochschulpolitik, wo man sich unmittelbar Ergebnisse erwartet,

die eben dann nicht so aussehen, wie sie nach wissenschaftlichen Kriterien sein sollten.

Eines ist ja sicher: Die auftragsgebundene Forschung hat viel Geld, aber sehr, sehr wenig Freiheit, während die auftragsungebundene Forschung viel Freiheit hat, aber dafür wenig Geld. Wir glauben deshalb, daß die Bedingungen vor allem der langfristigen Forschung im Bereich der Sozialwissenschaften verbessert werden sollen. Sie sollen verbessert werden, was die Ausbildung der Forscher betrifft, und vor allem auch, was die Arbeitsbedingungen der Forscher selbst betrifft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben schon seinerzeit in dem von der Österreichischen Volkspartei ausgearbeiteten Konzept zur Forschungspolitik dargelegt, daß dem Freiraum des Forschers wieder ein größerer Stellenwert beigemessen werden müßte. „Denn Kreativität“, so heißt es hier, „braucht Freiheit“.

„Die Planung muß“ viel mehr „vom einzelnen Forscher ausgehen“ und darf nicht nur von dem ausgehen, der eben für den einen oder anderen Zweck gerade ein Gutachten braucht.

„Die Meinung des Wissenschaftlers“, so heißt es hier auch, „ist für die Organisation jeder Forschung von entscheidender Bedeutung.“

Und wenn man jetzt in der internationalen Diskussion wieder vom neu entdeckten Forscher spricht, vor allem auch davon, daß im Bereich der Forschung Teamarbeiten zweifellos nützlich sind, daß zweifellos die Zusammenarbeit nützlich ist, aber daß das Team kaum in der Lage ist, den Geist des einzelnen Forschers zu ersetzen, dann kann man das nur hervorheben und vor allem auch hoffen, daß sich dieser Grundsatz in unserer sozialwissenschaftlichen Forschung durchsetzt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte, Frau Bundesminister, zuletzt noch auf einen Bereich eingehen, den Kollege Neisser schon hervorgehoben hat, nämlich auf die mangelnde Ehrlichkeit im Bereich der Forschungspolitik. Wir brauchen eine ehrliche Forschungspolitik, wir brauchen Ehrlichkeit, wir dürfen den künftigen Aufwand nicht dauernd gigantisch darstellen, also die Möglichkeiten dauernd gigantisch überschätzen, dauernd große Möglichkeiten in Aussicht stellen, während dann die Ergebnisse weit hinten nachhinken.

Ich möchte hier nur ein Beispiel bringen. Das ist die Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung.

Dr. Ettmayer

Sie haben bei dieser Konferenz, Frau Bundesminister, die im August 1979 stattgefunden hat, selbst den Vorsitz geführt. Ziel dieser Konferenz war eben, wie Sie gesagt haben, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um neue Formen der internationalen Zusammenarbeit zu finden.

Sie haben dann zugesagt, Frau Bundesminister, nicht in Aussicht gestellt, Sie haben nicht gesagt, Sie werden es sich überlegen oder ein Konzept ausarbeiten, sondern Sie haben gesagt — ich zitiere jetzt —: „Österreich wird im einzelnen:

Forschung zugunsten der Entwicklungsländer zum Forschungsschwerpunkt erklären und einen bestimmten Prozentsatz der öffentlichen Forschungsmittel dafür reservieren“.

Frau Bundesminister, das war im Jahre 1979. Wir diskutieren jetzt den Forschungsbericht 1980. Ich vermissen in diesem Forschungsbericht jeden Hinweis auf diese seinerzeitige Zusage, geschweige denn überhaupt irgendeine Realisierung dieser Zusage.

Es heißt dann weiter, Frau Bundesminister:

„den Entwicklungsländern den Zugang zu wissenschaftlicher und technologischer Information und Dokumentation erleichtern,

die Möglichkeit der Errichtung eines nationalen Forschungs- und Entwicklungszentrums prüfen ...“ Ich möchte Sie fragen: Wie stehen die Vorarbeiten für dieses Forschungs- und Entwicklungszentrum?

Es heißt dann weiter:

„im Rahmen der österreichischen Entwicklungshilfe besonders jene Projekte verfolgen, die die Entwicklung des wissenschaftlichen und technologischen Potentials in Entwicklungsländern ... fördern.“

Und dann heißt es weiters auch: „... die Errichtung und Unterstützung von Bildungs- und Trainingseinrichtungen ...“

Frau Bundesminister! Soweit ich informiert bin, geht es heute überhaupt nicht um die Entwicklung von neuen Bildungs- und Trainingseinrichtungen im Bereich der österreichischen Entwicklungshilfe. Wir sind sehr, sehr froh, wenn es uns überhaupt gelingt, die bestehenden finanziell einigermassen über Wasser zu halten.

Ich glaube deshalb, Frau Bundesminister: Was Sie hier im Bereich dieser Entwicklungskonferenz gesagt haben, ist ein ganz, ganz krasses Beispiel dafür, daß Ihre Darstellungen im Hinblick auf mögliche Forschungsmittel im krassen Gegensatz dazu stehen, was

dann tatsächlich für die Forschung ausgegeben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Mit Versprechen allein kann man die Anliegen der Forschung wirklich nicht lösen. Ich glaube, die nüchterne Bilanz, die Sie, Frau Bundesminister, selbst gezogen haben im Bereich der sozialwissenschaftlichen Forschung, zeigt sehr deutlich, daß hier einiges schiefgelaufen ist.

Die drohende Arbeitslosigkeit im Bereich der verstaatlichten Industrie, etwa bei der VEW, zeigt, daß hier einfach zu wenig für die Forschung getan wurde.

Wir glauben daher, daß im Bereich der verstaatlichten Industrie zumindest so viel für die Forschung ausgegeben werden soll wie im Bereich der übrigen Wirtschaft. Wir glauben, Frau Bundesminister, daß die Situation im Bereich der sozialwissenschaftlichen Forschung dadurch verbessert werden kann, daß man dem einzelnen Forscher mehr Freiheitsraum läßt, und wir glauben, daß ein Forschungskonzept eben nicht dazu dienen soll, Propaganda darzustellen, sondern wir brauchen ein Forschungskonzept, das dazu dient, Arbeitsplätze zu sichern und die Qualität unseres Lebens zu verbessern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Dr. Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Präsident! Frau Bundesminister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ein Bericht über die Forschungstätigkeit des Jahres 1980 ist natürlich primär eine Sammlung aller derartigen Aktivitäten, ein Zahlenmaterial, mit dem sich trefflich streiten läßt. Ich glaube aber, daß das Thema Forschungspolitik zu dem Zeitpunkt, zu dem wir es heuer debattieren, eigentlich in zweifacher Hinsicht eine besondere Aktualität bekommt.

Ich gebe zunächst einmal allen meinen Vorednern recht, die den Wert und die Notwendigkeit einer zielgerichteten, effizienten und auch ökonomischen Forschung in Anbetracht der vielen Entwicklungsstörungen im wirtschaftlichen Bereich über unsere Landesgrenzen hinaus besonders unterstrichen.

Damit gleich zum zweiten, besonders aktuellen Problem, daß natürlich unter dieser Gegebenheit, daß im wirtschaftlichen Bereich Schwierigkeiten bestehen, über den Weg der Forschungspolitik ebenfalls in wesentlich intensiverer Form geredet und dann gehandelt werden muß.

Dr. Frischenschlager

Es steht völlig außer Zweifel und ist zu einem Schlagwort geworden, daß die Forschung für einen Innovationsstoß für unser gesellschaftliches, wirtschaftliches System sorgen muß, und es ist völlig klar, daß wir in einer Reihe von grundsätzlichen Fragen ein schärferes Maß an Klarheit bringen müssen.

Ich möchte daher zunächst weniger auf die Zahlen und auf Beispiele eingehen, sondern einige grundsätzliche Fragen behandeln.

Die erste Frage ist die: Hier im Parlament läßt sich natürlich auch in einem weiteren Punkt vortrefflich streiten, nämlich was soll denn der Staat finanzieren, wie viel soll er geben?

Ich möchte zunächst ganz grundsätzlich festhalten: Der Staat hat im Bereich der Forschungspolitik eine Fülle von Aufgaben. Aber es wäre völlig verfehlt, wenn man daraus den Schluß zieht, alles, was Forschung betrifft, was ihre Finanzierung betrifft, was die Aktivitäten betrifft, wäre allein Staatsaufgabe. Völlig klar: Forschung ist zugleich auch eine gesellschaftliche Aufgabe, ist auch eine wesentliche Aufgabe vor allem der Wirtschaft.

Damit gleich zu einem zweiten Punkt, zur Frage der Finanzierung. Es gibt Bereiche innerhalb der Staatsausgaben, die besonders gerne als diejenigen bekannt sind, dann aber auch kritisiert werden, die das Aufhalten gegenüber dem Staat zum Prinzip machen. Der Bildungsbereich, der Wissenschaftsbereich, der kulturelle Bereich werden dazu gezählt. Ich glaube nur, daß wir in der derzeitigen Situation ganz primär unsere Forschungspolitik darauf richten müssen, daß mit den vorhandenen Mitteln, die wir derzeit im Bereich der Forschung einsetzen, auch ein Maximum an Effizienz, ein Maximum an ökonomischer Verwertung erreicht wird, und zwar nicht im Sinne von Wirtschaftsverwertung allein, sondern es geht einfach um die Frage eines ökonomischen Einsatzes dieser Mittel.

Damit kommen wir gleich zu einem nächsten Punkt. Es ist völlig klar, daß eine Forschungstätigkeit nicht vom Staat allein organisiert werden kann, auch nicht finanziert werden kann, sondern Forschungstätigkeit ist zu einem ganz wesentlichen Teil, wie in vielen anderen Bereichen, wie im Sozialbereich, eine Frage der Privatinitiative. Und das ist der Punkt, wo wir gegenüber den Sozialisten besonders hellhörig sind. Nicht nur, wenn es um die Mittelverteilung geht, sondern auch in verschiedenen Tendenzen, die gerade in letzter Zeit stärker hervorgekommen sind im Zusammenhang mit der Frage der Investi-

tionslenkung der Wirtschaft. Das geht nämlich die Forschung ganz maßgeblich auch an. Alle die Tendenzen, die aus dem sozialistischen Lager ausgehen, im Bereich der Wirtschaftsinvestitionslenkung stärker die Dinge an die Staatshand zu binden, schlagen dann natürlich voll und ganz auf die Forschung durch, und davor ist zu warnen. *(Präsident Thahammer übernimmt den Vorsitz.)*

Ein kleines Detail am Rande. Es ist völlig logisch, daß, was die Forschungspolitik betrifft, der Staat seine Aufgaben hat. Er hat dort einzugreifen, wo Lücken bestehen. Dort hat er ganz gezielt einzugreifen, und deswegen bekennen wir uns auch zur Auftragsforschung. Wo Lücken bestehen, wo ein gesellschaftlicher Mangel vorliegt, dort hat eine zielgerichtete Auftragsforschung einzugreifen. Nur — der Kollege Wille ist leider nicht da — eine stärkere Bindung der Forschungspolitik an die Staatshand, an die Regierung scheint mir zumindest bedenklich zu sein, weil jemand wie der Staat ja auch nicht vor Irrtum gefeit ist.

Wenn ich in der „Presse“ vom 4. November 1980 zum Beispiel über die forschungspolitische und investitionspolitische Sichtweise des Gewerkschaftsbundes lese und es hier heißt:

„Der ÖGB fordert, daß steuerliche Förderungsmittel für neue Technologien nur dann gegeben werden sollen, wenn Arbeitsplätze geschaffen werden“, dann kommt man womöglich zu Zuständen des 19. Jahrhunderts, daß wir völlig überholte Technologien erhalten. Dafür gibt es ja im verstaatlichten Bereich durchaus Beispiele. Dann kommt es genau zu diesem Fehleinsatz von Forschungsmitteln, den wir befürchten, wenn der Staatszugriff auf die Forschungsmittel über Gebühr ausgedehnt wird.

Diese Forderung des Gewerkschaftsbundes, wie sie von der „Presse“ wiedergegeben wird — ich kann natürlich nicht nachprüfen, ob das im Detail auch tatsächlich so gesagt wird —, zeigt mir die Tendenz, daß die Investitionslenkung, die Forschungslenkung von seiten des Staates womöglich das Geld in Bereiche fließen läßt, wo es letzten Endes nichts bringt, und wir womöglich Strukturen erhalten, die wir an sich als nicht zukunftsträchtig ansehen.

Also eine erste grundsätzliche Frage: Natürlich staatliche Forschungstätigkeit, natürlich Förderung der Forschung durch den Staat, natürlich Auftragsforschung, aber über das Ausmaß und über die Grenzen staatlicher

Dr. Frischenschlager

Forschungskapazität und Sichtweisen muß man sich sehr im klaren sein.

Ein zweiter grundsätzlicher Punkt, der jetzt schon zur Finanzfrage überleitet.

Frau Bundesminister! Wenn man sich den Bericht ansieht und die Zahlen genauer untersucht, ist festzustellen, daß wir von einer gewissen Förderungsstagnation, was die finanziellen Mittel betrifft, ausgehen müssen.

Wie gesagt: Es sind wie alle Budgetkapitel auch Forschungsgelder nicht unbegrenzt vermehrbar. Darüber sind wir uns völlig im klaren. Nur: die Forschungspolitik — und das haben sämtliche Vorredner ja auch betont — ist jenes Kapitel, wo wir uns Einsparen längerfristig am wenigsten leisten können. Nicht nur aus den bereits öfter zitierten Innovationsgründen, sondern weil in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation natürlich die Gefahr besteht, daß die Privatwirtschaft, wenn sie in finanziellen Schwierigkeiten ist, in dem Punkt zuerst zu kürzen beginnt, wo es eigentlich am wenigsten gerechtfertigt ist, und das ist im Forschungsbereich. Die Gefahr besteht, daß sich unser Gesamtvolumen an Forschungsmitteln reduziert, weil die Wirtschaft dort in der Not als erstes kürzt, und deshalb ist speziell in dieser Situation insbesondere die Forderung auch in schwieriger Situation gerechtfertigt, ein Mehr an Geld für Forschung seitens des Staates zu verlangen. (Beifall bei der FPÖ.)

Frau Bundesminister! Damit möchte ich doch in einigen Punkten konkreter auf den Bericht eingehen und mit einer Ist-Analyse beginnen, was die finanziellen Mittel betrifft. Wenn man im gesamten die Forschungspolitik des letzten Jahrzehnts ganz kurz charakterisiert, ist sicherlich eine mäßige, aber immerhin bis zu einem gewissen Grad schwungvolle Anfangsphase Ihres Ministeriums festzustellen. Nur ist in den letzten Jahren in den politischen Anstößen, was die Forschungspolitik betrifft, eher eine Stagnation eingetreten und auch bei den finanziellen Mitteln.

Wenn man die Statistiken des Berichtes ansieht, muß man zum Beispiel bei der Auflistung der Ministerien bei den Anteilen an Forschungsmitteln feststellen, daß es eine Reihe wichtiger Ministerien gibt, deren Forschungsgelderanteil gesunken ist. Es ist beim Bundesministerium für Handel und Gewerbe der Anteil gesunken, der Anteil des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft ist gesunken und, was natürlich besonders betrüblich ist, bei den beiden wahrscheinlich hierfür wichtigsten Ministerien, nämlich im Ministerium für Wissenschaft und Forschung

und im Ministerium für Unterricht und Kunst, ist der Forschungsanteil, wenn auch geringfügig, gesunken. Das ist sicherlich etwas, was man nicht mit schwungvoller Aufbauentwicklung im Bereich der Forschung bezeichnen kann.

Noch ein zweiter Punkt: Wenn wir den internationalen Vergleich hernehmen — auf Seite 88 des Berichtes haben wir eine Auflistung der wichtigsten europäischen Länder — und feststellen müssen, daß wir bei einem Vergleich von Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, den Niederlanden, Großbritannien und Österreich bei den öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, gerechnet nach Rechnungseinheiten pro Einwohner, an siebenter Stelle stehen, dann müssen wir auch festhalten, daß wir in dieser Hinsicht eher einen Nachholbedarf haben, als führend tätig sind.

Und eine dritte interessante Zahl: Es sind im Bericht die Entwicklungs- und Forschungsgelder nach der Herkunft aufgeschlüsselt, nach Bund, Ländern, Wirtschaft und sonstige, und da möchte ich nur zwei Zahlen herausgreifen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß sich, wenn man 1970 mit 1980 vergleicht, der Bund, wenn man von einer Indexierung ausgeht, zwischen 1970 und 1980 von 100 auf 360 Punkte verbessert hat und die Wirtschaft, wenn man wiederum dieselbe Indexierung vornimmt, von 100 auf 406. Das ist einerseits sicherlich eine beachtliche Leistung des Staates, aber vor allem der Wirtschaft und insofern bemerkenswert, da ja sicherlich in den letzten Jahren der wirtschaftliche Druck auf die Privatwirtschaft und auf die Ausgabefähigkeit im Bereich der Forschung eher doch sehr stark vorhanden war.

Also nochmals zusammengefaßt: Im Bereich der Forschungspolitik der letzten Jahre eine finanzielle Stagnation, und jetzt kommt noch ein zweiter Kritikpunkt dazu. Darüber möchte ich aber jetzt nicht zu lange sprechen.

Wir sind an einem Schnittpunkt der Forschungsorganisation, und ich glaube, daß wir über diesen Punkt noch sehr ausführlich sprechen sollten, weil ich nach wie vor der Auffassung bin, daß dieses Forschungsorganisationsgesetz, das immerhin eine ganz wesentliche Basis der Forschungspolitik in Zukunft sein sollte, im Endeffekt nach einem sehr aufwendigen, sehr guten Vorbereitungsweg eigentlich im Endergebnis zu wenig bringt. Ich hoffe, daß in diesem Bereich noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Wir hoffen, daß nach dieser wirklich ausgezeichneten

Dr. Frischenschlager

Vorbereitungsarbeit in dieser Materie letzten Endes doch mehr herauskommt, als der jetzige Regierungsentwurf beinhaltet.

Damit zu einigen konkreten Punkten, die mir wichtig erscheinen. Ich glaube, aus meinen bisherigen Worten ersehen Sie, daß ich der privaten Forschungstätigkeit eine sehr große Bedeutung beimesse. Es ist heute schon viel über indirekte Forschungsförderung gesprochen worden. Ich glaube, das ist ein Kernpunkt der Forschungspolitik.

Frau Bundesminister! Ich hoffe — Sie haben dabei sicherlich die Unterstützung der freiheitlichen Fraktion —, daß Sie sich in diesem Punkt gegenüber dem Finanzministerium durchsetzen. Wir haben eine Reihe von Bereichen, wo wir in der Forschungstätigkeit der Privatwirtschaft Initiativen wirklich herbeiführen können, wenn die entsprechende steuerliche Förderung Hand in Hand mit der direkten Förderung — mit Subventionen — geht.

Die steuerliche Besserstellung der Forschungstätigkeit ist eine ganz zentrale Angelegenheit. Wir werden daran primär die Forschungspolitik dieser Bundesregierung beurteilen. Daran werden wir ermesen, ob tatsächlich eine breitere private Forschungstätigkeit in Österreich gewünscht wird oder nicht, denn das ist die Kernfrage.

Nun zum Schluß: Frau Bundesminister, Sie selbst haben vor einiger Zeit in einem Artikel gesagt, die Forschungspolitik lebt von Mobilität, von Risikobereitschaft und von Initiative. Ich glaube, daß die Forschungspolitik der letzten Jahre diese Eigenschaften, die Sie gegenüber der Forschung ausgesprochen haben, auf der politischen Seite vermissen läßt.

Zu hoffen ist, daß diese Bundesregierung und Ihr Ministerium tatsächlich in Hinsicht der Forschungspolitik mehr Mobilität, mehr Initiative und Risikobereitschaft in politischer Hinsicht aufbringt, als es in den letzten Jahren geschehen ist. Es wird mehr Geld notwendig sein, es wird mehr Effizienz notwendig sein, es wird die steuerliche Besserstellung der Forschung auch im privaten Bereich erforderlich sein, und vor allem ein mutiges FOG.

Mit dieser Bitte möchte ich schließen, denn mit diesen Dingen wird die Forschung in Zukunft arbeiten müssen im Sinne einer besseren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zukunft dieses Staates. Die Politik machen maßgeblich Sie. Zeigen Sie diese Mobilität und diese Risikobereitschaft auch im politi-

schen Bereich, was die Forschung betrifft. Daran hat es in letzter Zeit doch im wesentlichen Ausmaß gemangelt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg. Bitte, Frau Minister.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha **Firnberg**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, daß der heute dem Hohen Haus vorgelegte und behandelte Forschungsbericht doch ein sehr konkreter Nachweis dafür ist, wie sich die Forschungslandschaft in den letzten Jahren in Österreich verändert hat. Ein kurzer Vergleich der ersten Forschungsberichte der endsechziger Jahre mit dem jetzigen Forschungsbericht zeigt in einer höchst deutlichen Weise den starken Wandel, der sich in den letzten Jahren ergeben hat.

Ich würde nur die hohen Abgeordneten, die finden, daß derzeit in unserer Forschungspolitik eine Stagnation eingetreten ist, bitten, sich einmal diese ersten Berichte noch einmal durchzusehen, um zu wissen, wie die Lage der Forschung damals tatsächlich war. Es wird in der nächsten Zeit schon der nächste Forschungsbericht dem Parlament zugeleitet werden, und er wird das zeigen, was ich jetzt sage: daß diese letzten Forschungsberichte die veränderte Lage bestätigen.

Damals in den Anfängen — das ist noch nicht so lange her — war Österreich nach den eigenen Aussagen des Berichts in der Forschungspolitik zurückgeblieben. Wir hatten die niedrigste Quote für Forschung und Entwicklung von allen Industriestaaten; das steht in diesem Bericht. Der Bericht spricht von einer Forschungslücke, die aufgeholt werden muß.

Wenn Herr Kollege Ettmayer heute anführt, daß in diesen ersten Jahren der Anteil der ÖIAG an den Forschungsmitteln so viel höher war als heute, dann ist das nur ein Zeichen dafür, daß eben auf anderer Seite nichts geschehen ist und daß der Anteil damals so hoch sein konnte, weil die andere Seite nichts getan hat. *(Abg. Dr. Ettmayer: Das war dialektisch, Frau Bundesminister!)*

Das ist so: Wenn auf anderer Seite nichts geschehen ist, dann ist der Anteil hoch; das ist eine ganz einfache statistische Rechnung. Wenn die anderen sehr viel tun, dann wird der Anteil kleiner, das ist auch eine sehr einfache Rechnung. Jeder Statistiker wird Ihnen das

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

nachweisen, da ist überhaupt nichts darüber zu reden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte sagen, daß der Wandel gegenüber dieser Zeit in der heutigen Situation doch nicht zu übersehen ist, die Veränderungen im Forschungsbereich, und zwar in quantitativer und in qualitativer Hinsicht. *(Abg. Dr. Mock: 1,2 Prozent des Bruttonationalprodukts!)*

1,45 Prozent, Herr Abgeordneter Dr. Mock, wir kommen nahe an die 1,5 Prozent.

Ich möchte eben darauf hinweisen, daß quantitativ diese Veränderung die Erschließung viel größerer Ressourcen bedeutet. Diese Erschließung ist in den letzten Jahren in einem Ausmaß erfolgt, das an sich schon eine andere Qualität bedeutet. Wir haben die Forschungsförderungsmittel in diesen Jahren vervierfacht — seit 1970 die vierfachen Forschungsförderungsmittel! —, und wir geben derzeit nur vom Bund allein über 5 Milliarden für Forschung aus.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Neisser meint, zu wenig Geld für die Forschung, so gebe ich ihm recht. Die Forschung wird immer zu wenig Geld haben, niemals kann die Forschung zufrieden sein mit den Mitteln, die zur Verfügung gestellt werden. Wenn die beiden Forschungsförderungsfonds noch mehr Geld wünschen, ist das durchaus begreiflich, aber nicht immer möglich.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht demagogisch, aber sehr ernst darauf hinweisen, daß wir in den meisten anderen Ländern nicht vor Ausweitungen der Forschungsförderung stehen, sondern vor sehr dezidierten Restriktionen. Wenn in Amerika heute die Forschungsmittel um 45 Prozent gekürzt werden und es so weit geht, daß das IASA wahrscheinlich keine Mittel mehr bekommen wird, IASA, das mit solcher Mühe und solchen Investitionen von allen Industrieländern im Osten und Westen aufgebaut worden ist, wenn die Situation in Amerika heute so ist, daß dies geschehen könnte, wenn wir es nicht durch Interventionen von allen Seiten verhindern können, dann zeigt Ihnen das die Situation Amerikas. Wenn die Bundesrepublik die Mittel verringert, und zwar in einem gewaltigen Maße, und wenn die Schweiz die Forschungsförderungsmittel um 10 Prozent kürzt, so ist doch das verlangsamte Wachstum unserer Forschungsförderungsmittel eine Selbstverständlichkeit. Wir können ja nicht in diesem Maß expandieren wie in den ersten Jahren einer günstigen Konjunktur, wenn alle anderen gezwungen sind, diese Forschungsmittel sogar zu verringern. *(Zustim-*

mung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mock: „Wir leben in Österreich“, Frau Bundesminister!)

Auch wir leben in der Welt mit den anderen und können uns den Einflüssen nicht entziehen. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mock: Ich habe nur zitiert, was der heutige Minister Staribacher 1967 gesagt hat!)*

Bitte, ich weiß nicht, was Staribacher im Jahr 1967 gesagt hat. Herr Abgeordneter Dr. Mock, das ist für mich heute in diesem Zusammenhang irrelevant. *(Abg. Dr. Mock: Oho!)* Nicht was er heute sagt, aber was er 1967 gesagt hat. *(Abg. Dr. Mock: Diese Reaktion wollte ich nicht bewirken!)*

Wir haben die Qualität unserer Forschungssituation in einem hohen Maße verändert. Ausgehend von dem damaligen Bericht der OECD über unsere Forschungspolitik und die Lage der österreichischen Forschung haben wir eine neue Forschungspolitik etabliert. Wir haben uns absolut nach dem gerichtet, was die OECD damals als Notwendigkeit gesehen hat.

In einer Zeit, in der es auch schon den Forschungsrat gab, verlangte die OECD damals, daß jedes Land ein zentrales Organ braucht, um die Forschungspolitik zu betreiben. Das ist geschehen, es ist das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gegründet worden. Wir haben genau das getan, wofür nach den Berichten der OECD ein derartiges zentrales Organ notwendig ist, nämlich die Formulierung der nationalen Wissenschaftspolitik, die Koordination der verschiedenen wissenschaftlichen Aktivitäten des Landes und die Unterstützung beim Einbau der Wissenschaft in die allgemeinen politischen Konzepte.

In qualitativer Hinsicht haben sich die Bedingungen für Wissenschaft und Forschung in den letzten Jahren in Österreich und auch in ihrer Beziehung zu den internationalen Forschungsaktivitäten doch zweifellos wesentlich verbessert; nicht nur verändert, sondern auch verbessert. Das gilt sowohl für die Forschungskonzeption, die wir uns damals erarbeitet haben, wie für das Forschungsinstrumentarium, das heute zur Verfügung steht, und für die Art und Zahl der Forschungseinrichtungen, über die Herr Abgeordneter Wille heute bereits gesprochen hat. Wir lebten und leben in einer Gründerzeit der Forschungseinrichtungen.

Letztlich hat sich das Forschungsklima und das allgemeine Forschungsbewußtsein wesentlich verändert. Österreich ist heute — dies ist durch die OECD-Wissenschaftsmini-

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

sterkonferenz in Paris attestiert — etwa im Mittelfeld der Forschungsquote, Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager, für die letzten Jahre von der OECD berechnet. Wir sind mit 1,45 Prozent genau in der Mitte der Quotierungen.

Mit anderen Worten: Österreich hat in den letzten Jahren aufgeholt, und zwar in einem außerordentlich starken Maße. Wir haben uns den europäischen Industrieländern angepaßt. Und die von Herrn Kollegen Ettmayer zitierte UNO-Konferenz für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik in Wien bedeutete auch eine internationale Anerkennung der österreichischen Bemühungen. Österreich ist heute ein international nicht bloß akzeptierter, sondern auch ein durchaus beachteter Forschungspartner, und zwar von vielen Seiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Zeugnis dafür, Herr Kollege Ettmayer, finden Sie in diesem Bericht, und ich will nur einige wenige Beispiele herausnehmen. *(Abg. Dr. Ettmayer: Was ist verwirklicht von dem, was Sie damals versprochen haben?)* Ich werde Ihnen das schon sagen, und Sie werden sich wundern, wie viel verwirklicht ist; viel mehr, als Sie angezogen haben, ist nämlich verwirklicht. Wir nehmen — natürlich im Rahmen, den ein kleines Land sich geben kann — am internationalen Forschungsgeschehen, in internationalen Organisationen und Projekten teil.

Wir sind zum Beispiel bei der internationalen Energieagentur das „leadingcountry“ für Wärmepumpen, und das zeigt schon, was unsere Forschung leisten kann. Wir sind angeschlossen an die ESA, wir arbeiten am Spacelab mit, etwas, was nur die großen und bedeutenden Industrieländer mit bedeutendem Forschungspotential können, wir sind an vielen UNESCO-Projekten führend beteiligt, wir arbeiten mit an den COAST-Programmen.

Wir haben eine ganz große Reihe von multilateralen und bilateralen Kooperationen, wie etwa — ein Beweis dafür, wie leistungsfähig unsere Forschung geworden ist — Bioenergieforschung: Spanien übernimmt unsere österreichische Entwicklung.

Die Sowjetunion — und das hat Ministerpräsident Tichonow eben jetzt wieder betont — ist interessiert an der österreichischen Mitarbeit bei der Weltraumforschung. Das Grazer Institut arbeitet seit Jahren mit der Sowjetunion zusammen als sehr geschätzter Partner. Wir sind das einzige Land, das sowohl an die ESA assoziiert ist als auch in der Sowjetunion mitarbeitet in Weltraumforschungsfragen.

Es gibt eine Vielfalt von Gebieten, die ich Ihnen noch aufzählen könnte, um zu zeigen, ein wie geschätzter Partner heute Österreich im Forschungsgeschehen anderer Länder ist.

Die Prüfungsergebnisse österreichischer Forschungsbereiche durch internationale Organisationen sprechen sich über Österreich außerordentlich positiv aus. Herr Abgeordneter Dr. Blenk war bei der letzten OECD-Wissenschaftsministerkonferenz dabei, die wieder gezeigt hat, daß Österreich als ein durchaus geschätzter und gleichwertiger Partner angesehen wird.

Der eben jetzt fertiggestellte OECD-Bericht über die Tiefenprüfung der Energieforschung in Österreich spricht sich lobend über uns aus.

Ich darf hinzufügen, dem Herrn Abgeordneten Neisser zugewendet: Wenn heute der Herr Abgeordnete Neisser in der „Presse“ meint, man könnte die Auftragsforschung des Ministeriums durchaus einsparen, dann muß ich ihm sagen, daß alles, was hier lobend erwähnt wird bei der Tiefenprüfung, mit Auftragsforschungsmitteln des Ministeriums durchgeführt wurde. Ganz so überflüssig scheinen diese Mittel im Forschungsgeschehen Österreichs doch nicht zu sein! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Um zu zeigen, was alles nicht geschehen würde, wenn diese Mittel dem Ministerium nicht zur Verfügung stehen, habe ich mir kurz zusammenstellen lassen, was hier alles mit diesen Auftragsforschungsmitteln des Ministeriums durchgeführt wird.

Schwerpunktbereiche Rohstoffforschung, Energieforschung: Hier könnte eine Vielzahl von Vorhaben nicht realisiert werden, wenn das Ministerium diese Mittel nicht zur Verfügung hätte. Das wäre nicht nur wissenschaftlich, sondern auch wirtschaftlich eine Katastrophe.

Beispiele dafür: Forschungsvorhaben über die systematische geochemische Untersuchung des Bundesgebietes, die aeromagnetische Befliegung Österreichs, die Erstellung eines Naturraumpotentialkartenwerks für die verschiedenen Landschaftstypen, die Studien zur Auswertung der Möglichkeiten der Geothermie, die gesteinsphysikalischen Untersuchungen, die montangeophysikalischen Untersuchungen und Messungen. Die Forschungsprojekte im Bereich des Recyclings, etwa die Forschungen über Altölbeseitigung oder die Verwendung von Altreifen.

Der Wegfall der Auftragsforschung des Ministeriums würde auch bedeuten, daß eine

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

ganze Reihe von Entwicklungsarbeiten für den österreichischen Leichtdieselmotor nicht möglich gewesen wären.

Im medizinischen Bereich würden eine Reihe von neuen Entwicklungen beträchtlich verzögert werden, wenn das Ministerium hier nicht mit Auftragsforschung helfend zur Seite stünde, etwa die Rheumaforschung, die Hirnforschung, Herz- und Kreislau fforschung.

Es würde bedeuten, daß wir uns nicht nur im nationalen Rahmen weitgehend einengen müßten, sondern auch auf internationaler Basis könnten wir verschiedene Projekte nicht durchführen, zum Beispiel auf dem Gebiet der Nutzung der Sonnenenergie das Forschungsprojekt mit Malta oder das Forschungsprojekt zur Nutzung der Solarenergie für Meerwasserentsalzung oder für solarbetriebene Kälteabsorptionsmaschinen, in Zusammenarbeit mit Indien die Entwicklung des Bioenergiekonverters, den Spanien schon übernommen hat, die internationale Kooperationsforschung zwischen Österreich und Saudi-Arabien auf dem sehr wichtigen Gebiet der Korrosionsforschung von Stahl- und Aluminiumlegierungen.

Oder auf einem ganz anderen Gebiet: Die Entwicklung gemeinsamer Datenbankprojekte im europäischen Verbund wäre unmöglich gewesen.

Mit Forschungsmitteln des Ministeriums wurde auch zum Beispiel die ganz wichtige Studie über Mikroelektronik und ihre sozialen Auswirkungen finanziert, weiters eine Reihe von sozialwissenschaftlich sehr wichtigen Vorhaben, die ich dann dem Herrn Abgeordneten Ettmayer noch ein wenig schildern möchte.

Die ganzen Projekte zur Medienforschung sind vom Ministerium direkt finanziert, weil wir hier Forschungslücken haben.

Und wenn der Herr Abgeordnete Dr. Neisser darauf hinweist, daß die Bundesländer in den letzten Jahren eine besonders starke Steigerung ihrer Forschungsmittel aufzuweisen haben, so darf ich darauf hinweisen, daß dies nicht zuletzt darauf zurückgeht, daß wir eine sehr systematische und organisierte Bundesländer-Bund-Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung, insbesondere der Rohstoff- und Energieforschung, etabliert haben. Das war ein Impuls durch dieses Programm, eine Multiplikatorwirkung, die nicht zustande gekommen wäre, wenn das Ministerium nicht eingegriffen hätte. Ich darf den Herrn Abgeordneten Dr. Neisser noch einmal darauf aufmerksam machen, daß auch diese Zusammen-

arbeit mit Mitteln der Auftragsforschung des Ministeriums finanziert wird.

Wir haben in unserer Auftragsforschung sehr genaue Schwerpunkte gesetzt. Es ist nicht so, daß wir kein Programm und keine Schwerpunktsetzung haben, sondern wir haben — und das weiß auch der Herr Abgeordnete Neisser sowie nahezu jeder hier im Hohen Haus — die Schwerpunkte Energie-, Rohstoffforschung einschließlich Recycling, Sozialwissenschaften, Geschichte der Arbeiterbewegung, Wissenschaftsgeschichte und eine ganze Reihe anderer Schwerpunkte gesetzt und sie auch gefördert.

Und nun, Herr Abgeordneter Dr. Ettmayer, was die sozialwissenschaftliche Forschung in Österreich betrifft, die Studie, die Sie heute vorgelegt haben und in der eine Auseinandersetzung zwischen den Soziologen und mir anläßlich einer Tagung als Vorwort gedruckt ist, in der ich sehr kritische Worte gegenüber den Soziologen gefunden habe, weil sie Kollegen von mir sind und ich mir daher diese Kritik gestatten darf. Ich habe selber sehr viele soziologische Arbeiten gemacht. Herr Abgeordneter Dr. Mock, Sie sind verwundert darüber. Ich habe mir erlauben können, hier sehr kritische Worte zu sagen, und sie sind auch zweifellos akzeptiert worden.

Aber die Studie selber ist etwas veraltet. Das liegt schon einige Jahre zurück. Sie ist jetzt erst herausgekommen. Aber die Studie ist deswegen veraltet, weil die Ergebnisse dieser Auftragsstudie wissenschaftlich nicht so einwandfrei waren, daß wir sie akzeptiert haben, sondern wir haben eine Überarbeitung verlangt. Das Material ist also nicht mehr jung.

Sie sagen: Keine Ergebnisse der Sozialforschung. Das ist nicht richtig. Wir haben eine ganze Reihe sehr wichtiger und interessanter Ergebnisse unserer Sozialforschung.

So zum Beispiel die Ergebnisse zur Altersforschung, die international so angesehen sind — das darf ich auch noch betonen —, daß die UNO-Konferenz für Altenfragen, die im nächsten oder übernächsten Jahr abgehalten werden wird, in Wien stattfinden soll. Weil die Altersforscher selber verlangt haben, dort eine Tagung abzuhalten, wo so viel auf diesem Gebiet gearbeitet wird.

Wir haben eine ganze Reihe von sehr wichtigen Ergebnissen zur Bildungsforschung. Wir haben Ungleichheitsstudien, die von großer Bedeutung sind, nicht nur für Österreich, sondern die auch im internationalen Konzert

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

angesehen sind. Wir haben arbeitswissenschaftliche Studien veranlaßt.

Und wenn Sie heute noch einmal den Gleitski anführen, Herr Abgeordneter Dr. Ettmayer: Das ist längst vorüber, da weiß jeder, wie wichtig diese Studie war. Die Interessenten an dieser Studie haben sich sehr energisch dagegen verwahrt, daß man überhaupt nur kritisiert hat, daß dieses Forschungsprojekt durchgeführt worden ist.

Ich könnte Ihnen noch eine Fülle von anderen wichtigen sozialwissenschaftlichen Forschungen anführen, unter anderem auch die Schriftenreihen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die auch erst von uns veranlaßt worden sind. Es ist nicht so, daß kein positives Ergebnis vorliegt. (Abg. Dr. Ettmayer: Frau Bundesminister! Sie haben es ja kritisiert!) Ja, das war damals, aber das hat den Soziologen gegolten, nicht allen Sozialwissenschaftlern.

Aber eines möchte ich allen Ernstes sagen, Herr Abgeordneter: Von „Anschaffen“ kann bei Forschungsaufträgen überhaupt keine Rede sein. Ganz im Gegenteil: Ich habe mich hier im Hohen Haus einige Male rechtfertigen müssen für die Ergebnisse von Forschungsaufträgen, weil sie dem Hohen Haus nicht genehm waren und mir auch nicht. Aber das ist die Freiheit des Forschers, die eben unter allen Umständen gewahrt wird. Ich bin jemand, der absolut dafür eintritt, daß man zwar einen Auftrag geben kann für ein bestimmtes Forschungsvorhaben, aber darauf, wie der Autor das macht, wie der Wissenschaftler arbeitet, was er arbeitet und insbesondere was die Ergebnisse sind, darf der, der die Auftragsforschung erteilt, keinerlei Einfluß nehmen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Ein weises Sprichwort sagt: Wer zahlt, schafft an!) Ja, das gilt vielleicht für Sie! Für mich gilt das nicht. Für diejenigen, die mit Forschungsfragen zu tun haben, kann und darf das nicht gelten. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Sie Glückliche!) Ich kann höchstens anschaffen, wenn ich es bezahle, worüber geforscht wird, aber doch nicht, welches Ergebnis sich daraus ableiten läßt. (Abg. Dr. Ettmayer: Aber die befragten Sozialwissenschaftler waren laut der internationalen Studie, die ich zitiert habe, zu 70 Prozent dieser Meinung!)

Ich kenne diese Befragung nicht, und Meinungsumfragen haben doch bekanntlich noch lange keinen Aussagewert für die Fakten. Es kann die Tatsache ganz anders sein als die Meinung, die die Betroffenen darüber haben. Nennen Sie mir einen einzigen Forscher, der

von uns einen Forschungsauftrag erhalten hat und der sagt, daß angeschafft worden ist, was herausgekommen ist. (Abg. Dr. Mock: Das traut er sich nicht!) Wenn Sie mir den nennen können, dann akzeptiere ich, daß die Freiheit keine totale ist. Aber bei der Forschung, die wir in Auftrag geben, ist die totale Freiheit des Forschers ein Grundsatz, der eisern eingehalten wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin, Herr Abgeordneter Dr. Ettmayer, nicht verantwortlich für die Qualität soziologischer Arbeiten, die andere machen. Wir werden uns alle gemeinsam bemühen, daß diese Kritik überflüssig wird.

Wenn Sie um die Ursachen der Verbesserung der Lage der österreichischen Forschung und der österreichischen Forschungspolitik fragen, dann ist das zweifellos so — ich sage das, auch wenn Sie wieder erklären werden, daß ich allzusehr auftrumpfe, und ich sage das sehr bewußt —: International und national anerkannt wird das Bemühen der die österreichische Forschungspolitik bestimmen den Kräfte um den Erfolg dieser Forschungspolitik. Konzeptiv geplant, umfassend, bemüht um Koordination und innovativ versuchen wir die Forschungsmittel optimal wirksam werden zu lassen, und zwar in einem demokratisch-pluralistischen Prozeß der Kooperation, der Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung immer wieder herbeiholt, um die Konzepte zu erarbeiten. Und da gibt es viele Möglichkeiten.

Neben den grundlegenden Arbeiten an einer neuen österreichischen Forschungskonzeption für die achtziger Jahre, die bereits angelaufen sind als eine parallele Maßnahme zum noch immer im Parlament in Arbeit befindlichen Forschungsorganisationsgesetz, gibt es eine ganze Reihe von Projektteams, die globale und sektorale Forschungskonzeptionen erarbeiten. Und ich darf dem Hohen Haus noch einmal sagen: Wir haben 90 solcher Projektteams in Arbeit gehabt. Sie finden die Liste rückwärts im Forschungsbericht, und wenn Sie dies durchsehen, werden Sie sehen, daß vieles von dem, was hier erarbeitet worden ist, laufend in der Form praktischer und organisatorischer Maßnahmen umgesetzt wurde. Und im übrigen: Alles, was die Projektteams erarbeitet haben, und das sind sehr wichtige Konzepte zum Teil, ist als Auftragsforschung finanziert worden.

Es ist eine gezielte Zusammenarbeit, und für sie ist die Voraussetzung geschaffen worden. Wir haben immer wieder versucht, Dialogplattformen zu suchen und zu finden, Kontakte mit den Partnern zu schaffen und

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Impulse für die Kooperation zu geben. Und wenn mit Recht darauf hingewiesen wird, welche Fortschritte die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und der Wirtschaft, zwischen außeruniversitären Organisationen und Universitäten, zwischen den Fonds und der Wirtschaft und den Universitäten, zwischen der Akademie der Wissenschaften und anderen Instituten gemacht hat, wenn darauf verwiesen wird, und wir haben erst jüngst wieder eine Studie unserer Nachwuchswissenschaftler präsentiert, auch in gemeinsamer Arbeit erarbeitet, dann darf ich doch in aller Bescheidenheit feststellen, daß das Ministerium immer wieder einen sehr starken Impuls gegeben hat und darauf beharrt hat, daß diese Zusammenarbeit aller am Forschungsgeschehen Beteiligten eine Voraussetzung für die Effizienz der Forschungswirkung ist.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Ettmayer zur Forschung in der verstaatlichten Industrie gesagt hat, daß zu wenig geforscht wird, daß nicht richtig geforscht wird, möchte ich nicht so ohne weiteres dieser Kritik beitreten. Ich möchte dazu sagen, daß die Materie der Industrieforschung ja nicht völlig offengelegt werden kann. Hier handelt es sich ja nicht um Forschungen, die allen zugänglich sind, sondern die für den betroffenen Betrieb gemacht werden. Ich würde mir eine solche Kritik nicht gestatten.

Ich möchte auch die Lage der verstaatlichten Industrie berücksichtigen. Sie wissen, daß Forschungsförderung in großem Maßstab in der Regel nur dann möglich ist, wenn die entsprechenden Mittel dafür eingesetzt werden können.

Von unserer Sicht aus möchte ich nur sagen, daß wir eine ausgezeichnete Kooperation mit der verstaatlichten Industrie auf vielen Gebieten haben, etwa mit der VOEST oder auch mit den Steyr-Werken. Ich weiß, daß eine ausgezeichnete Kooperation zwischen den verstaatlichten Betrieben und den verschiedenen Universitäten, zum Beispiel mit Leoben oder mit den technischen Universitäten, besteht.

Und wenn Sie sagen, daß die VEW in dieser kritischen Situation ist, weil sie im Finalbereich zu wenig geforscht hat, muß ich Ihnen widersprechen. Die VEW hat sehr viel geforscht, gerade auf dem Gebiet der Finalindustrie. Sie hat sich sogar erst vor kurzem ein eigenes neues großes Forschungslabor eingerichtet. Es gibt eben immer noch das Forschungsrisiko. Forschung gibt keine Garantie für echten Erfolg. Ich würde also diese Kritik für zu hart halten.

Der Herr Abgeordnete Neisser hat gefunden, daß wir keine Forschungsschwerpunkte setzen. Ich meine, daß wir sie richtig gesetzt haben, weil wir alle aktuellen Probleme mit eingeschlossen haben. Wir haben uns unter anderem schon sehr frühzeitig mit dem Problem der Innovation beschäftigt. Ich weise darauf hin, daß wir bereits vor einigen Jahren eine eigene Publikation zu den Fragen der Innovation vom Standpunkt der Forschung herausgegeben haben. (*Abg. Dr. Neisser: Papiere!*) Das Ministerium hat sie herausgegeben. (*Abg. Dr. Neisser: Papiere, Papiere!*)

Wir haben einiges dazu getan, um auch in der Öffentlichkeit bewußt zu machen, daß die Frage der Ankurbelung der Wirtschaft, der Impulse für die Wirtschaft, der Innovationstendenz sehr eng mit Forschung zusammenhängt, und zwar mit Grundlagen- und mit angewandter Forschung. Wir haben, glaube ich, zum Bewußtwerden dieses Grundsatzes einiges beigetragen. Wir haben diese Frage als einen der Forschungsschwerpunkte der nächsten Zeit festgesetzt, und es sind eine ganze Reihe von Aktivitäten beabsichtigt, die sich mit den Fragen der Innovation und der Innovationspolitik beschäftigt. Was nicht möglich sein wird, Herr Dr. Neisser, ist, daß wir durch Subvention, durch öffentliche Gelder die gesamte Produktüberleitung im Innovationsprozeß bestreiten können. (*Abg. Dr. Neisser: Es wurde nichts verlangt!*)

Der Kontakt mit den Banken ist notwendig. Wir haben auch bei diesem Kontakt mit den Banken vermittelt und wir haben ein System geschaffen, daß jenen Betrieben, die innovative Produktüberleitung brauchen, auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stehen, nicht als öffentliche Subventionsmittel. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und jetzt zum Abschluß, Herr Abgeordneter Dr. Ettmayer. Sie sagen, daß bei der Konferenz Wissenschaft und Technik für Entwicklung ein Maßnahmenpaket angekündigt worden ist, und Sie finden, daß nichts verwirklicht worden ist. Ganz im Gegenteil. Das ist einer der Schwerpunkte unserer Forschungspolitik. (*Abg. Dr. Ettmayer: Im Bericht ist das nicht gestanden!*) Ja, im Bericht steht sogar einiges darüber. Aber das sind jüngste Entwicklungen. Das, was wir vorbereiten, steht noch nicht im Bericht, weil man mit Recht sagen könnte: Das sind Ankündigungen, aber wo sind die Fakten? Ich will Ihnen die Fakten sagen.

Es ist eine Akademiekommision geschaffen worden, die die weitere Koordinierung aller Institutionen vorsieht, die sich mit den

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Fragen der Entwicklungsforschung beschäftigen, und daran bereits arbeitet.

Wir haben ein sehr konkretes Konzept und Projekt mit Malta — die Sonnenenergieforschung — und ein Sonnenenergieforschungszentrum bereits in Gang gesetzt, es wird dort adaptiert und im Sommer seine Arbeiten eröffnen. Das ist ein konkreter Schritt, wie wir ihn zugesagt haben.

Wir haben den Datenzugang für Entwicklungsländer für eine ganze Reihe von Datenbanken gesichert — das ist einer der Punkte, die wir angegeben haben —, unter anderem zum Internationalen Patentamt, ein für die Entwicklungsländer sehr wichtiger Zugang. Wir zahlen die Anfragen.

Wir sind mit der Universität für Bildungswissenschaften in Klagenfurt in Verhandlungen eingetreten, um dort ein pädagogisches Institut für Zwecke der Entwicklungsländer aufzumachen. Es bedarf einer eigenen Pädagogik, wenn man für Entwicklungsländer etwas tun will, und wir stehen in einer sehr konkreten Verhandlung über ein internationales Forschungszentrum für Rohstoffforschung, ein internationales Institut für Entwicklung natürlicher Hilfsquellen. Das ist mit internationalen Kräften in Vorbereitung.

Es ist also nicht nichts geschehen, sondern ganz im Gegenteil, es ist sehr viel geschehen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Ettmayer: Kommissionen sind geschaffen worden!)*

Herr Abgeordneter Dr. Ettmayer! Im Forschungsbereich zumindest sind eine Fülle von Kommissionen notwendig, das ist der Ausdruck der demokratisch-pluralistischen Zusammenarbeit, ehe man ein konkretes Projekt realisieren kann und will. Wir besprechen uns hier in Kommissionen mit all jenen, die davon etwas verstehen und die davon betroffen sind. Ohne eine gründliche Vorbereitung in Kommissionen — und darüber ist nicht zu lachen — beginnen wir kein größeres Projekt. Das sage ich hier vor dem Hohen Haus. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber was ich angeführt habe, sind ja nicht nur Kommissionen, sondern das sind auch konkrete Schritte, die schon getan wurden oder die in konkreter Verhandlung stehen.

Es ist uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, und damit möchte ich auch schon schließen, die Richtigkeit des Weges der österreichischen Forschungspolitik erst im vorigen Monat anlässlich der Verhandlungen und Beschlüsse der OECD-Wissenschaftsministerkonferenz in Paris bestätigt worden. In ihrer Deklaration hält die Ministerkonferenz fest,

daß es ein zentrales Anliegen künftiger Wirtschaftspolitik der OECD-Mitgliedstaaten sein muß, die Innovationspolitik zu verstärken, und daß diese auf einer adäquaten Forschungs- und Entwicklungspolitik aufbauen muß. Die OECD-Wissenschaftsministerkonferenz empfiehlt, Innovation als ein wesentliches Ziel innerhalb der wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Politik zu fördern, spezifisch den Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation entsprechende Priorität einzuräumen sowie die erforderlichen günstigen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Ergebnisse von Forschung und Entwicklung und Innovation unter offenen Märkten zu sichern und die Mittel- und Kleinbetriebe insbesondere zu berücksichtigen.

Als Probleme, denen eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden muß, nennt die OECD-Wissenschaftsministerkonferenz die Fragen der Energieforschung, der Rohstoffforschung, der Umweltforschung, was wir als Ökosystemforschung bezeichnen, als Schwerpunkte die Nahrungsmittelforschung, die Gesundheit und die Arbeitsplätze. Ihnen soll Priorität eingeräumt werden.

Genau das ist es, was unser Schwerpunktprogramm seit Jahren beinhaltet. Genau das ist es, was in der ganzen Welt als das angesehen wird, womit sich ein Forschungskonzept beschäftigen muß. Ich meine, daß dieser Bericht, der Ihnen diese Schwerpunkte vorlegt, neuerlich Zeugnis von der Vielfalt und von den Erfolgen unserer Forschung und unserer Forschungspolitik ablegt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Blenk. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP): Hohes Haus! Frau Bundesminister! Ich möchte meinen, daß es eine unbestrittene Tatsache ist, daß nichts auf dieser Welt ganz vollkommen und nichts ganz unvollkommen ist, daß es letztlich überall Schwarzes und Weißes, Positives und Negatives gibt. Und, Frau Bundesminister, wenn Sie genau hingehört haben, dann haben auch die Kollegen meiner Fraktion bei der Behandlung des heutigen Tagesordnungspunktes durchaus Punkte, die lobens- und befürwortenswert sind, positiv erwähnt. Und ich selbst werde in meinem Beitrag das tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich würde es begrüßen, Frau Bundesminister — und ich sage das hier an diesem Pult nicht zum erstenmal —, wenn diese Art einer

Dr. Blenk

gewissen Einsicht oder Großmut, oder wie immer Sie es nennen wollen, auch gelegentlich von seiten der Regierungsfraktion geübt würde. Denn wenn wir jetzt gehört haben, was Ihr Herr Kollege Wille und was Sie selbst gesagt haben, und wenn wir den Bericht, der uns vorliegt, lesen, dann sprechen zwar viele Fakten eine sehr kritische Sprache, aber was wir dazu mündlich hören, das ist eigentlich immer fugenlos und lückenlos positiv.

Ja, Frau Bundesminister, Sie haben die Forschungskonzeption erwähnt und haben gemeint, Sie haben damals quasi vom Punkte Null begonnen und haben die Gründerzeit der österreichischen Forschungspolitik zu bestreiten gehabt. Es stimmt insoweit, Frau Bundesminister, als im Jahre 1967, in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung, die gesetzliche Grundlage der ganzen Forschungsförderung gelegt wurde, als wir damals das Forschungsförderungsgesetz beschlossen haben, das alle jene heute nicht mehr wegzudenkenden Institutionen geschaffen hat, vom Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft über den Wissenschaftsforschungsförderungsfonds bis zum österreichischen Forschungsrat. Und Sie haben kurz nach Antritt Ihres Amtes eine Forschungskonzeption herausgegeben. Sie wissen auch — und ich habe das Vergnügen gehabt, diese Forschungskonzeption eigentlich von den ersten Schritten an mit zu begleiten —, daß wir hier an diesem Pult, kaum daß sie heraußen war, schon sagen mußten: Eigentlich war sie in wesentlichen Teilen schon im Zeitpunkt der Vorlage überholt.

Frau Bundesminister! Es ist kein Geheimnis, daß die darin zum Ausdruck gebrachten Forschungsziele bis heute in ganz wesentlichen Punkten auch nicht annähernd erreicht wurden. Und ich höre, daß Sie seit etwa einem Jahr nun mit einem Projektteam dabei sind, dieses Forschungskonzept neu zu erarbeiten. Bis heute haben wir noch nichts gesehen. Es wäre interessant zu wissen, woran nun diese ganzen Beratungen und Arbeiten gescheitert sind. Ganz offenbar ist es also doch nicht so einfach und klar, wie Sie es dartun.

Und, Frau Bundesminister, ich möchte einleitend nur eine Zahl erwähnen, die halt Ihre sehr helle Darstellung der ganzen Forschungspolitik der Regierung doch wesentlich in Zweifel setzt. In dem dem Forschungsbericht angeschlossenen Bericht des Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft ist etwa die wenig erfreuliche Tatsache zahlenmäßig dokumentiert, daß zum Beispiel der Anteil der Forschungsförderungsmittel am Gesamtbudget vom Jahre

1972 bis heute mit einer einzigen Unterbrechung ständig gesunken ist.

Frau Bundesminister! Das sind Dinge, die gerade im Hinblick auf die heute mehrfach erwähnte und von mir noch zu behandelnde Problematik der Notwendigkeit der wirtschaftsbezogenen Forschung alles eher als erfreulich sind.

Herr Kollege Wille hat beklagt, daß man sich heute, wo es um so gigantische Probleme in der Welt und in der Welt der Forschung insbesondere geht, mit so Kleinigkeiten wie Kritik an einzelnen Passagen dieses Berichtes befasse.

Ich gebe ihm zu einem recht. Ich selbst habe die Auszeichnung, daß ich im Laufe der letzten Monate mehrfach an internationalen Veranstaltungen, Organisationen und Kongressen zum Forschungsthema teilgenommen habe. Dort wird nur mehr diskutiert in Termen, die eigentlich hier im Forschungsförderungsbericht, Frau Bundesminister, gar nicht wiedergegeben werden können. Man spricht zum Beispiel von der „Tertiärisierung des Produktionsprozesses“ und meint damit, daß eigentlich die ganze Produktion, also der sogenannte sekundäre Sektor, wie er bisher genannt wurde, mehr und mehr zu einem reinen Dienstleistungssektor wird und wurde.

Man spricht darüber, daß etwa die ganze gigantische revolutionäre Entwicklung im Bereiche der Minielektronik, also der Mikroprozessoren, nicht mehr primär eine technische, ja nicht mehr primär eine wirtschaftliche ist, sondern daß das eine nicht absehbare kulturelle und soziale Konsequenz und ein neues Weltbild ergebe.

Und ich habe erst vor kurzem den Präsidenten der japanischen Robotererzeugungsvereinigung anlässlich eines Europaratshearings gehört. Und wenn wir dort hören, was sich tut, meine Damen und Herren, dann möchte ich mit Ihnen und mit Herrn Kollegen Wille sagen: Natürlich sind das Entwicklungen, denen wir im Rahmen dieser Debatte nur ganz am Rande Tribut leisten können. Wenn wir etwa hören, daß bereits Ende 1979 — und das Problem Japan schwebt ja über allen wirtschaftspolitischen und natürlich forschungspolitischen Diskussionen — 57 000 Roboter-einheiten in der japanischen Industrie stehen, daß im Jahre 1985 diese Zahl vervierfacht, im Jahre 1990 verzweifelt wird und daß man dort nicht mehr von der Relation Mensch—Maschine, sondern nur mehr von der Relation Mensch—Roboter spricht, fast auf gleicher Ebene.

Dr. Blenk

Das sind alles Dinge, meine Damen und Herren, die wir hier nicht behandeln können.

Ich meine aber, dieser Forschungsbericht und diese Forschungskonzeption, die wir heute zu diskutieren haben, haben trotzdem für uns insoweit wesentliche Bedeutung, als wir daran das Bemühen und auch die Erfolge der österreichischen Forschungspolitik, der Forschungsförderungspolitik messen können.

Und nun, Frau Bundesminister, wenn Sie immer wieder darauf verweisen, was sogar rechnerisch nachweisbar ist, daß Sie 1,45 Prozent des Bruttonationalproduktes für Forschung und Entwicklung ausgeben, dann möchte ich sagen: Ja dann müßte man das halt doch etwas im Lichte der Berechnungstechniken auch sehen. Ich weiß schon, daß man sich international hier weitgehend geeinigt hat im Rahmen des Frascati-Handbuchs.

Aber wenn ich etwa sehe, daß zum Beispiel bei der Berechnung der Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung — ich zitiere einige Einzelheiten — 30 Prozent des Brennstoffverbrauches des Wissenschaftsministeriums, 30 Prozent der Raummieten, der Desinfektionsmittel, des Kfz-Treibstoffes, der Aufwendungen für Putzfrauen — aber so geht das durch alle Ministerien durch — als Forschungsaufwendungen ausgewiesen werden, wenn ich etwa weiter aus dem Bericht entnehme, daß meinetwegen die viele, viele -zig Millionen betragenden Investitionsdarlehen des Bautenministeriums zu 100 Prozent als Forschungsmittel ausgewiesen werden, dann muß ich mich füglich fragen, ob dieses ganze, wenn auch formal gedeckte Spiel mit Zahlen denn doch tatsächlich die Fakten wiedergibt.

Ich möchte aber darauf aus Zeitgründen nicht im einzelnen eingehen.

Ich möchte mich vielmehr in Kürze mit zwei Themen befassen, Frau Bundesminister, die ich bereits angekündigt habe: In einem werde ich sie sehr positiv akzentuieren können, und ich tue das deswegen gerne, weil ich — siehe Einleitung — der Meinung bin, man soll allen Aspekten zum Recht verhelfen.

Herr Kollege Wille hat gemeint, die Kernenergie — und ich möchte mich mit der Energieforschung befassen — sei ein Problem, das der wissenschaftlichen Betrachtung bedürfe.

Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst anerkennend hervorheben, daß der Bericht und, wie ich weiß, auch die tatsächlichen Fakten etwa im Bereich der Energieforschung ein breites Spektrum von Aktivitäten abdecken und daß hier besonders in dem sehr

wesentlichen Bereich der Alternativenenergien, der regenerativen, also erneuerbaren Energien Wesentliches geschehen ist, sei es im Bereich der schon erwähnten Sonnenenergie, Windenergie, Geothermik, Energie aus Biomasse und so weiter. Ich stehe auch nicht an, Frau Bundesminister, gerne zu sagen, daß etwa international dieses österreichische 10-KW-Solarkraftwerk für Entwicklungsländer wirklich positive Anerkennung gefunden hat.

Ich finde es auch sehr positiv, daß neben den intensiven Erforschungen dieser Alternativenenergien sehr breiter Raum dem Studium und der Erforschung der Energieeinsparung eingeräumt wurde.

Ich sage das deswegen besonders gerne, weil ich selbst zu jenen gehöre, die seit langem auch in den mir zugefallenen internationalen Funktionen immer wieder die Meinung vertreten, daß die Energiepolitik der Zukunft nicht primär — ich meine, sicherlich auch, aber nicht primär — von der Angebotsseite, sondern von der Nachfrageseite her in den Griff genommen werden müßte, während die bisherigen energiepolitischen Prognosen sich leider im wesentlichen immer auf eine Analyse der Angebotsseite beschränken, wobei diese Angebotsseite meistens eher starr progressiv prognostiziert wird.

Aber hier möchte ich dem Kollegen Wille zu seiner Kernenergieproblematik und auch dem Hohen Hause kurz etwas berichten, was sich in letzter Zeit in der Bundesrepublik Deutschland zum gesamten Energieproblem getan hat. Ich glaube, daß es auch für uns interessant ist zu hören, zu welchem Ergebnis eine vom Deutschen Bundestag Ende 1979 eingesetzte sogenannte Enquetekommission über zukünftige Kernenergiepolitik in der Bundesrepublik kam.

In einer mehr als einjährigen intensiven Arbeit hat diese Enquetekommission, der neben sieben Abgeordneten aller Fraktionen auch acht hochkarätige wissenschaftliche Kapazitäten angehörten, sich mit den Kriterien für die Bewertung von Energiesystemen und dem sich daraus ergebenden politischen Handlungspostulat und den Handlungsempfehlungen auseinandergesetzt. Und das wesentlich Neue an der Arbeit und an der Methode dieser Kommission war dabei, daß sie jenseits jener — auch bei uns — gängigen emotional geführten Tagesdiskussionen mit systemanalytischen Methoden der Modellbildung verschiedene Wege der Entwicklung von Energiebedarf und Energieversorgung untersucht hat, und das an Hand von vier Modellen, von vier als Pfade bezeichneten Model-

7088

Nationalrat XV. GP — 71. Sitzung — 9. April 1981

Dr. Blenk

len, die einander gegenübergestellt wurden und verschiedene Analysen ergeben haben.

Diese einzelnen Pfade gehen dabei von unterschiedlichen Wert- und Zielvorstellungen aus, von unterschiedlichen Einschätzungen etwa des Wirtschaftswachstums, des Strukturwandels der Wirtschaft, des Einsatzes der Kernenergie, des Ausmaßes des Energiesparens und des Einsatzes vor allem auch der erneuerbaren, nichtnuklearen Energieträger.

Dabei ergibt sich von einer Randkonzeption, wenn ich das so sage, zur anderen etwas sehr Interessantes. Die erste Modelluntersuchung geht von der weitgehenden Vermeidung von starken Energieeinsparungen und vom enorm hohen Zuwachs bei Kernkraftwerken aus.

Die andere, die letzte Variante hingegen sieht eine enorm verbesserte Nutzung der Energie vor, also eine breite Einsparnotwendigkeit und den Verzicht auf die Kernenergie bei vorrangigem Einsatz alternativer Energiequellen. Oder anders gesagt, die Modelle gehen von der praktisch reinen Betrachtung der Angebotsseite bis zur fast ausschließlichen Betrachtung der Nachfrageseite unter Berücksichtigung alternativer Energiequellen.

Das Überraschende an dieser jetzt vor einiger Zeit vorgelegten Studie, die 600 Seiten umfaßt, ist folgendes: Das Gesamtbild der Betrachtungen macht deutlich, daß unter bestimmten Bedingungen ein Weg ohne Kernenergie durchaus denkbar, politisch und sachlich denkbar und möglich ist. Die Bedingungen dafür sind, daß der Energiebedarf — trotz angenommenen wachsenden Energiedienstleistungsbedarfes — nicht mehr ansteigt, was auf der anderen Seite nur bei sehr starken Energieeinsparungen, bei sehr massiven — und das ist entscheidend — Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen in alternative Energieträger und bei starkem Strukturwandel möglich ist. Strukturwandel insofern, daß man weitgehend von einer Stagnation der Grundindustrien und einem starken Zunehmen der Dienstleistungsbereiche ausgeht.

Für alle Konzeptvarianten — ich wiederhole es — gilt jedoch eine starke Forcierung der Investitionen in die Erforschung nicht-nuklearer Alternativen, die entscheidend weiterentwickelt werden müßten.

Im übrigen ist interessant, daß dieser deutsche Bundestagsbericht weitgehend auf der Linie eines kürzlich herausgekommenen Energiereports der Harvard-Business-School

in den Vereinigten Staaten liegt, dessen Verfasser ebenfalls zur Grundthese kommt, daß der Angelpunkt der künftigen Entwicklung sein müßte, daß der Energieeinsparung und der Sonnenenergie eine faire Chance — das Wort kehrt übrigens auch im deutschen Bundestagsbericht immer wieder — eingeräumt werden muß, um sich so auf dem Markt von der Abhängigkeit von Öl und von anderen herkömmlichen Energiequellen praktisch loszulösen.

Ich meine, Hohes Haus und Frau Bundesminister, daß diese Berichte auch für uns wert sind, studiert zu werden, und ich sage das eben im Zusammenhang mit der von mir begrüßten Forcierung der Forschung im Bereich der nichtnuklearen, im Bereich der regenerativen, also der erneuerbaren Energien.

Ein zweites zum Thema: Innovation in Klein- und Mittelbetrieben. Frau Bundesminister, Sie haben an sich in Ihrer Darstellung, in Ihrer Wortmeldung die Bedeutung dieses Bereiches bereits unterstrichen. Primär auch unter dem Eindruck der letzten internationalen Tagung, an der wir gemeinsam auch teilnehmen konnten, bei der OECD-Tagung.

Ich meine, daß die Frage der Innovation vor allem im Bereiche des Mittelstandes, vor allem im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe einer wesentlich kompakteren Behandlung und Betrachtung bedarf, wobei ich unter Innovation die Anwendung, also die Umsetzung technologischer Erkenntnisse in den jeweiligen betrieblichen Gegebenheiten unter Berücksichtigung der technischen, der finanziellen, der arbeitsmäßigen Voraussetzungen der einzelnen Betriebe verstehe. Diese Erkenntnisse werden zum Teil von außen, zum Teil innerbetrieblich erarbeitet.

Für beide aber gilt — und darauf möchte ich jetzt besonders hinweisen —, daß natürlich die Frage überhaupt der Forcierung und der Möglichkeit der Innovation von den Anreizen und von den Förderungen der öffentlichen Hand entscheidend abhängt.

Dabei, meine ich, ist davon auszugehen — und das ist für die Politik etwa der Regierung entscheidend —, daß solche Prozesse ja immer langfristig angelegt sind. Das hat auch das staatliche Förderungskonzept zu berücksichtigen.

Frau Bundesminister, ich werde abschließend beim Forschungsförderungsfonds und seiner Betrachtung dazu einige sehr kritische Bemerkungen machen. Es geht darum — und hier geht es nicht so sehr um den absoluten

Dr. Blenk

Umfang der Mittel, so meine ich —, daß man die Kreativität, die Dynamik, die Bereitschaft der Unternehmer zu Innovation, zu diesen sehr risikoreichen, zu diesen oft sehr langfristig erst ertragswirksamen Investitionen durch ein entsprechendes Innovationsklima fördert, ja diese Bereitschaft erst schafft. Es geht also darum, daß der einzelne Unternehmer berechenbare und kontinuierliche Voraussetzungen vor sich hat, daß man also die notwendigen Innovationsanreize aus einem Gesamtwirtschaftsklima heraus schafft.

Und ich meine, das ist nicht nur die Voraussetzung für die zusätzliche Aktivierung so vieler noch brachliegender Energien und Kreativitäten, sondern es ist auch für die Zukunft, glaube ich, der gesamten Wirtschaft und auch der Forschungspolitik bei uns entscheidend.

Ich möchte hier unterstreichen, Frau Bundesminister, es ist nicht nur der absolute Wert, sondern es ist die Gesamtheit der Voraussetzungen, es ist nicht das Punktueller, die Einzelförderungsmaßnahme, sondern es ist die Notwendigkeit der Schaffung eines abgestimmten Bündels von Maßnahmen, weil selektive Maßnahmen sehr oft auch zufällig wirken — oder auch nicht.

Es geht also hier um die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen im Bereiche der Steuer- und Fiskalpolitik über beschäftigungspolitische, außenhandels- und schließlich auch wechsellkurspolitische Probleme bis natürlich auch zur Frage der mittelbaren Förderungsinstrumente.

Und ich meine, daß etwas mehr in Richtung auf Stabilität und Kontinuität gemacht werden muß. Denn das Vertrauen in die Politik der Regierung, das Vertrauen in die Kontinuität, in die Beständigkeit der Maßnahmen und des gesamten Klimas ist nirgends so sehr notwendig wie im Bereich der technologischen Neuerungen aus den Gründen des damit verbundenen hohen Risikos, der langfristig erst absehbaren Rentabilität.

Frau Bundesminister, hier habe ich mir das Heft des Forschungsförderungsfonds vorgenommen, und darin sehe ich halt doch einige sehr kritische Anmerkungen, die auf die bisherige Förderungspolitik, innovatorische Förderungspolitik der Regierung ein eher betrübliches Bild werfen. Ich schaue mir hier die Seiten 32/33 dieses Förderungsberichtes an und stelle fest:

Erstens: Seit Jahren wird hier von der Regierungsfraktion immer wieder gesagt, jawohl, wirtschaftsbezogene Forschung ist notwendig, aber die Wirtschaft tut zu wenig,

die Wirtschaft müßte mehr tun, der Staat tut immer viel mehr in seinen Zuwachsraten. In Ihrer Forschungskonzeption, Frau Bundesminister, verlangen Sie, daß im Bereiche der wirtschaftsbezogenen Forschung als Zielvorstellung Staat und Wirtschaft einander 50 : 50 gegenüberstehen sollten.

Wie sieht es tatsächlich aus? Ich berichte hier: 1971 bis 1979 haben die Leistungen der Wirtschaft im Forschungs- und Entwicklungsbereich um 254, die der öffentlichen Hand um 234 Prozent zugenommen. An sich noch nicht so dramatisch, jedenfalls ist die Wirtschaft Jahr für Jahr in der Zunahme darüber.

Aber nun kommt das, ich glaube, Unvertretbare, Frau Bundesminister. Das geht so sprunghaft vor sich, diese Entwicklung im Bereich der staatlichen Förderung, so unangepaßt und so mangelnd jeder Kontinuität, Stabilität und damit auch jeder Vertrauensbasis, daß ich wirklich bitten möchte, daß Sie diese Frage einer grundlegenden Neukonzeption unterziehen.

Beispiel: Im Jahr 1971 hat etwa die staatliche Förderung für den gewerblichen Forschungsförderungsfonds um 58 — ich zitiere jetzt bis 1979 —, dann um 34 Prozent, dann um 14, dann um 20, dann um 19, dann um 8, dann um minus 5, dann um 28, dann um 12 Prozent zugenommen. Frau Bundesminister, mit solchen Dotierungen, die ganz offensichtlich jeweils aus einem Gerangel um Millionen, oder ich weiß nicht, aus was, entstanden sind, kann man keine langfristige Innovationspolitik betreiben und kann man vor allem kein Klima schaffen, das hier entsprechendes Vertrauen schafft, das Anreiz schafft.

Ganz anders die Wirtschaft selbst: Die Wirtschaft selbst liegt immer so um 15 bis 20 Prozent, aber nur am Rande, der absolute Wert ist nicht 50 : 50, sondern die staatliche Förderung lag 1979 bei 354 Millionen und die Ausgaben der gewerblichen Wirtschaft bei 6 300 Millionen.

Also Sie sehen, daß sich hier Dinge tun, die tatsächlich einer neuen Durchdenkung und einer neuen Maßnahme bedürfen. Abgesehen davon, daß die anderen Bereiche der öffentlichen Förderung, wenn ich etwa die ganze Förderung des technischen Versuchswesens ansehe, auch nominell seit zehn Jahren stagnieren. Wir haben im Jahre 1971 6 Millionen gehabt und haben heute 8 Millionen.

Frau Bundesminister! Ich glaube daher, daß diese Frage der Innovationspolitik, der Mobilisierung, der Kreativität, des Schöpfungs-

7090

Nationalrat XV. GP — 71. Sitzung — 9. April 1981

Dr. Blenk

und des Risikoreichtums gerade der Klein- und Mittelbetriebe seitens Ihres Ministeriums, seitens der Dotierung durch die öffentliche Hand bisher einen eher negativen Aspekt aufzuweisen hat.

Ich meine, wenn ich mir die ganzen Verhandlungen um das Forschungsorganisationsgesetz ansehe, Frau Bundesminister, daß auch hier der wesentlichste Teil für die Schaffung eines neuen, guten und förderlichen Investitions- und Innovationsklimas, nämlich die ganze Frage der notwendigen steuerlichen Begleitmaßnahmen, fehlt.

Abschließend, Frau Bundesminister, würde ich Sie einladen und auffordern, alles zu tun, um als künftiges Kernstück Ihrer ganzen Forschungspolitik und Forschungsförderung jenes Klima mit allen Mitteln zu schaffen, das wir für die Innovationsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft, speziell für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Überleben brauchen. — Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Nowotny. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist sicherlich erfreulich, daß über den vorliegenden Bericht hinaus heute die Gelegenheit gegeben ist, eine forschungspolitische Diskussion zu führen, und es ist auch erfreulich, daß sich dabei doch auch gezeigt hat, daß Fragen der Forschungs- und Technologiepolitik heute allgemein als zentrale Fragen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gesehen werden und daß in diesem Bereich politische Schwerpunkte zu setzen sind.

Wobei das sicherlich — auch das muß hier gesagt werden — gerade auch ein Verdienst der Tätigkeit des Wissenschaftsministeriums und speziell auch der Frau Wissenschaftsminister ist, die nun seit über zehn Jahren systematisch an einer stärkeren Verankerung eines Forschungsbewußtseins in Österreich arbeitet. Das hat seinen Niederschlag gefunden in einem kontinuierlich ansteigenden Niveau der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Österreich, in der Ausarbeitung einer ersten Forschungskonzeption, der jetzt eine zweite, die in Vorbereitung ist, folgt, und einer Reihe von anderen Maßnahmen, die wir ja gerade in den Berichten hier sehen.

Dabei möchte ich gerade im Gegensatz zu meinem Vorredner die Bedeutung der Kontinuität betonen, die es gerade hier in diesem Wissenschaftsbereich gegeben hat. Sie müssen sich ja nur ansehen die Entwicklung etwa

in anderen Staaten; es hat die Frau Minister die Entwicklung in Amerika angeführt. Sie brauchen sich die Entwicklung nur in Deutschland anzusehen, wo wir eben die eine Tendenz hatten, daß zunächst einmal große Forschungsprojekte hochgepusht wurden, dann aber wieder einen radikalen Rückgang gehabt haben beziehungsweise zum Teil sogar Projekte und Forschungsstätten aufgelassen werden mußten, wenn Sie nur an Hamburg, an das Großreaktorprojekt denken oder in Starnberg und so weiter.

Ich glaube, wenn sich Herr Abgeordneter Neisser ein bißchen auch angesehen hätte die internationale Entwicklung, so hätte sein Urteil über die österreichische Forschungspolitik doch sehr viel anders ausfallen müssen, als er es hier getroffen hat.

Dagegen ist es ja, würde ich sagen, geradezu eigenartig und pikant, wenn man am Tage dieser Forschungsdiskussion in den Zeitungen den Vorschlag des Abgeordneten Neisser findet, einfach sämtliche Auftragsforschungen des Bundesministeriums zu streichen, sozusagen nach dem Motto: Ich bin dafür, alles abzuschaffen; was ja wirklich eine sehr eigenartige Art einer Schwerpunktbildung darstellt. Ich hätte an sich gerade vom Abgeordneten Neisser hier eine eher differenziertere Sicht erwartet, als er sie hier gezeigt hat.

Gott sei Dank, kann man nur sagen, sind wir in Österreich nicht den Weg gegangen, den hier Neisser vorschlägt: Wir hatten in Österreich eine kontinuierliche Entwicklung in der Wissenschaftspolitik, die ja auch eine Reihe großer Erfolge gezeitigt hat.

Es ist dies hier auch schon von seiten der Frau Minister zum Teil angeführt worden, ich darf aber etwa auch verweisen auf einen Artikel von Professor Paschke vor einiger Zeit in der „Presse“, wo er gezeigt hat, was alles in Österreich im Bereich der naturwissenschaftlichen Forschung geschieht und mit welchem hohen Niveau das geschieht.

Ich darf weiters darauf verweisen, daß auch im Bereich der Sozialwissenschaften bei allen Problemen, die hier heute angeschnitten wurden, es uns doch per saldo gelungen ist, Anschluß an das internationale Niveau der wissenschaftlichen Entwicklung zu finden, wobei ja gerade hier besonders große Rückstände aufzuholen waren nach jahrelanger Vernachlässigung durch konservative Unterrichtsministerien.

Diese Kontinuität in der Wissenschaftspolitik hat sich ja auch niedergeschlagen in einer

Dr. Nowotny

ganzen Reihe von wirtschaftlichen Erfolgen, wenn ich hier nur etwa an die Entwicklung des Dieselmotors erinnern darf.

Nun ist es sicherlich so, daß die Forschungspolitik unbestreitbare Erfolge aufzuweisen hat, gleichzeitig gibt es kaum einen Bereich wie die Forschungspolitik, wo eben so rasche Entwicklungen und so rasche Anforderungen an die Politik gestellt werden wie eben hier. Wobei die wesentliche Herausforderung, vor der wir aus meiner Sicht in Österreich derzeit stehen, die ist, daß sich die Forschungs- und Technologiepolitik immer stärker zu einem Schlüsselbereich in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik entwickelt. Es ist das heute eine Schlüsselstellung für unser künftiges Wirtschaftswachstum, für die künftige Entwicklung unserer Zahlungsbilanz und natürlich auch für die künftige Entwicklung in unserer Beschäftigung.

Forschung und Entwicklung, technischer Fortschritt sind eben heute nicht mehr als etwas quasi Autonomes zu sehen, sondern als etwas, was aktives Eingreifen der Regierung erfordert und was ja alle Staaten heute tun.

Für Österreich wirft das zweifellos eine ganze Reihe von Fragen auf, denen wir uns laufend stellen müssen. Eine davon ist die Frage nach dem Verhältnis Grundlagenforschung zu angewandter Forschung. Es ist zweifellos richtig — wie hier auch schon ausgeführt wurde —, daß die Grundlagenforschung den Humus der Wissenschaft darstellt, aber es ist für einen kleinen Staat sicherlich auch unmöglich, alle Bereiche der Grundlagenforschung in gleichem Maße zu betreiben, sodaß hier sicherlich gewisse Schwerpunktsetzungen für speziell interessante Forschungsbereiche notwendig sind.

Der Schwerpunkt der künftigen Bemühungen in Österreich wird zweifellos im Bereich der angewandten Forschung zu sehen sein, der ja auch deshalb besonders interessant ist, weil es sich eben hier um die Nahtstelle handelt zwischen dem Wissenschaftsbereich einerseits und dem Wirtschaftsbereich andererseits. Das zentrale Problem der Technologiepolitik in Österreich liegt zweifellos darin, die Übergänge zu gestalten von der Grundlagenforschung dann zur angewandten Forschung, von dort zur Entwicklung und von dort dann schließlich in den Bereich der industriellen Produkten.

Das hat nun eine Vielzahl von Aspekten, die ich hier nur ganz kurz im einzelnen andeuten will, etwa einen personellen Aspekt. Es ist zweifellos so, daß Österreich eine Reihe von exzellenten Forscherpersönlichkeiten auf-

weist, die Frage jedoch eben ist, ob dieses Potential auch wirklich immer optimal eingesetzt ist, insbesondere ob der Strom zwischen Universitäten und Wirtschaft auch wirklich immer optimal funktioniert. Ich glaube, es ist hier sehr interessant zu sehen, daß gerade von seiten des Wissenschaftsministeriums hier eine ganze Reihe interessanter Initiativen gekommen sind, um hier eine stärkere Verknüpfung hervorzurufen.

Und schließlich gibt es sicherlich gerade in der Frage der Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Wirtschaftsbereich finanzielle Aspekte. Wobei es zweifellos so ist, daß Forschung und Entwicklung letztlich ja einen unerschöpflichen Geldbedarf haben und manchmal geradezu der Eindruck erweckt wird, ein Wissenschaftler, der sozusagen nicht den Wunsch nach mehr Geld hat, wäre gar kein guter Wissenschaftler.

Auf jeden Fall, glaube ich, heißt es für die staatliche Politik, daß es sicherlich notwendig ist, ausreichende Dotierung vorzusehen, daß es aber andererseits naiv und letztlich auch unrealistisch wäre, sich einfach immer nur auf die Forderung nach mehr Geld zu beschränken.

Darüber hinaus ist auch festzuhalten, daß gerade für diesen besonders kostenintensiven Bereich der Entwicklung und der Fertigungsüberleitung in unser Wirtschaftssystem eben primär der Unternehmensektor und nur subsidiär der Sektor der öffentlichen Hand zuständig ist. Und hier würde ich etwa auch mit dem Kollegen Frischenschlager in dieser Richtung durchaus übereinstimmen, daß es gefährlich wäre, hier eine Mentalität heranzuzüchten oder auch zu unterstützen, die jede Forschungstätigkeit, jede Entwicklungstätigkeit dann nur mehr von staatlicher Unterstützung abhängig macht. Umso mehr, als ja eben gerade Investitionen im Forschungsbereich zu den ertragbringendsten Investitionen gehören, die ein Unternehmer überhaupt machen kann, wie es etwa gerade der Präsident Widtmann vom Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft dargestellt hat.

Ich glaube also, daß man klar sehen muß, daß Forschung und Entwicklung einen Kernbereich für eine künftige Wirtschaftspolitik darstellen und damit auch für die Frage des Konzeptes einer Wirtschaftsförderung insgesamt.

Man muß sich dann noch, glaube ich, im klaren darüber sein, daß ein Vorrang für Wissenschaft und Forschung im Rahmen der Wirtschaftsförderung natürlich auch Nach-

Dr. Nowotny

rang für andere Bereiche bedeutet. Wir haben das in unserem neuen Wirtschaftsprogramm angedeutet, und ich glaube, gerade in dieser Frage, wo Vorrang und damit aber auch Nachrang anzusetzen ist, wird ein entscheidender Punkt sein, wo auch die ÖVP klar ihre Karten auf den Tisch legen muß. Das scheint mir letzten Endes auch ein viel wichtigerer Bereich zu sein als die doch etwas vordergründige Diskussion über die Frage direkte oder indirekte Förderung. *(Abg. Graf: Das sehen wir halt etwas anders, wenn Sie gestatten!)*

Aber da sind Sie, muß ich Ihnen sagen, Herr Präsident Graf, halt sehr isoliert. Es hat eine große internationale Diskussion über die Frage gegeben, was nun vorzuziehen ist: direkte oder indirekte Förderung. Es hat sich halt gezeigt, daß beides Vorteile und Nachteile hat. *(Abg. Graf: Es hat sich halt gezeigt, wir sind anderer Auffassung, aber das macht ja weiter nichts!)* Nein, das macht gar nichts. Es sei Ihnen völlig zugestanden, eine andere Auffassung zu haben. Nur glaube ich, mir ist zugestanden zu zeigen, daß Sie mit Ihrer anderen Auffassung sehr im Gegensatz stehen zu der internationalen Entwicklung auf diesem Gebiet, weil das eben nicht mehr als eine ideologische Frage gilt, sondern als eine Frage, die nach den praktischen Notwendigkeiten der Wirtschaftspolitik gesehen ist. *(Abg. Graf: Wie viel Gegengutachten soll ich Ihnen bringen? Wie viel wollen Sie haben?)*

Dafür gibt es keine Gegengutachten, sondern hier ist schon ein Bereich, wo wir doch weitgehende Einigung haben. Ich würde Ihnen empfehlen, sich etwa in dieser Frage mit Professor Paschke zu unterhalten, der, glaube ich, doch auch in Ihren Kreisen für diese Fragen eine gewisse größere Kompetenz haben sollte als vielleicht manche andere, die hier auftreten.

Ich glaube daher, es ist ganz wichtig zu sehen, daß es völlig verfehlt ist — so wie es auch der Herr Neisser heute gemacht hat —, das als eine ideologische Frage aufzubauen. Das ist eine Frage, die völlig fern von ideologischen Überlegungen nach den jeweiligen Sachverhältnissen zu sehen ist, wobei ja auch seitens der Sozialistischen Partei durchaus Bereitschaft besteht, beide Wege zu beschreiten. Wir sehen, daß es sicherlich Vorteile gibt im Bereich der indirekten — also steuerlichen — Förderung, etwa gerade in der Möglichkeit gegenüber kleineren und mittleren Unternehmen.

Wir sind hier durchaus bereit, viele Wege gemeinsam zu gehen, und haben ja auch etwa

über die Möglichkeiten der vorzeitigen Abschreibung hinaus, über die Möglichkeiten der Forschungsförderung im letzten Abgabenänderungsgesetz zusätzlich indirekte — also steuerliche — Möglichkeiten der Forschungsförderung geschaffen. Aber wir sehen auch, daß es daneben natürlich auch die Notwendigkeit gibt einer direkten Förderung. Und gerade der Bereich der großen Forschungsförderungsfonds ist ein Beispiel einer direkten ausgabenseitigen Förderung ... *(Abg. Graf: Sowohl als auch! Aber nicht: entweder oder!)*

Sehen Sie, da treffen wir uns schon. *(Abg. Graf: Das wird sich erst herausstellen!)* Im Prinzip treffen wir uns auf diesem Prinzip auf jeden Fall. Was es im konkreten dann bedeutet, das muß man sicherlich diskutieren, wobei gerade in Kürze ein Testfall kommen wird. Wir haben ja jetzt mit Minister Salcher bei der letzten Wirtschaftskonferenz, wo Sie ja dabei waren, Herr Präsident, ein Papier präsentiert, wo neue Möglichkeiten der Förderungsüberleitung gezeigt werden. Es herrscht, glaube ich, allgemeine Übereinstimmung, daß gerade diese Frage der Förderungsüberleitung, das heißt also der Überleitung von der Entwicklungsstufe in die Produktionsstufe, einen der wichtigsten und natürlich auch eine der kostspieligsten Bereiche ist, die es in der Forschungsförderung gibt.

Es hat — soweit ich das sehe — dieser Vorschlag auch weitgehende Zustimmung oder zumindest keine Ablehnung gefunden. Inzwischen gibt es gewisse Stimmen, die im Bereich der Finanzierung über eine Offener-Markt-Politik via Investkredit hier Einwendungen gemacht haben. Aber ich glaube, es ist sehr wichtig zu zeigen, daß es gerade hier darum geht, ein Projekt zu verwirklichen, das größte, unmittelbare und positive Wirkung für die Forschungsaktivitäten in Österreich bringen kann und wo es sehr gefährlich wäre, ein solches Projekt aus engen dogmatischen Überlegungen abzulehnen.

Aber ich möchte betonen, daß ich sehr zuversichtlich bin, daß gerade in dieser wichtigen Frage Übereinstimmung zwischen den Wirtschaftspartnern erzielt wird und eine Lösung gefunden werden kann, die sowohl den Anforderungen einer modernen Technologiepolitik als auch einem modernen ökonomischen Denken entspricht.

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe von den gegenwärtigen Problemen ausgehend hier speziell über die ökonomischen Aspekte von Forschung und Entwicklung gesprochen. Aber gerade der vorliegende Forschungsbe-

Dr. Nowotny

richt gibt sicherlich auch Anlaß hervorzuheben, daß Forschungspolitik zwar ein zunehmend wichtiger Bereich der Wirtschaftspolitik ist, aber sicher eben nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten gesehen werden kann, denn für die langfristige gesellschaftliche Entwicklung eines Staates ist zweifellos auch die geistes- und die sozialwissenschaftliche Forschung wichtig, ist zweifellos auch der große Bereich der medizinischen Forschung wichtig, wobei gerade Vorkommnisse in diesem letzten Bereich auf ein Problem hinweisen, das ich jetzt hier nicht näher behandeln kann, das aber doch zumindest im Rahmen dieser Debatte Erwähnung finden sollte. Es ist das die Frage nach der wissenschaftsethischen Verantwortung, also die Frage, wie weit denn Forschungsinteressen gegenüber anderen Interessen, also etwa gegenüber den Interessen eines Patienten, abzuwägen sind.

Darüber hinaus wird sich eben generell auch die Frage nach der Formulierung und der Durchsetzung von wissenschaftlichem Standard stellen, wo ja eben — das wurde schon angeführt — etwa gerade die Rektorenkonferenz unlängst auf das Problem hingewiesen hat, das sich ergibt, wenn sozusagen jede Seite hier mit ihrem Experten speziell aufkreuzt, wobei aus meiner Sicht die Lösung sicherlich nicht in einem staatlichen Verbot oder in Form irgendeiner staatlichen Reglementierung bestimmter Forschungsaktivitäten liegen kann.

Zweifellos gibt es hier — auch das muß man sehen — erhebliche Probleme, die bis jetzt durch die Selbstdisziplin der Gemeinschaft der Wissenschaftler, also dieser „scientific community“ nicht entsprechend gelöst werden konnten, sodaß hier sicherlich weitere Diskussionen notwendig sind, wobei es sich zweifellos um ein sehr sensibles Gebiet handelt, wo jede voreilige Lösung nur gefährlich sein könnte.

Es ist das aber, Hohes Haus, ein Beispiel dafür, daß eben die Entwicklung und die Verbreitung der Wissenschaft eben nicht nur zu Fortschritten führt, sondern auch gesellschaftliche Probleme schafft, denen man sich dann zeitgerecht stellen muß. Auch mit diesem Aspekt — also dieser Spannung von Gefährdung und Fortschritt — muß eine Wissenschaftspolitik leben und sich diesem Aspekt sicherlich stellen.

Das ist ja nicht zuletzt gerade auch einer der Umstände, weshalb Wissenschaftspolitik einen so faszinierenden Bereich in der Politik darstellt, ein Bereich, der auch sicherlich nicht in den engen Grenzen der Parteipolitik

diskutiert werden sollte, weil es sich hier ja nur zum geringsten Teil um parteipolitische Fragestellungen im engeren Sinn handelt, sondern wo es sich sicherlich um Probleme handelt, die der Zusammenarbeit aller Kräfte in diesem Land zum gemeinsamen Wohl der Wissenschaft und zum gemeinsamen Wohl dieses Landes bedürfen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Steidl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Steidl (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist Gepflogenheit in diesem Haus, daß ein Redner der Opposition als letzter zu einem Tagesordnungspunkt Stellung nimmt. Wenn ich heute darauf verzichte, dann als Reverenz gegenüber dem verdienstvollen, allseits geschätzten Kollegen Maderner, der heute zum letzten Mal in diesem Hause das Wort ergreifen wird und dem deshalb das Schlußwort gehören soll. *(Allgemeiner Beifall.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß sich die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung von 1970 bis 1980 um 290 Prozent erhöht haben. Aber, Frau Bundesminister, Sie würden sich falsche Federn auf Ihren Hut stecken, wenn Sie das als Verdienst des Bundes bezeichnen würden, denn an dieser Erhöhung um 290 Prozent ist der Bund unterproportional, nämlich nur mit 260 Prozent, beteiligt. Es wurde heute schon gesagt, daß es in erster Linie die Bundesländer waren mit einer Steigerung von 345 Prozent und die Wirtschaft mit einer Steigerung von 306 Prozent, die maßgebend dazu beigetragen haben, daß die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in diesem Ausmaß gestiegen sind. Bis 1978 war der Anteil der öffentlichen Hand an Forschung und Entwicklung größer als der der Wirtschaft, aber seit 1978 hat die Wirtschaft mit ihren Aufwendungen die Ausgaben der öffentlichen Hand überflügelt.

Meine Damen und Herren! Jeder meiner Vorredner hat auf die Bedeutung von Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit der Bewältigung der Strukturprobleme hingewiesen, und Herr Professor Nowotny hat diesen Forschungen und Entwicklungen sogar eine Schlüsselposition zugewiesen.

Umso verwunderlicher ist es, daß es trotz dieser gewaltigen Erhöhungen seit 1970 nicht gelungen ist, die Strukturprobleme zu lösen, ja zum Teil sind sie noch stärker hervorgetreten, als sie damals vorhanden waren. Wenn heute die Arbeiter in Judenburg auf die

Dr. Steidl

Straße gehen müssen, weil ihr Arbeitsplatz mehr gefährdet ist als vor zehn Jahren, dann ist das das Ergebnis einer verfehlten sozialistischen Strukturpolitik. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wohl wurden Ad-hoc-Lösungen zur vorübergehenden Befriedigung mit Recht empörter Arbeitnehmer getroffen, von denen man aber von vornherein wußte, daß sie eine endgültige Gesundung des Unternehmens nicht sicherstellen können. Gerade die Förderungspolitik, die Sie gemacht haben, hat dazu beigetragen, Strukturen zu versteinern; und Strukturen zu konservieren heißt auch, die Probleme, die mit der Lösung der Strukturprobleme zusammenhängen, zu konservieren. Und je länger diese Probleme auf Eis gelegt werden, umso schwieriger werden sie dann zu lösen sein.

Dabei, meine Damen und Herren, war die Zeit für Strukturbereinigungen nie so günstig als in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Ja wann soll man denn Strukturprobleme lösen als in einer Zeit der Hochkonjunktur? Nur dort sind die Möglichkeiten gegeben, nicht aber, wenn sich der wirtschaftliche Horizont verdüstert und die Arbeitsplätze und die Beschäftigungslage abzubrockeln beginnen.

Interessanterweise sind die ärgsten Strukturprobleme gerade dort, wo die öffentliche Hand zu bestimmen hat. Die Milliarden an Strukturverbesserungsgeldern, die an schwer defizitäre Betriebe gegeben wurden, waren ja nichts anderes als Beiträge zur Abdeckung von Verlusten. Es hat sich auch hier wieder gezeigt, daß der Staat nicht in der Lage ist, unternehmerische Tätigkeiten zu ersetzen. Das hat auch interessanterweise der an sich sehr weit links stehende deutsche Finanzminister Matthöfer erkannt, der bei der Präsentation seines letzten Budgets im Bundestag erklärte: „Entscheidend sind nicht staatliche Ausgaben, sondern unternehmerische Entscheidungen, Initiativen, Investitionen und Innovationen.“

Österreichs Wirtschaftsstruktur, meine Damen und Herren, leidet unter einer relativ großen Lücke in der Produktionsstruktur als auch im Bereiche des Außenhandels. Österreichs Anteil an technischen Bearbeitungsprodukten beläuft sich auf rund 30 Prozent der Gesamtproduktion, während in Deutschland dieser Anteil 42 Prozent beträgt. In Deutschland sind 50 Prozent der Beschäftigten in facharbeiterintensiven Bereichen tätig, in Österreich nur 38 Prozent. Interessant ist es eigentlich bei den Investitionen. Österreich hat 26 Prozent seiner Investitionen für technische Produkte verwendet, Deutschland aber

37 Prozent. Dabei hat Österreich eine Investitionsquote, die über der anderer Industriestaaten liegt. Es muß also — das ist das Ergebnis — ein Teil der Investitionen falsch verwendet worden sein, wobei Professor Tichy in einem vor kurzem gehaltenen Vortrag vor dem Management-Klub in Salzburg gemeint hat, diese falsch verwendeten Investitionen seien in die nicht konkurrenzfähige Grundstoffindustrie gegangen.

Wir wissen auch, daß wir in der Produktivität einen Aufholprozeß gegenüber vergleichbaren Industriestaaten mitzumachen haben.

Was den Außenhandelt betrifft, so ist unser Anteil an Waren mit nur geringer Wertschöpfung mit 35 bis 40 Prozent wesentlich zu hoch.

Meine Damen und Herren! Es muß zu denken geben, daß vor 35 Jahren noch 75 Prozent aller angemeldeten Patente von Österreichern angemeldet wurden, während von den 5 972 Patenten, die 1980 angemeldet worden sind, nur mehr 1 227 von Österreichern angemeldet wurden.

Zur Strukturpolitik bedarf es natürlich flankierender Maßnahmen, um die Wirkungen von Forschung und Entwicklung entsprechend zur Auswirkung kommen zu lassen. Das sind eine Freihaltung von weiteren Belastungen und in weiterer Folge auch steuerliche Maßnahmen.

Mir ist vor zwei Tagen ein Brief einer Vorarlberger Firma zugegangen, und zwar im Zusammenhang mit dem Schicht-, Nacht- und Schwerarbeiter-Gesetzentwurf, einer Firma ... *(Ruf bei der SPÖ: Die Firma Blum!)* — ich freue mich, daß Sie den Brief auch bekommen haben. *(Abg. Kittl: Alle Abgeordneten haben ihn bekommen!)* Es ist außerordentlich erfreulich; dann ist dieses Problem hier bereits besprochen worden, was aber bedeutet, daß bei Einführung dieses Gesetzes die Konkurrenzfähigkeit in einem Ausmaß erschwert wird, daß es fraglich ist *(Abg. Wille: Es ist kein Gesetz!)*, Herr Kollege Wille, ob solche Firmen überhaupt noch im Export mit den anderen Ländern und Firmen konkurrieren können. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in Österreich und zur Behebung der Leistungsbilanzproblematik ist deshalb ein forcierter Ausbau der Innovationspolitik durch ein fiskalisches Anreizsystem und die Bereitstellung von Förderungsmitteln notwendig.

Ich möchte kurz darauf eingehen, was Professor Nowotny zur Frage der direkten und der indirekten Investitionsförderung gesagt

Dr. Steidl

hat. In der jetzigen Phase zu fordern, daß die indirekte Investitionsförderung durch die direkte ersetzt werden sollte, zeigt von einem völligen wirtschaftlichen Unverständnis und vom offenbar unerschütterlichen Glauben der Theoretiker, Wirtschaft lasse sich in Ministerbüros planen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Allein die Diskussion über die Möglichkeit des Ersatzes der derzeitigen Investitionsförderung durch die direkte Investitionsförderung hat zu Verzögerungen bei Investitionsentscheidungen geführt, die in der beginnenden Rezessionsphase denkbar ungünstig sind. Ich würde es wünschen, meine Damen und Herren, daß Sie einmal in meine Kanzlei kommen und die Gewerbetreibenden hören, mit welcher Vorsicht sie nun an Investitionsentscheidungen herangehen, weil sie nicht wissen, welcher Art die Begünstigungen sind und in welchem Ausmaß sie gegeben werden. Sie sind ja geängstigt und verschreckt von den bisherigen bürokratischen Verordnungen bei Inanspruchnahme von begünstigten Krediten oder Mitteln aus der Arbeitsmarktförderung und fürchten, daß sie der ebenso komplizierten wie umfangreichen Papierflut und der Intervention bei der direkten Investitionsförderung ausgeliefert sind.

Professor Seicht, der Vorstand des Instituts für Betriebswirtschaftslehre der Industrie an der Wirtschaftsuniversität Wien, hat in einem Interview mit der Zeitschrift „Die Industrie“ den Ersatz der steuerlichen Investitionsförderung durch eine Direktförderung als entscheidenden Schritt zur Eliminierung des Systems der sozialen Marktwirtschaft, der wir unseren Wohlstand verdanken, bezeichnet. Professor Seicht formuliert weiter, daß man in der Wirtschaftspolitik mit atemberaubender Sicherheit wieder einmal den falschen Weg gehen wolle und daß der Verdacht naheliege, daß man zu Lasten der Vielzahl privater Unternehmungen Mittel zur Finanzierung der Verluste der verstaatlichten Industrie freimachen wolle. Es gehe dabei offensichtlich nicht um mehr Effizienz für die Wirtschaft, sondern um noch mehr Macht für Staat, Gewerkschaft und Partei.

Nicht weniger kritisch äußerte sich Professor Tichy bei dem schon genannten Vortrag vor dem Management-Klub, wo er die Ansicht vertrat, daß ein genereller Ersatz der indirekten Investitionsförderung durch eine direkte Form für ihn nicht diskutabel sei. Die direkte Förderung sei seiner Meinung nach trotz aller guten Absichten strukturerhaltend und grundsätzlich kontraproduktiv. Schon bisher seien bei direkten Förderungen Subventionen im Vordergrund gestanden. Für strukturver-

bessernde Unterstützungen habe man keine Mittel mehr zur Verfügung gehabt.

Es soll, meine Damen und Herren, gar nicht bestritten werden, daß die indirekte Investitionsförderung in der bisherigen Form selbstverständlich auch Nachteile hat. Deswegen aber das Kind mit dem Bade auszuschütten heißt, die Vorteile der weitgehend staatsunbeeinflussten Investitionsentscheidungen der Unternehmungen entweder nicht zu schätzen oder sie nicht tolerieren zu wollen.

Nach Meinung fast aller Fachleute sei die derzeitige Investitionsförderung, die im wesentlichen in einem vorzeitigen Abschreibungsbetrag von 50 Prozent und einem Investitionsfreibetrag von 20 Prozent bestehe, durch direkte Investitionsförderungsmaßnahmen nach vorgegebenen Rahmenbedingungen durchzuführen und nicht von einer Ministerial- oder Kommissionsentscheidung abhängig zu machen sowie durch Investitionsprämien zu ergänzen. Gerade das Problem der Forschungsförderung und die Schaffung von Innovationsprodukten könnten im derzeitigen System der Investitionsförderung nur unvollkommen berücksichtigt werden.

Angesichts der Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die wesentliche Strukturverbesserung, die Behebung der Leistungsbilanzproblematik und die Sicherstellung des wirtschaftlichen Fortschrittes verlangt die Österreichische Volkspartei weitere steuerliche Maßnahmen zur Begünstigung von Forschung und Entwicklung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im einzelnen stellt sie stichwortartig folgende Maßnahmen zur Diskussion:

1. Auf dem Gebiete des Einkommensteuerrechtes sollen die Zuwendungen an die im Gesetz bezeichneten Einrichtungen in Höhe von 6 Prozent als Betriebsausgaben geltend gemacht werden. Diese Begünstigungen sollen auch auf die übrigen Einkunftsarten des § 2 Abs. 3 ausgedehnt werden.

2. Durch eine eigene Regelung soll die Schaffung der Möglichkeit der Absetzung von Eigenlizenzen angestrebt werden.

3. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die ausschließlich oder unmittelbar der Entwicklung oder Verbesserung volkswirtschaftlich wertvoller Erfindungen dienen, sollen sofort abgeschrieben werden können.

4. Die Tarifbegünstigung des § 38 Einkommensteuergesetz soll auf die Verwertung auch nicht patentierter volkswirtschaftlich wertvoller Erfindungen sowie auf die Verwertung von Know-how und auf das Unternehmen, das

Dr. Steidl

Patentinhaber, aber nicht Erfinder ist, ausgedehnt werden.

5. § 67 Abs. 7 des Einkommensteuergesetzes soll dahin gehend geändert werden, daß die Voraussetzung für die begünstigte Besteuerung von Prämien für Verbesserungsvorschläge in Betrieben bei Vergütungen an Arbeitnehmer für dienstliche Erfindungen, nämlich daß diese Zuwendungen nicht öfter als zweimal im Jahr ausgezahlt werden, geändert wird.

6. Bezüge aus öffentlichen Mitteln sowie Beihilfen, die von in § 4 Abs. 4 Z. 5 Einkommensteuergesetz genannten Einrichtungen zur wissenschaftlichen oder gewerblichen Forschung gewährt werden, und Zuwendungen der Forschungsförderungsfonds sollen keine Einnahmen sein, die einer Einkunftsart im Sinne des § 2 Einkommensteuergesetz zuzurechnen sind.

7. Der Investitionsfreibetrag für Forschungsinvestitionen soll erhöht und die Verwendungsmöglichkeit für Zwecke der Forschung und Entwicklung erweitert werden.

8. Analoge Maßnahmen sollen auch im Bereich des Körperschaftsteuergesetzes gelten.

9. Das Gewerbesteuerengesetz soll vorsehen, daß eine gewerbesteuerrechtliche Hinzurechnung von Schulden und Schuldzinsen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Forschung und Entwicklung unterbleibt.

10. Für Zuwendungen der Forschungsförderungsfonds soll auch Gewerbesteuerfreiheit festgelegt werden.

11. Im Bereich des Umsatzsteuergesetzes wird eine Ausweitung der Bestimmungen des § 4 Abs. 2 Z. 2 Umsatzsteuergesetz angestrebt.

12. Von besonderer Bedeutung scheint die Schaffung einer echten Mehrwertsteuerbefreiung für die Umsätze aus Forschungsaufträgen der öffentlichen Hand, die gemeinnützigen Vereinigungen gewährt werden, deren satzungsgemäßer Zweck die Ausübung oder Förderung der Wissenschaft und Forschung ist. Diese echte Befreiung sollte dadurch erfolgen, daß in § 6 eine neue lit. a hinzugefügt wird.

13. Änderungsmaßnahmen sind auch im Bereich des Bewertungsgesetzes erforderlich. So soll die Ausklammerung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die der Forschung und Entwicklung dienen, sowie urheberrechtlich geschützte Rechte aus dem Betriebsvermögen erfolgen.

14. Auf dem Gebiete des Gebührengesetzes soll eine Ausnahme von der Gebührenpflicht für jene Kredite erfolgen, die von den Forschungsförderungsfonds gewährt werden. (Abg. Dr. Schmidt: 15.: Was kostet das? Und 16.: Wer zahlt's?)

Meine Damen und Herren! Wenn wir um die Mängel unserer Wirtschaftsstruktur wissen und die zwingende Notwendigkeit einer Verbesserung der Leistungsbilanz dringend vor uns steht, wenn wir wissen, daß die kreative Kapazität der Unternehmer und ihrer Mitarbeiter vorhanden ist, dann sollten wir den forcierten Ausbau der Innovationspolitik mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Österreichische Volkspartei hat ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt. Auch an Ihnen, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, liegt es, einen Beitrag zu diesem notwendigen Sanierungs- und Aufholprozeß zu leisten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maderner.

Ich mache Sie, Herr Abgeordneter, aufmerksam, daß ich um 15 Uhr die Verhandlungen über diesen Tagesordnungspunkt unterbrechen werde. Sollten Sie Ihre Ausführungen noch nicht beendet haben, sind Sie selbstverständlich nach Wiedereingang in die Tagesordnung am Wort.

Sie haben das Wort.

Abgeordneter **DDr. Maderner (SPÖ)**: Herr Präsident! Frau Minister! Meine Damen und Herren! Ich werde um 15 Uhr leicht fertig sein, denn für die freundlichen Worte, die ich eben von meinem Vorredner gehört habe, möchte ich mich dadurch revanchieren, daß ich mich entsprechend kurz fasse.

Ein Problem darf ich vielleicht erwähnen, auf das heute noch nicht hingewiesen wurde: Zweifellos besteht der oft genannte Zusammenhang zwischen allgemeinem Fortschritt und der Forschung tatsächlich. Aber man muß sich klar darüber sein, daß „Fortschritt“ nicht zu den Begriffen zählt, die nur positive Assoziationen erwecken.

Es gibt viele Mitbürger, die heute unter Fortschritt etwas Negatives sehen, denn sie bringen ihn mit Umweltproblemen in Zusammenhang, die tatsächlich sehr ernst sind: mit einer Verschmutzung der Erdoberfläche; einer Verschmutzung der Luft; einer Verschmutzung des Wassers oder gar einer Vergiftung selbst des Regens; er ist davon nicht

DDr. Maderner

ausgenommen, da er säurehaltig geworden ist und die Blätter gefährdet; die Verschmutzung der Meere ist das gefährlichste: Wir wissen, daß die Pflanzen, einschließlich jener der Meere, nur 70 Jahre hindurch in der Lage sind, den Sauerstoff in der Luft zu erhalten; dann wäre er verbraucht: wenn Pflanzen nicht mehr wirken können, müßte alles Leben ersticken.

Noch ein anderes Gebiet ist es, auf dem Fortschritt nicht als Positivum empfunden wird: das Gebiet der Kriegstechnik; jeder wissenschaftlich-technische Fortschritt dort angewendet führt dazu, daß das Vernichtungspotential umso größer wird.

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit diesem heute Nicht-mehr-glauben-können, daß Technik, Wissenschaft und Fortschritt nur positive Ergebnisse bringen, ist die moralische Krise zu verstehen, in der sich die Welt befindet, wurde noch nicht aufgearbeitet, noch nie durchdacht, was gemacht werden muß, um den von den Menschen selbst geschaffenen Problemen entsprechend entgegenzutreten. Es ist kein Wunder, daß die letzte Publikation des Club of Rome unter dem Titel „Das menschliche Dilemma“ veröffentlicht wurde, „vom Neuen Lernen“ heißt sie im Untertitel. Sie propagiert den Versuch, die Menschen innovativ zu machen, und zwar nicht nur in der Technik, sondern in sich selbst; sie verlangt partizipatorisches Lernen, das heißt, nach Teilnahme aller, und antizipatorisches, also die Probleme der Zukunft vorausgreifend zu sehen. Das scheint dem Club of Rome das dringendste Problem der Gegenwart zu sein.

Der Mangel an Fortschrittsglauben, an dem Glaubenkönnen an eine glückliche Entwicklung der Menschheit, an den Sinn allen Tuns führt ja nicht zuletzt dazu, daß das Selbstwertgefühl vieler unserer Mitbürger gesunken ist; daß bei gar nicht so wenigen Anarchie ein Traum wird. Am 1. März hat man das in Wien sogar in einer Minidemonstration — im Verhältnis zu anderen Großstädten — sehen können.

Es ist daher notwendig, die Wissenschaft nicht nur dazu anzuregen, neuen technischen Fortschritt zu ermöglichen, sondern auch eine neue Geistigkeit zu schaffen, vorzubereiten, anzubieten. Die Krisen entstehen nicht, weil es zu viel Neues gibt, sondern die Krisen der Menschheit entstehen dadurch und werden dadurch besonders schwer, daß es noch zu viel Altes gibt. Mit Methoden von einst versucht man, die Welt von heute und von morgen im Gleichgewicht zu halten. Das heißt

unter anderem: mit den militärischen Machtstrukturen und Machtapparaten, die jeden technischen Fortschritt okkupieren. Gleichzeitig fehlt der moralische Fortschritt, der notwendig wäre; es gibt nur wenig Fortschritt im Verantwortungsbewußtsein. Es ist keine Ausgewogenheit da zwischen dem inneren Menschen, zwischen seinen seelischen Veranlagungen und seinen Zielsetzungen. Hier lebt noch altes Steinzeitleben weiter: Revierbewußtsein, Rangsucht, Aggression gegen alles Fremde, gleichzeitig wurden die Möglichkeiten zur Selbstvernichtung so ungeheuer groß!

Dennoch: Forschung ist der Ausgangspunkt für Innovationen. Das wurde heute oft gesagt. Aber auf diesem Gebiet der Schaffung einer neuen Moral fehlt es noch an Lösungen. Da ist die Forschung noch sehr viel schuldig geblieben.

Es besteht eine Arbeitsteilung: Die Wissenschaft forscht, die Politik hat die Auswahl zu treffen und hat anzuwenden. Sie hat menschengerechte Innovationen zu fördern und hat zu versuchen, das nicht Menschengerechte zurückzudrängen.

Beispiele gibt es genug: Beim Zurückdrängen handelt es sich zum Teil natürlich auch um Anpassungsvorgänge, etwa bei der Einführung von Mikroprozessoren, neuen Methoden der Textverarbeitung, die viele Sekretärinnen und andere technische Arbeiter überflüssig machen. Hier ist es also notwendig, wie daß Abgeordneter Wille schon betont hat, Forschungen zu betreiben, wie man diesen negativen Seiten begegnen soll.

Selbstverständlich gibt es auch zu diesen Fragen unterschiedliche Positionen und unterschiedliche Ideen. Das ist in einer Demokratie natürlich.

Wenn trotzdem hier der Bericht — „trotzdem“ ist vielleicht nicht das richtige Wort —, wenn in diesem Zusammenhang der vorliegende Bericht nicht einstimmig beschlossen wird, so dürfte das auch eine der alten überholungsbedürftigen Traditionen im Parlamentarismus sein.

Man glaubt, öfter als es notwendig ist, eine Konfrontation herbeizuführen zu müssen. Gerade auf dem Gebiet der Forschung ist eine Ebene da, in der man gemeinsam Neues suchen muß; in der man gemeinsam versuchen muß, das Beste herauszufinden. Es ist alles neu, was man hier tut. Da sollte es keine ideologischen Scheuklappen geben. Sie haben überhaupt keinen Zweck; sie sind nur hinderlich.

DDr. Maderner

In diesem Sinne habe ich nicht ganz verstanden, warum seitens der Opposition so viel Kritik an dem überaus gründlichen, umfangreichen, tiefeschürfenden Bericht geübt wurde, der, wenn man die Berichte der letzten Jahre vergleicht, deutlich erkennen läßt, wie es von Jahr zu Jahr nicht nur Fortschritte in der Arbeit, sondern auch in der Berichterstattung gegeben hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein wenig mag das mit den Methoden der Medien zusammenhängen, mit ihren Bedürfnissen. „Bad news are good news.“ Mit schlechten Nachrichten kann man leichter Schlagzeilen machen. „Briefträger beißt Hund“ ist eine bessere Schlagzeile als „Hund beißt Briefträger“, weil das so alltäglich wäre.

Wir sollten uns aber als Parlamentarier — und heute habe ich das letzte Mal die Gelegenheit, in dieser Richtung zu mahnen — nicht von den Medien treiben lassen; wir sollten so objektiv wie möglich bleiben; dann wirken wir viel überzeugender in der Öffentlichkeit, als wenn wir den Medien entgegenkommen und uns von ihnen diktieren lassen, jede Gelegenheit zu benützen, um eine Konfrontation herbeizuführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Bundespräsident hat nicht umsonst voriges Wochenende gemahnt, jede Partei sollte ihr Positives besonders in den Mittelpunkt stellen und nicht so sehr das Negative des anderen. Hier fehlt es noch an einer Innovation des Stils, und die sollte man in der Politik finden. *(Allgemeiner Beifall.)*

Meine Damen und Herren! In der Zwischenkriegszeit hat der sehr bekannte sozialkritische Dichter Erich Kästner, nachdem er immer wieder gefragt wurde: Wo bleibt denn das Positive?, eines seiner Gedichte mit den Worten geschlossen: „Wo bleibt das Positive, Herr Kästner? Ja, weiß der Teufel, wo das bleibt!“

Zu jener Zeit, als der Faschismus aufstand, Diktaturen in die Höhe kamen, am Horizont der Krieg sichtbar war, in der die Parteienkämpfe schreckliche Dimensionen angenommen haben, mit vielen Toten, in der es Bürgerkriege, auch bei uns gegeben hat, in dieser Zeit hat man wirklich umsonst nach dem Positiven gesucht.

Heute ist das ganz anders: Wir haben so viel Positives, wir in Österreich! Wir haben die Sozialpartnerschaft; wir haben eine relative Ruhe; wir haben eine relative Sicherheit, sogar der Arbeitsplätze noch, relativ im Verhältnis zu dem, was in anderen Ländern erlebt wird. Und wir haben ein relativ reiches Geistesleben; das zu nützen ist die Aufgabe

des Ministeriums, dem Frau Dr. Firnberg in so hervorragender Weise vorsteht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Arbeitsfeld dieses Ministeriums ist prädestiniert für Zusammenarbeit; in diesem Sinne, glaube ich, sollten wir auch die Forschungstätigkeit sehen. Wir haben ein stärkeres Budget, wir haben eine offene Berichterstattung. Schon liegt ein neuer Bericht vor über die Forschung auf dem Gebiet der Rohstoffforschung. Wir sehen, wie die Dinge weitergehen; man kann mitarbeiten an diesen Konzepten.

Herr Abgeordneter Mock hat in einem Zwischenruf gemeint, ich würde der Frau Minister applaudieren, obwohl das gar nicht meiner Überzeugung entspricht. Das war nicht richtig, Herr Abgeordneter Mock. *(Abg. Dr. Mock: Das war auch nicht so ernst gemeint bei Ihnen!)* Das war nicht ernst gemeint.

Ich meine das, was ich jetzt sage, aber ernst. Der Herr Abgeordnete Blenk, der von wissenschaftlicher Arbeit viel versteht — schon kraft seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Technik in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats —, konnte nicht umhin, viele der Aktivitäten, die vom Wissenschaftsministerium ausgegangen sind, zu loben, und es ist ihm sicher viel schwerer gefallen, Kritik anzubringen als die lobenden Worte.

Mein Applaus für die Frau Wissenschaftsminister und ihren Bericht war echt. Es ist eine unerhörte Leistung in den letzten Jahren vollbracht worden, und es ist am Ende einer parlamentarischen Tätigkeit sehr schön, der Frau Minister, die im Ausschuß, in dem ich besonders gerne tätig war, so oft anwesend war, auch den herzlichen Dank für ihre außerordentliche Leistung aussprechen zu können. *(Allgemeiner Beifall.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den vorliegenden Bericht III-49 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Ich unterbreche nun die Verhandlungen über die heutige Tagesordnung.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Steinbauer, Dr. Wiesinger, Dr. Marga Hubinek, Dr. Neisser und Genossen an den Herrn Bundeskanzler betreffend fällige Konsequenzen aus dem AKH-Skandal (1134/J)

Präsident **Thalhammer**: Wir gelangen zur Behandlung der dringlichen Anfrage.

Ich bitte zunächst die Frau Schriftführer, Abgeordnete Edith Dobesberger, die Anfrage zu verlesen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Schriftführerin **Edith Dobesberger**: Dringliche Anfrage der Abgeordneten Steinbauer, Dr. Wiesinger, Dr. Marga Hubinek, Dr. Neisser und Genossen an den Herrn Bundeskanzler betreffend fällige Konsequenzen aus dem AKH-Skandal.

Seit über einem Jahr steht der AKH-Skandal im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion.

Der National- und der Bundesrat, der Wiener Gemeinderat, der Rechnungshof, das Wiener Kontrollamt, der parlamentarische Untersuchungsausschuß, die Staatsanwaltschaft und die ordentlichen Gerichte haben sich eingehend mit diesem größten Fehlplanungs-, Korruptions- und Verschwendungsskandal der Zweiten Republik befaßt.

Das neue Allgemeine Krankenhaus in Wien wird nach Aussagen von Dr. Kandutsch und Dr. Delabro im AKH-Untersuchungsausschuß doppelt so groß werden wie ursprünglich geplant, es wird doppelt so lang gebaut werden wie ursprünglich geplant, es wird weniger Betten haben als ursprünglich geplant, und es wird dreimal so teuer sein wie ursprünglich geplant.

Nach Vorliegen des sogenannten neuesten Kontrollamtsberichtes der Stadt Wien, der die bauwirtschaftliche Seite des Projektes untersuchte, ist überdies klar, daß sich der AKH-Skandal keineswegs in diversen Schmiergeldaffären erschöpft, sondern daß Hunderte Millionen an Steuergeld verschwendet wurden. Während die ordentlichen Gerichte die Schmiergeldaffäre untersuchen und die Täter zur Verantwortung ziehen, wird es Zeit, daß auch auf politischer Ebene die längst fälligen Konsequenzen gezogen werden.

Die Österreicherinnen und Österreicher erwarten, daß die Schuldigen an diesem Debakel zur Verantwortung gezogen werden, sie erwarten, daß sich derlei Vorfälle nicht wiederholen und sie erwarten, daß das Spital zügig und preiswert fertiggebaut wird.

Auf Bundesebene mußte Vizekanzler Dr.

Androsch zwar die Regierung verlassen, die Frage, wie es weitergehen soll, wurde aber bisher von der Bundesregierung nicht beantwortet. Im Gegenteil: Aus Hochmut wurde ein ganzes Jahr vertan. Anstatt die entscheidungsschwache Wiener Gemeindeverwaltung an ihre Pflicht zu gemahnen, wurde einem Konzept des Fortwurstelns zugestimmt, das nunmehr endgültig gescheitert ist.

Genau vor einem Jahr erklärte der Bundeskanzler vor der Wiener Konferenz der SPÖ: „Wir tragen gemeinsam die politische Verantwortung für diesen gewaltigen Bau, und ich bin bereit, diese mitzutragen“ (Arbeiter-Zeitung vom 12. 4. 1980). Elf Monate später war es mit der ungeteilten Verantwortung vorbei: „Die politische Verantwortung trug eindeutig Androsch als Finanzminister.“ So der Bundeskanzler in der Kronen-Zeitung vom 18. 3. 1981. Kurz darauf forderte der Bundeskanzler „weitestreichende Konsequenzen“ im Bereich der Gemeinde Wien und meinte auch, daß es diesmal nicht ohne personelle Folgen abgehen werde.

Wie diese Konsequenzen aussehen, ist mittlerweile bekannt: Kreisky und Gratz haben je eine Kommission eingesetzt.

Ebenso ungewiß ist die weitere Vorgangsweise beim Spitalsbau selbst. Von den von der ÖVP aufgestellten Forderungen nach Vorlage überprüfbarer Planungsunterlagen, einer Überprüfung der Kosten nach Quadrat- und nicht nach Kubikmetern, der Vorlage einer kalkulier- und überprüfbaren Betriebskostenabrechnung, der Festlegung eines Kostenlimits und der Änderung der Bauträgerschaft wurde bisher nur die letzte aufgegriffen.

Wie Stadtrat Mayr bei der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates am 27. März 1981 mitteilte, soll sich nunmehr folgendes ändern: Umwandlung der AKPE in eine Ges. m. b. H.; Hauptamtlicher Vorsitzender des Aufsichtsrates soll Dr. Kandutsch werden; Die begleitende Kontrolle soll dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates unterstellt werden; Vorstand und Aufsichtsrat sollen neu bestellt werden.

In nicht weniger als drei Entschließungsanträgen hat die Volkspartei ihre positiven Vorschläge für den Weiterbau des AKH in Wien vorgelegt. Neben der Festlegung eines Kostenlimits (auf Grund einer generellen Kostenüberprüfung) muß die Erstellung eines neuen Sollprogramms bei der Bauplanung im Vordergrund stehen. Bei diesem Sollprogramm müßte von folgenden Vorstellungen ausgegangen werden: weitgehende Dezentralisierung, Abbau der patientenfeindlichen und störanfälligen Übertechnisierung, Erhaltung

7100

Nationalrat XV. GP — 71. Sitzung — 9. April 1981

Schriftführerin

und Eingliederung bestehender Baukörper und Festlegung von Reserveeinheiten.

Diese Planungsunterlagen müßten weiters mit exakten Terminangaben versehen sein. Um in Zukunft sicherzustellen, daß Kostenüberschreitungen vom Parlament beziehungsweise vom Gemeinderat beschlossen werden müssen, sollte ein eigenes Finanzierungsgesetz unter Anschluß obiger Planungsunterlagen verabschiedet werden.

Alle diese Vorschläge der Volkspartei zum Zwecke der raschen Inbetriebnahme des AKH, das für die Spitalversorgung Wiens sowie die medizinische Lehre und Forschung gleichermaßen wichtig ist, wurden bisher von der sozialistischen Bundesregierung und der sozialistischen Wiener Stadtregierung ignoriert.

Um darüber sowie über die Fragen der politischen Verantwortung Auskunft zu erhalten, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Mit welchen Gesamtkosten beim Bau des AKH rechnet die Bundesregierung?

2. Mit welchen Betriebskosten beim AKH rechnet die Bundesregierung?

3. Was wird die Bundesregierung tun, um den größten Fehlplanungs-, Korruptions- und Verschwendungsskandal zu bereinigen?

4. Wie oft wurde der Ministerrat seit Gründung der AKPE im Jahre 1975 mit Problemen des AKH befaßt?

5. Welche Ergebnisse wurden dabei erzielt?

6. Welche Maßnahmen haben Sie selbst in Ausübung Ihrer Koordinationskompetenz im Zusammenhang mit dem AKH getroffen?

7. Sind Sie nach wie vor der Meinung, daß nur Dr. Androsch die politische Verantwortung zu tragen hat?

8. Wie beurteilen Sie die politische Verantwortung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung, des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz, des Bundesministers für Bauten und Technik und schließlich Ihre eigene im Zusammenhang mit dem AKH-Skandal?

9. Wird die Bundesregierung dem Nationalrat umgehend ein Finanzierungsgesetz für das AKH samt angeschlossener Planungsunterlagen zur Beschlußfassung vorlegen, damit sichergestellt ist, daß es nicht neuerlich zu Fehlplanungen und Verschwendung kommt?

Gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates wird beantragt, diese Anfrage als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Präsident: Ich danke für die Verlesung. Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Steinbauer als erstem Fragesteller zur Begründung der Anfrage das Wort.

Abgeordneter Steinbauer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! In diesen Tagen haben die sozialistische Bundesregierung und die sozialistische Wiener Landesregierung einen in ihren eigenen Informationsmitteln sehr gelobten „dramatischen Schritt“ in Sachen AKH getan.

Sie haben wieder eine ihrer „entscheidenden“ Weichenstellungen vorgenommen, so heißt es zumindest in ihren Presseorganen, eine wichtige Handlung im Zusammenhang mit dem AKH-Bau: Die AKPE wurde von einer Aktiengesellschaft in eine Ges. m. b. H. umgewandelt.

Herr Bundeskanzler! Für die Menschen draußen, die die Zeitungen lesen, die über den AKH-Skandal lesen, für die Menschen draußen ist das eine Enttäuschung gewesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn das, was die sozialistischen Publizisten als großen Erfolg darstellen, eine Aktiengesellschaft in diesen Tagen in eine Ges. m. b. H. umzuwandeln, Herr Bundeskanzler, für die Menschen draußen beantwortet das eine ganze Reihe von Fragen nicht. Die Menschen draußen fragen: Was kostet mich dieses AKH als Steuerzahler? Sie fragen: Wann wird dieses AKH wirklich fertig nach all den Zahlen, die wir gelesen und gehört haben?

Sie fragen: Welche Sicherheit bekommen wir endlich, damit der Mißbrauch bei diesem AKH aufhört? Und sie fragen sich auch: Werden wir uns eines Tages, wenn dieses monströse Krankenhaus eröffnet wird, uns auch die Betriebskosten leisten können? Das sind die Fragen, die die Menschen draußen stellen, und nicht die Frage nach einer Rechtsform. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Verglichen mit dem, was im Zusammenhang AKH an Fehlentscheidungen, Fehlplanungen, an Korruption, an Verschwendung zugelassen wurde, ist die jüngste Entwicklung, eine Aktiengesellschaft in eine Ges. m. b. H. umzuwandeln, untauglich, um den Schaden wiedergutzumachen,

Steinbauer

unbefriedigend, um die Verantwortlichkeiten wirklich klarzustellen, und keine Sicherheit, zu einem besseren AKH-Bau zu kommen.

Meine Damen und Herren! Die AKPE als Ges. m. b. H. wurde so hektisch ausgerufen — ich möchte dieses als Beispiel der Arbeitsweise, die Sie, Herr Bundeskanzler, hier auch zu beobachten haben, bringen —, daß der dafür verantwortliche Finanzstadtrat der Gemeinde Wien noch den falschen Redetext ausgeben ließ. Die AKPE wurde so hektisch zur Ges. m. b. H. umgewandelt oder wird umgewandelt, daß die SPÖ-Fraktion im AKH-Untersuchungsausschuß nicht wußte, was ist das nun: Ist sie noch eine Aktiengesellschaft oder schon eine Ges. m. b. H.? Die Damen und Herren Ihrer Fraktion — nein, es waren nur Herren, einschließlich Hobl, dem Fraktionsführer — wußten auch gar nicht: Gibt es jetzt den Generaldirektor noch? Ist er schon zurückgetreten? Wer ist eigentlich verantwortlich, um einen Zeugen wirklich zu entbinden? Diese Beispiele zeigen, wie am AKH von Ihnen, von der sozialistischen Regierung, von der sozialistischen Landesregierung wirklich gearbeitet wird. Es kennt sich keiner aus!

Die AKPE, jetzt als Ges. m. b. H., ist doch keine Sicherheit dafür, daß das, was zehn Jahre lang falsch, schlecht geschehen ist, plötzlich ganz anders laufen soll. Es ist ein untauglicher Versuch.

Aber, Herr Bundeskanzler, Sie werden wohl sagen: ein weiterer Schritt im großen Marsch zur Vollendung dieses Baues. Nur, Herr Bundeskanzler, da hat es einmal den Spitzenausschuß gegeben von 1970 bis 1974. Das SSK-Gutachten bescheinigt diesem Spitzenausschuß keine vorzügliche Tätigkeit.

Dann hat es von 1974 bis 1975 den Generalbevollmächtigten der Gemeinde Wien gegeben. Ich glaube, der hat noch am meisten weitergebracht.

Dann hat es seit 1975 die AKPE als Aktiengesellschaft gegeben. Sie wurde damals als die einzig taugliche, als die einzig mögliche Form bejubelt. Da sind die Fehler, die Verschwendungen, die Affären vielleicht erst so richtig losgegangen.

Es hat dann, seit 1976, zur AKPE noch die APAK gegeben.

Und es hat seit Juni 1980 ein Planungsdirektorium gegeben.

Herr Bundeskanzler! Sie haben sich das alles angeschaut, und ich frage mich: Wann haben Sie eingegriffen? Wann haben Sie in Ihrer Gesamtverantwortung als Bundeskanz-

ler der Republik bei diesem monströs sich weiter entwickelnden, bei diesem — wie sagte Kandutsch im Ausschuß? — „dahinschlitternden Projekt“, bei diesem danebengehenden Großprojekt — danebengehend für den Steuerzahler! —, wann, Herr Bundeskanzler, so frage ich Sie, haben Sie wirklich eingegriffen?

Weil es so wenig Belege dafür gibt, daß Sie eingegriffen haben, muß man mit Fug und Recht die Frage der Verantwortlichkeit heute an Sie persönlich in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Bundesregierung richten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn, Herr Bundeskanzler, das AKH wird ja allmählich die Summierung des SPÖ-Jahrzehnts, die Summierung von zehn Jahren SPÖ-Regierung. Das AKH wird allmählich die Bilanz der Ära Kreisky, das AKH wird ja langsam zur Summe sozialistischen Regierens. Am AKH erkennt man, was Sie auf anderen Gebieten, vielleicht weniger sichtbar, getan haben, am AKH wird es sichtbar! Und es wird auch sichtbar, wie wenig Sie sich persönlich darum gekümmert haben. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

So ist das AKH zum größten Skandal der Zweiten Republik geworden, die Bilanz von zehn Jahren sozialistischen Regierens, Herr Bundeskanzler, aber auch die Bilanz von zehn Jahren Dr. Bruno Kreisky als Vorsitzenden der Bundesregierung.

Ich weiß, Herr Bundeskanzler, Sie haben alles versucht, um diesen Skandal zu ignorieren. Im Frühjahr 1980 haben Sie selbst mitgetan, um das Ganze abzuschieben als Entwicklung, die die Medien dramatisieren.

Im Frühjahr 1980 haben Sie alles dazu getan, um die Schuld bei der ÖVP und bei der „bösen“ Opposition zu suchen.

Im Frühjahr 1980 haben Sie sogar den Mut gehabt, die Bauarbeiter des AKH zusammenzurufen und ihnen sagen zu lassen, daß ihre Arbeitsplätze gefährdet werden, wenn diese Aufdeckungen weitergehen. Es war der Mut, mit der Arbeitsplatzangst dieser Menschen zu spielen.

Sie haben alles getan, Herr Bundeskanzler, um den Skandal, der hier offenkundig vorliegt, herunterzuspielen.

Sie haben am 12. 4. 1980 von Unregelmäßigkeiten und Fehleinschätzungen gesprochen.

Sie haben am 10. 8. 1980 gesagt: Mängel hat es gegeben. Kein Zweifel daran.

Sie haben am 10. 9. 1980 von Randerschei-

Steinbauer

nungen der Politik wie dem AKH gesprochen, das AKH zur Randerscheinung der Politik gemacht.

Sie haben am 19. 11. 1980 von Fehlplanungen und Verzögerungen gesprochen.

Und Sie haben noch am 24. 11. 1980 gesagt: Es wird die Affäre um das AKH in den Medien immer wieder gespielt.

Noch im November 1980 hatten Sie den Mut, den Medien das AKH zuzuschieben.

Herr Bundeskanzler! Sie haben wirklich alles getan, um das AKH so klein wie möglich zu halten.

Sie haben am 21. 11. 1980 von Unzulänglichkeiten einiger weniger gesprochen.

Und Sie haben am 22. 11. 1980 gesagt: Da und dort geirrt, man hat sich ein bißchen geirrt, und es war ein Malheur.

Herr Bundeskanzler! Sie haben „Malheur“ zu der Tatsache gesagt, daß eine sozialistische absolute Mehrheit zehn Jahre lang an einem Krankenhaus zu bauen versucht, diesen Bau nicht in den Griff bekommt und zehn Jahre nicht verhindern kann, daß Millionen an Steuergeldern in dunkle Kanäle gehen und daß Milliarden falsch verplant werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Ich halte fest: Wenn Sozialisten Steuergelder versickern lassen, dann ist das ein Malheur.

Ich halte fest: Wenn Milliarden unter Sozialisten verplant werden, fehlgeplant werden, dann nennen Sie das ein Malheur. Herr Bundeskanzler! Die Welt nennt so etwas einen Skandal, und Sie sollten das endlich begreifen. *(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Ich respektiere Ihre taktische Erfahrung als Politiker. Sie sind sicherlich einer der gefährlichsten Politiker und haben das Jahr für Jahr der österreichischen Innenpolitik gezeigt.

Sie gehen das AKH daher auch mit einem Maximum an politischer Strategie an, eine Strategie, die Ihnen vielleicht wirklich nützt, eine Strategie, die dem AKH sicher nichts genutzt hat, und eine Strategie, die insgesamt der Glaubhaftigkeit von Politik Schaden bereitet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie tun als Bundeskanzler so, als ob das AKH in einem anderen fernen Land läge. Sie tun als Bundeskanzler so, als wären Sie der gütige Kaiser, dem man leider nichts mitgeteilt hat, der arme Kaiser, der nicht wußte, daß der Weltkrieg läuft.

Herr Bundeskanzler! Sie wollen den Menschen weismachen, daß alle anderen schuld haben, daß nur Sie, Sie als Bundeskanzler, keine Verantwortung an diesem größten Skandal der Zweiten Republik tragen.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube, man kann sehr deutlich sagen: Es gibt keinen Ausstieg aus der Verantwortung, auch für Sie nicht und vor allem nicht für den Bundeskanzler der Republik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben sich wiederholt geweigert, die AKH-Affäre als „Skandal“ zu bezeichnen: 20. 10. 1980, 14. 10. 1980, und ich könnte noch weitere „Sozialistische Korrespondenz“-Meldungen zitieren.

Sie haben Ihren Genossen, Ihren Parteifreunden, aber leider auch den anderen Österreichern einreden wollen, das Ganze sei nichts. Ich weigere mich, das einen Skandal zu nennen, haben Sie immer wieder den Österreichern über das Fernsehen verkündet.

Nun, das AKH ist zunächst ein Monument politischen und administrativen Unvermögens. Aber es ist, weil auch Korruption, weil Steuergelder hier in ungeheurem Ausmaß verplant und verschwendet wurden, auch ein Stigma, ein Wundmal, ein Brandmal Ihrer Tätigkeit. Und Sie werden sich dem nicht entziehen können.

Herr Bundeskanzler! Die verplanten Milliarden sind auch Ihre Verantwortung. Sie haben zwar versucht, durch den Fall von Androsch zu sagen — das große Lavabo des erfahrenen Politikers —: Der Finanzminister ist an allem schuld. Sie haben gesagt: Er hat ja seinen Sektionschef im Aufsichtsrat gehabt. Sie haben so getan, als ob damit für die Bundesregierung die Sache erledigt ist, und Sie haben gehofft vielleicht oder durchblicken lassen, daß sich die Krämpfe der Wiener SPÖ auch noch irgendwann mit irgendeinem Opfer lösen werden.

Herr Bundeskanzler! Angesichts des enormen Schadens, angesichts des enormen Ausmaßes dieses AKH-Schadens, angesichts der enormen Verschwendung von Steuergeldern ist ein Satz wie der folgende von Ihnen nicht zu akzeptieren. Sie hatten den Mut, Herr Bundeskanzler, am 24. 11. 1980 — also bitte nicht in den Tagen, in denen man gerade dem Herrn Winter auf „Malversationen“ draufgekommen ist, wie Sie es damals nannten —, also noch im November 1980, zu sagen: Wir — und es war von Ihnen die Rede —, wir haben also Wichtigeres zu tun als nur einen AKH-Bau.

Herr Bundeskanzler! Schön wäre es, wenn

Steinbauer

Sie wenigstens den in Ordnung bringen würden. Da wäre genügend zu tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber nehmen wir an, Sie haben von dem Ganzen — wie der alte Kaiser — nichts gewußt. Herr Bundeskanzler! Erinnern Sie sich noch, als Sie dem Vizekanzler Bock am 6. 12. 1966 hier im Nationalrat sagten: Auch es nicht zu wissen, wäre politische Fahrlässigkeit. — Sie haben den Begriff der politischen Fahrlässigkeit mahnend — mahnend! — in den Raum gestellt. Bitte, verglichen damit sind die Belastungen, die Millionen, die Milliarden, die im AKH mutmaßlich in die falsche Richtung verbaut wurden, diese Milliarden, diese Millionen sind bitte, wenn Sie es wirklich nicht gewußt haben, mehr als eine Fahrlässigkeit! Dann sind Sie politisch Ihrer Aufgabe in diesem Zusammenhang ganz einfach nicht gewachsen gewesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich glaube, wenn heute jede Familie 20 284 S beitragen muß, um das AKH mitzufinanzen, wenn von jeder österreichischen Familie 20 000 S aufgebracht werden müssen, dann haben wir ja schon die „AKH-Skandalsteuer“, dann haben wir Proportionen der Mitleistung aller Österreicher, sodaß wir uns gemeinsam nicht damit abfinden können: Der Dr. Kreisky hat nicht gewußt, was da oben am Gürtel gebaut wird.

Es kann auch nicht wahr sein, daß Sie nichts gewußt haben. Sie können das nicht abstreiten; Sie werden es mutmaßlich auch nicht mehr versuchen.

Es gibt zu viele Belege, daß Sie nicht daran vorbeisehen konnten, wie dieses Krebsgeschwür, wie diese Krankheit, wie dieser Skandal sich langsam ausgedehnt hat.

Am 16. 7. 1974 ist unter dem Titel „Wiener memorandum“ eine große Aussprache Bund-Wien unter Ihrem Vorsitz, Herr Bundeskanzler, abgelaufen. Wir haben die Akten darüber.

Bitte, 1974, im Sommer 1974, da waren die Alarmmeldungen über das AKH, wir kennen das aus Dutzenden von Akten, da waren die Alarmmeldungen über die Fehlentwicklung vom AKH schon offenkundig. Dieser Zeitpunkt war mutmaßlich auch der letzte Augenblick, an dem man aus diesem monströsen Zentralspital noch etwas Menschlicheres hätte machen können.

Im Sommer 1974 war möglicherweise der Point of no return im Bau noch da und wurde überschritten, unter Ihrem Vorsitz, Herr Bundeskanzler!

Aber Sie können sicher nicht sagen, niemand hätte Sie damals in dieser Sitzung über Fehlentwicklungen, über die Gefahr des Fehlbaus informiert. Insgesamt war damals den Beteiligten, wie wir heute aus den Akten wissen, die Gefahr einer enormen Fehlplanung, eines monströsen Zentralbaues offenkundig bekannt, und man hat Sie sicherlich schon zu diesem Zeitpunkt damit konfrontiert.

Herr Bundeskanzler! Das war vor sechs, sieben Jahren. Sechs Jahre, sieben Jahre, sechseinhalb Jahre hätten Sie Ihrer Gesamtverantwortung in der Regierung entsprechen können, hätten Sie Wesentliches beitragen können, um die Entwicklung dieses krebsartigen Geschwürs zu verhindern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben dann am 10. 12. 1974 einen Antrag der Wiener ÖVP im Gemeinderat nicht persönlich erlebt, aber Sie mußten doch davon gehört haben, daß damals die Wiener ÖVP, die Opposition — ich gebe zu, das ist etwas, was Sie geringschätzen —, einen Beratungsausschuß wegen schleppenden Baufortgangs verlangte. Bitte, im Dezember 1974, Herr Bundeskanzler, ist die Bauverzögerung schon so offenkundig gewesen, daß man eine Gemeinderatsdebatte in Wien darüber abgehalten hat.

Herr Bundeskanzler! Bitte, das liegt auch sechs Jahre zurück. Sie hätten sich damals informieren und sagen können: Was geschieht denn da?, wenn Sie schon der „Monarch“ in dieser Republik sind.

Es hat im Frühjahr 1975 heftige Debatten zwischen Wien und Bund darüber gegeben, welche Rechtsform man suchen sollte, um diesen Bau in Griff zu bekommen. Wir wissen heute, daß im Frühjahr 1975 tiefe Debatten darüber geführt wurden und tiefe Kontroversen zwischen dem Bund und der Gemeinde Wien vorlagen mit dem Ziel: Wie kommen wir bei diesem sich entwickelnden Ungeheuer weiter?

Es ist ganz einfach bezeichnend — und deswegen muß ich es hier nennen —, daß Sie in diesem Frühjahr im Auftrag der Sozialistischen Internationale auf Fact-finding-mission waren, Sie waren auf „Tatsachenfeststellungsreise“, wenn ich versuchen darf, das zu übersetzen, auf Fact-finding-mission. Während hier die Debatten um das AKH liefen, haben Sie ein Erlebnis gehabt, das ich hier, ganz einfach, weil es so schön in der „Arbeiter-Zeitung“ steht, zitieren möchte: Sie waren bei Gaddafi, draußen auf seinem Ruhesitz: „Und nach kurzer Begrüßung nahm Gaddafi Kreisky an der Hand und führte ihn in sein

Steinbauer

inneres Arbeitszimmer zu einer Aussprache unter vier Augen. Die Türen wurden von rotbemühten Wachen versperrt und der Vorraum geräumt. Über den Inhalt ihrer halbstündigen Besprechung wurden anschließend weder von Kreisky noch von Gaddafi die geringsten Aussagen gemacht.“

Herr Bundeskanzler! Die Fact-finding-mission am Ruhesitz des Herrn Gaddafi, diese Fact-finding-mission hätte vielleicht entfallen können, und es wäre günstiger gewesen, eine Fact-finding-mission auf der Baustelle des AKH zu machen, in aller Öffentlichkeit, nicht hinter verschlossenen Türen. Im Frühjahr 1975, da hätten Sie vielleicht eingreifen können, als Bund und Land stritten, wie es beim AKH weitergehen soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber Sie haben ja offensichtlich mehr Zeit für die Sozialistische Internationale gehabt, als sich um den AKH-Bau zu kümmern. Das muß man heute rückblickend ganz trocken festhalten.

Sie haben es auch nicht der Mühe wert gefunden, dem nachzugehen, was etwa am 6. 5. 1975, also, Herr Bundeskanzler, vor sechs Jahren, in der Nationalratsfragestunde der Abgeordnete Wiesinger etwa und andere Abgeordnete den Finanzminister im Zusammenhang mit dem AKH gefragt haben.

Schon damals haben wir warnend festgestellt, daß hier die Kosten davonlaufen und daß der Baufortschritt nicht mehr im Zeitplan ist. Herr Bundeskanzler! Da können Sie jetzt nicht sagen: Das war irgendwo in einem Gemeinderat, sondern da müssen Sie festhalten, das war eine Fragestunde im Nationalrat der Republik.

Wenn Sie genau aufgepaßt hätten, hätten Sie schon damals im „Österreichbild“ — aber niemand kann Sie verpflichten, alle Fernsehsendungen zu verfolgen — hören können, daß der Generalbevollmächtigte für das AKH damals, am 7. 5. 1975, im „Ö-Bild“ sagte:

„Ich glaube, damit muß man rechnen, daß mindestens noch 15 bis 17 Jahre für die Fertigstellung des Baus benötigt werden.“

Herr Bundeskanzler! Am 7. 5. 1975 hat der Beauftragte, der Generalbevollmächtigte der Gemeinde Wien, über das Fernsehen die Wahrheit einen Augenblick aufblitzen lassen. Er hat damals zu deutsch gesagt: Das AKH wird nicht vor 1990 oder 1992 fertig.

Herr Bundeskanzler! Sie hätten damals vielleicht wirklich eingreifen sollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gab im Parlament im Jahre 1975 eine

Anfragenserie über die Bauverzögerung — Wiesinger, Hubinek, die Namen sind Ihnen bekannt. Schon damals hat die Opposition AKH-befragt und sagte: Herr Bundeskanzler! Dieses AKH wird nicht rechtzeitig fertig, die Kosten dieses AKH werden sich explosionsartig entwickeln, und damals geisterte da und dort durch die Protokolle auch die Frage, wie das wohl mit den Betriebskosten sein mag.

Sie hätten auch 1976 alarmiert reagieren sollen, wenn Sie den Ausspruch Ihres Bürgermeisters und Parteifreundes Gratz gelesen hätten, der sagte damals wörtlich — und es zeichnet die Lage des AKH doch einigermaßen —:

„Als ich Bürgermeister wurde und mich mit dem Spitalsprojekt konfrontiert sah, fühlte ich mich überfordert, weil ich von solchen Dingen nichts verstehe. Da hätte ich Welthandel studieren müssen, statt Politiker zu werden.“

Herr Bundeskanzler! Angesichts solcher Aussprüche eines hauptverantwortlichen Partners in Sachen AKH hätten Sie damals handeln müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Frage ist, Herr Bundeskanzler: All das haben Sie vielleicht ignoriert; aber dann lag im Frühjahr 1976 das Gutachten, das SSK-Gutachten, das Seitz-Sienkiewicz-Kaufmann-Gutachten vor — bitte, mit dem Herrn Seitz waren Sie so gut, daß Sie ihn sogar persönlich weiterempfohlen haben —, das Gutachten der Herren Seitz, Sienkiewicz, Kaufmann, das monströse Fehlplanungen, schreckliche Geldverschwendung nachweislich ausgewiesen hat. Herr Bundeskanzler, ich frage Sie: Was haben Sie im Frühjahr 1976 getan, als dieses Gutachten das ganze Ausmaß des sich anbahnenden AKH-Skandals ausgewiesen hat, wissenschaftlich ausgewiesen hat? — Herr Bundeskanzler, ich muß annehmen, daß Sie nichts getan haben.

Und Sie haben sich sogar hier im Nationalrat als Abgeordneter erhoben, als am 7. 3. 1979 die ÖVP den Antrag zu einer Überprüfung der AKPE stellte. Sie haben mit Ihren sozialistischen Genossen — und federführend, denn wenn der Parteivorsitzende sich erhebt, da kann die Fraktion mutmaßlich schwerlich anders — mitgetan, um eine Überprüfung schon im März 1979 abzulehnen — bitte, damit wäre eine Überprüfung ein volles Jahr früher eingeleitet gewesen, das wäre vielleicht auch frühzeitiger die Chance gewesen, dem Herrn Winter und Genossen auf die Finger zu schauen —, Sie haben es mit Ihrer Stimme vom Sitz des Parlamentariers abgelehnt, Herr Bundeskanzler.

Steinbauer

Damit wird möglicherweise Ihre Haltung offenkundig. Sie wollen sich mit dem AKH nicht abgeben. Das haben Sie offensichtlich als unter Ihrer Würde liegend gesehen. Sie wollen der Opposition nicht glauben. Aber, Herr Bundeskanzler, damit wollen Sie auch nicht für eine sorgfältige, sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Verwendung der Steuergelder eintreten. Und das ist ein Skandal! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler, ich habe schon gesagt, Sie sind ein Meister des Taktierens und der politischen Geschicklichkeit. Herr Bundeskanzler, Sie haben auch mit der Verantwortung anderweitig herumgespielt. Ich habe auch das schon gesagt. Sie versuchten, alles auf Androsch abzulenken, als er weg war, aber trotzdem: Ich bin eine Generation jünger und verstehe weniger von politischer Verantwortung, aber ich meine doch, gerade in diesen schwieriger werdenden Jahren, in den achtziger Jahren, ist Verantwortung der Politiker in Gefahr, draußen bei den Menschen als leere Phrase empfunden zu werden, ist Verantwortung der Politiker in Gefahr, bei der Jugend in Mißkredit zu kommen, und müssen die Steuerzahler fürchten, daß die Politiker die Verantwortung nicht ernst nehmen.

Herr Bundeskanzler, wenn Sie es schon uns hier, der Opposition, nicht schuldig sind, den Menschen draußen sind Sie es schuldig, daß wiederum Sorgfalt und Sparsamkeit in dieses Land kommt, daß die Jugend das Gefühl hat, Politiker handeln auch und reden nicht nur in leeren Phrasen. Herr Bundeskanzler, uns trennt eine Generation, aber es sollte uns dabei doch bei der politischen Verantwortung nicht trennen, diese wieder mit Vertrauen für die Menschen draußen zu erfüllen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich kann Ihnen nicht helfen: Sie wollen offensichtlich auf diesem Weg nicht gehen. Sie haben eine Doppelverantwortung. Sie sind Parteivorsitzender und Sie sind Vorsitzender der Regierung gewesen und sind es noch. Sie haben einen über Jahre aufbrechenden Korruptionsskandal vor sich und nicht etwas, das über Nacht kam. Die Spuren und Signale dieses Skandals waren frühzeitig sichtbar. Sie hatten Jahre, sechs, sieben Jahre Gelegenheit, handelnd einzugreifen. Aber das, muß ich Ihnen heute doch vorhalten, haben Sie offenkundig nicht oder nicht genügend getan. Das haben Sie nicht getan, obwohl die handelnden Personen doch näher bekannt sind, und jetzt werde ich versuchen, ein bißchen so vorzugehen, wie Sie es unlängst im Fernsehen gezeigt haben.

Sie haben in der letzten TV-Pressesunde auf eine Frage mit Ihrem alten Kampfstil geantwortet. Sie haben bei irgendeinem Fall gesagt: Ja, ja, bei der Tabakregie, das ist doch ein alter ÖVPLer.

Ja bitte, Herr Bundeskanzler, wenn Sie mit solchen Zuordnungen arbeiten wollen, wie Sie in der „Pressesunde“ das der ganzen österreichischen Nation gezeigt haben, dann muß ich Ihnen in Ihrer Eigenschaft als Parteivorsitzenden doch sagen: Der Ex-Direktor und Untersuchungshäftling Winter, das ist ja ein Sozialist. Und der Spitalsdirektor Wilfling, Untersuchungshäftling, das ist ja auch ein Sozialist. Und der ITT-Spitzenmanager und Untersuchungshäftling Zelnicek, auch das, Herr Bundeskanzler, ist ein Sozialist. Und der Knoblich-Geschäftsführer und Untersuchungshäftling Sefcsik, auch das ist ein Sozialist. Der hauptverantwortliche Stadtrat Mayr, auch das ist ein Sozialist. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Und die Stadträte Stacher und der Aufsichtsratsvorsitzende Horny, sie alle sind Sozialisten. Und die Geschäftemacher im Demel und bei der Ökodata, sie alle sind Sozialisten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Parteivorsitzender! In einem denkwürdigen Kontrast zu dem, was Sie draußen in der Meidlinger Remise als stolze Geschichte der Arbeiterbewegung zeigen, haben in der Ära Kreisky im Schutz Ihrer Person als Parteivorsitzender AKH-Sozialisten, Demel-Sozialisten, Ökodata-Sozialisten, Geldschieber und Steuerverschwender agieren können, als ob es nichts gegeben hätte, das sie stoppen kann. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich könnte sagen, das ist eine Sache der Sozialistischen Partei. Aber bitte, für dieses Gebilde, dieses metastasenhafte Gebilde am Körper der großen Sozialistischen Partei, mußten alle Österreicher Steuer zahlen, und das können wir nicht akzeptieren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, Herr Bundeskanzler — und deswegen muß man es heute auch hier erwähnen, weil es klarmachen sollte, daß man die Dinge nicht wegschieben kann —, die Demel-Sozialisten haben an Ihren eigenen Werbekampagnen basteln können. Im Lütgendorf-Salon im Demel-Club, da saßen der Parteianwalt der SPÖ Damian, der mutmaßliche Waffenhändler Udo Proksch und der Waffenhandelspublizist Holliger, der Schweizer Fachmann. Und woran haben die gearbeitet, die Waffenhändler und Waffenpublizisten, die Parteianwälte und Demel-Menschen? Sie haben gearbeitet an einer Millionenkampagne für Bruno

Steinbauer

Kreisky, von der keiner weiß, woher sie finanziert wurde! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Man muß es hier erwähnen, damit auch die Claqueure vergangener Kampagnen der Sozialistischen Partei wissen, daß sie selbst Cliquen haben, die Millionen irgendwoher beschafft haben, von denen man heute noch nicht weiß, ob sie AKH-Millionen sind, ob sie Flugzeug-Millionen sind, ob sie Rennbahn-Millionen sind oder ob sie Millionen aus Waffengeschäften sind. (*Ruf bei der SPÖ: Jedenfalls nicht ...!*) Keiner kann nachweisen, ob die „Geschichten von Bruno K.“ nicht wirklich aus dem AKH oder aus dem Waffenhandel oder sonst woher finanziert sind. Nur woher sie finanziert sind, das kann keiner von Ihnen bislang nachweisen, Herr Parteivorsitzender. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Damians, die Winters, die Wilflings, die Holligers, der Udo Proksch und seine Freunde, die Claqueure und Claqueure des Bruno Kreisky, der Bürgermeister Gratz, der Finanzminister Androsch, all das ist die Welt, die Welt nach dem AKH-Skandal, die Welt am Schluß der Ära Kreisky, die Welt nach zehn Jahren sozialistischer Regierung, und das alles ist zunächst Ihre Verantwortung als sozialistischer Parteivorsitzender. Aber auch als Bundeskanzler haben Sie eine Verantwortung, und der müssen Sie sich hier stellen.

Ich habe nachgewiesen, daß der Bauverzug schon frühzeitig sichtbar wurde. Herr Bundeskanzler, daß dieser Bau nicht dann fertig wird, wie Sie gesagt haben, daß er fertig wird, das wird immer offenkundiger.

Andere haben die Österreicher immer wieder mit falschen Fertigstellungsterminen informiert — unter Gänsefüßchen. Gratz sagte am 7. 5. 1975: Ich hoffe auf einen Fertigstellungstermin 1983.

Herr Bundeskanzler, da müßte man demnächst Eröffnung haben! Wie soll denn dieser Termin eingehalten werden? Haben Sie in letzter Zeit eine Fact-finding-mission am AKH gemacht? Ich fürchte, 1983 ist nicht mehr möglich.

Der Bautenminister Moser sagte im Nationalrat auch 1975 — der war schon vorsichtiger —, der sagte 1984, 1985. Herr Bundeskanzler, heute würde eine Fact-finding-mission am AKH ergeben, daß es auch 1984, 1985 nicht fertig wird.

Herr Bundeskanzler, Sie sagten am 7. 10. 1980 im Nationalrat — und wenn Sie es mir nicht glauben, dann erwähne ich die Protokollseite: 4 326 —: geplante Gesamtfertigstellung 1987. Herr Bundeskanzler, Sie haben

dem Nationalrat gesagt: geplante Gesamtfertigstellung 1987.

Ich fürchte, Sie werden auch heute noch versuchen, solche Ziffern von sich zu geben. Es wird nicht gelingen, denn Ihr neuer Star auf der Baustelle, der Herr generalbevollmächtigte Aufsichtsratspräsident oder was immer nun da herauskommen soll, die GesmbH der GesmbH gewissermaßen, Kandutsch sagte im Ausschuß, es wird erst 1990 fertig, und auch das ist nicht tröstlich, Herr Bundeskanzler, denn 1990 wird es laut Präsident Kandutsch im Untersuchungsausschuß, 1990 wird es nur fertig, wenn nichts Entscheidendes dazwischen noch passiert.

Und dann ist es erst so fertig, daß man sagen kann, der Bau ist abgeschlossen, denn danach kommt erst die technische Inbetriebnahme und danach, nach dieser technischen Inbetriebnahme, kommt erst die sanitätsbehördliche Abnahme und dann erst kommt laut Kandutsch die Übersiedlung.

Das heißt ja, Herr Bundeskanzler, 1990 spielt sich da noch nichts ab. Das geht ja nach 1990, bis das geschieht, was man uns seit Jahren — Gratz für 1983 — versprochen hat. Dieses Spital wird fertig und wirklich in Betrieb gehen — heute könnte man schätzen — 1992.

Aber, Herr Bundeskanzler, das ist ja gerade die Frage, die Sie heute verbindlich beantworten müssen, ohne Spielen mit Zahlen, ohne Spiel mit dem Vergessen der Bevölkerung, sondern verbindlich, als verbindliches Planungsziel dieser Bundesregierung den endgültigen Inbetriebnahme- und Fertigstellungstermin dieses Krankenhauses (*Beifall bei der ÖVP*), denn Kandutsch sagt ja auch, dieses Krankenhaus wird genau um die Hälfte der Zeit zu lang gebaut, und ich glaube, das war noch ein vornehmes Umschreiben dieses Bauverzuges.

Die andere Verantwortung, Herr Bundeskanzler, ist die Frage der Kosten. Wir alle wissen, daß bei einem Einfamilienhaus natürlich jede Stunde Verzug Mehrkosten ausmacht. Der Bauverzug beim AKH, wo es um Jahre geht und wo es um ein Großprojekt geht, heißt jedesmal Millionen. Wenn an der Baustelle nichts geschieht, müssen 4 Millionen ausgezahlt werden, 4 Millionen Schilling müssen täglich ausgezahlt werden, auch wenn die Baustelle ruht. Darüber muß man sich als Steuerzahler einmal klar sein: 4 Millionen Schilling müssen täglich ausgezahlt werden, 2 Millionen für das Personal, 2 Millionen für die Preisleitung, auch wenn nichts weitergeht! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*)

Steinbauer

Da sind die Ausmaße dieser Baustelle und da sind die Ausmaße der Kosten an solchen Einheiten vielleicht erkennbar. Deswegen ist es ein Skandal in sich, was Sie und verantwortliche Personen Ihrer Regierung und verantwortliche Organe im Laufe der Jahre hinsichtlich der Kosten gesagt haben. Ich reihe die Milliarde Schilling der Singenden Nachtigall in die Vergangenheit der Wiener Stadtgeschichte ein. Es war auch ein anders dimensioniertes Projekt.

Aber im Mai 1976 hat die „Rathauskorrespondenz“ 26 Milliarden ausgegeben, im März 1980 hat die sozialistische Parteikorrespondenz noch 26,2 Milliarden ausgegeben, und der Minister Androsch hat im Nationalrat hier am 19. 3. 1980 von 36,7 Milliarden gesprochen.

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Bundeskanzler: Kandutsch spricht da bereits anders. Er redet März 1981 schon von 40 Milliarden — das sind jene 20 000 S für jede Familie —, Fachleute sagen unter vorgehaltener Hand, wenn man die Finanzierung einrechnet, daß man da zwischen 50 und 60 Milliarden wohl hineinverpulvert haben wird und hineinverbaut und leider auch hineinverschwendet und zum Teil richtig verbaut, aber zum Großteil möglicherweise vollkommen falsch verbaut. Diese Ziffern, Herr Bundeskanzler, sind Ziffern und Signale sozialistischer Bauweise und sozialistischen Regierens und sind das Wundermal der Ära Kreisky.

Sie können sich zwar verlassen, daß viele Österreicher sich nichts darunter vorstellen können, was Milliarden sind, mich eingeschlossen. Aber daß es viel Geld ist, daß viele Österreicher dafür blutig Schilling um Schilling bezahlen müssen, daß es sehr viel Geld ist, das wissen auch die Österreicher, und daß sehr viel verschwendet wurde, daß es sich hier um einen Verschwendungsskandal im gigantischen Ausmaß handelt, bitte, das wissen die Österreicher. Die Österreicher wissen auch allmählich, obwohl Sie es zu verhindern versuchen, sie wissen auch, daß der Bundeskanzler der Republik das alles irgendwann gewußt haben muß und daß er daher verantwortlich ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Dokumente sozialistischen Wirtschaftens, Bauens und Regierens könnte man jetzt lange aufzählen. Da muß Kandutsch Ungeheuerlichkeiten zugeben im Ausschuß; Sie sollten das Protokoll einmal lesen oder in der Armbrustergasse einmal mit ihm ein weiteres Vieraugengespräch führen, vielleicht hat er es Ihnen ohnehin schon lange gesagt.

Er sagt: Heute muß man sagen, es hat keine

wirksame Bauwirtschaftsabteilung gegeben. — Bitte, das heißt, daß bei dem Großbau die Preiskontrolle nicht funktioniert hat.

Es hat nachlaufende statt vorauslaufende Planung gegeben.

Er sagt deutlich, daß es mangelnde Eigentümer- und Bauherrenfunktion gegeben hat — und bitte, Sie sind der Regierungschef, Sie sind der Eigentümer von 50 Prozent —, daß es schwere Planungsfehler gegeben hat — das wissen wir seit dem Seitz-Sienkiewicz-Gutachten spätestens. Ich rufe in Erinnerung, daß man ein Gesamtgeschoß um 20 Zentimeter absenken mußte, allerdings nachdem man es vorher gebaut hat, daß die Geschoßhöhe 3,30 statt 3,50 ist, daß die Türen zeitweise 90 Zentimeter breit waren, bis man sie auf 120 aufstemmte, denn so breit sind nämlich die Krankenbetten, daß man händisch aus dem Beton die Lichthöfe ausstemmen mußte; bitte, dies ist geradezu Bildhauerarbeit, wie man hier AKH gebaut hat. Aber Sie können sich vorstellen, daß jeder dieser Ausstemmschläge Schillinge der Steuerzahler gekostet hat.

Daß es eine Planungsanarchie gegeben hat, das ist wohl heute festzustellen. Zirka 30 000 Planungsänderungen kann man bis heute verzeichnen. Aber daß es auch ein Eldorado für Abräumverträge war. Millionenüberschreitungen, Superzuschläge von 15 Prozent und mehr, undurchsichtige Vorauszahlungen in Millionenhöhe, fehlerhafte, unkontrollierte Abrechnungen. All das, was wir in kleinerem Maßstab etwa bei der ARGE Kostenrechnung erlebten, spielt sich in gigantischem Ausmaß bei diesem AKH ab, Freihandvergabe, Mißachtung der ÖNORM, täglich fällige Kosten, von denen man nicht genau weiß, ob man sie wirklich braucht.

Herr Bundeskanzler! Schadensrechnungen entstehen, wie sie mein Freund Feurstein vorgelegt hat. Allein die Schadensschätzung bei der Ökodata-Medconsult-Gruppe 70 Millionen Schilling, die Schadensschätzung beim ORP-Auftrag an die Mediplangruppe ist 23 Millionen Schilling, und die Schmiergeldzahlungen betragen in der Regel 2 bis 5 Prozent der Auftragssumme. Nur daß sie im Preis drin waren, das ist Ihnen wohl auch klar, und daß da niemand kontrolliert hat, das ist Ihnen auch klar.

Wenn Sie sich den Fall der ABO anschauen, dort, wo die Ökodata-Consultatio-Gruppe tätig wurde, dann muß ich Ihnen heute sagen, was Kandutsch sagte. Er sagte, daß der 370-Millionen-Auftrag, der da hätte zur Gänze an diese Ökodata-Consultatio-Gruppe vergeben werden sollen, daß dieser 370-Millionen-Auftrag derzeit geschätzt wird auf 70 Millionen Wert

Steinbauer

und daß er insgesamt, wenn man freundlich ist, bestenfalls 100 Millionen Schilling hätte kosten dürfen. Herr Bundeskanzler! Die Ökodata-Consultatio-Gruppe hat unter dem Titel ABO einen 370-Millionen-Auftrag an Land gezogen, von dem die Fachleute heute sagen — und Ihr Kandutsch sagt das heute —, von dem die Fachleute heute sagen, daß er 70, und wenn man freundlich ist, bestenfalls 100 Millionen Schilling wert ist.

Bitte, das sind Abräumverträge in einem gigantischen Ausmaß, abgeschlossen von Ihren sozialistischen Parteifreunden! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dieses System sozialistischen Bauens, sozialistischen Regierens, sozialistischen Nichtkontrollierens, dieses System wird doch am deutlichsten am Bettenpreis. Es ist für mich immer noch unverständlich, warum man in Deutschland ein Krankenhausbett um zwischen 4 und 6 Millionen errichten kann und warum ein Krankenhausbett im AKH 16,9 Millionen oder 23 Millionen kosten wird, irgendwo dazwischen, je nachdem, welche Kosten Sie uns heute verkünden.

Herr Bundeskanzler! Daher nochmals und zum Schluß die Fragen, die die Steuerzahler, die die Österreicher heute an Sie richten:

Was kostet den Steuerzahler das AKH nun wirklich?

Wann wird dieses AKH nun wirklich fertig?

Welche Sicherheiten bekommt der Steuerzahler wirklich, daß die Mißstände nun wenigstens für die Zukunft ausgeräumt werden?

Wie sind nun die Betriebskosten dieses Großspitals, das eines Tages eröffnet wird, wirklich?

Und wer soll das alles bezahlen?

Herr Bundeskanzler! Ich hoffe, Sie haben sich diese gigantischen Summen nicht leichtfertig angehört. Ich hoffe, Sie haben die Spekulation, die ja immer möglich ist, nicht angestellt, daß die Menschen draußen die Milliarden sich nicht ganz in ihrer Größenordnung vorstellen.

Aber, Herr Bundeskanzler, Sie haben ja selber gesagt, wie Millionen und auch Milliarden entstehen. Ich darf es ein bißchen ummünzen: All das Geld, das im AKH verschwendet wird, heißt für den Steuerzahler: da ein Hunderter, dort ein Hunderter, da ein Tausender, dort ein Tausender an Steuergeldern. Herr Bundeskanzler, Sie sind uns heute in Ihrer Verantwortung die Antwort schuldig, was es wirklich kostet, wann es wirklich fertig wird, und Sie

müssen diese Verantwortung eingestehen, denn Sie können nicht danebenstehen, wenn am Ende eines Jahrzehnts der Ära Kreisky die Steuerzahler Millionen, Millionen und Milliarden aufbringen mußten, um einen Skandal zu finanzieren. Das kann doch keine abschließende Antwort sein. Sie müssen uns heute sagen, wie Sie es in den nächsten Jahren besser machen wollen. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat sich Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky gemeldet.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Meine Damen und Herren! Ich beantworte die dringliche Anfrage der Abgeordneten Steinbauer, Dr. Wiesinger, Dr. Marga Hubinek, Dr. Neisser und Genossen wie folgt:

Bevor ich auf die einzelnen Punkte eingehe, möchte ich einige grundsätzliche Feststellungen machen:

Erstens: Ursprünglich war nur der Neubau der II. Chirurgischen Universitätsklinik geplant. Die Entscheidung über die Planung und Errichtung eines neuen Allgemeinen Krankenhauses mit 2 500 Betten, über seinen Standort und vor allem über die Blockbauweise fiel bereits im Jahre 1957.

Zweitens: In den am 17. 7. 1958 geschaffenen Spitzenausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Republik Österreich und der Stadt Wien für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wurden von Bundesseite der Bundesminister für Finanzen, der Bundesminister für Unterricht und der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau entsandt. Es waren das damals die Bundesminister Professor Dr. Kamitz, Dr. Drimmel und Dr. Bock. Dieser Spitzenausschuß hat den Beschluß gefaßt, anstatt des ursprünglichen Neubaus einer einzigen Klinik — nämlich der II. Chirurgischen — die Planung und Errichtung des Neubaus des gesamten AKH vorzunehmen.

Drittens: Daraus ergibt sich nun, daß damals entschieden wurde, daß das Allgemeine Krankenhaus mehr als doppelt so groß sein sollte, als es ursprünglich geplant war, und daß sich aus dieser Änderung viele Weiterungen ergeben haben, natürlich auch die sehr viel längere Bauzeit. Bereits jetzt sind Teile des Krankenhauses in Betrieb, zum Beispiel die Kinderklinik, die Psychiatrie und die Personalwohnhäuser und wesentliche Einrichtungen der Infrastruktur.

Die Bettenreduktion ist auf die erforderliche Ausweitung der Flächen für die wissen-

Bundeskanzler Dr. Kreisky

schaftliche Ausbildung und Forschung zurückzuführen und steht im übrigen im Einklang mit dem im Wiener Gemeinderat einstimmig beschlossenen Spitalsplan, wie mir gesagt wird. Ursprünglich waren 3 000 Betten geplant, 1957 erfolgte einvernehmlich eine Reduktion auf 2 500 und 1977 auf 2 173. Im übrigen bedeutet die Umstellung von Großkrankensälen auf Zwei- bis Dreibettzimmer eine entscheidende Verbesserung der medizinischen Betreuung der Patienten. — Diese Faktoren bedingen zweifellos auch eine Verteuerung.

Und nun zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1: Ich habe bereits in einer Erklärung am 7. 10. 1980 vor dem Hohen Haus ausgeführt, daß nach den mir zugekommenen Mitteilungen von den für die Errichtung des Spitals kompetenten Stellen die Gesamtkosten auf der Preisbasis vom 1. 1. 1980 sich auf zirka 24,2 Milliarden Schilling belaufen werden.

Zur Frage 2: Wie ich in einer Erklärung vor dem Hohen Haus ausgeführt habe, können die seinerzeit von Vizekanzler Dr. Androsch bezüglich der künftigen Betriebskosten getroffenen Aussagen aufrechterhalten werden. Damals wurden diese auf der Basis 1978 mit 3 Milliarden Schilling beziffert. Nunmehr liegt eine aktuelle Betriebskostenschätzung vom 7. 4. 1981 vor, die die Höhe der laufenden zukünftigen Betriebskosten sogar in einem etwas günstigeren Lichte erscheinen läßt.

Zur Frage 3: Ohne mich mit der gebrauchten Wortwahl auch nur im entferntesten identifizieren zu wollen, möchte ich auf folgendes verweisen:

Von den 10 Punkten, die ich am 3. 9. 1980 im Zusammenhang mit Korruptionsfällen formuliert habe, sind auch einige von Bedeutung für die Materie des Allgemeinen Krankenhauses. Von ihnen befinden sich folgende in Realisierung:

Für die begleitende Kontrolle wird im Bereich der Verwaltung ein Modell ausgearbeitet.

Ferner wird ein Modell für eine neue Gesellschaftsform zur Durchführung von Großvorhaben erstellt.

Der Entwurf eines Vergabegesetzes ist fertiggestellt und wird demnächst zur Begutachtung versendet werden.

Der Entwurf eines zweiten Antikorruptionsgesetzes, der strafrechtliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vor-

sieht, war bereits im Begutachtungsverfahren.

Unabhängig von den für die Zukunft geplanten Maßnahmen wurde im AKH eine begleitende Kontrolle geschaffen.

Darüber hinaus wurde bereits die Umwandlung der AKPE-AG in eine Ges.m.b.H. eingeleitet.

Die im Zusammenhang mit dem AKH aufgedeckten Fälle von Wirtschaftskriminalität sind derzeit Gegenstand strafrechtlicher Verfahren.

Abschließend ist noch festzuhalten, daß der Aufsichtsrat der AKPE vor kurzem beschlossen hat, allfällige Rückforderungsansprüche sowie Schadenersatzforderungen geltend zu machen.

Zu den Fragen 4 und 5: Förmliche Entscheidungen der Bundesregierung über Probleme des AKH sind in der angegebenen Zeit nicht getroffen worden. Dazu bestand auch kein Anlaß, weil eine Kompetenz der Bundesregierung in der Angelegenheit nicht besteht.

Zur Frage 6: Seit der Gründung der AKPE haben mehrere erweiterte Aktionärsbesprechungen, das heißt Besprechungen der zuständigen Bundesminister und der zuständigen Mitglieder der Wiener Landesregierung, stattgefunden. Da bei diesen Besprechungen jeweils Einvernehmen erzielt wurde, ist die Koordinationskompetenz ebensowenig wie bei meinen Vorgängern zum Tragen gekommen.

Zu den Fragen 7 und 8: Das Wesen der politischen Verantwortung besteht darin, daß die Regierungsmitglieder das Vertrauen des in Betracht kommenden gesetzgebenden Organs besitzen müssen. Es ist daher von vornherein ausgeschlossen, daß ein Organ der Vollziehung eine förmliche Erklärung darüber abgibt, wie seine politische Verantwortung und die anderer Oberster Organe der Vollziehung für eine bestimmte Angelegenheit zu beurteilen ist.

Zur Frage 9: Bund und Stadt Wien finanzieren den Neubau des AKH aus ihren Budgets. Es bestand daher auch keine Notwendigkeit, ein eigenes Finanzierungsgesetz zu erlassen. Sollte jedoch in Zukunft auch eine außerbudgetäre Finanzierung erwogen werden, wird die Bundesregierung zeitgerecht eine entsprechende Regierungsvorlage dem Hohen Hause vorlegen.

Im übrigen ist der in der Frage 9 konstruierte Zusammenhang zwischen einem

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Finanzierungsgesetz und der Planungsqualität nicht gegeben.

Abschließend möchte ich darauf verweisen, daß morgen über einstimmigen Beschluß des Hauptausschusses eine ganztägige parlamentarische Enquete stattfinden wird, bei der die Fragen um das AKH allseitig und durch Fachleute behandelt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß der Geschäftsordnung kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Wiesinger.

Abgeordneter Dr. Wiesinger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Hohes Haus! Ich bin — das muß ich ehrlich gestehen — von Ihrer Erklärung enttäuscht. Ich hätte mir erwartet, daß Sie, nachdem Sie ja zur Beantwortung der Fragen durch unsere gestrige Zurückziehung der dringlichen Anfrage ausreichend Zeit gehabt haben, doch konkrete Antworten geben würden. Ich werde im einzelnen darauf noch eingehen, aber ich möchte wirklich sagen: Eigentlich habe ich mir von Ihnen, Herr Bundeskanzler, eine dennoch sachinhaltlich deutlichere Darstellung erwartet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin aber noch in einem anderen Punkt enttäuscht, und ich sage das ganz offen: enttäuscht als Abgeordneter dieses Hauses. Ich hätte mir erwartet, daß Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, bei der heutigen Gelegenheit zu einem Vorfall Stellung nehmen, der dem österreichischen Parlamentarismus nicht würdig ist.

Sie kokettieren sehr gerne mit Ihrem Alter und verbinden, wie man es im Volksmund weiß, das Alter auch mit Weisheit. Aber ich glaube nicht, daß es der Weisheit letzter Schluß sein kann, daß Sie als erfahrener langjähriger Politiker einen jungen Abgeordneten dieses Hauses persönlich diffamieren. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und ich war, ehrlich gesagt, überzeugt davon, daß Sie die menschliche Größe aufbringen werden, diese Sache heute in einer Ihnen sicherlich möglichen eleganten Form aus der Welt zu schaffen.

Aber nun zur Anfragebeantwortung. Sie haben kurz einen Abriß über die Via dolorosa des Allgemeinen Krankenhauses Wien gegeben. Nur haben Sie eines nicht gesagt: Warum Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ausgestattet mit der absoluten Mehrheit im Bund und im Land Wien, nicht im Jahre 1970, nicht

im Jahre 1972, nicht im Jahre 1974, nicht im Jahre 1976, nicht im Jahre 1980 jene Änderungen vorgenommen haben, die notwendig waren und die auch möglich gewesen wären. Diese Antwort sind Sie uns leider wieder schuldig geblieben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun zur ersten Frage. Sie sprechen von Gesamterrichtungskosten von 24,2 Milliarden Schilling. Herr Bundeskanzler, wir haben wieder eine neue Zahl. Am 19. März haben Sie noch von 36,7 Milliarden Schilling gesprochen. Herr Bundeskanzler, es kennt sich ja überhaupt schon niemand mehr aus, und der Ausdruck, den die ÖVP geprägt hat, hier handle es sich um ein Milliardenroulett, wird immer wieder aufs neue bestätigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zur zweiten Frage sagen Sie: Im wesentlichen kann man bei den Betriebskosten bei 3 Milliarden Schilling bleiben, es gibt aber eine optimistischere Schätzung vom 7. 4. 1981, die etwas günstiger ist.

Herr Bundeskanzler! Hier geht es um entscheidende Fragen der gesundheitspolitischen Finanzierbarkeit, und Sie sagen, 3 Milliarden Schilling, vielleicht etwas günstiger. So kann man doch Parlamentarier, die die Sache sehr ernst nehmen, nicht abspeisen.

Der nächste Punkt. Sie haben uns am 19. März vorigen Jahres einen Bericht gegeben, und damals wurde einstimmig der Entschließungsantrag auf Wunsch der Sozialistischen Partei gefaßt, daß die Bundesregierung einen umfassenden Bericht über die Lage beim AKH gibt. Herr Bundeskanzler, über ein Jahr warten wir auf diesen Bericht. Das Ergebnis, das Sie uns heute hier lapidar sagen: eine neue Schätzung der allgemeinen Baukosten und eine günstigere Schätzung — ohne Zahlen zu nennen — der Betriebskosten. Ich frage mich eines, Herr Bundeskanzler: Wieso lassen Sie sich das als Regierungschef gefallen? Wenn ich Bundeskanzler Österreichs wäre *(Heiterkeit bei der SPÖ)* und ich würde eine Frage stellen — jawohl, wenn ich an Ihrer Stelle wäre —, ich würde es mir nicht gefallen lassen, daß man in einer derartigen Weise mit mir umspringt. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich bin gewohnt, mich als Arzt in die Problematik und die Situation von anderen Menschen hineinzudenken, und das versuche ich auch bei Herrn Dr. Kreisky.

Zum nächsten. Sie haben sich seit der Gründung der AKPE im Ministerrat mit dieser Frage nicht beschäftigt. Herr Bundes-

Dr. Wiesinger

kanzler! Hier geht es um die politische Verantwortung Ihres Amtes. Ein Bundeskanzler, der sieht, daß ein Milliardenprojekt ins Schleudern kommt — und das mußten Sie sehen — und sich in der Bundesregierung damit nicht befaßt, handelt politisch fahrlässig. Ich verwende einen Ausdruck, den Sie damals im Zusammenhang mit Vizekanzler Bock in die Debatte geworfen haben.

Zusammenfassend: Wir haben wieder keine Antwort, wir wissen wieder nicht, wohin es geht. Ich glaube schon, daß Ihnen, Herr Bundeskanzler, jedesmal das Sodbrennen kommt, wenn Sie den Begriff AKH hören. Aber damit ist es nicht abgetan. Sie müssen sich mit diesen Fragen beschäftigen, um das kommen Sie nicht herum. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie ist es denn überhaupt zu diesem ganzen Schlamassel, zu dieser Situation gekommen? Die Kernfrage, die man versäumt hat zu stellen und die Sie seit 1970 hätten stellen müssen — wiederholt hätten stellen müssen —, ist folgende: Was ist die gesundheitspolitische Aufgabe des Allgemeinen Krankenhauses? Darüber hat sich die SPÖ bedauerlicherweise nie Gedanken gemacht.

Frau Minister Dr. Leodolter hat sich während der sieben Jahre ihrer Ministertätigkeit um das Allgemeine Krankenhaus überhaupt nicht gekümmert. Wiederholt habe ich sie von diesem Pult aus aufgefordert und habe gesagt: Sie als Gesundheitsminister, Sie als Ärztin haben die vornehmste Pflicht, sich um diesen Spitalsbau zu kümmern! Das Ergebnis war Null.

Der nächste Gesundheitsminister, Herr Dr. Salcher, hat mir bei der ersten Budgetdebatte im Ausschuß erklärt: Bitte, das Allgemeine Krankenhaus geht mich nichts an, und er hat sich auch weitgehend mit dieser Problematik nicht befaßt.

Ich hoffe — ich kann nur wieder meiner Hoffnung Ausdruck geben —, daß sich der neue Gesundheitsminister mit dieser Frage sehr wohl beschäftigen wird.

Denn was ist die Fehlentwicklung beim Allgemeinen Krankenhaus? Die Fehlentwicklung ist, daß man diesem Krankenhaus Aufgaben aufbürdet, die es nicht erfüllen kann und die kostenmäßig nicht zu erfüllen sind. Das ist der Hauptvorwurf an die gesamte Planung.

Man hat den Ambulanzbetrieb für 7 000 bis 9 000 Patienten ausgeweitet, eine Zahl, die wir in Österreich für die ambulante Versorgung nicht brauchen und für die eine Universitätsklinik nicht zuständig ist. Die ambulante Ver-

sorgung hat von der niedergelassenen Ärzteschaft, von den Einrichtungen der Gebietskrankenkassa oder den Ambulanzen der Standardkrankenhäuser, durchgeführt zu werden.

Das gleiche gilt für die Laborausweitung. Die Laborausweitung erfolgte mit zwei Dritteln des ursprünglich geplanten Ausmaßes.

Ich darf Ihnen kurz etwas von meiner Ausbildung bei Professor Dr. Lauda an der Ersten Medizinischen Universitätsklinik erzählen: Es war ein Standardspruch von ihm: Herr Kollege, mir imponiert es überhaupt nicht, wenn Sie Ihre Fieberkurve mit Befunden vollschmieren, sondern ich möchte von Ihnen eine Anamnese des Patienten hören. Haben Sie sich mit ihm ausgesprochen und haben Sie Befunde an ihm selbst erhoben?

Das war die entscheidende Fehlentwicklung: daß man von der unmittelbaren menschlichen Beziehung Arzt — Patient zur Medizintechnik übergegangen ist. Die Medizinaltechnik hat nur die Funktion einer Hilfswissenschaft, sie darf nicht die Priorität in der Medizin übernehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Und genau dieser Weg wird heute beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses eingeschlagen.

Wir haben Ihnen konkrete Vorschläge gemacht. Herr Bundeskanzler, Sie haben sicher nicht sehr viel Zeit, sich mit allen Details zu beschäftigen, aber ich sage es Ihnen noch einmal. Halten Sie es für verantwortlich, daß man in unmittelbarer Nähe des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses eine Klinik um 300 Millionen Schilling generalsaniert und sie in zwei Jahren wegreißen will, weil genau justament an diese Stelle die Zahnklinik hingebaut werden soll? Herr Bundeskanzler, können Sie das verstehen? Ich glaube, es gibt niemand in Österreich, der einen derartigen Schildbürgerstreich überhaupt zur Kenntnis nehmen kann.

Das gleiche gilt für die Erste Medizinische Universitätsklinik, eine Klinik, die exzellent ausgestattet ist. Ihre Sanierung, um sie den modernen Anforderungen einer besseren Patientenunterbringung adäquat zu machen, würde nach Schätzungen der Architekten der AKPE etwa 200 bis 250 Millionen Schilling kosten. Nein, ein ordentlicher Baukörper, eine Bausubstanz, die leicht sanierbar ist, muß weggerissen werden, weil genau an diese Stelle justament ein übergroßer Strahlenbunker hingebaut werden muß. Herr Bundeskanzler, verstehen Sie eine derartige Vorgangsweise? *(Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das verlangen die Ärzte!)*

Dr. Wiesinger

Herr Bundeskanzler, reden Sie sich bitte nicht auf die Ärzte aus. Herr Bundeskanzler, die Ärzte haben die legitime Pflicht und das Recht, für ihre Patienten das Maximale zu verlangen. Und der Politiker hat die Aufgabe, alles das zu genehmigen, was notwendig und finanzierbar ist. So ist die Verantwortungsteilung. *(Beifall bei der ÖVP. — Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Dr. Wiesinger! Der Professor Deutsch hat mich vorige Woche angerufen und als Leiter des Bauausschusses diesen Strahlenbunker verlangt!)*

Noch einmal, Herr Bundeskanzler: Natürlich kann er es verlangen, das ist ja sein Recht als Klinikchef. Aber es kann nicht alles das, was wünschenswert ist, und alles das, was technisch möglich ist, auch erfüllt werden. Da müssen wir den Mut haben zu sagen: Was brauchen wir, was können wir uns leisten? *(Beifall bei der ÖVP.)* Und Sie haben die politische Kraft, es zu sagen. Sie werden bei mir in diesem Punkt sicherlich jede Unterstützung haben.

Aber weil wir gerade bei Zahlen sind, Herr Bundeskanzler. Sie werden Ihnen nicht präsent sein. Ich nenne Ihnen jetzt Zahlen des österreichischen Gesundheitswesens aus dem Jahre 1980.

Für das Krankenhauswesen in Österreich wurden 23,8 Milliarden ausgegeben. Die Arztkosten betrugen 15,5 Milliarden, Medikamente 7,8 Milliarden, Frühpensionen aus Krankheitsursachen 20,6 Milliarden, Krankenstandskosten 15,4 Milliarden, Sonstiges, Transporte, Heilbehelfe und ähnliches 5,6 Milliarden.

Das ist eine Summe von 88,7 Milliarden oder, umgerechnet auf das Bruttonationalprodukt, 9,1 Prozent.

88,7 Milliarden kostet das gesamte Gesundheitswesen inklusive Frühpensionierungen, Krankenstände und so weiter. Und hier haben wir ein Projekt, das uns in den Errichtungskosten 26,2, 36,7, 40, 50 Milliarden — kein Mensch weiß, wieviel — und in den Betriebskosten etwa 10 Milliarden kosten soll gegenüber den Krankenhauskosten in Gesamtösterreich von 23,8 Milliarden. Herr Bundeskanzler, wie wollen Sie uns erklären, wie man das in Zukunft finanzieren kann?

Es ist in den zehn Jahren sozialistischer Alleinregierung eine Steigerung dieser Gesamtkosten des Gesundheitswesens, also des gesamten Systems, um 24,68 Prozent eingetreten. Das heißt, im Jahre 1970 waren es 7,3 Prozent des gesamten Bruttonationalprodukts. Es wurde also eine überdurchschnittliche

Steigerung in dieses System eingebracht. Herr Bundeskanzler, gesünder sind die Österreicher in der Zwischenzeit sicherlich nicht geworden, und daher fragt sich, ob wir im Sinn einer vernünftigen Gesundheitsökonomie uns nicht einmal fragen müssen, wie wir die Mittel, die wir alle gemeinsam erwirtschaften, vernünftiger, besser und zweckmäßiger für dieses System einsetzen. Die Vorgangsweise beim AKH ist sicherlich der falsche Weg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aus diesem Grund glauben wir, daß man nicht so wie bisher wahllos mit den Mitteln umgehen kann, denn derzeit ist ja keine Möglichkeit der tatsächlichen Kontrolle der Ausgaben beim AKH gegeben. Deshalb verlangen wir, daß man ein Finanzierungsgesetz erlassen soll. Eine Forderung, die wir schon seit langem erhoben haben und die, wie wir vom Herrn Bundeskanzler heute gehört haben, nicht grundsätzlich abgelehnt wird, aber erst dann, wenn man Fremdkapital aufnehmen muß. Das wird sicher bald der Fall sein, wir wollen aber schon vorher dieses Gesetz im Haus beschließen haben, denn uns geht es hier um etwas anderes.

Für Sie scheint das Finanzierungsgesetz ein Instrument zu sein, um Geld auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen; das heißt Flucht aus dem Budget. Für uns ist das Finanzierungsgesetz die Möglichkeit, daß alle Preis- und Kostenüberschreitungen bei diesem Neubau auch im Parlament bewilligt werden müssen. Das heißt, daß wir die Möglichkeit haben zu überprüfen, ob die Kostenüberschreitungen, die Sie verlangen, auch tatsächlich berechtigt und notwendig sind. Ich glaube, ohne Einschaltung des Parlaments kann man die Bundesregierung nicht weiter so fuhrwerken lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bringe aus diesem Grund einen

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen betreffend Vorlage eines AKH-Finanzierungsgesetzes ein.

Die ÖVP vertritt seit langem die Auffassung, daß beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien ein Kostenlimit vorgegeben werden muß. Sie hat daher verlangt, daß ein eigenes Finanzierungsgesetz für dieses Großbauvorhaben beschlossen wird. Dadurch soll sichergestellt werden, daß im Zusammenhang mit diesem Kostenlimit in Zukunft Kostenüberschreitungen zu begründen sind und vom Nationalrat ausdrücklich beschlossen werden müssen.

Dr. Wiesinger

Diesem Finanzierungsgesetz sind beschlußreife Planungsunterlagen, bestehend aus einer Bauplanungsunterlage und einer Bau-durchführungsplanung, mit exakter Terminangabe anzuschließen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat unverzüglich ein Finanzierungsgesetz samt beigefügten Planungs- und Bauunterlagen für den Neubau des AKH in Wien zur Beschlußfassung vorzulegen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ganz kurz auf eine Aussage des Herrn Finanzministers eingehen, der in der gestrigen Fragestunde erklärt hat, es sei ja unmöglich, eine Betriebskostenberechnung für die Zukunft anzustellen. Er könne ja nicht einmal sagen, was im Jahre 1987 ein Laib Brot kostet.

Meine Damen und Herren! Ist das nicht eine komplette Bankrotterklärung jeder wirtschaftlichen Zukunftsüberlegung? Es gibt längerfristige Budgetvorschauen, es gibt ein Investitionsprogramm der Bundesregierung über zehn Jahre. Die gesamte Privatwirtschaft muß natürlich vorausplanend kalkulieren können.

Das bedeutet doch, wenn der Finanzminister der Republik erklärt, eine Vorausschau sei nicht möglich, weil er nicht sagen kann, was ein Laib Brot kostet, daß sich die gesamte Wirtschaft überlegen muß, wie es überhaupt weitergehen soll. Ein Finanzminister, der nicht in etwa sagen kann, wie es in Österreich in fünf Jahren ausschaut, der hat in dieser Funktion von vornherein versagt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben als Opposition im Zusammenhang mit dem AKH immer wieder unsere guten Dienste angeboten. Unsere guten Dienste deshalb angeboten, weil wir glauben, daß das Allgemeine Krankenhaus in Wien ein nationales Problem darstellt. Es ist kein Wiener Problem, es ist kein Wien-Niederösterreich-Problem, es ist ein gesamtösterreichisches Problem, und deshalb tragen wir als Parlamentarier auch mit die Verantwortung. Nur: Ob man bereit ist, die Vorschläge, die Ideen, die guten Dienste, die wir einbringen, auch anzunehmen, diese Verantwortung liegt ausschließlich bei der SPÖ.

Sie haben — ich habe es bereits gesagt — bei allen entscheidenden Weichenstellungen versagt. Im Jahre 1970 haben Sie nichts geändert, 1974 haben Sie uns niedergestimmt, 1975

haben Sie keine Konsequenz ergriffen, 1976 haben Sie uns niedergestimmt, 1979 und 1980 haben Sie uns niedergestimmt. Sie können es, Sie haben die Macht dazu. Ob es verantwortungsbewußt ist, möchte ich bezweifeln.

Ich möchte heute nochmals unsere Bereitschaft deponieren, daß wir die von uns vorgebrachten und dargelegten Anträge und Gedanken mit Ihnen beraten. Denn glauben Sie mir eines: Es ist halt nicht so, daß nur in einer Partei die ganzen Gescheiten und in der anderen Partei die ganzen Dummen sitzen. *(Abg. Dr. Fischer: Das ist Ihr politisches Klima: Wir kriegen jetzt einen Antrag und sollen darüber abstimmen!)* Herr Dr. Fischer, mir geht es jetzt nicht um die Frage des politischen Klimas. Mir geht es um das nationale Problem Allgemeines Krankenhaus Wien. Sind wir imstande, dieses schlingende Schiff, dieses strandende Schiff noch auf guten Kurs zu bringen, oder sind wir dazu nicht imstande?

Nochmals: Es ist nicht so, daß die einen alle gescheit und die anderen alle dumm sind. In einer Krisensituation, wie sie sich um dieses Krankenhaus jetzt abzeichnet, haben wir die Verpflichtung, daß alle gutwilligen und alle verständnisvollen Österreicher zusammenhelfen.

Ich appelliere daher an Sie, Herr Dr. Fischer, ermöglichen Sie Tagungen des Unterausschusses des Gesundheitsausschusses, wo seit Monaten Anträge von uns in der Tischlade „verschimmeln“, nur weil Sie nicht bereit sind, Ihre Termino Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir betteln nicht darum, mit Ihnen diskutieren zu können. Wenn man in der letzten Zeit sieht, wie die Debatten hier im Haus abgeführt werden, wäre das auch einmal einer eigenen Diskussion wert.

Wenn in einem Ausschuß, wo es um Kompetenzen des Gesundheitsministeriums geht, ein einziger sozialistischer Abgeordneter anwesend ist und sich in vier Stunden Debatte nur mit einem Zwischenruf zum Wort meldet, so sehe ich hier ein Problem der Demokratie, aber nicht deshalb, weil der Herr Dr. Kreisky am Samstag oder Sonntag erklärt, das Klima ist vergiftet. Hier wird ganz einfach zu wenig Leistung erbracht, zu wenig eingebracht von Ihren Abgeordneten. Denn es hilft nichts, wenn wir mit Engelszungen vier Stunden lang reden und am Schluß erklärt der Vorsitzende: Ja, meine Herren, das ist ganz schön, aber geändert wird an der Regierungsvorlage nichts mehr. Dann hat es ja gar keinen Sinn, wenn wir uns dort mit

Dr. Wiesinger

Ihnen auseinandersetzen. Und Sie haben immer wieder ... (Abg. Dr. Fischer: *Wollen Sie uns nicht Noten ins Klassenbuch schreiben?*)

Herr Dr. Fischer! Ich bin Ihrer Meinung, wenn Sie sagen, Demokratie ist Diskussion. (Abg. Dr. Fischer: *Geben Sie uns Fleißnoten, Betragensnoten!*) Aber ich kann nicht diskutieren, wenn ich einen anspreche, und der gibt mir keine Antwort. (Abg. Dr. Fischer: *Das hängt davon ab, was der sagt. Wenn der uns beschimpft ...*)

Herr Dr. Fischer! Fragen Sie Ihren Vorsitzenden, Ihren Obmann Mondl. Kein böses Wort. Es ist ja nicht wahr, daß in den Ausschüssen ...

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter! Sie müssen fertig werden.

Abgeordneter Dr. Wiesinger (fortsetzend): Dort herrscht ja kein schlechtes Klima, sondern ich glaube, daß wir gemeinsam in der Frage AKH sehr wohl zu einer Lösung kommen könnten. Sie haben bewiesen, daß Sie es allein nicht zusammenbringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der Entschließungsantrag ist genügend unterstützt, er steht mit in Behandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Hobl.

Abgeordneter Ing. Hobl (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele in diesem Lande haben sich gestern gefragt, warum die Österreichische Volkspartei einen oder zwei Tage, also bleiben wir beim heutigen Tag, einen Tag vor einer parlamentarischen Enquete, die sich mit dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses beschäftigt, eine dringliche Anfrage an den Herrn Bundeskanzler stellt.

Wenn man die Debattenbeiträge der Kollegen Steinbauer und Wiesinger gehört hat, dann weiß man es ganz genau, Sie wollen sogenannte „griffige“ Formulierungen haben, insbesondere Steinbauer, und sind gar nicht interessiert an einer sehr sachlichen Diskussion.

Sie können diesen Eindruck, meine Damen und Herren, den wir haben, morgen noch wettmachen. (Beifall bei der SPÖ.) Morgen in dieser parlamentarischen Enquete unter dem Titel „Fragen zur Fertigstellung des Allgemeinen Krankenhauses“ mit einer Tagesordnung, wo im ersten Punkt die Bestandsauf-

nahme des AKH-Baues behandelt wird. (Abg. Dr. Kohlmaier: *Wird Herr Dr. Kreisky dort sein?*)

Im zweiten: wo ein ausländischer Gast über Erfahrungen bei der Errichtung von Kliniken und Großkrankenhäusern im Freistaat Bayern unter besonderer Berücksichtigung des Prüfungsverfahrens für die notwendigen Nutzflächen einer Universitätsklinik sprechen wird.

Wir werden im dritten Tagesordnungspunkt den Vorsitzenden der Baukommission, Universitätsprofessor Dr. Deutsch, hören über die medizinischen Anforderungen an das AKH. Da können Sie sich dann, Herr Kollege Dr. Wiesinger, fachlich unterhalten.

Im vierten Punkt wird der Herr Präsident des Rechnungshofes Dr. Broesigke und der Kontrollamtsdirektor von Wien Dr. Delabro über Erfahrungen bei der Kontrolle des AKH-Baues berichten.

Und im fünften Punkt wird der Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher die Zielsetzungen bezüglich der Fertigstellung des AKHs bekanntgeben.

Alle Referate werden diskutiert. Die Parteien dieses Hauses werden im Verhältnis 12:10:3 daran teilnehmen. (Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.) Die Vertreter der Gemeinde Wien und des Gemeinderates im Verhältnis 8:6:2, Frau Dr. Hubinek. Da gilt nicht der Proporz des Wiener Gemeinderates, sondern dort haben wir Ihnen sogar den Proporz in diesem Haus zugestanden, denn der Proporz im Wiener Gemeinderat wäre für Sie schlechter gewesen.

Und dann gibt es auch fünf Vertreter des Aufsichtsrates der AKPE. (Abg. Dr. Neisser: *Das müssen Sie der Wiener SPÖ sagen!*) Nein! Nein! Die wissen das. Das habe ich ihnen schon gesagt. Ich habe gesagt: So großzügig sind wir sogar, daß wir den Vertretern des Wiener Gemeinderates den Proporz dieses Hauses anbieten, damit die große Oppositionspartei mehr Teilnehmer haben kann. Das ist unsere Behandlung von Minderheiten. Im günstigen Sinne, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Dann gibt es fünf Vertreter des Aufsichtsrates der Gesellschaft, drei Vertreter der medizinischen Fakultät der Universität Wien und der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und dem Burgenland. Da können Sie dann die fachlichen Beiträge liefern, Ihre Fragen stellen.

Es gibt auch drei Vertreter der Bundesmini-

Ing. Hobl

sterien für Finanzen, Gesundheit und Umweltschutz, des Wissenschaftsministeriums sowie des Rechnungshofes. Auch der Chef der begleitenden Kontrolle Dr. Kandutsch wird zur Verfügung stehen.

15 weitere Sachverständige und Auskunftspersonen von den Fraktionen im Verhältnis 7:6:2 werden teilnehmen. Dort können wir dann diese fachlichen Diskussionen führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihre heutigen Fragen ... (Abg. Dr. Wiesinger: Werden Sie morgen dabei sein?) Ich bin morgen dabei, Herr Kollege Dr. Wiesinger. Und all die Fragen, die Sie heute gestellt haben, sind Fragen, die der Herr Bundeskanzler bereits am 7. 10. 1980 in seinem Zwischenbericht ausführlich beantwortet hat, den wir einstimmig hier in diesem Haus beschlossen haben, wo wir im März des vergangenen Jahres die Regierung aufgefordert haben, wenn die Kontrollamtsberichte vorliegen, wenn die Berichte des Rechnungshofes vorliegen, so wird die Bundesregierung ersucht, ihre Schlußfolgerungen zu ziehen.

Der jüngste Kontrollamtsbericht ist erst etwa drei Wochen alt. Der Herr Bundeskanzler hat eine Kommission eingesetzt, die ihm genau ausarbeiten soll, welche Vorwürfe, Schuldfragen, Kostenfragen, Überschreitungsfragen, Rückforderungsfragen gestellt werden sollen.

Der Bürgermeister der Bundeshauptstadt hat in seinem Bereich eine gleiche Gruppe eingesetzt. Wir werden dann den Bericht der Bundesregierung über ihre Schlußfolgerungen aus den Kontrollamtsberichten und dem Rechnungshofbericht hier in diesem Haus erhalten.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir die Erklärungen des Herrn Kollegen Steinbauer hier sehr aufmerksam angehört. Die sozialistische Bundesregierung und die Mehrheitsfraktion im Wiener Gemeinderat wissen schon lange, daß die Menschen die Fragen stellen: Wann wird dieses Krankenhaus endlich den Patienten, nicht nur der Bundeshauptstadt, sondern auch der ganzen Republik zur Verfügung stehen? Und stellen Sie das nicht so dar, als ob an dieser Baustelle überhaupt nichts geschehen wäre. Gehen Sie hin und schauen Sie sich das an, was bisher schon geschaffen wurde, wo Teilfertigstellungen sind, wo schon gearbeitet wird und wie der Rohbau fortschreitet, und dann reden Sie darüber! (Beifall bei der SPÖ.)

Viele Bürger dieser Bundeshauptstadt und auch Bürger aus anderen Teilen der Republik

haben in den letzten Jahren und Monaten Gelegenheit genommen, die Baustelle zu besichtigen. Und ich muß Ihnen sagen: Sie sind beeindruckt. (Abg. Hietl: Das glaube ich!) Damit möchte ich nicht verniedlichen.

Nein! Nein! Damit möchte ich nicht die Dinge verniedlichen, die Unzukömmlichkeiten, die dort vorgekommen sind und über die wir uns in diesem Hause noch auf Grund des Auftrages an den Untersuchungsausschuß unterhalten werden, aber auch im Zusammenhang mit dem Bericht, den die Bundesregierung dem Hause noch vorlegen wird.

Meine Damen und Herren! Wenn Herr Kollege Steinbauer so darstellt, 20 284 S zahlt jede österreichische Familie für das Großkrankenhaus Allgemeines Krankenhaus, und er das so darstellt, als ob das einmalige gigantische Beträge wären (Abg. Dr. Steger: Aber ohne Betriebskosten!), ja, natürlich, Errichtungskosten, dann möchte ich Ihnen nur ein Beispiel aus dem Gebiet des Straßenbaues sagen:

Meine Damen und Herren! Genau dieselben österreichischen Familien zahlen in zwei Jahren genau den gleichen Betrag für den Neubau, die Erhaltung, den Betrieb und die Überwachung des österreichischen Straßennetzes. Sie stellen das so dar, wie wenn das einmalige ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Steger.) Ja! Nur dieses Haus, Herr Kollege Dr. Steger, ist ein Jahrhundertbauwerk, so wie es das alte Allgemeine Krankenhaus war. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Na dann erinnern Sie sich, Herr Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, an die Ausführungen des Leiters des Wiener Kontrollamtes Dr. Delabro, der gesagt hat: Es gibt gar keinen Grund anzunehmen, daß von den Erfahrungen, auch von den traurigen Erfahrungen, die wir mit dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses eben zur Kenntnis nehmen müssen, daß die nächste Generation etwas haben wird, weil das ein Bau sein wird, der vier, fünf und mehr Generationen überdauern wird, wie das Bauwerk selbst, das jetzt abgelöst werden soll. Meine Damen und Herren! Stellen wir es also nur in den richtigen Relationen dar!

Wenn man die Ausführungen des Kollegen Steinbauer genau angehört hat, so konnte man sich unschwer in Erinnerung rufen, daß er vor etwa zehn Tagen zum neuen Wahlkampfleiter der Österreichischen Volkspartei für die nächste Nationalratswahl bestellt wurde.

7116

Nationalrat XV. GP — 71. Sitzung — 9. April 1981

Ing. Hobl

Nun, meine Damen und Herren, da muß man sich fragen: Für wie viele verlorene Wahlkämpfe ist denn der Herr Steinbauer schon verantwortlich Ihrer Partei gegenüber?

Wenn er diesen Stil, den er heute hier mit unwahren Angaben, mit falschen Zahlen gezeigt hat, schon als Wahlkampf vorbereitung führt, dann kann man sich ja auf allerhand gefaßt machen.

Wenn er da so redet von den Menschen, die Waffenhändler sind, von den „Demel-Menschen“ — na, meine Damen und Herren, Bela Rabelbauer und seine Straf-Sündenkartei, das ist schon auch etwas, was man Ihnen bei der Gelegenheit in Erinnerung rufen muß. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und wahrscheinlich wissen Sie mehr, als Sie der Öffentlichkeit gesagt haben, den Grund dafür, warum Sie die 10 Millionen-Spende möglichst schnell zurückgegeben haben. *(Zwischenruf des Abg. Hietl.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch sagen, der Kollege Wiesinger hat gesagt, er bietet die guten Dienste der großen Oppositionspartei an.

Wenn es wirklich gute Dienste wären, die zum Besseren führen, dann wird meine Fraktion sicherlich geneigt sein, sehr darüber zu reden.

Wenn man sich aber ansieht, meine Damen und Herren, was Wiesinger in den letzten sechs Jahren zum Allgemeinen Krankenhaus gesagt hat, dann muß man schon fragen, ob man so schnell seinen Ratschlägen folgen soll.

Ich möchte den Kollegen Wiesinger nur an das Rundfunkinterview vom 12. Juni 1975 erinnern. Damals hat Wiesinger auf die Frage des Interviewers, ÖVP-Gesundheitsstadtrat Dr. Glück hätte sich dafür einsetzen müssen, daß das Krankenhaus richtig gebaut wird, gesagt:

„Es besteht ja zurzeit“ — bitte, meine Damen und Herren, 12. Juni 1975 — „keine Kritik an der Planung an und für sich. Darüber sind sich alle Verantwortlichen und Fachleute, sowohl Architekten als auch Ärzte, einig, daß die Konzeption des AKH das Richtige ist. Und ich kann nur Professor Fellinger als zweifellos kompetenten Fachmann auf diesem Gebiet zitieren, der erklärt hat: Das wird die modernste Klinik Europas werden.“ Das war Wiesinger am 12. Juni 1975.

Und da stellt sich der Herr Abgeordnete Steinbauer her und zitiert uns eine Erklärung des damaligen Generalbevollmächtigten der Stadt Wien, Dr. Bandion, vom 7. Mai 1975, daß

dieser gesagt hätte, die Fertigstellung werde 1990 bis 1992 sein und das Zentralgebäude-system sei nicht das richtige.

Da sieht man ja die demagogische Argumentationslinie des Herrn Kollegen Steinbauer. Uns zitiert er 7. Mai 1975. Was aber sein Klubkollege Wiesinger am 12. Juni 1975 gesagt hat — genau das Zitat, das ich Ihnen jetzt vorgelesen habe —, das verschweigt Steinbauer geflissentlich. *(Zwischenruf des Abg. Kern.)*

Meine Damen und Herren! Wenn das der Charakter und der Grundzug der guten Dienste ist, die Sie als große Oppositionspartei anzubieten haben, dann bedanken wir uns heute schon dafür. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die große Oppositionspartei leugnet ihre geschichtliche Verantwortung für diesen größten Spitalsbau der Republik und wahrscheinlich des gesamten europäischen Kontinents.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner jetzigen Anfragebeantwortung schon darauf hingewiesen, daß die Planungsgrundlagen bis in die fünfziger Jahre zurückreichen. Und da muß ich Ihnen in Erinnerung rufen, daß zum Beispiel Professor Dr. Schönbauer am 25. Jänner 1959 erklärte, daß das Spital der Zukunft Hochhausform haben werde. Das war mit eines der Argumente, die damals in der großen Koalition und auch in der Koalition im Wiener Rathaus zu den Entscheidungen geführt haben, die Sie heute so lebhaft kritisieren und der sozialistischen Bundesregierung, die elf Jahre regiert, in die Schuhe schieben wollen.

Aber auch, meine Damen und Herren... *(Abg. Grabher-Meyer: Die größten Fehler sind in der großen Koalition gemacht worden!)* Ich bin gar nicht der Meinung, daß das große Fehler waren. Ich erinnere die große Oppositionspartei nur an ihre geschichtliche Verantwortung bei den Entscheidungen, Herr Kollege. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Unterrichtsminister Dr. Drimmel hat die Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses in Zentralbauweise als Ruhmesblatt in der Geschichte der Wiener medizinischen Schule bezeichnet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gemeinderäte und Stadträte der Wiener ÖVP in den sechziger Jahren haben allen wesentlichen Entscheidungen, die auf die Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses abzielten, wie wir es heute schon in der Roh-

Ing. Hobl

form sehen können, uneingeschränkt zugestimmt.

Der damalige ÖVP-Stadtrat Dr. Otto Glück hat am 22. August 1972 in einer Wiener Stadtsenatsitzung berichtet, daß die Kosten- und Planungsunterlagen für die Errichtung des Kerngebäudes des Allgemeinen Krankenhauses vom Spitzenausschuß einstimmig genehmigt wurden. Das war 1972, da hat es hier schon drei Jahre lang eine sozialistische Regierung gegeben, aber im Wiener Rathaus noch immer eine große Koalition zwischen SPÖ und ÖVP.

Meine Damen und Herren! Im Wiener Stadtssenat im September 1975 und im Wiener Gemeinderat im Oktober 1975 wurde die Gründung der Allgemeinen Krankenhaus Wien Planungs- und Errichtungs-AG einstimmig, also auch mit den Stimmen Ihrer Partei, beschlossen.

Herr Bundesparteiohmann, weil ich Sie jetzt da auf Ihrem Platz sitzen sehe: Sie waren, wenn ich mich richtig erinnere, neun Monate Unterrichtsminister in der letzten Phase der Regierung Dr. Klaus. Kein einziges Mal haben Sie sich als kompetenter Minister damals um den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses gekümmert. (*Abg. Staudinger: Neun Monate und bei Ihnen elf Jahre!*) Nein, nein, Herr Kollege Staudinger, machen Sie es sich nicht so einfach! Der Herr Bundeskanzler tat es, und hier in diesem Haus und im Untersuchungsausschuß ist oft genug nachgewiesen worden, wie oft sich sozialistische Minister im Rahmen ihrer Kompetenzen und Verantwortung gekümmert haben.

Aber damals, Herr Kollege Staudinger, haben wir keine Aktiengesellschaft gehabt, die die ÖVP in Wien mit uns gemeinsam beschlossen hätte, damals war der Spitzenausschuß das allein zuständige Organ, und der Herr Unterrichtsminister — auch wenn er nur neun Monate lang, also eine relativ kurze Zeit, Dr. Mock geheißen hat — hat kein einziges Mal an einer solchen Sitzung teilgenommen, sondern sich überhaupt nicht darum gekümmert.

Meine Redezeit geht zu Ende. Meine Damen und Herren! Seien Sie überzeugt, diese Bundesregierung — wenn Sie wirklich echte und ehrliche Ratschläge haben und nicht solche, die die rasche Fertigstellung verzögern; da habe ich so meine Bedenken — wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Entschließungen, die wir in diesem Haus gefaßt haben, daß nämlich dieses Allgemeine Krankenhaus möglichst rasch und kostengün-

stig fertiggestellt werden wird, wirklich einzuhalten. Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Bauer.

Abgeordneter Dkfm. Bauer (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Einen Teil der in der gegenständlichen Anfrage aufgeworfenen Probleme und Fragen wird man seriöserweise nach Abschluß der Untersuchungen des AKH-Untersuchungsausschusses zu beantworten haben. Vor allem natürlich jene Frage, um die es in der heutigen „Dringlichen“ geht, nämlich der politischen Verantwortung. Diese zu klären, diese klarzustellen und zu untersuchen, wurde dieser Ausschuß ja hier im Hohen Hause eingesetzt.

Das schließt natürlich nicht aus, daß man über den größten Fehlplanungs-, Korruptions- und Verschwendungsskandal der Zweiten Republik neuerlich und schon vor Abschluß der Arbeiten des Untersuchungsausschusses debattiert und die Fehlplanungen, die Korruption und den sträflich leichtsinnigen Umgang mit den Steuergeldern hier im Hohen Haus öffentlich anprangert und Zusammenhänge aufzeigt, soweit sie bisher klargeworden sind, und das, was es bisher an Konsequenzen daraus gegeben beziehungsweise nicht gegeben hat, einer kritischen Beleuchtung unterzieht.

Ich stehe bei diesem Vorhaben immer wieder vor dem Problem, daß offensichtlich die deutsche Sprache zu schwach ist, um das treffend zu geißeln, was sich beim AKH-Bau abgespielt hat, um diese Mischung aus Dummheit, Fahrlässigkeit, Schildbürgereien, Schweinereien — ich sag' es, wie ich es mir denke —, Korruption, bis hin zum Verbrechen, treffend darzulegen.

Die Menschen im Land — und leider nicht nur in unserem Land; ich meine damit, daß uns der AKH-Skandal im Ausland, international sicherlich viel an Renommee gekostet hat — fragen, wie konnte denn das geschehen, und wer trägt dafür die Verantwortung?

Wie und durch wen diese Frage beantwortet werden soll, geht die freiheitliche Fraktion allerdings mit den Antragstellern der Österreichischen Volkspartei in keinster Weise konform.

Die Österreichische Volkspartei will diese heikle und zentrale Frage vom Herrn Bundeskanzler klarstellen lassen. Sie haben den Herrn Bundeskanzler gefragt in den Punkten 7 und 8, wie denn er diese politische Verantwortung sieht:

Dkfm. Bauer

„Wie beurteilen Sie die politische Verantwortung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung, des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz, des Bundesministers für Bauten und Technik und schließlich Ihre eigene im Zusammenhang mit dem AKH-Skandal?“

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Abgesehen davon, daß wir Freiheitlichen nicht so naiv sind zu glauben, der Herr Bundeskanzler werde sich selber und seinen Ministern und Parteigenossen ein Nichtgenügend erteilen, wollen wir diese Frage der politischen Verantwortung gar nicht von ihm beantwortet wissen. Wir glauben, das ist Sache des AKH-Untersuchungsausschusses, das ist die ureigenste Sache des Parlaments! Wir haben diese Frage hier zu beantworten, wir haben das klarzustellen — nicht der Herr Bundeskanzler! *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Dieses Recht, Herr Kollege, sollten wir uns nicht nehmen, nicht selbst nehmen — wenigstens wir Freiheitlichen wollen es uns nicht nehmen lassen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man seriös an die Frage der politischen Verantwortung für diesen Turmbau zu Wien herangehen will, dann muß man tatsächlich weit zurückgehen, ein bißchen weiter, als das verständlicherweise die Herren Kollegen Steinbauer und Wiesinger getan haben. Ich habe ganz genau zugehört, ab wann für sie die politische Verantwortung beginnt, nämlich ab dem Jahr 1973/74. Ich weiß auch, warum sie für die Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei in diesen Jahren einsetzt, und ich werde Ihnen das dann schon noch sagen.

Meiner bescheidenen Meinung nach ist eine Wurzel des Übels — und ich befinde mich mit dieser Meinung in guter Gesellschaft — die Entscheidung, das Allgemeine Krankenhaus zu Wien als Zentralbau zu errichten. Diese Entscheidung — das wurde, glaube ich, hier schon angeführt — ist auf Wiener Gemeindeebene und auf Bundesebene im Jahr 1957 gefallen. Damals hat es — das werden Sie alle noch in Erinnerung haben — eben die große Koalition gegeben, die große Koalition auf Wiener Ebene bis zum Jahr 1973 mit einem ÖVP-Gesundheitsstadtrat bezeichnenderweise — interessanterweise, besser gesagt —, und auf der Bundesebene hat die Österreichische Volkspartei bis zum Jahre 1970 entweder die Hauptverantwortung oder die alleinige Verantwortung getragen. Erst ab dem Jahr ... *(Zwischenruf der Abg. Helga*

Wieser.) Erst ab dem Jahr 1970, Frau Kollegin Wieser — das werden Sie ja wissen — hat die Sozialistische Partei auf Bundesebene die Alleinverantwortung übernommen und damit auch die Alleinverantwortung über die Geschehnisse des Allgemeinen Krankenhauses. Das sei natürlich, selbstverständlich hier festgehalten! *(Zwischenruf des Abg. Kern.)*

Wenn Sie, Herr Kollege Kern, heute zu Recht nach der Mitverantwortung des Herrn Bundeskanzlers beim AKH fragen, nach der Mitverantwortung des Bautenministers, nach der Mitverantwortung des Wissenschaftsministers, nach der Mitverantwortung des Finanzministers fragen, so sind auch mir, bitte, seien Sie mir nicht böse, für die Zeit bis zum Jahr 1970 so prominente ÖVP-Namen wie Klaus, Mock, Bock, Drimmel und Kamitz eingefallen. Das können Sie halt nicht hinwegleugnen, darüber können Sie nicht hinwegdiskutieren.

Mißverstehen Sie mich nicht, meine lieben Kollegen von der rechten Seite des Hauses: Ich weiß schon, wer die Hauptverantwortung beim AKH-Skandal trägt, das weiß ich schon; und ich weiß auch — und ich sage es Ihnen noch einmal —, daß seit dem Jahr 1970 auf Bundesebene die SPÖ die Alleinverantwortung trägt und auf der Wiener Landesebene seit dem Jahr 1973. Das weiß ich schon. Aber so leicht, Herr Kollege Steinbauer, können und wollen wir es Ihnen auch gar nicht machen, daß wir Ihnen zuliebe auf die Zeit bis 1970 oder 1973 vergessen, weil eben der Baubeginn des Allgemeinen Krankenhauses im Jahre 1958 war. *(Beifall bei der FPÖ.)* Das sind halt Fakten, über die man nicht hinwegdiskutieren kann — und wir Freiheitlichen auch gar nicht wollen!

Ich sagte schon: Eine Wurzel des Übels ist die Entscheidung, das Allgemeine Krankenhaus in der Zentralbauweise zu errichten.

Das zweite Übel ist die fehlende, ungenügende Bauaufsicht, die fehlende, ungenügende Projektleitung von Anbeginn an, meine sehr geehrten Damen und Herren. Diese Funktionen hätte bis in die frühen siebziger Jahre hinein der sogenannte Spitzenausschuß wahrnehmen sollen, der auch heute bereits erwähnt worden ist. Er hat diese Funktion nicht erfüllt, er hat sie nicht wahrgenommen. Man hat ohne Zeit- und Kostenlimit zu bauen begonnen. Man hat ohne entsprechende Planung angefangen — was man sich eigentlich gar nicht vorstellen kann — und man hat ohne Berechnung der Betriebskosten den Bau in Angriff genommen.

Dann darf man sich halt nicht wundern,

Dkfm. Bauer

wenn man von den ursprünglichen Kosten — 3,5 Milliarden — jetzt bei 40 Milliarden, ohne die Finanzierungskosten, steht.

Herr Bundeskanzler! Von wo Sie Ihre 24,2 Milliarden her haben, weiß ich nicht. Ich würde Ihnen sehr verbunden sein, wenn Sie hier dann nähere Aufklärung über die Berechnung dieser Kosten geben könnten.

Ich habe bis jetzt wirklich nichts anderes gehört und gelesen von Fachleuten und von solchen, die es vielleicht weniger sind, als daß sich alle diese Rechnungen oder Prognosen im Bereich von 36 bis 40 Milliarden Schilling, ohne Finanzierungskosten, bewegen.

Man darf sich dann auch nicht wundern, wenn statt zehn Jahre nun mehr als 30 Jahre verstreichen werden, bis dieser Bau fertig sein wird.

Alle diese Entscheidungen oder Nichtentscheidungen wurden bis in die frühen siebziger Jahre herauf von diesem Spitzenausschuß gemeinsam — der Kollege Hobl war so freundlich und hat darauf hingewiesen —, einstimmig gefaßt. Der Spitzenausschuß war im Verhältnis 2:1 besetzt. *(Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.)*

Frau Kollegin Wieser! 2:1 war er besetzt, 2:1 zwischen SPÖ und ÖVP. Ich kann Ihnen nicht helfen, auch wenn es mir innerlich leid tun würde. Es tut mir nicht leid, daß es so war. Ich kann es Ihnen nicht ersparen. Es ist halt einmal so, liebe Frau Kollegin.

Am ersten Höhepunkt des Bau- und Planungschaos im Jahre 1972/73 — und jetzt, Frau Kollegin, wenn Sie so nett sein und mir eine halbe Minute zuhören wollen, weil Sie sich zuerst so aufgeregt haben — ist dann die politische Verantwortung wirklich ausschließlich in Richtung SPÖ übergegangen. Das ist genau der Grund, warum der Herr Kollege Wiesinger und der Herr Kollege Steinbauer immer erst im Jahr 1973 zu diskutieren beginnen.

Damals hat es eine geheime Studie auf der Wiener Ebene gegeben, diese ist zu dem Ergebnis gekommen, man müßte diesen Bau entweder einstellen oder stoppen und neu planen. Also, das mit dem Einstellen ist gar nicht so neu, wie wir jetzt immer wieder hören.

Weil allerdings auf der Wiener Ebene Wahlen vor der Tür gestanden sind — es handelt sich um das Jahr 1973, als Herr Bürgermeister Gratz der Spitzenkandidat war —, hat man sich zu dieser Konsequenz nicht durchzuringen getraut, weil man geglaubt hat, das wird einem dann beim Wahlgang, der unmit-

telbar bevorstand, auf den Kopf fallen. Man hat sich dann wohl zu dem schlechtesten Kompromiß — ich habe sonst nichts gegen Kompromisse —, in dem Fall zu dem schlechtesten Kompromiß entschlossen, nämlich bei laufendem Bau neu zu planen. Und das hat dann zu der AKPE und den Folgemaßnahmen geführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wäre jetzt sehr verlockend, auf den, wie es in der Anfrage heißt, „Verschwendungs- und Korruptionsskandal“ im einzelnen einzugehen, aber dazu fehlt mir die Zeit. Ich möchte aber nicht versäumen, wenigstens das Strickmuster zu schildern, nach dem diese Verschwendungs- und Korruptionsskandale abgelaufen sind. Sie sind ja immer nach dem gleichen Schema über die Bühne gegangen.

Da bewerben sich Firmen um AKH-Aufträge und erhalten diese auch, obwohl sie bis zu doppelt so teuer sind wie ausgebotete Mitbewerber und obwohl sie diese Aufträge überhaupt nicht auszuführen in der Lage sind, weil sie mächtige Fürsprecher in der SPÖ haben — Stichwort Club 45; sie sitzen auch anderswo —, weil sie Gemeindefirmen sind — Stichwort ODELGA — und weil ein ÖVP Holding-Direktor eine ÖVP-nahe Firma ins Spiel bringen will — Stichworte Prutscher, Drennig. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.)*

Herr Kollege Kohlmaier, Sie waren damals nicht da, lesen Sie die Protokolle. Der Herr Drennig hat unaufgefordert die Firma Prutscher mehrere Male mir persönlich gegenüber als ÖVP-nahe bezeichnet. Er hat mir gegenüber im Ausschuß zugegeben, daß er die Firma Prutscher aus einer Philosophie, die zu schildern mir jetzt die Zeit fehlt, ins AKH-Geschäft bringen wollte. Und er hat weiter gesagt, er hätte Ihre Partei darüber informiert. Das sage ich jetzt auch gleich noch dazu. *(Abg. Dr. Steger: Angeblich wird er jetzt bestraft und darf nicht Generaldirektor-Stellvertreter werden, weil er so ausgesagt hat!)*

Die Aufträge konnten nicht ausgeführt werden und sind im Subabonnement an die vorher auf geheimnisvolle Art und Weise ausgeboteten Billigbieter oder an Briefkastenfirmen zurückgegangen, deren Spuren sich auf irgendwelchen Inseln in der Karibik oder sonstwo verlieren. Genauso liegt der Weg im dunkeln, den die Gewinne, die aus diesem eigenartigen Auftragsringenspiel erflossen sind, gegangen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es bleibt also die Frage übrig: Wie konnte der-

Dkfm. Bauer

artiges geschehen, ohne daß es jemand der verantwortlichen Politiker bemerkt haben will? Oder hat man es gewußt und hat die Dinge ganz einfach treiben lassen? Oder — das wäre wohl die unangenehmste Konsequenz — hat man ihnen gar Vorschub geleistet?

Da gibt es eben diese interessante Zeugnisaussage, Herr Kollege Kohlmaier, von der ich gerade gesprochen habe, daß beispielsweise so eigenartige Firmenkonstruktionen zwischen einer roten Gemeindefirma und einer ÖVP-nahen Privatfirma (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ist nicht „ÖVP-nahe“! — Abg. Staudinger: Das ist doch Unsinn!*) — ich spreche jetzt von ODELGA und Prutscher; der Herr Kollege Drennig hat es behauptet, er wird es ja wissen — dann zu dieser Konstruktion der MED-CONSULT geführt haben, die der Herr Kollege Steinbauer offensichtlich in Unkenntnis der Dinge hier angeführt hat. Bitte schön, das war die Firma, wo Ihr Prutscher mit dabei war, Herr Kollege Steinbauer. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist nicht unser Prutscher! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren von der rechten Seite des Hauses! Der Herr Kollege Drennig hat im Untersuchungsausschuß auf Befragen zugegeben, daß er über diese eigenartigen Konstruktionen maßgebliche Politiker der SPÖ und der ÖVP informiert hätte. Lesen Sie die Protokolle nach, dann werden Sie es finden! (*Abg. Staudinger: Was hat denn das mit der Wahrheit zu tun?*) Dann sagen Sie nicht, daß Sie das nicht wissen und daß es nicht so ist. Dort steht es so drinnen, und der wird es wissen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir wieder beim Ausgangspunkt gelandet, bei der politischen Verantwortung und bei den politischen Konsequenzen aus all diesen Dingen, die es ja bisher wenig gegeben hat. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich gehe sonst gerne auf Zwischenrufe ein, aber ich habe nicht mehr viel Zeit.

Für die freiheitliche Fraktion ist das, was es bisher an Konsequenzen gegeben hat, jedenfalls zuwenig, es ist ungenügend. Der Herr Bürgermeister Gratz hat ja diesmal nicht einmal mehr die Türschnalle in die Hand genommen. Vielleicht hat er befürchtet, es hält ihn niemand zurück. Eher als Scherz müssen wir auch den Umstand auffassen, daß man auf Wiener Ebene nunmehr eine Kommission eingesetzt hat, die den Kontrollamtsbericht überprüfen, die also eine Prüfung der Prüfung vornehmen soll. Zum Überdruß sitzen in dieser

Kommission zum Teil noch diejenigen, die es angeht, die kritisiert worden sind. Auf der Wiener Ebene übernehmen also zum Teil die zu Kontrollierenden die Kontrolle.

Meine Damen und Herren! Auch die Umwandlung der AKPE von einer Aktiengesellschaft in eine GesmbH kann natürlich nicht das einzige Allheilmittel sein. Sie könnte ein guter und richtiger Schritt sein, sie sichert möglicherweise eine effektive begleitende Kontrolle, aber es wird auch sehr stark auf die handelnden Personen ankommen. Wie gesagt, nur die Umwandlung von einer AG in eine GesmbH wird zuwenig sein, um zur Tagesordnung überzugehen.

Ich muß zum Schluß kommen. Feststeht, daß sich alle verantwortlichen und zuständigen Politiker von Anbeginn an — ich unterstreiche: von Anbeginn an — bis heute nie ernsthaft um diesen Bau gekümmert haben. Feststeht, daß es mit dieser Mischung aus grober Sorglosigkeit, Fahrlässigkeit, höchstem Dilletantismus und kriminellen Zuständen bis hin zum Verbrechen nicht weitergehen kann.

Die Oppositionsparteien und die gesamte Öffentlichkeit warten auf die Konsequenzen, die die SPÖ, die Bundesregierung, die Wiener Landesregierung beziehungsweise der Wiener Stadtsenat ziehen und die sie bisher schuldig geblieben sind. Viel Zeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben Sie nicht mehr dazu. Sollten Sie jetzt nach Vorliegen des Wiener Kontrollamtsberichtes, nach Vorliegen der Rechnungshofberichte und nunmehr auch nach Vorliegen der Ergebnisse des AKH-Untersuchungsausschusses diese Konsequenzen nicht ziehen, dann werden sie — da bin ich sicher — die Wähler ziehen. Das hoffe ich, und das zeichnet sich ab. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Neisser.

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie, daß ich meine Ausführungen mit einem Zitat beginne. Das Zitat hat folgenden Wortlaut: „Es gehört schon zur Aufgabe einer Regierung, daß man auf substantielle Fragen, die in der Diskussion aufgeworfen werden, auch substantielle Antworten gibt und nicht nur am Rande so ein bißchen herumbrodiert, wie das der Herr Bundeskanzler heute wieder getan hat.“

Meine Damen und Herren! Dieses Zitat stammt vom 28. November 1967 und wurde von dem damaligen Oppositionsführer Dr.

Dr. Neisser

Kreisky ausgesprochen. Ich würde mir wünschen, daß er bei der Beantwortung der heutigen Anfrage diese Maxime von damals etwas mehr beherzigt hätte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Das einzige, wo Sie konkret waren, war bezüglich der ersten Anfrage, als Sie uns mitgeteilt haben, daß die Gesamtkosten nach Ihrer derzeitigen Berechnung bei, glaube ich, 24,2 Milliarden Schilling liegen. Bei der Frage der Betriebskosten haben Sie schon gesagt, es gebe eine neuere Berechnung, die günstiger sei. Wie die aussieht, haben Sie nicht beantwortet. Bei der Frage der politischen Verantwortung haben Sie gesagt, daß das eigentlich eine Sache ist, wo die Verantwortung der Regierung gegenüber dem gesetzgebenden Organ gegeben sei und Sie selbst gar nicht beurteilen können, inwieweit eine politische Verantwortung gegeben ist. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Herr Bundeskanzler! Diese Antwort ist unabhängig von der inhaltlichen Richtigkeit für uns unbefriedigend. Wir sind sensibel geworden, weil wir in dieser Frage auch eine Symptomfrage eines gewissen parlamentarischen Stils sehen. Da haben uns gerade die Ereignisse der letzten Tage etwas vorsichtiger und überaus sensibel gemacht. Diese unvollständige Antwort liegt eigentlich auf einer Linie mit jenem Verhalten, das Sie im Untersuchungsausschuß einem Abgeordneten meiner Fraktion gegenüber an den Tag gelegt haben; einem Verhalten, das unwidersprochenermaßen strafrechtswidrig ist — das muß hier auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden —, einem Verhalten, das nicht die Beleidigung eines ÖVP-Mitgliedes, sondern eines Abgeordneten des österreichischen Parlaments ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dieser Vorfall sollte eigentlich für Sie alle — meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, auch für Sie, wenn Sie Ihre Funktion hier in diesem Hause darin sehen, mehr zu sein als nur eine Kulisse für die Entscheidungen der Regierung — ein Anlaß zum Nachdenken sein. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Ich bin skeptisch, wenn ich Äußerungen von Ihnen lese, wie etwa eine Bemerkung über den parlamentarischen Untersuchungsausschuß, Sie haben in einem Kurzinterview in einer Zeitung gesagt: Dieser Untersuchungsausschuß — das ist doch eine untaugliche Einrichtung. Die haben sich doch überhaupt nicht interessiert, was wirklich passiert ist beim Bau, sondern wollten nur wissen, ob sie dem einen oder anderen eines auswischen können. — Wenn Sie

einen Untersuchungsausschuß, ein klassisches und wesentliches parlamentarisches Kontrollinstrument, als untaugliche Einrichtung bezeichnen, Herr Bundeskanzler, dann stellt sich schon die Frage, wieweit Sie persönlich überhaupt noch bereit sind, sich den geschriebenen und ungeschriebenen Regeln einer parlamentarischen Willensbildung zu unterwerfen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf Ihnen sagen: Wir werden in der Frage der Revision dieser geschriebenen und ungeschriebenen parlamentarischen Regeln nicht nachgeben, Sie müssen sich ändern, Herr Bundeskanzler. Wenn Sie meinen, das sei mit Ihrer Einstellung und Ihren Verhaltensweisen nicht mehr zu vereinbaren, dann müßten Sie die Konsequenzen ziehen. Das möchte ich hier mit aller Deutlichkeit sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Sie sind auch in Ihrer Anfragebeantwortung im Irrtum, wenn Sie meinen, die Frage der politischen Verantwortung als Verfahrensregel abtun zu können, indem Sie sagen, das sei etwas, was das gesetzgebende Organ geltend zu machen hat. Nein, mitnichten, die Frage der politischen Verantwortung — ich möchte auch Dkfm. Bauer sagen: Bitte hier einmal Wortlaut und Geist der Verfassung zu überdenken — ist etwas, was einen bestimmten Inhalt hat. Und für diesen Inhalt interessieren wir uns seit langem. Für diesen Inhalt interessieren wir uns bei Ihrer politischen Verantwortung, aber auch bei jeder politischen Verantwortung der betroffenen Ressortminister.

Meine Damen und Herren! Was ist diese politische Verantwortung des Vorsitzenden der Bundesregierung? An ihn haben wir die heutige dringliche Anfrage adressiert. Diese politische Verantwortung bedeutet im wesentlichen, daß Sie verantwortlich sind für die Fähigkeit und Eignung Ihrer Regierungsglieder für deren Amt. Sie haben, wie es im alten römischen Recht heißt, eine Culpā in eligendo bei der Auswahl der Leute. Herr Bundeskanzler, Ihre politische Verantwortung ist es — die kann Ihnen niemand abnehmen —, angefangen bei Öllinger über Lütgendorf und Leodolter bis herauf zu den Ministern, die heute das Ressort führen und dafür verantwortlich sind. Sie sind dafür verantwortlich, die geeigneten und fähigen Leute ausgesucht zu haben. Das ist der Kern Ihrer politischen Verantwortung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiteres Element Ihrer politischen Verantwortung als Vorsitzender der Bundesregierung besteht darin, daß Sie in entscheidenden

Dr. Neisser

Situationen zu regieren haben. Die AKH-Affäre hat heute Dimensionen angenommen, daß Sie zu regieren haben im wahrsten Sinne des Wortes, daß Sie Entscheidungen zu treffen haben, die eine zukünftige Weiterentwicklung in einem positiven Sinne garantieren. Das wollen wir mit unserer heutigen Anfrage bewirken, Herr Bundeskanzler. Politische Verantwortung ist nicht damit erfüllt, indem Sie dieses schöne Spiel des Schuldzuschiebens betreiben. An allem sind die Manager schuld. Dann ist eine Zeitlang der Androsch schuld, dann ist er wieder nicht schuld, dann werden wir wieder ein paar andere Schuldige finden. Dieses Schwarze-Peter-Spiel mit der Schuld ist nicht die Erfüllung Ihrer politischen Verantwortung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Etwas Drittes möchte ich Ihnen sagen, denn auch das gehört zu Ihrer politischen Verantwortung als Vorsitzender der Bundesregierung. Bitte, es geht hier nicht nur um die betriebliche Beurteilung, ob Geld richtig eingesetzt worden ist oder nicht. Hier werden Milliarden von Steuergeldern verwendet. Diese Verantwortung für die Verwendung von Steuergeldern ist eine grundsätzliche Regierungsverantwortung, an deren Spitze Sie stehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie geben das ja manchmal zu. Wir betreiben dieses Spiel im Parlament sehr oft. Man findet für jede Argumentation bei Ihnen einen Beleg in Ihren Äußerungen. Die Zitatsammlungen sind in den letzten Wochen sogar in Buchform erschienen. Sie haben selbst einmal vor einem Jahr in der „Presse“ gesagt: Wir tragen alle die volle politische Verantwortung für das Allgemeine Krankenhaus.

Am selben Tag erschien in einer anderen Zeitung der Satz von Ihnen: Entweder es hat jemand etwas gewußt oder sich zuwenig gekümmert oder die falschen Leute ausgesucht. Die Verantwortung für diese Leute haben aber die Politiker. — Herr Bundeskanzler, dem ist nichts hinzuzufügen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie sind dafür verantwortlich, wenn Sie sich zuwenig gekümmert und die falschen Leute ausgesucht haben. Diese Ihre Verantwortlichkeit machen wir heute geltend. Da hilft es Ihnen auch nicht, wenn jetzt ein schönes Prozentsatzspiel, wie ich es einmal gelesen habe, beginnt, wenn man sagt: Zu 20 Prozent ist der Finanzminister verantwortlich, zu 10 Prozent der Bautenminister, zu 10 Prozent der Gesundheitsminister, zu 10 Prozent der Wissenschaftsminister. Meine Damen und Herren von der Regierungsbank und von der Regierungspartei! Mitnichten, hundertprozen-

tig ist jedes Regierungsmitglied für seinen Ressortbereich verantwortlich. Das muß man auch einmal mit aller Deutlichkeit sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gerade beim AKH ist Ihnen ja von mehrfacher Seite schon vorgehalten worden, was Ihre politische Verantwortlichkeit heißt. Wenn der Herr Bundeskanzler heute gemeint hat: Meine Koordinationskompetenz ist hier nicht in Frage gekommen, weil der Bund als Ganzes gar keine Zuständigkeit hat, dann stimmt das ja gar nicht. Sie haben die Aufgabe, politisch zu koordinieren, sich einmal dafür zu interessieren, was Ihre Minister machen und was sie zu machen haben. In Wirklichkeit ist dieses Beispiel AKH in Ihrer Bundesregierung nichts anderes als eine Pleite der Koordination. Wo ist jener Teamgeist geblieben — Frau Minister Dr. Firnberg, Sie haben das Fehlen dieses Teamgeistes schon einmal beklagt —, mit dem Sie angetreten sind? „Laßt Kreisky und sein Team arbeiten“: Das ist heute eher als eine gefährliche Drohung denn als ein Wahlversprechen anzusehen. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Was sagt Ihnen Ihr Oberkontrollor im Untersuchungsausschuß? Ich möchte hier gleich vorwegnehmen, daß ich keinen Geschäftsordnungsbruch begehe. Das ist jene Verhandlung im Untersuchungsausschuß gewesen, die öffentlich war, das heißt, ich kann ihren Inhalt wiedergeben. Was hat Ihnen Dr. Kandutsch damals in diesem Zusammenhang gesagt? Daß es eine ganze Reihe von Managerentscheidungen gegeben hat, die falsch waren, die zu spät gekommen sind oder die nicht ergriffen worden sind. Aber warum? Weil die Grundsatzentscheidung auf politischer Ebene nicht gefallen ist. Das scheint mir überhaupt das Problem zu sein. Das kristallisiert sich heraus. Das AKH ist heute in erster Linie ein Planungsdebakel, weil Sie bis heute nicht in der Lage waren, klare, konkrete Planungsziele vorzugeben, die ausgeführt werden.

In diesem Zusammenhang ist auch Ihre Diskussion zu sehen. Sie versuchen jetzt in aller Eile — Dr. Wiesinger hat das heute schon angeschnitten —, bei der AKPE aus der Rechtsform der Aktiengesellschaft eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu machen, weil die Konstruktion im Jahre 1975 in dieser Form, wo alle Macht beim Vorstand liegt, wo der Aufsichtsrat eine reine Kontrollfunktion hat und wo es eine selbstgewählte Abstinenz des Eigentümers gibt, der falsche Weg war. Der Abgeordnete Nittel hat im Jahre 1975 anlässlich dieser Debatte im Haus gesagt, er bewundere die Regierung, das sei

Dr. Neisser

ein mutiger Schritt. Meine Damen und Herren, davon ist überhaupt keine Rede, das war eine falsche Entscheidung, heute, fünf Jahre später, verifiziert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man muß in diesem Zusammenhang nicht nur die politische Verantwortung des Herrn Bundeskanzlers eindeutig apostrophieren und ansprechen, sondern es ist auch Zeit, daß die politische Verantwortung der anderen Ressortminister angesprochen wird, und zwar im besonderen Ihre, Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung. Sie haben zwar in den letzten Tagen heftigst dagegen protestiert, daß Ihnen hier irgend etwas vorzuwerfen ist, aber ich sage: Sie haben hier Ihre politische Verantwortung nicht wahrgenommen.

Sie sind von Abgeordneten meiner Fraktion schon im Jahre 1977 gefragt worden, wie es um die wesentlichen Entscheidungen bezüglich des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses steht. Sie haben damals lobend auf die AKPE hingewiesen und dann in einem Satz gesagt, wo es um die Ausstattung für die medizinische Forschung gegangen ist, daß sowohl auf der Basis eines neuen Grundkonzeptes eine Kostenschätzung vorliegt als auch die Frage der Finanzierung geklärt ist. Damit seien, so sagten Sie, optimale Voraussetzungen für eine zügige Fortführung des Bauvorhabens geschaffen gewesen. Frau Bundesminister, was optimal heißt in diesem Zusammenhang, was zügige Fortführung heißt, haben wir in der Zwischenzeit an der tatsächlichen Entwicklung miterlebt.

Das ist ein Grundsatzproblem, das auch Dr. Kandutsch bei seinen Ausführungen im Untersuchungsausschuß angeführt hat. Ich glaube, er hat eine ganz feine psychologische Studie von sich gegeben, indem er gesagt hat: Das ist ein Problem, die Medizinchefs bestehen nicht aus Leuten, die sozusagen auf der Nudelsuppe dahergeschwommen sind, sondern das ist eine hochintelligente, äußerst aktive Menschengruppe, die ihre besondere Bedeutung, ihre psychologische Überlegenheit gegenüber jedem Anfälligen — er sagte: wenn wir unsere menschliche labile Existenz betrachten — hervorragend ausspielen kann.

Frau Bundesminister, von der psychologischen Überlegenheit der Medizinchefs her habe ich wenig, bitte, ich erwarte mir, daß zumindest den Medizinchefs ein Minister gegenübersteht, der verantwortlich seine Funktion ausüben kann, indem er auch sagt, wo die Grenzen der Vorstellungen und Forderungen liegen. Diese Funktion haben Sie aber nicht erfüllt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wobei ich

ohne weiteres zugebe, daß man in diesem Zusammenhang wahrscheinlich die Systemfrage stellen muß, Frau Bundesminister, ob nicht auch die Verwaltung, die klassisch traditionell strukturierte Verwaltung überfordert ist, wenn sie solche Aufgaben zu übernehmen hat. Und da haben Reformüberlegungen anzusetzen.

Meine Damen und Herren! Es ist schon in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen worden, daß diese Diskussion nicht nur eine Frage der nicht wahrgenommenen politischen Verantwortlichkeit ist, sondern auch bedenklich stimmt, weil sie ein Beispiel dafür ist, wie Sie von Ihrer Mehrheit Gebrauch machen. Ein Beispiel etwa, wie Sie unsere verschiedenen Versuche einer konstruktiven Lösung in Form der Entschließungsanträge, eine zukünftige Weiterführung, eine positive Weiterführung zu bewirken, einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Einen Entschließungsantrag haben Sie niedergestimmt, zwei weitere sind jetzt in parlamentarischer Behandlung, aber Sie nehmen sich nicht einmal die Mühe, einen Ausschußtermin zu finden, damit man darüber reden kann.

Das ist bitte für mich ein Symptom der Arroganz der Macht, einer Arroganz der Macht, die wir Ihnen mehrfach vorgeworfen haben und die wir Ihnen immer wieder vorwerfen. Denn, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, es geht hier gar nicht mehr um die Frage eines Skandals, sondern das ist bereits die Frage einer Krise.

Ich darf Ihnen einen Satz vorlesen, der am 17. März 1981 in einer österreichischen Zeitung erschienen ist. Ich lese Ihnen den deshalb vor, weil ich glaube, daß er den Nagel voll auf den Kopf trifft: „Jetzt geht es nämlich nicht mehr um die Inhaftierung und allenfalls gerichtliche Verurteilung von gesetzesbrecherischen Managern, sondern um ein volkswirtschaftliches Chaos, das Politiker durch ihr Nichteingreifen und Alles-laufen-Lassen verursacht haben.“

Bitte, das müssen Sie als Diagnose einmal zur Kenntnis nehmen, da sollten Sie ansetzen. Wir haben von den ganzen Gipfelgesprächen, die Sie immer anführen, nichts. Sie haben in der AKH-Sache nichts gebracht. Auch hat Dr. Kandutsch gesagt, daß die Beschlüsse, dieser Politikergipfel, nichts gebracht haben. Wesentliche Entscheidungen wurden nicht gefaßt. Ja, im Gegenteil — da darf ich den Ausschußobmann Dr. Steger zitieren —, es ist genau das von Ihnen gewollt gewesen, was Dr. Steger einmal im Ausschuß gesagt hat, nämlich: Sie waren dankbar für die Konstruktion der AKPE, weil Sie mit die-

Dr. Neisser

ser Konstruktion sozusagen phasenweise Ihre Verantwortung wegschieben konnten und die beteiligten Bundesminister in der Lage waren, sozusagen als freundliche, unbeteiligte Beobachter von der Ferne zuzuschauen, wie die anderen ein Chaos produzieren.

Meine Damen und Herren! Aber das ist nicht der entscheidende Weg. Und ich möchte dem Herrn Bundeskanzler — er ist jetzt nicht mehr im Haus — folgendes sagen: Wir haben gestern diese Diskussion der dringlichen Anfrage ohne seine Anwesenheit deshalb nicht akzeptiert, nicht, weil wir meinen, daß Herr Staatssekretär Dr. Löschnak nicht ein qualifizierter Mann ist — er ist wirklich der einzige Staatssekretär, dem wir mehrfach attestiert haben, daß er wertvolle Arbeit leistet —, sondern weil unsere Anfragen Fragen enthalten, die höchstpersönlicher Natur sind. Und wenn es um die politische Verantwortlichkeit geht — das möchte ich hier mit aller Deutlichkeit sagen —, lasse ich mir nicht die Antwort durch einen Staatssekretär mitteilen, sondern da muß der Verantwortliche — nämlich der Regierungschef — selbst auf der Regierungsbank sitzen und mir die Antwort geben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Situation ist kritisch, sie verlangt Sofortmaßnahmen. Der Herr Bundeskanzler selbst hat gesagt, daß im Gegensatz zum ersten AKH-Kontrollamtsbericht der zweite bei der Bevölkerung voll gegriffen hat. Es wird daher diesmal nicht ohne personelle Konsequenzen abgehen.

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Bundeskanzler und die zuständigen Regierungsmitglieder nicht in der Lage sind, rasch eine positive Entwicklung dieses Skandals und dieser Krise im Zusammenhang mit dem AKH herbeizuführen, so würde ich den Herrn Bundeskanzler persönlich ersuchen, daß er sich in die Überlegungen der personellen Konsequenzen selbst mit einbezieht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Dr. Steyrer. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der 200jährigen Geschichte des alten Allgemeinen Krankenhauses gab es hervorragende Wissenschaftler, die den Weltruhm der ersten und zweiten medizinischen Schule begründet haben und dieses Haus zu einem Mekka der Medizin werden ließen.

Aber es darf nicht übersehen werden, daß diese großartigen Leistungen im Dienste der Menschlichkeit und der Gesundheit in einem Haus erbracht wurden, dessen Bauzustand immer erbärmlicher, dessen Raumverhältnisse immer unerträglicher für die Patienten geworden sind, und in einem Haus, in dem diese wissenschaftlichen Leistungen, aber auch die Leistungen des Personals nur geboten werden konnten durch eine großartige Opferbereitschaft dieser Menschen für die Patienten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es war daher eine Selbstverständlichkeit, daß ein neues Haus gebaut werden mußte. Dieser Zentralbau, wie er jetzt kritisiert wird, wurde von allen Parteien dieses Landes zu seiner Planung einstimmig begrüßt, es wurde die Konzeption für richtig empfunden, und ich habe noch am 24. Februar eine Delegation Wiener Professoren — bedeutender Professoren — bei mir gehabt — es war der Dekan der medizinischen Universität Professor Auerswald, der Vorstand des pharmakologischen Institutes Professor Kraupp, es war der Professor Steinbereithner und der Professor Deutsch von der Ersten medizinischen Klinik —, die erklärt haben, daß sie sich voll mit diesem Bau solidarisieren, daß Sie den Weiterbau dieses Zentralbaues für richtig halten.

Ich möchte auch eines zu bedenken geben: Wir sprechen immer von den Kosten eines Baues in der Höhe von 26 Milliarden Schilling — 26,2 Milliarden Schilling — bezogen auf das Jahr 1980. Die Zahlen werden immer verwirrt, weil man hier verschiedene Bauabschnitte bezeichnet. Bei der Fertigstellung werden es mehr werden. Das ist gar keine Frage. Diese 26,2 Milliarden Schilling sind eine Zahl, die sicherlich auf den Anblick großartig wirkt. Denken Sie aber nur daran, daß in einem Jahr in Österreich 36 Milliarden Schilling für alkoholische Getränke und für Nikotin ausgegeben werden. Dann sehen Sie die Relation in diesem Bau. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Internationale Vergleiche brauchen wir auch nicht zu scheuen, denn es gibt hier ein ganz unbestechliches Merkmal für die Baukosten. Während ein Kubikmeter umbauten Raumes im Allgemeinen Krankenhaus in Wien 9 100 oder 9 200 S kosten wird, sind die Baukosten für vergleichbare Bauwerke — zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland — in Münster 12 000 S, in München 11 000 S. Das ist die Wahrheit.

Und eines möchte ich auch sagen: Wir werden uns nicht ein Allgemeines Krankenhaus gefallen lassen, in dem nicht 4 000 medizinische Studenten voll ausgebildet werden kön-

Bundesminister Dr. Steyrer

nen, in dem es nicht die besten Voraussetzungen für die Behandlung der Patienten geben wird. Denn eines ist auch sicher. Ein Minimalkrankenhaus, in dem vielleicht eine Anamnese erhoben wird, wird es in einem modernen Spital nicht geben können.

Ich muß Ihnen auch zu bedenken geben, daß wir in der ganzen Welt heute Bauten haben, die hervorragend sind, die auch berücksichtigen, wie ein Universitätsspital aussehen muß. Hier gibt es nicht nur die Behandlung der Patienten, hier kommt es auch darauf an, den Mediziner alles zu bieten, was an Ausbildung notwendig ist. Und ich bin überzeugt davon, daß dieses Allgemeine Krankenhaus ein gutes Krankenhaus sein wird für alle Österreicher, wenn etwas verwirklicht wird: daß dort Menschen wirken! Ärzte, Schwestern, technische Assistentinnen, Bedienerinnen, die in einem Teamgeist sondergleichen Humanität ausüben werden! Das wird die Aufgabe dieses Spitals sein! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wiesinger gemeldet. Ich mache ihn auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Wiesinger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Gesundheitsminister hat Baukostenzahlen für Klinikbetten international und in Österreich genannt. Diese Zahlen sind unrichtig. Ein Klinikbett in Deutschland, je nach Ort — Münster, München, Aachen —, kostet zwischen 3 und 5 Millionen Schilling, in Aachen, mit dem höchsten Preis, 7 Millionen Schilling. In Wien wird das Spitalsbett zwischen 15 und 17 Millionen Schilling kosten. *(Abg. Dr. Fischer: Das ist ja auch falsch!)*

Ja, bitte, Sie können es berichtigen, Herr Dr. Fischer, das bleibt Ihnen unbenommen. Aber wenn der Herr Bundeskanzler jetzt gerade von 24,2 Milliarden Schilling Baukosten spricht *(Zwischenruf)*, der Herr Gesundheitsminister eine halbe Stunde später bereits von 26 Milliarden Schilling, das heißt, eine Steigerung von 2 Milliarden Schilling innerhalb einer Stunde, so weiß man, wie die Preiskostensteigerung dort vor sich geht. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf.)*

Ich kann Ihnen das genau sagen, Herr Dr. Fischer, ich habe die Unterlagen. Im Klinikum Großhadern-München, Fertigstellung 1980 in München, kostet ein Spitalsbett 4,5 Milliarden *(Rufe: Millionen!)* — ich berich-

tige: Millionen —, im Klinikum Aachen zwischen 6,3 Millionen und 8,8 Millionen.

Das heißt, daß die Zahlen des Herrn Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz falsch waren und unrichtig. Genauso wie die Feststellung der Gesamtkosten des Baues mit Einrichtung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Steyrer: Herr Dr. Wiesinger! Sie wissen genausogut wie ich, daß man nur Vergleichbares mit Vergleichbarem vergleichen kann. Das heißt also, wenn Sie Großhadern, mit einer Studentenzahl von 1 500, mit dem Allgemeinen Krankenhaus mit 4 000 Studenten vergleichen, wenn Sie die Ambulanzleistungen eines Krankenhauses Großhadern mit ungefähr 150 000 Patienten in einer Relation zu den Wiener Leistungen von 2 Millionen ansetzen, kann ich Ihnen nur sagen: Da fehlen fast alle Voraussetzungen.

Ich möchte aber auch erklären, daß die Zahl 24,2 Milliarden Schilling, die der Herr Bundeskanzler genannt hat, richtig ist. Ich bitte also, dieses Versehen zu entschuldigen.

Aber das soll ja nur eine gute Nachricht sein. 2 Milliarden Schilling billiger, das ist immerhin eine Zahl, die man sich auch als Österreicher gefallen lassen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schemer. Ich erteile es ihm. *(Abg. Staudinger: Wenn der Herr Gesundheitsminister mit einem Mediziner redet, hat er gleich einen sanfteren Ton! — Heiterkeit.)*

Abgeordneter Schemer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Als am 19. März 1980 die Österreichische Volkspartei eine dringliche Anfrage über die Vorgänge beim Wiener Allgemeinen Krankenhaus einbrachte, stellte ich damals in meinem Debattenbeitrag fest, daß es der Österreichischen Volkspartei primär nicht darum gehe, Mißstände abzustellen, sondern vielmehr ihr Ziel ist, einen politischen Dauerbrenner zu installieren, um von ihren permanenten Niederlagen abzulenken.

Die Richtigkeit meiner damaligen Aussage, Hohes Haus, wurde durch die weitere Vorgangsweise der Österreichischen Volkspartei und durch die heutige neuerliche Anfrage bestätigt.

Schemer

Damit kein Mißverständnis aufkommt, meine Damen und Herren: Gerade wir Sozialisten haben das primäre Interesse, daß alle Vorgänge restlos aufgeklärt werden. Es war ja der Antrag der Sozialisten, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Über das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses wird in einer Haussitzung noch sehr ausführlich debattiert werden können.

Was das Projekt anlangt — Größe, Aufgabenstellung, Funktion, das hat der Herr Bundesminister Dr. Steyrer bereits gesagt —, so wurde darüber 1965, zur Zeit der Koalition, entschieden. Bereits 1960 — wir müssen das immer wieder festhalten — trat das Spitzenkomitee zusammen, dem unter anderen die ÖVP-Minister Dr. Bock, Dr. Drimmel und der ÖVP-Stadtrat Dr. Glück angehörten. Damals — auch das ist wiederholt gesagt worden, Sie wollen es nur nicht hören — wurde beschlossen, das größte Krankenhaus Europas mit 2 500 Betten zu errichten.

Und es muß noch einmal gesagt werden: Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, hier immer wieder behaupten, es liegt eine Fehlplanung vor, so diffamieren Sie in Wirklichkeit Ihre Spitzenpolitiker von damals, Sie diffamieren die Preisrichter des Wettbewerbs, die Herren Architekten Boltenstern, Kupsky und die Professoren Fellingner, Riethmüller und Schönbauer. Die diffamieren Sie mit Ihren ständigen unrichtigen Aussagen.

Natürlich bringt die Größe des Projektes Schwierigkeiten mit sich, weil so ein großes Bauvorhaben ungeheuer kompliziert ist und man kaum auf Erfahrungswerte zurückblicken kann.

Noch 1975 meinte der Gesundheitssprecher der Österreichischen Volkspartei, der Herr Dr. Wiesinger, daß es zurzeit — damals, im Jahre 1975 — keine Kritik an der Planung an und für sich gebe. Und er sagte, die Konzeption des neuen Allgemeinen Krankenhauses sei richtig. Ich werde das dann noch im einzelnen genau untermauern und anführen. (*Zwischenruf des Abg. Anton Schlager*.)

Ich werde Ihnen ganz genau vorlesen, was der Herr Dr. Wiesinger gesagt hat. Sie sollten mit Ihren Zwischenrufen nicht so voreilig sein, da werden Sie ununterbrochen einfahren. Ich werde Ihnen das dann nachher beantworten. Sie verstehen von diesen Dingen nichts. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Auch der Herr Dr. Busek, der vor einem Jahr verlangte, man möge diesen Bau einstellen, rühmte sich noch im Jahr 1978, Herr Kol-

lege, damit, daß seine Partei — Busek sagte das — einen Erfolg erzielt habe, weil es gelungen sei, für den Neubau mehr Mittel bereitzustellen als bisher.

Ich kann doch nicht annehmen, Herr Kollege, daß diese Herren damals nicht wußten, was sie sagten.

Man soll und man kann auch gar nicht bestreiten, daß das Allgemeine Krankenhaus teurer sein wird als alle anderen Spitalsbauten in Österreich. Das hat auch der Herr Bundesminister Dr. Steyrer hier gesagt.

In diesem Neubau werden 25 bis 30 Kliniken Platz finden, dazu kommen noch 22 Institute. 59 Operationssäle und 20 kleinere Eingriffsräume wird dieser Neubau beherbergen. Der Unterricht der Wiener Medizinischen Fakultät kann für etwa 4 000 Studenten durchgeführt werden.

Das alles, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, wissen Sie ja! Und wenn Sie ehrlich wären, müßten Sie ja zugeben, daß jeder Vergleich mit einem anderen Spitalsbau unzulässig ist. Tun Sie es dennoch, handeln Sie, ich sage das sehr deutlich, bewußt böswillig. (*Abg. Anton Schlager: Gibt es eine Korruption oder nicht?*)

Hier ist es genauso wie beim Bau der UNO-City, Herr Kollege! Jahrelang haben Sie dieses Bauvorhaben herabgewürdigt und schlechtgemacht. Bei der Eröffnung haben Sie sich in die ersten Reihen gedrängt und so getan, als hätten Sie den Neubau jederzeit gutgeheißen und bewundert. Sie haben sich geradezu vorgedrängt, haben dort applaudiert, nachdem Sie dieses Bauvorhaben fast ein Jahrzehnt diffamiert haben.

So schaut in Wirklichkeit Ihre Politik aus. Eine unernste Politik, und die Wähler haben Ihnen das immer wieder durch Niederlagen honoriert. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Das ist Ihre Art, Politik zu machen. Sie sind dabei nicht zimperlich, und Meinungsänderungen sind an der Tagesordnung.

Ich komme jetzt noch einmal auf die Aussagen des Herrn Dr. Wiesinger zurück. Da gibt es eine Aussage des Herrn Dr. Wiesinger vom 12. Juni 1975, ein ORF-Interview. Er sagte damals — ich zitiere daraus —:

„Natürlich sind wir für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses. Wir bekennen uns“ — sagte Herr Dr. Wiesinger — „zu dieser Planung, weil sie nicht zuletzt auf die Initiative unseres ehemaligen Stadtrates ... Glück zurückzuführen ist.“

Schemer

Hören Sie doch bitte zu, und nehmen Sie das zur Kenntnis. „Es besteht“ — sagte Herr Dr. Wiesinger — „ja zurzeit keine Kritik an der Planung an und für sich. Darüber sind sich alle Verantwortlichen und auch Fachleute, sowohl Architekten wie Ärzte, einig, daß die Konzeption des Allgemeinen Krankenhauses die richtigste ist. Und ich kann nur Professor Fellingner als zweifellos kompetenten Fachmann auf diesem Gebiet zitieren, der erklärt hat, das wird die modernste Klinik Europas werden.“ Das war 1975.

Fünf Jahre später hört sich das ganz anders an. Fünf Jahre später sagt Herr Dr. Wiesinger geradezu das Gegenteil. Er meint bei der Begründung der dringlichen Anfrage hier im Parlament:

„Der zweite und nicht entschuldbare Fehler wurde jedoch im Sommer 1972 begangen.“ — Das hat er im Jahr 1975 augenscheinlich noch nicht gewußt. — „Das ist die endgültige Bruchstelle, an deren Folgen wir heute leiden. Zu diesem Zeitpunkt war es nämlich bereits allen im Krankenhauswesen Tätigen völlig klar, daß die Auffassungen über Monsterkrankenhäuser in Blockbauweise, die in Amerika entwickelt und dann in Europa übernommen wurde, als falscher Weg international abgelehnt wurden. Damals wußte man bereits, daß derartige Großkrankenhäuser nicht geführt werden können, daß sie überdurchschnittlich kostenaufwendig sind und daß die Heilungserfolge für die Patienten unbefriedigend sind ...

Die Katastrophe“ — sagte Herr Dr. Wiesinger —, „vor der wir heute stehen, war also keineswegs unabdingbar, sondern die Verantwortung dafür tragen ausschließlich die Bundesregierung und die Stadt Wien.“ Und so weiter und so fort.

Na bitte schön, das hat der Herr Dr. Wiesinger offensichtlich im Jahre 1975 noch nicht gewußt. Und ich glaube, mit dieser divergierenden Aussage hat sich Herr Dr. Wiesinger als Experte hier in diesem Haus vollends disqualifiziert. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit feststellen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Noch ein Wort, Hohes Haus, zu den Vorgängen, die Gegenstand der gerichtlichen und parlamentarischen Untersuchung sind. Die ÖVP und die ihr nahestehenden Medien versuchen unentwegt, die SPÖ als Nutznießer der Korruption, die von einigen Wirtschaftsmanagern begangen wurde, hinzustellen. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Wer sind die der ÖVP nahestehenden Medien?)*

Beweise konnten sie keine erbringen. Das

von der Österreichischen Volkspartei auf uns Sozialisten gerichtete Geschütz ist wieder einmal nach hinten losgegangen. *(Neuerlicher Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.)*

Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, nehmen das Wort Skandal sehr leichtfertig in den Mund. Sie sollten sehr vorsichtig sein, Frau Dr. Hubinek. Sie sollten sehr vorsichtig sein! Die Geschichte Ihrer Partei ist von Skandalen geprägt. Da ist der Krauland-Skandal, da ist der Polcar-Skandal, da ist der Haselgruber-Skandal, da ist der Müllner-Skandal, da ist der steirische Tierkörperverwertungs-Skandal, da ist der Vorarlberger Käse-Skandal.

Im übrigen muß festgestellt werden, meine Damen und Herren, daß die ÖVP die 20 Millionen Haselgruber-Spende bis heute nicht zurückbezahlt hat. Wann werden Sie diese 20 Millionen zurückbezahlen? *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Und was ist mit den 8 Millionen Schilling, die der Viktor Müllner der ÖVP aus Steuermitteln zugeschanzt hat? Wann werden Sie diese 8 Millionen an den Steuerzahler zurückzahlen?

Der Herr Abgeordnete Steinbauer hat heute eine Liste von Personen verlesen, von denen er meint, sie seien in Korruption verwickelt. Er hat die Verlesung der Namen plötzlich abgebrochen.

Ich werde die Liste dieser Leute ergänzen. Es sind die Repräsentanten der industriellen Bourgeoisie: der Präsident der Industriellenvereinigung, Herr Mayer, der Herr Generaldirektor Hainisch von der ITT, der Herr Kommerzrat Schrack, die Siemensdirektoren Swoboda, Philipp, Vogel, Mück und Schweitzer, alles Leute, die aus dem Kreis der privaten Wirtschaft kommen.

Nur eines sage ich auch mit aller Deutlichkeit; eines trennt mich vom Herrn Abgeordneten Steinbauer in dieser Sache: Für Steinbauer sind diese Leute bereits alle verurteilt. Er nimmt den Schuldspruch eines Gerichtes vorweg. Er ist wieder einmal in die Rolle des Chefanklägers Wischinsky in den Moskauer Prozessen von 1936 geschlüpft *(ironische Heiterkeit bei der ÖVP)*, wo das Urteil von Stalin bereits gesprochen wurde. In diese Rolle ist er heute hier hineingeschlüpft. Das macht er ja nicht zum ersten Mal. Er macht ja das öfter, er nimmt das Urteil eines Gerichtes vorweg. Ich sage Ihnen das, weil der Herr Steinbauer Wischinsky schon einmal im Zusammenhang mit uns genannt hat und den Kamenew und

Schemer

den Sinowjew ebenfalls. Er hat uns mit diesen Leuten verglichen. In Wirklichkeit ist er in dieser Rolle. Für mich, meine Damen und Herren, ist jemand schuldig gesprochen, wenn ein unabhängiges Gericht seinen Spruch gefällt hat, und nicht vorher!

Es gibt Leute, Hohes Haus, die meinen, Politik sei ein schmutziges Geschäft. Politik, Hohes Haus, darf überhaupt kein Geschäft sein. Politik ist der Ausdruck des gesellschaftlichen Zusammenlebens auf allen Ebenen des Staates. Und wer die Politik in Frage stellt, stellt seine Existenz in Frage, denn es gibt nichts im Leben, was nicht mit Politik zusammenhängt.

Natürlich gibt es im politischen und wirtschaftlichen Leben Außenseiter. Die demokratischen Einrichtungen unseres Staates, unserer Republik, werden jedoch ausreichen, um sich dieser Leute zu entledigen.

Wir Sozialdemokraten werden gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Gruppierungen, die den Staat, die Freiheit und die Demokratie bejahen, dafür sorgen, daß in Politik und Wirtschaft Ordnung herrschen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Jörg Haider. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister für Gesundheit hat in einer engagierten Wortmeldung zu den kritischen Positionen der Oppositionsparteien Stellung genommen, und er hat so quasi gesagt, man würde kein Krankenhaus wollen, das zu billig wäre, weil eben nur ein entsprechend kostenintensives Krankenhaus auch eine humane Behandlung der Bevölkerung sicherstellen würde.

Ich glaube, Herr Bundesminister, hier ist es schon notwendig, klar und deutlich zu sagen, daß wir uns auch ein humanes Krankenhaus vorstellen können, das ohne Korruption, ohne Schmiergeldaffären, ohne Verschwendung bei der Bauführung, ohne Fehlplanungen und ohne Mißwirtschaft entsteht und das wesentlich billiger sein wird als das gegenwärtige AKH, das im Moment noch eine Ruine darstellt, von der wir nicht wissen, ob sie jemals fertiggestellt werden wird. Und das ist sicherlich nicht eine humane Behandlungsstätte, von der Sie träumen, Herr Bundesminister. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist also nicht immer das, was teuer ist, auch gut. Wir sollten gerade am Beispiel der

jüngsten Rechnungshofkritiken, etwa an der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, ablesen, wohin es führt, wenn die Kosten und das Kostenbewußtsein von den Verantwortlichen nicht unter Kontrolle gehalten werden, weil eben auch ein humaner Palast der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, der neunmal soviel gekostet hat, als am Anfang prognostiziert war, ja letztlich nicht ein Beitrag zu einer humanen Versorgung der Versicherten darstellt, sondern ausschließlich eine humane Versorgung für die dort beschäftigten Funktionäre darstellt.

Hier muß man, glaube ich, die Dinge auseinanderhalten. In einer Zeit, in der wir gerade im wirtschaftspolitischen Bereich, Herr Bundesminister, jeden Schilling brauchen, um in Schwierigkeiten geratene verstaatlichte Betriebe zu sanieren, und Milliardenaufwendungen für die Sicherung der Arbeitsplätze in der verstaatlichten Industrie brauchen, gerade in dieser Zeit ist es notwendig, daß auch von der Regierungsbank unerschütterlich und glaubwürdig die Sparsamkeit gepredigt wird, und bei einem Projekt, das so hoch verschuldet ist wie das AKH, jene Spargesinnung Platz greift, die wir schon seit Jahren fordern, die Sie aber zu bewerkstelligen bisher nicht in der Lage waren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In diesem Sinne war es auch sehr bedauerlich, daß der Herr Bundeskanzler durch seine Anfragebeantwortung, ich möchte sagen, mehr oder weniger zu erkennen gegeben hat, daß er im Moment kein großes Interesse an den Vorgängen um das Allgemeine Krankenhaus hat. Er kommt mir bei der Behandlung des Allgemeinen Krankenhauses so vor wie der Konjunkturzyklus: Einmal ist Hochkonjunktur, da versucht er alle möglichen Maßnahmen zu mobilisieren, damit dort endlich eine Ordnung eintritt, gegenwärtig haben wir offenbar ein Wellental erreicht. Es ist ein echtes Tief, und der Kanzler versucht in bewährter Pingpong-Manier, die Verantwortung abzuschieben.

Ich erinnere nur daran, daß er im vergangenen Sommer ja mit der Verkündung seiner zehn Gebote einen geradezu beispielhaften Anlauf genommen hat, um in einer Großaktion den Sumpf der Korruption, die Fehlleistungen und die Verschwendungswirtschaft bei diesem Großprojekt abzustellen. Das, was wir als Ergebnis bisher feststellen, ist äußerst bescheiden.

Meine Damen und Herren! Auch wir sollten uns für die politische Verantwortlichkeit und die Handhabung dieser politischen Verant-

Dr. Jörg Haider

wortung durchaus ein Beispiel an Nachbarstaaten nehmen. In Berlin hat ein verhältnismäßig viel kleinerer Skandal sofort zum Rücktritt des gesamten Stadtsenates einschließlich des nicht involvierten Bürgermeisters geführt, weil man dort politische Verantwortung als das auffaßt, was den Grundsätzen der Bundesverfassung auch in Österreich entsprechen würde.

Leider, leider müssen wir feststellen, daß die Aktivitäten des Herrn Bundeskanzlers wesentlich geringer geworden sind, und so ergibt sich die Möglichkeit einer Beurteilung für uns, daß entweder seine zehn Gebote vom vergangenen Sommer eine Beruhigungsspielwaren, um die Emotionen zu glätten, ohne daß dahinter echte Bestrebungen einer Sanierung gestanden sind, oder daß auch der Kanzler in diesem Bereich machtlos gegen die Verfilzung dieses Systems anzukämpfen versucht.

Eines ist aber sicher: Daß die Enttäuschung bei der Bevölkerung sehr groß ist. Die Enttäuschung nicht nur bei jenen Kreisen, die politisch nicht im Regierungslager stehen, weil viele Menschen wissen, daß all das, was bisher hier gesprochen worden ist, nicht durch konsequente Handlungen befolgt wurde.

Und die These, die einmal gegolten hat, auch im Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherung, daß der Kanzler es schon richten wird, daß es gleich ist, wie seine Regierungsmannschaft aussieht — „Der Kreisky wird's schon richten“, das war ja ein berühmtes Schlagwort, mit dem Sie auch 1979 bei der Nationalratswahl erfolgreich waren —, diese These bricht auch unter dem Eindruck der AKH-Misere in sich zusammen, weil der Bundeskanzler mit halbem Herzen oder ohne Möglichkeit einer echten Sanierung an dieses Problem herangeht.

Statt Konsequenzen gibt es Kommissionen, und wir werden im In- und Ausland belächelt. Statt personellen Veränderungen gilt das Prinzip des Fortwurschtelns in diesem Bereich.

Und nur ein einziges Opfer ist im Rahmen der AKH-Misere bisher zu beklagen: Das sind die österreichischen Staatsbürger, denn die sind bisher wirklich zum Opfer degradiert worden, weil sie jene Verschwendungswirtschaft und jene Korruption bezahlen müssen. Der Kollege Steinbauer war vorsichtig, wenn er heute von 21 000 S pro Österreicher gesprochen hat.

Auch wenn Sie die fiktiven Bausummen berechnen und die Belastungen aus den

Betriebskosten, dann kommen wir weit über 20 000 S. Das ist mehr, als ein durchschnittlicher Lohnempfänger in Österreich pro Jahr an Lohnsteuer an das Finanzamt abliefern, das sind Größenordnungen, die man nicht bagatellisieren kann, meine Damen und Herren. Im Vergleich, um auch die Äußerungen des Herrn Bundesministers für Gesundheit ins rechte Licht zu rücken, möchte ich festhalten, daß drei Milliarden Schilling Betriebskosten, Herr Bundesminister, keine Kleinigkeit sind, so wie Sie das hier etwas beschönigend auch dargestellt haben und wie der Kanzler es als Erfolg gefeiert hat. Nicht 10 Milliarden, wie Kandutsch meint, sondern nur drei Milliarden, wie Kreisky es errechnet hat. Drei Milliarden Schilling, das ist soviel, wie der gesamte Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds an Geldern pro Jahr zur Verfügung hat, um die Defizite abzudecken.

Können Sie mir jetzt sagen, wenn alle Krankenhäuser in Österreich zur Defizitabdeckung weniger brauchen als ein einziges, wo soll denn hier eine vernünftige Relation gefunden werden und wo kann man denn hier sicher sein, daß das ein seriöses Projekt ist, was hier angeboten ist?

Aber wir sind bereit, als Freiheitliche den heutigen Aussagen des Herrn Bundeskanzlers Glauben zu schenken.

Wir wollen das aber fixieren und werden daher — was die Zahlen betrifft, so möchte ich sagen, Dr. Steger hat richtig korrigiert — einen Entschließungsantrag einbringen, der vorsieht, daß die vom Bundeskanzler genannte Summe der Gesamtbaukosten als Limit der Gesamtbaukosten beschlußmäßig festgelegt werden soll. Sie haben hier die Möglichkeit im Haus, das mit uns beschlußmäßig mitzuvollziehen. Stimmen Sie gegen diesen Antrag, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, dokumentieren Sie, daß Sie selbst das nicht glauben, was der Bundeskanzler gesagt hat. Stimmen Sie unserem Antrag zu, hat die Regierung ein Limit und eine Richtung, wie sie bei der künftigen Vorgangsweise mit der Fertigstellung des Allgemeinen Krankenhauses verfahren muß. Das ist unser Prinzip. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf daher folgenden Entschließungsantrag verlesen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Jörg Haider, Dkfm. Bauer und Dr. Steger betreffend die Festlegung eines Kostenlimits für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien.

Dr. Jörg Haider

Die Bundesregierung wird ersucht, den Betrag von 24,2 Milliarden Schilling auf Preisbasis 1980 durch geeignete Maßnahmen als oberstes Kostenlimit für den Neubau AKH festzusetzen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß hier die nötigen Konsequenzen aus der Debatte und aus dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers gezogen werden. Ich bin sicher, daß Sie seinen Zahlen ebenso vertrauen, wie wir versuchen, ihm zu vertrauen, und daß wir gleichzeitig einen Schritt damit setzen, die Kostenexplosion bei diesem Monsterprojekt einzudämmen.

Denn andererseits muß man sich sonst fragen: Was muß denn wirklich noch passieren, daß die entscheidenden Schritte bei dieser AKH-Misere gesetzt werden? Der Bundeskanzler, so scheint es mir, hat im Moment nur die Sorge, wie er die Verantwortung von sich persönlich abschieben kann, indem er etwa sein Regierungsteam amputiert und einen Finanzminister, den er als den besten Finanzminister aller Zeiten hinstellt, in die politische Wüste schickt, und es ist sehr begrüßenswert gewesen, daß auch die Österreichische Volkspartei heute und hier festgestellt hat, daß die politische Verantwortung für die Misere um das Allgemeine Krankenhaus nicht einen einzigen Ressortminister treffen kann, sondern die gesamte Bundesregierung, an der ersten Stelle und an der Spitze selbstverständlich auch den Herrn Bundeskanzler, denn als Regierungschef trägt er die Vollverantwortung, und es bedarf keiner Interpretation, was politische Verantwortung im Sinne unserer Bundesverfassung heißt. Wer nachliest in der Pillersdorfschen Verfassung, die letztlich mit dem Rechtsinstitut der Ministerverantwortlichkeit auch in unsere geltende Bundesverfassung übernommen worden ist, der weiß, daß seit mehr als einem Jahrhundert das Institut der Ministerverantwortlichkeit nichts anderes bedeutet, als daß jemand, der mit seinem Amt überfordert ist, ob er nun persönliche Schuld auf sich geladen hat oder nicht, reif ist, zurückzutreten. Daß er sein Amt zur Verfügung zu stellen hat, nicht aber daß er taktische Manöver ergreift, um die Verantwortung, die eigentlich ihm gebührt, auf andere abzuschieben.

Das wollen wir auch im Zuge dieser Debatte hier feststellen, weil ja der Herr Bundeskanzler in letzter Zeit auch nicht so zimperlich ist im Umgang etwa mit Kollegen von der Opposition, denen er plötzlich Dummheit bescheinigt und dann nicht bereit ist, sich zu entschuldigen, obwohl er weiß, daß es sich hier

um einen sehr qualifizierten Oppositionsabgeordneten der großen Opposition handelt.

Er ist nicht zimperlich, wenn er massive Kritik an der Privatwirtschaft übt, indem er sagt: Ja, die sollen ihre Betriebe zusperren. Sie verdienen es, denn sie haben zu viele Reitpferde. Ich frage mich: Wann wird er denn seine Funktionäre ermahnen, endlich einmal vom hohen Roß herunterzusteigen und in jenen Bereichen Ordnung zu machen, die wir seit Jahren fordern? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber auch ein Zusätzliches soll ja noch festgehalten werden: daß der Herr Bundeskanzler nach seiner Verfassungsstellung ausdrücklich eine Koordinationskompetenz hat. Das heißt, daß er die zentrale Persönlichkeit der Koordination für die Regierungstätigkeit, aber, wie es auch in den gesetzlichen Bestimmungen heißt: Für alle Tätigkeiten der Verwaltung einschließlich der Privatwirtschaftsverwaltung, also für alle Beamten und für alle in der Privatwirtschaft Tätigen, hat und sich nicht damit entschuldigen kann, wie er das heute getan hat, indem er sagt: Ja, wenn einstimmige Beschlüsse zwischen den Betroffenen hergestellt werden, dann braucht die Koordinationskompetenz nicht Platz greifen. Das ist eine sehr eigenwillige Auslegung des Bundesministeriengesetzes, daß man nur dann eingreifen soll, wenn es Konflikte gibt. Der Bundeskanzler ist in allen Fragen als Koordinator vom Gesetz her bestellt und hat diese Verantwortung auch zu tragen. Aber er führt eine Rundum-Verteidigung. Er weiß, er kann sich auf seine Fraktion verlassen. Sie werden ihm immer wieder mit Mehrheit zustimmen. Hier droht ihm keine Gefahr durch ein Mißtrauensvotum. Er hat als Alibi einen tüchtigen Finanzminister, wie er selbst sagt, weggeschickt, den er vielleicht jetzt sehr dringend brauchen würde. Manche haben es ja schon festgestellt! Und er hat auch versucht, durch seine massive Kritik an den Eingreifmaßnahmen des Bundespräsidenten im Rahmen des AKH die Tatsache zu vernebeln, daß man die Verfassungsrechtslage Österreichs übersieht, daß selbstverständlich über dem Bundeskanzler der Herr Bundespräsident steht, und der Herr Bundespräsident auch einen Bundeskanzler ohne Vorschlag aus dem Amte entlassen kann. Es wäre daher notwendig, endlich einmal die politischen Konsequenzen zu ziehen, damit nicht dieser Spannungszustand bestehen bleibt. Aber anstatt politische Verantwortung, anstatt ordnende Maßnahmen in diesem Bereich zu ergreifen, haben wir das Gefühl, daß eine fortschreitende Pragmatisierung der Verantwor-

Dr. Jörg Haider

tungslosen in diesem System erfolgt. Ich denke nur an einzelne Plünderungsverträge, die beim AKH abgeschlossen worden sind und die so mir-nichts-dir-nichts zur Kenntnis genommen werden. Plünderungsverträge etwa, daß Leistungen, die nur einmal erbracht worden sind, doppelt verrechnet werden. Das geht in die Millionen. Plünderungsverträge, daß Architektengemeinschaften für die Kopie eines einzigen Bauplans und für das Anfärben einer Baubeschreibung 5,5 Millionen Schilling verrechnen, etwas, wofür ein normaler Bürger vielleicht bei einem normalen Architektenbüro 150, 160 S bezahlen würde. Oder daß man Kältezulagen in Anspruch genommen hat in Höhe von 4 Millionen Schilling, und wie die meteorologische Station dann nachgewiesen hat, hat es an diesen Tagen, wofür die Kältezulagen in Anspruch genommen worden sind, überhaupt keine Minusgrade gegeben, sondern plus 12 bis 15 Grad Celsius.

Das sind doch nicht Fragen, wo man erst Aufsichtsräte konsultieren muß, ob hier Schadenersatzpflichten entstanden sind.

Der Herr Bundeskanzler hat heute gesagt, allenfalls werde der Aufsichtsrat Rückforderungen geltend machen. Ich glaube, das ist ein Gebot der Stunde — und darauf warten die Österreicher —, daß diese Maßnahmen gesetzt werden, daß jene, die mit kriminellen Methoden, die unter Ausnutzung von schlechten Verträgen versucht haben, sich zu bereichern, auch zur Schadenersatzpflicht verhalten werden. Und das würden wir heute auch vom Bundeskanzler in seiner Anfragebeantwortung erwartet haben, weil man ja gegenüber den Wirtschaftstreibenden auch nicht sehr skrupelhaft ist, wenn es darum geht, von ihnen die Sozialversicherungsbeiträge einzufordern. Da gibt es keinen, der auch nur einen Tag länger eine Frist für die Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge bekommt.

Hier ist man aber großzügig, wenn es um Schadenersatzforderungen in Millionen geht, meine Damen und Herren. Das ist die Realität, die ich Ihnen hier darstelle. Ich weiß, es schmerzt Sie ein bißchen, aber das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Und letztlich möchte ich sagen, daß all diese Vorgänge auch dazu geführt haben, meine Damen und Herren, daß Sie eine Vision, die Sie mit dieser Regierung am Beginn der siebziger Jahre entwickelt haben und die gerade von vielen jungen Menschen geglaubt worden ist, abgebaut und zerstört haben. Es war das die Vision, daß es mehr Demokratie, mehr Freiheit im politischen System Österreichs geben wird.

Das, was Sie sich eingehandelt haben, ist, daß Sie die Demokratie gepredigt, aber die Demoralisierung erzeugt haben. Das wissen Sie selbst. Sie kennen die wachsende Abstinenz der jungen Leute gegenüber den politischen Vorgängen. Und auch das sind die Folgewirkungen eines unbewältigten Skandals um das Allgemeine Krankenhaus.

Auch aus diesem Grund, wenn Sie uns schon politisch nicht zustimmen wollen, appellieren wir als Freiheitliche an Sie: Beenden wir endlich diese skandalösen Zustände beim Allgemeinen Krankenhaus! Gehen Sie ein auf die Vorschläge der Opposition, versuchen Sie, durch einen Brückenschlag zwischen den Fraktionen die Misere zu beenden! Denn wir werden alle Kraft brauchen, um die Zukunft Österreichs im wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bereich für die Menschen zu ordnen.

Später werden wir keine Zeit haben, diese AKH-Skandale noch über Monate hinweg zu behandeln. Die Österreicher erwarten, daß diese Regierung handelt und geschlossen versucht, die wirklichen wirtschaftlichen Probleme in Angriff zu nehmen, zu denen Sie bisher noch kein Konzept gefunden haben. Das bieten wir Ihnen als Basis der Gemeinsamkeit an.

Aber es ist die Voraussetzung, daß Sie bereit sind, offen und ehrlich diesen Sumpf trockenzulegen. Das ist Ihnen bis zur Stunde nicht gelungen, und die Antwort des Herrn Bundeskanzlers war heute auch dementsprechend unbefriedigend. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Haider, Dkfm. Bauer, Dr. Steger ist genügend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der erste sozialistische Debattenredner hat die Frage aufgeworfen, warum wir denn heute diskutieren, wenn sich morgen die parlamentarische Enquete mit dem gleichen Thema beschäftigt.

Nun, Herr Abgeordneter Hobl, Sie und Ihre Fraktion haben ja bisher jeden Antrag, der eine sachliche Arbeit ermöglicht hätte, abgelehnt. Sie haben uns ja keine Gelegenheit zu einer sachlichen Auseinandersetzung über die Fragen des Allgemeinen Krankenhauses

Dr. Marga Hubinek

gegeben. Und ich darf erinnern, daß wir Sie mehrfach um einen Unterausschuß gebeten haben, um eine sachliche Arbeit zu leisten. Sie haben jedesmal abgelehnt.

Was die Freitag-Veranstaltung betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden Sie doch nicht so naiv sein anzunehmen, daß wir morgen eine Lösung der Probleme finden werden.

Wer sich die Referenten ansieht, wird sehen, daß sich darunter Manager finden, die über die Zukunft des Allgemeinen Krankenhauses richtungsweisende Aussagen treffen sollen, die bereits in wenigen Tagen ihren Schreibtisch räumen müssen wegen Unfähigkeit. Was erwarten Sie sich von diesen Sachverständigen?

Und wenn wir daher heute die dringliche Anfrage an den Herrn Bundeskanzler gerichtet haben, so deshalb, weil uns eben das Problem unter den Nägeln brennt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer die Debatte verfolgt hat, hat gesehen, wie uns der erste Debattenredner, Herr Abgeordneter Hobl, eine Horrorvision vermittelt hat. Er hat nämlich gemeint, daß die gesamte Errichtung und Überwachung des Bundesstraßennetzes so viel kostet wie das Allgemeine Krankenhaus.

Ja, meine Damen und Herren, ist Ihnen klar, was Ihr Herr Abgeordneter Hobl sagt? — Das ganze Bundesstraßennetz soll so viel kosten wie ein einziges Bauwerk. Das ist ja eine Horrorvision. *(Abg. Ing. Hobl: Aber Sie können nicht einmal zuhören, Frau Doktor!)* Das haben Sie hier gesagt. Wahrscheinlich stimmt es nicht, aber Sie haben es hier gesagt. *(Abg. Ing. Hobl: Ich habe gesagt, in zwei Jahren wird genauso viel Geld für alle Straßen in Österreich ausgegeben!)* Also vielleicht haben Sie sich nicht richtig auszudrücken verstanden. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Hobl: Denken Sie daran, wofür Sie im Wiener Gemeinderat gestimmt haben!)*

Herr Abgeordneter Hobl! Sie haben sich ja auch dann ausführlich mit der Tätigkeit des Abgeordneten Steinbauer beschäftigt. Wahrscheinlich erscheint Ihnen das weitaus wichtiger als die Zahlenjongliererei beim Allgemeinen Krankenhaus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Antwort des Herrn Bundeskanzlers möchte ich gerne näher beleuchten. Er meinte auf die Frage über die Höhe der Betriebskosten: Es gab Betriebskosten im Jahr 1978 mit 3 Milliarden Schilling. Und nun kommt eine sehr sphinxhafte Bemerkung: Er hätte nun

Zahlen — Betriebskosten —, die in einem weitaus günstigeren Lichte erscheinen.

Bitte, was meint er damit?

Zur gleichen Zeit erklärt der ehemalige Präsident des Rechnungshofes, Präsident Kandutsch, nach seiner Schätzung würden die Betriebskosten 10 Milliarden, also bitte nicht 3 Milliarden und noch günstiger, sondern 10 Milliarden betragen.

Der Finanzminister, der gestern in der Fragestunde dazu befragt wurde, hat überhaupt keine Vorstellungen, was die Betriebskosten ausmachen sollen.

Es wäre also sehr interessant für uns zu erfahren, wie der Herr Bundeskanzler zu der sehr optimistischen Schätzung der Betriebskosten gelangt.

Und nun hat sich der Herr Gesundheitsminister mit den Baukosten beschäftigt. Es gibt eine Differenz zwischen den Zahlen des Gesundheitsministers und des Herrn Bundeskanzlers. Herr Minister Steyrer, Sie haben sie versucht aufzuklären. Ich nehme an, daß der Herr Bundeskanzler die Zahlen der „Rathauskorrespondenz“ verwendet hat, und das mag auch ganz instruktiv sein.

Die „Rathauskorrespondenz“ vom 4. Feber 1980 hat von 24,2 Milliarden Baukosten gesprochen. Die „Sozialistische Korrespondenz“ selbst hat an diese Zahlen nicht geglaubt, ein Monat später werden bereits 26,2 Milliarden Schilling genannt.

Was bleibt denn davon übrig, Herr Minister Steyrer? — Die verschiedenen Zahlen bedeuten doch, daß in Wirklichkeit keiner eine Ahnung hat, was es wirklich kosten wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn aber nun — und das, glaube ich, sollte hier mit aller Deutlichkeit gesagt werden — der Herr Bundeskanzler eine Zahl nennt, und zwar im Rahmen der Beantwortung einer dringlichen Anfrage, glaube ich, daß sich die Opposition gerne der Weisheit des Herrn Bundeskanzlers beugt und beim Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei mitgeht.

Betrachten wir die Zahl des Herrn Bundeskanzlers als ein Kostenlimit. Und damit wir es alle noch einmal im Gedächtnis haben, darf ich es wiederholen: Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Weisheit bemerkt, daß die Baukosten 24 Milliarden und die Betriebskosten weniger als 3 Milliarden Schilling betragen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten von der sozialistischen Frak-

Dr. Marga Hubinek

tion, ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie Ihren Bundeskanzler desavouieren werden, daß Sie diesem Entschließungsantrag der Oppositionsparteien nicht beistimmen. Wir müßten dann nämlich glauben, daß Sie selbst nicht an die Zahlen des Herrn Bundeskanzlers glauben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler hat es zu unserem Bedauern vorgezogen, sich wieder zu entfernen und sich nicht weiter mit den Niederungen des Allgemeinen Krankenhauses zu beschäftigen. Ich kann mir schon vorstellen, daß es nicht angenehm ist, sich mit diesen Begleiterscheinungen konfrontieren zu lassen. *(Abg. Samwald: Sie wissen doch genau, daß er beim Tichonow ist! Der ist doch wichtiger als Sie!)* Herr Abgeordneter Samwald, ich begreife das schon. Das Allgemeine Krankenhaus ist aber in einer Größenordnung, die das Parlament schon wichtig nehmen sollte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann mir schon vorstellen, daß es eine Frage auch des persönlichen Mutes und, Herr Abgeordneter Samwald, eine Frage des persönlichen Stils ist, sich hier auseinanderzusetzen mit dem Allgemeinen Krankenhaus oder einfach im Vorbeigehen oppositionelle Abgeordnete zu beleidigen.

Ich kann mir vorstellen, daß es leicht ist, einen Abgeordneten der Opposition zu beleidigen und dann nachher keine Gelegenheit zu finden, in seiner Beantwortung wenigstens ein Wort der Entschuldigung zu finden. Denn der Herr Bundeskanzler hat diese Beleidigung durch die Medien noch österreichweit publik gemacht.

Und nun kommt, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten von der sozialistischen Fraktion, die Groteske des Herrn Bundeskanzlers: Im gleichen Atemzug verlangt er nämlich die Aufhebung der Immunität. Bitte, grotesk bis dort hinaus. Er schützt sich durch den Mantel der Immunität, um Beleidigungen von sich zu geben, verlangt die Aufhebung der Immunität, bedenkt aber nicht, was dem ehemaligen Herrn Finanzminister geschehen ist. Der hat nämlich für einen ähnlichen Anlaß in den letzten Tagen und ohne den Schutz der Immunität eine saftige Geldstrafe verpaßt bekommen. Der Herr Bundeskanzler soll glücklich sein, daß die Immunität seine Eskapaden, seine rhetorischen Eskapaden noch schützt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir uns wieder dem Spital zuwenden, so hat der Herr Bundeskanzler gemeint, man mußte ja die Wünsche der Ärzte erfüllen und deshalb sei alles so teuer geworden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie tun so, als ob anderswo nirgends ein Spital erbaut worden wäre. Es gibt ja genügend Beispiele im Inland, es gibt Beispiele in Innsbruck, und es gibt Beispiele in der benachbarten Bundesrepublik. Überall haben die Politiker eben aus ihrer Verantwortung heraus die Wünsche der Ärzte auf ein vernünftiges Maß gedrückt. Nur bei uns ist das nicht möglich.

Und wenn Sie sich das Spital am Zeichentisch schon ansehen, so ist es ein Monstrum — möglichst viele Betten, möglichst viele Wirtschaftsabteilungen in zwei Bettentürmen. Die Räume sind fensterlos. Eine Klimaanlage könnte die Menschen in eine schreckliche Situation bringen, wenn diese Klimaanlage nicht funktioniert. Sie ist so kompliziert, daß sie Haustechniker gar nicht reparieren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist heute viel über Fehlplanung, über Verschwendung geredet worden. Aber ich glaube, ein sehr ernstes Kapitel ist die Frage der Sicherheit. Und ich glaube, daß es uns berühren sollte, wenn die Sicherheitsexperten Alarm schlagen. Eine Unterbringung von 2 200 Betten in zwei riesigen Stahltürmen kann im Falle eines Brandes zu einem Flammeninferno führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hören die Warnungen der Fachleute, und es nimmt eigentlich wunder, daß sich die Verantwortlichen darüber hinwegsetzen, Fachleute, die sagen, daß man Kranke aus einem Hochhaus nicht leicht bergen kann, daß es problematisch ist.

Und nun stellen Sie sich einmal vor, die Aufzüge funktionieren nicht. Das ist ja eine Horrorvision, wie man sie also wirklich anderswo nicht findet.

Ich meine dazu, daß wir uns vielleicht in diesem Stadium überlegen sollten, ob nicht die technische Überdimensionierung hier ein Bild Orwellscher Prägung liefert, diese Überdimensionierung, wo der Kranke sein Herz aus der Lautsprecherbox hämmern hört und dann alle Lebensvorgänge über Monitoren flimmern. Dieser Kranke muß sich doch in diesen fensterlosen oder, besser gesagt, in diesen Krankenzimmern, wo man vor den Fenstern nur die Sonnenschutzlamellen sieht, einsam, isoliert vorkommen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Biomediziner zitieren, der meint, daß das System im Allgemeinen Krankenhaus nicht patientenbezogen ist, daß die Methoden nicht der Moral entsprechen, daß wohl aus

Dr. Marga Hubinek

der Sicht der Industrie alles in Ordnung ist, sie hat ihre Umsätze, ihre Arbeitsplätze, aber der Patient kommt nicht davon.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht noch eine Bemerkung. Der Herr Gesundheitsminister hat gemeint, die Verteuerung unseres Spitäles sei auch durch die große Zahl der Ambulatorien und der Dimensionierung der Ambulatorien gegeben.

Hat sich schon jemand den Kopf darüber zerbrochen, welches Verkehrsaufkommen es auf dem inneren Gürtel bedeutet, wenn 7 000 bis 10 000 Leute Ambulatorien in den Vormittagsstunden aufsuchen sollen?

Ich darf in diesem Zusammenhang den Antrag der Österreichischen Volkspartei vom Oktober 1980 zitieren, wo wir gemeint haben, die Zahl der Ambulatorien sei auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren.

Da höre ich geradezu den Herrn Stadtrat Nittel, der euphorisch gemeint hat, das Verkehrsaufkommen sei in den Griff zu bekommen. Wir haben ja für 2 500 Autos Parkgaragen. Und dann sagt er noch: Das ist ja wunderschön, im Zentrum von Wien, da kommt ja jeder leicht hin.

Ich würde Herrn Stadtrat Nittel empfehlen, in der Stoßzeit sich einmal den inneren Grütel anzusehen. Dann wird er sich wundern, vielleicht sagt er dann etwas anderes. *(Zwischenruf des Abg. L a n c.)*

Herr Innenminister, Sie haben halt keinen Führerschein. Ich verstehe schon, wenn man keinen Führerschein hat, sieht man die Dinge anders. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und hier eine Bemerkung, die mehrfach von den sozialistischen Debattenrednern gebracht wurde. Sie unterstellen nämlich der ÖVP, daß sie nur Kritik übt, neuerdings gibt es auch gar keine menschliche Basis der Zusammenarbeit, und daß man mit uns also keine Verhandlungen, keine Gespräche führen kann.

Ich würde — und das möchte ich vor allem dem Herrn Bundeskanzler empfehlen, der diese menschliche Basis plötzlich vermißt — hier dem Herrn Bundeskanzler und auch Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, empfehlen, sich unsere zahlreichen Entschließungsanträge anzusehen. Damit hier keine Legendenbildung entsteht, möchte ich Ihnen nur das Datum zitieren: 19. März 1980: Festlegung der weiteren Vorgangsweise beim Neubau, 20. 3. 1980: Schaffung eines umfassenden Krankenhaus-Organisations- und -finanzie-

rungsgesetzes, 16. April 1980: weitere Vorgangsweise beim Neubau, 7. Oktober 1980: Sicherstellung eines reibungslosen und möglichst zügigen Weiterbaus, 7. Oktober 1980: Abberufung des Vorstandes und am 19. März 1981, vor wenigen Tagen, die Einsetzung eines internationalen Expertenteams. *(Unruhe im Saal. — Präsident Mag. Minkowitsch gibt das Glockenzeichen.)* Ich kann mir vorstellen, daß es vielleicht auch in der sozialistischen Fraktion Kavaliers gibt, die mir noch 5 Minuten zuhören. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben sich mit diesen Anträgen nicht auseinandersetzen wollen. Sie wollten die internationalen Experten nicht hören, Sie wollten nicht hören, wie man zügig weiterbaut. Was wollten Sie genau genommen? — Weiterwursteln wie bisher.

Und was nämlich noch viel schlimmer ist, daß Sie gar nicht die Größenordnung der Ausgaben erfahren wollen, weder der Kosten der Errichtung noch die Betriebskosten.

Ich muß also sagen, die gestrige Fragestunde war eigentlich ein Lehrstück, wie es nicht sein sollte: daß ein Finanzminister, befragt über die Höhe der zukünftigen Kostenbelastung, sich mit einem banalen Vergleich über die Höhe der Brotkosten hinwegturnt und überhaupt keine Ahnung hat, in welcher Größenordnung Betriebskosten anzusetzen sind.

Ich glaube, es genügt sicherlich nicht, wenn ein Regierungschef bekümmert am Fernsehschirm erklärt, er sei über die Verschwendung und die Korruption „erschüttert“. Bundeskanzler Kreisky hat dies via Fernsehschirm erklärt.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Bundeskanzler trägt eine zweifache Verantwortung, auch für die Verschwendung und auch für die Korruption. Er hat nämlich nicht nur als Abgeordneter jeweils die Anträge der Opposition niedergestimmt, jene Anträge, die eben ein positiveres und sparsameres Konzept ermöglicht haben. Der Herr Bundeskanzler trägt auch als Regierungschef eine Verantwortung. Und diese Verantwortung, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann ihm niemand abnehmen. Die „Geschichten von Dr. Kreisky“, deren Finanzierung jetzt in den letzten Tagen ja sehr dubios geworden ist, diese Geschichten des Dr. Kreisky werden um ein sehr wenig ruhmreiches Kapitel bereichert werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Bevor ich die

Präsident Mag. Minkowitsch

nächste Wortmeldung erteile, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Minutenanzeige beim Rednerpult ein technisches Gebrechen hat. Ich bitte die Redner, sich nach der Uhr zu orientieren.

Ich gebe Herrn Abgeordneten Hobl das Wort und mache ihn darauf aufmerksam, daß er noch zwei Minuten zur Verfügung hat.

Abgeordneter Ing. Hobl (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur die Stellungnahme meiner Fraktion zum Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen bekanntgeben.

Ich habe selber am 21. August 1980 bei der Sitzung einen Entschließungsantrag eingebracht, der in seinem letzten Teil heißt:

„... angesichts der Tatsache, daß sich der ÖVP-Abgeordnete Dr. Wiesinger in einem ORF-Interview noch am 12. Juni 1975 zum Neubau und zur Planung des AKH bekannt hat, und zwar unter anderem mit der Begründung, „weil sie nicht zuletzt auf die Initiative unseres damaligen Stadtrates Primarius Dr. Glück zurückzuführen ist“, bekräftigt der Nationalrat seine Entschließung vom 20. März 1980 und ersucht die Bundesregierung, sich gemeinsam mit der Stadt Wien für eine möglichst rasche und kostengünstige Fertigstellung des Allgemeinen Krankenhauses einzusetzen, damit die dort in Entstehung befindlichen wissenschaftlichen und medizinischen Einrichtungen der österreichischen Bevölkerung noch in diesem Jahrzehnt“ — und jetzt kommt es! — „unter Einhaltung des am 3. Juli 1979 fixierten Kostenlimits im vollen Umfang zur Verfügung gestellt werden können.“

Das Kostenlimit wurde in der Aktionärssitzung am 3. Juli 1979 auf Antrag des damaligen Vizekanzlers Dr. Androsch beschlossen. Wir haben schon einmal der Forderung, die Sie heute mit diesem Entschließungsantrag stellen, zugestimmt. Wir werden heute daher nicht zustimmen (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*), weil wir nicht duplizieren. Wir haben das schon einmal beschlossen! Danke. (*Beifall bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das war blamabel!*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Steinbauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Steinbauer (ÖVP): Wir brauchen nicht viel zu sagen nach dem letzten Auftritt des Kollegen Hobl. Er begründet, daß er nicht duplizieren will. Für eine gute Tat, Herr

Kollege Hobl, und das wäre eine Begrenzung der Kosten, das wäre das AKH in den Griff zu kriegen, würde sich zwei ... (*Abg. Dr. Fischer: Ihr könnt ja noch zehnmal den Antrag einbringen!*)

Herr Klubobmann, ich verstehe, daß Sie im Zusammenhang mit dem AKH zu duplizieren sich scheuen. Sie könnten ruhig mitstimmen, wenn es um eine gute Sache geht, und beim AKH endlich das Ding in den Griff zu kriegen, wäre eine gute Sache. Herr Kollege, Ihre Argumente haben nicht überzeugt. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: Wenn der Nationalrat das einmal beschließt, so muß das doch genügen!*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen betreffend Vorlage eines AKH-Finanzierungsgesetzes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Festlegung eines Kostenlimits für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt. (*Rufe bei der ÖVP: Also kein Kostenlimit!*)

2. Punkt: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über den Antrag 60/A (II-1123 der Beilagen) der Abgeordneten Helga Wieser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bangseuchengesetz geändert wird (655 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über den Antrag 60/A der Abgeordneten Helga Wieser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bangseuchengesetz geändert wird, 655 der Beilagen.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hafner. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatler Dr. **Hafner**: Hohes Haus! Die Abgeordneten Helga Wieser, Josef Steiner, Deutschmann und Genossen haben am 3. Juni 1980 den gegenständlichen Initiativantrag betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bangseuchengesetz geändert wird, im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

In einem zweijährigen Abstand wird in allen Rinderbeständen eine Untersuchungsaktion auf TBC und Bang durchgeführt. Der Zweck dieser Untersuchungen liegt weniger im einzelbetrieblichen Interesse der Bauern, sondern vor allem im Interesse einer umfassenden Gesundheitspolitik für die gesamte Bevölkerung. Nach wie vor haben aber die Bauern bei der Aktion auf Grund des Bangseuchen-Gesetzes die gesamten Untersuchungskosten zu tragen.

Die nähere Begründung mögen Sie bitte dem schriftlich vorliegenden Ausschlußbericht entnehmen.

In der Debatte, an der sich außer dem Berichterstatler die Abgeordneten Grabher-Mayer, Tonn und Ausschlußobmann Dr. Wiesinger beteiligten, brachten die Abgeordneten Tonn und Helga Wieser einen Abänderungsantrag betreffend die §§ 4 Abs. 1, 19 Abs. 2 und Abs. 3 sowie 20 Abs. 1 ein.

Bei der Abstimmung wurde der im Antrag 60/A enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des erwähnten Abänderungsantrages teils einstimmig, teils mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Ausschluß für Gesundheit und Umweltschutz stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatler. General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Ing. Murer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. **Murer** (FPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Der Anlaß unserer heutigen Debatte ist meines Erachtens ein sehr ernster, und zwar handelt es sich um eine Krankheit, die vielen unter den Bauern bei den Rinderherden schwer zu schaffen gemacht hat. Es handelt sich um die

sogenannte Bangsche Krankheit, benannt nach dem dänischen Tierarzt Bernhard Bang; er war nämlich der Entdecker dieses Krankheitserregers.

Bei dieser Krankheit — ich erwähne das deshalb etwas ausführlicher, weil sehr viele leider Gottes nicht wissen, worum es sich hier wirklich genau dreht — handelt es sich nicht um eine harmlose Infektionskrankheit, die nur die Rinder befallen kann, sondern um eine Krankheit, die auch auf Menschen übertragbar ist. So wie mir Ärzte berichtet haben, wurden Menschen von sehr schwerer Krankheit dann befallen. Die Übertragung selbst geschieht durch eine einfache Berührung der Rinder oder durch den Genuß von Produkten aus verseuchten Herden.

Hohes Haus! Ich habe diese Krankheit etwas näher erläutert, weil ich heute schon einige Male gehört habe, daß man nicht ganz genau weiß, warum eigentlich das so wichtig ist, und weil uns die Frau Kollegin Wieser und Genossen in dem Abänderungsantrag gesagt haben, es handle sich bei dieser Krankheit, laut ihrem zweiten Antrag, eher um ein wirtschaftliches Problem, das unsere Bauern angeht und mit gesundheitspolitischen Aspekten eher weniger oder nicht mehr in diesem Ausmaß zu tun hat, wie es früher der Fall war.

Liebe Frau Kollegin Wieser! In dieser Argumentation kann ich leider und will ich Ihnen auch nicht voll und ganz folgen, wenngleich ich Ihnen zugebe, daß diese schreckliche Krankheit, die bei den Rindern das Verkalben hervorruft, Gott sei Dank nur mehr verhältnismäßig selten auftritt, weil ja alle gemeinsam in den letzten Jahrzehnten — Staat und Bauern, das muß man auch sagen — vieles geleistet haben.

Aber gleichzeitig, meine Damen und Herren, wird im Abänderungsantrag der ÖVP und SPÖ davon ausgegangen, daß vom Standpunkt der Volksgesundheit ein Interesse an periodischen Untersuchungen bestehe, weil dadurch ein neuerliches Aufflackern der Seuche verhindert werden könnte. Das ist sicherlich, Frau Kollegin Wieser, sehr richtig argumentiert, es kann ja wirklich durch ein Auftreten dieser Seuche das sehr rasch überhandnehmen und gesundheitspolitisch einen Schaden anrichten, den wir alle verhindern wollen.

Meine Damen und Herren, nur habe ich halt nicht ganz verstanden, daß man einmal sagt, es ist eigentlich aus gesundheitspolitischen Überlegungen nicht mehr so wichtig und die Rinderhalter soll man daher von den Kosten der Untersuchungen befreien, dann

Ing. Murer

aber gemeinsam mit der SPÖ einen Abänderungsantrag macht, der wieder sagt, es ist eigentlich doch so, daß die Rinderhalter die Kosten tragen sollen. Dieser Slalom, meine Damen und Herren, ist mir sehr komisch vorgekommen. Frau Kollegin Wieser, Sie werden es ja dann noch sagen, warum Sie eigentlich zu dieser Änderung in Ihrer Haltung gekommen sind.

Erst ganz zuletzt wird in dem recht sonderbaren Abänderungsantrag die Katze wirklich aus dem Sack gelassen; Sie schreiben dazu wörtlich:

„Mehr jedoch liegt die Fortführung der periodischen Untersuchungen wieder im Interesse der Tierhalter, da beim jetzigen hohen Hygienestand und Standard der Rinderzucht nur mehr Rinder anerkannt werden für den Export und für den Verkauf, die aus diesen seuchenfreien Beständen kommen.“

Da haben Sie sicherlich sehr recht, nur, Frau Kollegin Wieser, wissen Sie auch, daß nicht nur die periodischen Untersuchungen hier mit maßgebend sind, sondern daß die Rinderhalter ohnehin außer dieser periodischen Untersuchung, wenn sie exportieren wollen, noch einmal eine Untersuchung machen müssen, noch einmal durch den Tierarzt diese Untersuchungen über sich ergehen lassen müssen und das letztendlich wieder sehr viel Geld kostet, mehr als vorher, nämlich die Untersuchung kostet pro Tier zirka 400 S.

Weiter unten dann im Antrag schieben Sie mehr oder weniger den Bauern das ganze Bummerl zu, wenn es hier wörtlich heißt:

„Die periodischen Untersuchungen liegen demnach vorwiegend im Interesse des Tierhalters. Die Kosten hierfür sind auch daher“ — das war für uns der springende Punkt — „vom Tierhalter zu tragen.“

Meine Damen und Herren! So einfach sollte man sich das dann doch nicht machen, denn der ursprüngliche Antrag, der ja sehr gut war und mit voller Berechtigung von der Frau Kollegin Wieser und Genossen eingebracht wurde, daß nämlich die Rinderhalter von diesen Kosten der Untersuchungen befreit werden, und nachher im Ausschuß mit einem Antrag zu kommen, der genau das Gegenteil will, das ist halt etwas eigenartig. Ich glaube, daß dafür die Bauern nicht sehr viel Verständnis aufbringen werden können.

Aber ich möchte diese Tatsache auch hier benützen, weil es in diesem Bericht und Abänderungsantrag auch heißt, daß verschiedene Kosten doch den Bauern zumutbar sind, kurz zu argumentieren, warum weitere Belastun-

gen für die Rinderhalter in Österreich nicht mehr zumutbar sind. Meine Damen und Herren! Sie alle wissen — das sagt ja auch der Landwirtschaftsminister —, daß eben die Frage der Rinderpreise in Österreich nicht gelöst ist, daß die Rinderpreise seit einigen Jahren stagnieren und sich gegenüber den gewaltigen Kostenbelastungen der Bauern als schwere Belastung auszeichnen und daher in den letzten Wochen einige Demonstrationen mit Recht — auch vom Bauernbund — in Wien und an anderen Orten stattgefunden haben.

Ich möchte nur noch ganz kurz an den 19. März erinnern und in einigen Punkten in meinen Ausführungen darauf eingehen, nämlich als der Rechnungshofbericht — von irgendwoher muß das ja kommen und irgendwer, meine Damen und Herren, muß ja schuld sein an dieser Kostenmisere — darüber berichtet hat. Das kann doch nicht von irgendwo kommen.

Als wir über den Rechnungshofbericht betreffend Vieh- und Fleischkommission hier im Hohen Haus debattiert haben, da wurde von der Österreichischen Volkspartei ein Redner in die Debatte geschickt, der sich zögernd, aber doch zu diesem Problem gemeldet hat; von den Sozialisten in Österreich hat überhaupt niemand zu diesen Vorgängen gesprochen. Daher, meine Damen und Herren, einige Ausführungen dazu.

Denn dort, bei diesen Berichten, ging es nämlich wirklich um skandalöse Dinge, die den Bauern draußen doch interessieren, denn die Viehbauern wurden durch diese Praktiken in der Vieh- und Fleischkommission nicht gefördert, sondern sie wurden eigentlich um Millionen geschädigt, so wie es der Rechnungshofbericht sehr klar sagt.

Die diversen Landwirtschaftskammerpräsidenten weisen bei den Versammlungen ebenfalls immer wieder auch mit Recht darauf hin und meinen, daß die Festsetzung der Preisbänder, die scheinbar anonym geschehen, die weitere Entwicklung der Rinderpreise nach oben hindern.

Meine Damen und Herren! Man müßte und man sollte halt dann aber auch ehrlicherweise dazusagen, daß der Obmann dieser Vieh- und Fleischkommission von der Präsidentenkonferenz gestellt und nominiert wird. Aber hauptverantwortlich für dieses Versagen in der Vieh- und Fleischkommission ist natürlich der Landwirtschaftsminister. Ich fordere den Landwirtschaftsminister auf, diese Zustände so schnell wie möglich zu ändern. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Ing. Murer

Meine Damen und Herren! Daß die Sozialistische Partei scheinbar davon nicht viel wissen will und daß es Ihnen lieber ist, daß bald Gras über diese Angelegenheiten wächst, kann ich mir sehr gut vorstellen, denn Sie selber wissen, daß genau einer der Hauptimpulse von dort ausgeht, daß die Rinderpreise in Österreich seit drei Jahren stagnieren und auf der Stelle treten. Und weil wir heute schon von der Belastung der Rinder und von den Rinderpreisen reden, die unzureichend sind, muß man natürlich auch die Bauernbund-Abgeordneten fragen, warum haben sich die Rinderpreise in diesen drei Jahren nicht nach oben verändert? Warum hat sich hier nichts getan? Von meiner Sicht aus kann ich es in zwei Punkten in der Art und Weise festlegen, daß erstens eben die Preisbänder nicht rechtzeitig festgesetzt wurden und daß nicht die entsprechenden Maßnahmen gesetzt wurden, daß die Preisbänder nicht unterschritten werden.

Diese Frage hängt eben sehr eng mit der heutigen Belastungsmaßnahme des Abänderungsantrages von ÖVP und SPÖ zusammen und muß deshalb kurz erwähnt werden. Ich wollte damit nur aufzeigen, daß sich die Rinderhalter ohnehin mit genug finanziellen Problemen herumraufen müssen, und dann kommen ÖVP und SPÖ heute noch mit einem Antrag daher, der eindeutig darauf ausgerichtet ist, die Rinderhalter in Österreich weiter zu belasten.

Liebe Frau Kollegin Wieser! Wie ich das gehört habe, hat mir wirklich jedes Verständnis dafür gefehlt. Ich kann eigentlich nur den Kopf schütteln, daß man hier diese Belastungsmaßnahme gemeinsam mit den Sozialisten heute beschließen möchte.

Wir Freiheitlichen nehmen jedoch bitte positiv zur Kenntnis, daß bei diesen Verhandlungen die Ausmerzentschädigung, die ja 24 Jahre, also Jahrzehnte hindurch, auf einem minimalen Niveau von zirka 900 S stehengeblieben ist, erhöht wird; aber ich muß auch dazusagen, daß diese Anhebung der Ausmerzentschädigung auf jetzt 2 250 S nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Meine Damen und Herren! Ein kleines Beispiel soll zeigen, daß es wirklich nicht mehr ist. Wenn heute eine Kuh 12 000 S wert sein soll und im Ernstfall nur mit einer Abschlagszahlung von 20 Prozent des wahren Wertes vergütet werden kann, mit anderen Worten: Zirka vier Fünftel müßte laut Ihrem ersten Antrag daher der Bauer selber bezahlen, sofern nicht Landesregierungen und andere Förderungseinrichtungen, wie etwa Genos-

senschaften, helfen — speziell hingewiesen auf die Stainacher Molkerei-Genossenschaft, die hier bahnbrechend war und sehr viel geleistet hat —, ist das doch auch keine wirkliche Hilfe, sondern ist eher noch dieser Betrag hilfsbedürftig und entschädigt die Bauern für diese wahren Leistungen der vergangenen Jahrzehnte nicht.

Vieles wurde in den letzten Jahrzehnten versäumt, denn dieses Problem gibt es ja nicht erst seit heute, sondern schon seit vielen Jahren. Daß bisher, wie ich ja schon erwähnt habe, die Untersuchungskosten vom Tierhalter getragen werden mußten, war doch ein großer Beitrag zur Volksgesundheit, den die Bauern hier erbracht haben, ja nur in einem kleinen Teilbereich. Große Geldsummen wurden hier dem Staat erspart und von den Bauern entrichtet, wie etwa — und auf das muß man ja auch immer wieder hinweisen — die Milliardenbeträge, die die Bauern den Konsumenten erspart oder zur Verfügung gestellt haben, indem sie ihnen seit Jahrzehnten billige Lebensmittel zur Verfügung stellen. Daß zweitens die Beträge für die Ausmerzentschädigung, für die Reagentenzeit seit Jahrzehnten unberücksichtigt blieben und die Bauern weiter schwer belasten, ist ebenfalls meines Erachtens nichts anderes als ein Nachziehverfahren, und man sollte das auch nicht überbewerten und als eine besonders große Leistung hinstellen.

Durch die zweijährige Untersuchungspflicht haben die Bauern auch den finanziellen Anteil, der eigentlich nirgends aufscheint, der nämlich durch die Manipulationen entsteht, auch voll und ausschließlich selbst getragen. Also wieder weitere Millionen, die die Bauern seit Jahrzehnten selber tragen. Die Bauern haben dadurch einen großen Anteil für die Gesundheitspolitik in Österreich geleistet, und daher treten wir Freiheitlichen dafür ein, daß nun der Staat an der Reihe ist, daß nun der Staat diese Kostenbelastung von den österreichischen Bauern übernimmt, und dafür werden wir heute einen Abänderungsantrag einreichen, dem, wie ich hoffe, alle in diesem Haus zustimmen werden. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Zum Abschluß: Wenn heute das gesamte Bundesgebiet Österreich praktisch von dieser Seuche mehr oder weniger saniert ist und es nur noch Einzelfälle gibt, die dort und da aufflackern und die Bauern trotzdem mit einer sehr großen finanziellen Belastung von etwa 40, 50 Millionen treffen werden, so ist es für mich unverständlich, daß der Staat hier nicht eintritt.

Ing. Murer

Ich darf daher den Abänderungsantrag der Abgeordneten Murer — ich freue mich, daß hier wieder ein Gesinnungswandel zugunsten der Bauern eingetreten ist. Frau Kollegin — Helga Wieser und Grabher-Meyer hier vorbringen:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Antrag 60/A in der Fassung des Ausschußberichtes 655 der Beilagen wird wie folgt geändert:

Die in einem Bekämpfungsgebiet oder in einem bangfreien Gebiet aus Anlaß der periodischen Untersuchung, der Absonderung ...

Präsident Mag. Minkowitsch: Herr Abgeordneter, ich bitte, genau zu zitieren und bei erstens zu beginnen.

Abgeordneter Ing. Murer (fortsetzend): ... wird wie folgt geändert, Herr Präsident:

1. Im Art. I hat die Z. 4 zu lauten:

„4. § 20 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Die in einem Bekämpfungsgebiet oder in einem bangfreien Gebiet aus Anlaß der periodischen Untersuchung, der Absonderung, der Wartung und der Beaufsichtigung der Tiere auflaufenden Kosten hat der Bund zu tragen. Außerdem hat der Bund in einem Bekämpfungsgebiet mit Vorverfahren oder außerhalb eines Bekämpfungsgebietes auch die Kosten zu tragen, die aus Anlaß der Durchführung des Verfahrens zur Anerkennung eines Bestandes als bangfreier Bestand auflaufen. Die bei der Durchführung der Desinfektion notwendigen Hand- und Zugarbeiten hat der Tierhalter auf seine Kosten zu erbringen.“

2. Im Art. I erhält die bisherige Z. 4 die Bezeichnung „Z. 5“.

Meine Damen und Herren! Die freiheitliche Fraktion wird dem Abänderungsantrag der ÖVP und SPÖ nur dann die Zustimmung geben, wenn der Abänderungsantrag der Abgeordneten Murer, Wieser und Grabher-Meyer angenommen wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben vollständig verlesene Abänderungsantrag der Abgeordneten Ing. Murer, Helga Wieser, Grabher-Meyer und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Helga Wieser. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Helga Wieser (ÖVP): Herr Bundesminister! Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit in aller Kürze. Herr Abgeordneter Murer, wir könnten hier sicherlich über Rinderpreise diskutieren, aber ich glaube, es ist jetzt nicht der geeignete Zeitpunkt.

Zur behandelten Regierungsvorlage beziehungsweise zum Initiativantrag der Österreichischen Volkspartei glaube ich grundsätzlich sagen zu können, daß dieses Problem seit vielen Jahren ansteht, schon unter den Ministern Leodolter, Salcher, und erst jetzt unter Steyrer ist diese Sache zur Behandlung gekommen.

Es ist nicht notwendig, hier noch auf alle Einzelheiten einzugehen. Vielleicht ganz kurz: Die Bangseuche ist seuchenhaftes Verwerfen und hat zur Folge, wenn sie in einem Stall auftritt, daß sie erstens sehr ansteckend ist, zweitens auch auf Menschen übertragbar ist und drittens vor allem für den Tierhalter einen großen finanziellen Verlust darstellt.

Die Ansteckungsgefahr besteht nicht nur im Stall, sondern auch auf der Weide, und die Übertragbarkeit auf den Menschen besteht auch durch den Genuß der Milch befallener Tiere.

Wir wissen, daß diese Krankheit, wenn sie ein Mensch bekommt, sehr schwierig zu behandeln ist. Es dauert meistens Jahre, bis diese Krankheit erstens erkannt wird und zweitens dann auch völlig ausgeheilt werden kann. Wir haben in der Landwirtschaft eine leidvolle Erfahrung, bis man endlich einmal damit zurecht kam.

Das ist also der volksgesundheitliche Standpunkt, und es stimmt nicht, daß ich im Ausschuß nicht darauf hingewiesen habe. Aber darüber wollen wir nicht mehr diskutieren.

Wenn ich aber den Abänderungsantrag beziehungsweise meinen Initiativantrag erläutern darf, so wäre es sicherlich nicht richtig, wenn wir sagen würden, es würde überhaupt keine Verbesserung durch diesen Initiativantrag erreicht. Es geht darum, daß nach 24 Jahren endlich diese Ausmerzent-schädigung auf 2 250 S angehoben wurde.

Herr Abgeordneter Murer! Es stimmt nicht, daß man heute für einen Rinderbestand, der gekeult werden muß, pro Stück nur 2 250 S bekommt, sondern zusätzlich zum Fleischpreis wird der Zuchtwert und der Wert des Tieres mit 2 250 S abgegolten, zusätzlich noch eine Entschädigung, der Herdebuchzuschlag, der von 300 S auf 750 S angehoben wurde.

Helga Wieser

Es ist sicherlich keine wesentliche Verbesserung. Vielleicht wäre aber noch zu bemerken, daß früher ein Befall von 75 Prozent notwendig war, bis die Entschädigungen bezahlt wurden, jetzt wird das schon ab 40 Prozent Befall finanziert.

Es ist bedauerlich, daß es bei diesem Gesetz nicht möglich war, den größten Brocken durchzubringen. Es geht hier um die periodischen Untersuchungen, die durchgeführt werden müssen und von den Bauern finanziert werden müssen.

Herr Bundesminister, wir haben schon im Ausschuß angekündigt, daß wir hier weitere Initiativen setzen. Es wurde heute auch ein Initiativantrag in der Richtung eingebracht, der zu gegebener Zeit im Gesundheitsausschuß wiederum behandelt werden muß. Es geht hier um eine Größenordnung von zirka 20 Millionen Schilling, und wir hoffen sehr, daß, wenn es so weit ist, hier doch eine gemeinsame Entscheidung getroffen werden kann.

Die Situation ist heute so, daß in einigen Ländern diese periodischen Untersuchungskosten vom Land getragen werden, aber größtenteils müssen das in Österreich noch die Bauern selbst finanzieren.

Was die Rinderexporte anlangt, Hohes Haus, ist doch noch zu bemerken, daß heute kein Nutz- und Zuchtvieh im Rahmen der GATT-Kontingente exportiert werden kann, wenn es nicht aus einem völlig seuchenfreien Stall kommt. Es müssen hier außer diesen periodischen Untersuchungen noch zusätzliche Untersuchungen, die aber nichts mit dem Gesetz zu tun haben, durchgeführt werden.

Es kommen auch gelegentlich die Gemeinden zu einer finanziellen Leistung deswegen, weil wir im Zuge der strukturellen Entwicklung immer mehr Nebenerwerbsbetriebe haben, durchwegs also die Frauen allein zu Hause sind und bei der Blutabnahme ja ein Mann da sein muß, der das Tier hält. Weil der Tierarzt allein nicht in der Lage ist und es den Frauen nicht zumutbar ist, stehen sehr oft auf Kosten der Gemeinde männliche Hilfskräfte zur Verfügung. Ich glaube, man sollte in diesem Rahmen das noch bemerken.

Es ist sicherlich bedauerlich, daß diese 20 Millionen nicht zur Verfügung gestellt werden. Wir wissen, daß sich die finanzielle Situation gerade im landwirtschaftlichen Bereich eher zuspitzt, und wir können nicht verstehen, daß hier eine Belastung nicht abgewendet werden kann.

Herr Bundesminister! Der Initiativantrag

hat Ihnen gezeigt, daß wir nicht locker lassen werden, und wir hoffen, daß es hier in Zukunft eine einvernehmliche Lösung geben wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Koller. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Koller (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe auch nicht vor, die Landwirtschaftsdebatte des Herrn Abgeordneten Murer fortzusetzen, obwohl ich zugebe, meine Damen und Herren, daß das Bangseuchengesetz aus dem Jahr 1957, welches 1960 novelliert wurde und nun neuerlich abgeändert werden soll, natürlich von Bedeutung für die Landwirtschaft ist.

Lassen Sie mich bitte in aller Kürze einige Ausführungen dazu machen.

Ich möchte eingangs darauf hinweisen, daß es bereits im Jahr 1935 einen wenig gelungenen Versuch einer gesetzlich geordneten Bekämpfung gab. Diese Seuche ist seit langem in den Rinderbeständen der ganzen Welt verbreitet; bekämpft wird sie seit Beginn dieses Jahrhunderts. Dies geschah allerdings nicht immer auf Grund staatlicher Vorkehrungen.

Ende der fünfziger Jahre konnte man davon ausgehen, daß in unserem Bundesgebiet etwa 5 Prozent der Rinder bangverseucht waren. Durch den massiven Einsatz der Veterinärbehörden konnte die Seuche innerhalb von zehn Jahren faktisch getilgt werden.

Von einer getilgten Seuche, meine Damen und Herren, wird auf Grund internationaler Normen dann gesprochen, wenn weniger als 0,5 Prozent der Tiere oder weniger als 0,2 Prozent der Rinderbestände noch als bangverseucht gelten.

Trotzdem wird man sicher auch in Zukunft dieser Seuche die entsprechende Aufmerksamkeit zuwenden.

Derzeit werden auf Grund des Bangseuchengesetzes alle Rinder im Alter von einem Jahr und darüber regelmäßig in zeitlichen Abständen von zwei Jahren einer serologischen Blutuntersuchung unterzogen. Die entstehenden Kosten, pro Rind zirka 30 S — das ist nach den Bundesländern verschieden —, hat der Tierhalter zu tragen, denn die Seuche gilt ja praktisch als getilgt, und damit ist auch die Struktur der heimischen Rinderbestände entscheidend verbessert.

Das Interesse an der Erhaltung des Gesundheitszustandes ist heute in erster

Koller

Linie rentabilitätsorientiert, also wirtschaftlich motiviert. Das ist das primäre an dieser Sache.

Anders sieht es natürlich aus, wenn in einem Bestand verseuchte Rinder festgestellt werden. Hier übernimmt dann der Staat die Kosten der Untersuchung und zahlt auch eine entsprechende Ausmerzentschädigung, und zwar nach festen Tarifen, die den tatsächlichen Verlust wenigstens teilweise egalisieren.

Der Antrag, ursprünglich von Frau Abgeordneter Wieser und nun von Herrn Abgeordneten Murer, zielte darauf hin, daß der Staat in allen Fällen die Untersuchungskosten trägt. Dies würde natürlich für den Staat sehr hohe Kosten bedeuten, und wir müssen daher aus diesem Grund diesen Antrag ablehnen.

Ich möchte eines sagen, und das haben wir heute wieder festgestellt: Es vergeht kaum ein Plenumstag, wo nicht von der Opposition das Budgetdefizit und die Schulden kritisiert werden. Es vergeht aber auch kein Plenumstag, ohne daß neue Anträge gebracht werden, die Belastungen für den Staat bedeuten. Das ist auch der Grund, warum wir das ablehnen.

Bei der Ausmerzentschädigung, meine Damen und Herren, sind wir für ein Gleichziehen mit den Tbc-Reagenten, wir sind hier gleichgegangen mit der Frau Abgeordneten Wieser, und auch bei der Hirtenprämie sind wir, glaube ich, konform.

Frau Abgeordnete Wieser, Sie haben noch etwas drinnen gehabt. Bei der Bergbauernsonderregelung wollen wir einen Zustand herstellen, der mit den landwirtschaftlichen Regelungen übereinstimmt. Das heißt, ein Betrieb muß als Bergbauernbetrieb anerkannt sein und nicht nur in einer Gemeinde situiert sein, in der es Bergbauern gibt.

Hohes Haus! Die neue Regelung bringt in Verbindung mit der Erhöhung der Ausmerzentschädigung für den betroffenen Tierhalter eine sehr rasche Sanierung seines Betriebes und damit echte wirtschaftliche Vorteile.

Was aber noch mehr zählt: Sie ist eine Anpassung der Seuchenbekämpfung an den gegenwärtigen Stand des Seuchengeschehens. Wir haben nur wenig betroffene Betriebe und werden auf Grund unserer Vorschläge dort jetzt noch wirksamer sanierend eingreifen können und die Landwirtschaft damit echt fühlbar fördern.

Wir wollen kein Gießkannenprinzip, wir verweigern den Bauern nicht etwas, was ihnen der Herr Murer auf Staatskosten zukommen lassen wollte, sondern wir schla-

gen eine echte Verbesserung im Interesse der tatsächlich Betroffenen vor. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brunner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Franz **Brunner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist bedauerlich, daß ein guter ÖVP-Antrag zum Bangseuchengesetz, das nun beschlossen werden soll, der von der Frau Abgeordneten Wieser eingebracht wurde, im wesentlichsten Teil nicht die Zustimmung der sozialistischen Fraktion gefunden hat. Ich behaupte, die periodischen zweijährigen, vom Ministerium angeordneten Untersuchungen sind im Interesse der Volksgesundheit. Es ist daher nicht zu verstehen, daß die Kosten für diese Maßnahmen die Bauern allein zu tragen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe am 13. Mai 1975 an die damalige Frau Gesundheitsminister Leodolter eine schriftliche Anfrage gerichtet. Es ging um die Kostenübernahme der periodischen Tbc- und Banguntersuchungen. Sie hat mir auf meine Frage: Sind Sie überzeugt, daß die von Ihnen angeordneten periodischen Tbc- und Banguntersuchungen im Sinne und Interesse der Gesundheit der ganzen Bevölkerung sind, geantwortet: Ich bin überzeugt, daß die in den Veterinärgesetzen vorgesehenen periodischen Tbc- und Banguntersuchungen im Interesse der ganzen Bevölkerung liegen.

Herr Minister! Sie als Fachmann werden nicht in Abrede stellen, daß gerade diese periodischen Untersuchungen die Ausmerzungen der Bangseuche herbeigeführt haben.

Die Gefährlichkeit dieses seuchenhaften Verwerfens für den Menschen ist nicht so leicht abzutun. Im Fruchtwasser bei der vorzeitigen Geburt sind Billionen Erreger, die auf den Menschen bei leichter Verletzung übertragen werden können. Die Gefahr für die Gesundheit besteht darin, daß die Menschen wochenlang an hohem Fieber, an Milzerkrankungen, an Gelenksschäden leiden.

Ich glaube, man soll das nicht so leicht abtun, indem man sagt, es liegt im Interesse der Bauern, daß sie diese Kosten bezahlen, denn es geht ja nicht nur darum, daß beim Export diese Tbc- und Bangfreiheit gegeben sein muß.

Daher möchte ich sagen, daß gerade durch den Export unserer hochwertigen Zucht- und Nutztier zur Zahlungsbilanz sehr viel beigetragen wird.

Franz Brunner

Gerade die Bauern nehmen durch die periodischen Untersuchungen ohnehin ein großes Risiko auf sich, denn schon zu wiederholten Malen ist es beim Erschrecken der Tiere selbst bei sachgemäßer Behandlung durch den Tierarzt zu Knochenbrüchen bei Tieren und zum Wegwerfen der Leibesfrucht gekommen. Ich glaube, dieses Risiko, das der Bauer zu tragen hat, ist so beachtlich, daß es auch anerkannt werden soll.

Es ist in meiner Gemeinde vor 15 Jahren ein Landwirt schwer erkrankt, und ich kann Ihnen auch den Fall eines Tierarztes mitteilen, der auf Grund dieser Ansteckung seinen Dienst quittieren mußte.

Es war ein niederösterreichischer Bauer, der wegen der tuberkulosenperiodischen Untersuchung zum Verfassungsgerichtshof gegangen ist. Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem Erkenntnis festgestellt, daß der Bund für die Zahlung der periodischen Untersuchungen bei Tuberkulose zuständig ist. Ich kann mir daher vorstellen, daß Sie sich, Herr Bundesminister, gerade als Arzt und daher als Fachmann bei der Behandlung unseres heute eingebrachten Initiativantrages dafür einsetzen werden, daß der Gerechtigkeit zum Durchbruch verholfen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich erwarte aber auch von Ihnen, Herr Landwirtschaftsminister Haiden, daß Sie sich in Ihrer Fraktion zum Anwalt der Bauern machen. Sie sind Landwirtschaftsminister, und Sie haben auch dafür einzutreten, daß den Bauern Kosten erspart werden, die dafür aufgewendet werden, damit unsere Volksgesundheit gesichert ist. Ich bitte Sie, diesem Initiativantrag, der dann im Ausschuß behandelt wird, mit Wohlwollen gegenüberzutreten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur **A b s t i m m u n g**. Da ein Zusatzantrag vorliegt, lasse ich getrennt abstimmen.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über Artikel I bis einschließlich Z 3 in der Fassung des Ausschlußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Zusatzantrag der Abgeordneten Ing. Murer, Helga Wieser und Genossen auf Einfügung einer neuen Z 4 im Artikel I.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Zusatzantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die restlichen Teile des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschlußberichtes 655 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig in zweiter Lesung angenommen. Damit ist diese zweite Lesung beendet.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit in dritter Lesung **a n g e n o m m e n**.

Die Tagesordnung ist **e r s c h ö p f t**.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Anträge, die dem Untersuchungsausschuß im Zusammenhang mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien gesetzte, mit 17. April dieses Jahres ablaufende Frist zu verlängern.

Ich komme zunächst zur Abstimmung des Antrages der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen, die Frist zur Berichterstattung bis 31. Dezember 1981 zu verlängern.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Abgeordneten Dr. Steger abstimmen, die Frist zur Berichterstattung bis 15. Mai 1981 zu verlängern.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 108/A eingebracht worden ist. Ferner sind die Anfragen 1134/J bis 1143/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 6. Mai 1981, um 10 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Die Sitzung ist **g e s c h l o s s e n**.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 05 Minuten